Proletarierinnen/Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Verlag Olga Benario und Herbert Baum
Postfach 10 20 51
D-63020 Offenbach
1. Auflage 2020
ISBN 978-3-86589-126-6

Kollektiv von Autorinnen und Autoren

Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)

Ein erster Überblick

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Inhaltsübersicht

Zur Vorgeschichte des deutschen Imperialismus

I. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (1900 bis zur Oktoberrevolution 1917)

II. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (Vom Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1955)

A. Der deutsche Imperialismus und die Klassenkämpfe 1917-1923

B. Der Aufstieg des Nazi-Faschismus in Deutschland

C. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus (1933-1945)

III. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus – ab dem revisionistischen20. Parteitag der KPdSU 1956 bis 2010

IV. Zur Lage in Deutschland und zur weiteren weltweiten Expansion des deutschen Imperialismus von 2010 bis 2015

Einleitung

1.

Die Ideologen des deutschen Imperialismus verdrehen, verfälschen, entsorgen und taktieren, wenn es um die Geschichte des deutschen Imperialismus bis heute geht, um den deutschen Ruf und die „deutsche Ehre“ zu schützen und zu verteidigen.

Gleichzeitig gibt es das Manöver, logisch oder unlogisch, den Anschein zu erwecken, als gäbe es heute ein „neues Deutschland“, das mit dem Deutschland zur Zeit des Ersten Weltkriegs und des Nazifaschismus nichts zu tun habe.

Je nach Situation steht mal mehr die sogenannte Traditionspflege und mal die Behauptung im Vordergrund, dass das heutige Deutschland nichts, aber auch gar nichts mehr mit dem alten Deutschland zu tun habe. Ja es wird behauptet, dass Deutschland ein Meister der Aufarbeitung der eigenen Geschichte sei, wobei berechtigte Forderungen nach Entschädigungen, sei es von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus der Zeit des Nazifaschismus, sei es von Griechenland, weitgehend abgeschmettert wurden.

Es ist wichtig zu verstehen, dass beide Manöver gleichzeitig laufen, manchmal von den gleichen Ideologen, manchmal von verschiedenen Teilen. Für beide Manöver wird auch die Zeitspanne vor 1900, also vor der Entstehung des deutschen Imperialismus herangezogen. Ohne grundlegende Kenntnis der Vorgeschichte des deutschen Imperialismus sind wir also nicht in der Lage, die heutige Ideologie, die heutigen Ideologen des deutschen Imperialismus zu bekämpfen, die mit Hilfe von verklärenden und verfälschenden Rückgriffen auf die Vorgeschichte Deutschlands arbeiten, um deutschen Nationalismus, einen „Stolz auf die deutsche Geschichte“ zu propagieren.

Um einen Kampf umfassend dagegen führen zu können, ist es notwendig, klarzumachen, dass bei allen aktuellen Änderungen und Besonderheiten es sich im Kern um denselben deutschen Imperialismus handelt. Gewachsen aus dem reaktionären Preußentum und gestählt durch die Überwindung der Niederlagen im von ihm begonnenen Ersten und Zweiten Weltkrieg, stellt sich der deutsche Imperialismus heute im Glanz des geläuterten Räubers dar, der nur Gutes auf der Welt tut und mit ständigem Eigenlob eine groß angelegte Propaganda weltweit und in Deutschland durchführt.

Umso wichtiger ist es, mit großer Energie und klarer Beweisführung über Fakten und Logik, Geschichte und Gegenwart, zu beweisen, dass der

deutsche Imperialismus heute als imperialistische Großmacht besonders aggressiv ist, dass er „nach innen“ ein System staatlicher Faschisierung kombiniert mit Naziparteien/Nazibanden und „nach „außen“ ein System des Revanchismus und Militarismus mit seinen deutschen Besonderheiten – eine ganz besondere Aggressivität – nutzt. Das gehört zu den grundlegenden Herausforderungen der Kämpfe der nächsten Jahrzehnte.

2.

All die nachfolgend entwickelten Besonderheiten des deutschen Imperialismus ändern jedoch an folgenden allgemeinen Feststellungen nichts:

Deutschland ist ein hochindustrialisiertes, kapitalistisches Land. Es gehört nach dem Entwicklungsstand seiner Produktivkräfte, nach seinen Produktionsverhältnissen, nach seinem militärischen Potenzial und gemäß seiner historischen Entwicklung ohne Frage zu den imperialistischen Großmächten der Welt. Es herrscht in Deutschland eine parlamentarisch verhüllte Diktatur der imperialistischen deutschen Bourgeoisie. Das nächste strategische Ziel der revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland ist die Durchführung der proletarischen Revolution und die unmittelbare Errichtung der Diktatur des Proletariats. Auf dieser Grundlage stellen wir uns die Aufgabe, Grundzüge und Besonderheiten der Geschichte des deutschen Imperialismus aufzudecken, um dann als nächsten Schritt die Aufgaben der Kommunistischen Partei zu formulieren, und zwar als Kriegserklärung an den deutschen Imperialismus gemäß dem Prinzip „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“.

So konkret und genau wie möglich das verbrecherische Wesen des deutschen Imperialismus und seine imperialistische, militaristische und revanchistische Politik, seine Politik der Faschisierung, seine Politik und Ideologie des deutschen „Herrenmenschentums“, des Teile und Herrsche überzeugend zu entlarven – all dies ist ein unverzichtbarer Teil der Aufgabe, in den ökonomischen und demokratischen Tageskämpfen voranzugehen und dort vor allem prinzipienfest die sozialistische Revolution vorzubereiten. So wie es im Buch „Grundfragen der Vorbereitung der sozialistischen Revolution in Deutschland – Aufgaben und Probleme des Kampfs gegen den deutschen Imperialismus“ ausgeführt wurde.

3.

Die Geschichte des deutschen Imperialismus ist ein Teil der Geschichte des Weltimperialismus, wie sie im Buch „Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010) – Ein erster Über-

blick“ dargestellt wurde, und muss deshalb auch so studiert werden. Dabei sind Überschneidungen unvermeidlich.

Nach der Darstellung der Vorgeschichte des deutschen Imperialismus beginnt Teil I im Jahre 1900 mit der Herausbildung des Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, und reicht bis vor den Sieg der Oktoberrevolution in Russland 1917. Teil II beginnt mit dem Sieg der Oktoberrevolution 1917. Beide Einschnitte sind direkt einsichtig. Denn die Bedeutung des Siegs der Oktoberrevolution, die eine gewaltige Rückwirkung auf die Entwicklung der Klassenkämpfe in Deutschland hatte, wie zum Beispiel die Novemberrevolution und damit verbunden die Beschleunigung der Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg, wird durch das Studium dieser Zeitspanne sehr deutlich.

Schwieriger erscheint uns zu verstehen, warum Teil III mit dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 beginnt. Denn schon vor diesem Einschnitt waren die kommunistischen Kräfte, die KPD/SED, schwach und bauten zudem noch ihre Fehler auch in grundlegenden Fragen weiter aus, nicht nur in Westdeutschland, auch in der SBZ bzw. der DDR. Gerade in der SBZ/DDR war aber die Besetzung durch die Rote Armee der sozialistischen Sowjetunion entscheidend für die Möglichkeit der Erstarkung der kommunistischen Kräfte auf dem Gebiet der SBZ/DDR und Westdeutschlands. Solange in der Sowjetunion noch die Diktatur des Proletariats herrschte, die KPdSU(B) unter revolutionärer Führung stand, solange gab es auch noch eine Chance, dass die kommunistischen Kräfte in der SBZ/DDR, die KPD/SED, in einem selbstkritischen und langwierigen Prozess, solidarisch unterstützt durch die sozialistische UdSSR und ihre Rote Armee, den Aufbau des Sozialismus in Angriff nehmen könnten, was dann wiederum eine mobilisierende Wirkung auf die kommunistischen und demokratischen Kräfte in Westdeutschland ausgeübt und den deutschen Imperialismus geschwächt hätte.

Nach dem Sieg des Revisionismus auf dem 20. Parteitag der KPdSU, der Konsolidierung der Macht des Chruschtschow-Revisionismus in der Sowjetunion und der damit verbundenen Zerstörung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und ihre Ersetzung durch ein revisionistisch-kapitalistisches Regime war rasch klar, dass die SED in der DDR bzw. die KPD in Westdeutschland in dem Sumpf des modernen Revisionismus untergehen wird, was dann auch in großer Geschwindigkeit vor sich ging. Damit waren die kommunistischen Kräfte in Westdeutschland und der

DDR massiv geschwächt, was den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus wesentlich erleichterte.

Aus all diesen Gründen erscheint es uns richtig, den Teil III mit dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 zu beginnen.

In Teil IV werden dann die Lage 2010 bis 2015 in Deutschland, die Kämpfe gegen den deutschen Imperialismus sowie die Entwicklung der Expansion des deutschen Imperialismus in dieser Zeitspanne nach „außen“ analysiert.

Zur Vorgeschichte des deutschen Imperialismus

Die historische Entwicklung in der Vorgeschichte des deutschen Imperialismus muss als eine Geschichte von Klassenkämpfen verstanden werden. Eine wesentliche Besonderheit der deutschen Geschichte besteht gerade darin, dass fortschrittliche Bewegungen auf dem Gebiet des späteren Deutschlands bzw. in Deutschland bei allen historisch bedeutsamen Wendepunkten nach einem vorübergehenden revolutionären Aufschwung wieder unter den Einfluss der Reaktion gerieten.

So endeten alle entscheidenden Klassenkämpfe auf dem Gebiet des späteren Deutschlands mit Restaurationen, blutigen Konterrevolutionen statt siegreichen Revolutionen – das ist in der Tat ein wesentlicher Unterschied zur Geschichte der Masse der ausgebeuteten Bevölkerung anderer Länder, ein leider tief wurzelndes Merkmal der bisherigen deutschen Geschichte.

Schon die revolutionären Bauernkriege 1525 gegen den Feudalismus – „die radikalste Tatsache der deutschen Geschichte“, wie Engels vermerkte – endeten nicht siegreich, sondern mit einer verheerenden Niederlage und blutigen Massakern an den aufständischen Bauern. „Geschlagen ziehen wir nach Haus, die Enkel fechten’s besser aus“, sangen die fliehenden revolutionären Bauern. Doch dieses Motto blieb das Motto vieler weiterer Generationen. Auch die Revolution von 1848 endete mit einer blutigen Niederlage.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat nicht nur selbst blutige Niederlagen erlitten, sie hat sich auch immer wieder dazu benutzen lassen, sich an den Verbrechen ihrer herrschenden Klasse gegen die Bevölkerung anderer Länder zu beteiligen, vor allem deren Revolutionen niederzuschlagen, sowie diese Verbrechen zu dulden. Dies war der Fall bei weltgeschichtlichen Ereignissen wie der räuberischen Eroberungspolitik der Preußenkönige durch die dreifache Zerstückelung Polens, beim missglückten Versuch, die erste Französische Revolution 1792 niederzuschlagen und den Feudalismus zu restaurieren, beim „Kreuzzug gegen die Freiheit“ der Masse der Bevölkerung Polens, Italiens und der Tschechen in Böhmen während der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848. Dies setzte sich in Ansätzen fort bei der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune, der ersten Diktatur des Proletariats 1871.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat durch Beteiligung und Duldung an diesen Verbrechen seiner herrschenden Klassen eine große Mitverantwortung und Mitschuld auf sich geladen, was Engels bereits 1848 herausstellte.

Anhand der langen Kette von Niederlagen, Restaurationen statt siegreicher Revolutionen, der Beteiligung an Verbrechen der herrschenden Klassen wird erst das große Ausmaß und die Tiefe der von Engels benannten „deutschen Misere“ sichtbar. Wenn Ursachen für diese Entwicklung erkannt werden, dann wird das auch helfen, den heutigen Kampf in seiner ganzen Größe, mit all seinen Schwierigkeiten und in seiner Bedeutung besser zu begreifen, um erfolgreich diese deutsche Misere zu durchbrechen.

Die Niederlage der Bauernkriege 1525 und der sogenannte Dreißigjährige Krieg (1618–1648)

Zur Zeit der Bauernkriege (1525) gab es noch keine „deutsche Bourgeoisie“. Davon konnte auf dem Gebiet des späteren Deutschlands erst sehr spät, seit Anfang des 19. Jahrhunderts die Rede sein. Der Vorläufer der deutschen Bourgeoisie, ihr Keim war das städtische Bürgertum. Und als die revolutionären Bauern sich in den Bauernkriegen gegen den Feudalismus erhoben, da stand das städtische Bürgertum auf dem Gebiet des späteren Deutschlands keinesfalls eindeutig auf der Seite der kämpfenden Bauern.

Das städtische Bürgertum als Klasse ging sehr rasch offen auf die Seite der Fürsten über – trotz anfänglicher Schwankungen und teilweiser, mehr „theoretischer“ Unterstützung der Bauern gegen den großen, eigentlich gemeinsamen Feind, die Feudalherren und Fürsten. Das städtische deutsche Bürgertum geiferte nun mit einer Figur wie Martin Luther, der nicht nur Gehorsam gegenüber den Fürsten predigte, sondern auch extreme Judenfeindschaft verbreitete, mit den Fürsten um die Wette gegen den „Pöbel“, die aufständischen Bauern. „Erschlagen wie tollgewordene Hunde“ – das war die Devise schon der Vorläufer der deutschen Bourgeoisie gegenüber der revolutionären Bewegung der breiten Masse der Bevölkerung. Feige, verräterisch, doppelzünglerisch und Helfer der Konterrevolution – das war das städtische Bürgertum auf dem Gebiet des späteren Deutschlands schon damals.

Die Niederschlagung der revolutionären Bauernkriege Mitte des 16. Jahrhunderts stärkte die Macht der Fürsten und des Feudaladels auf dem Gebiet des späteren Deutschlands in großem Ausmaß und verzögerte auf lange Sicht die Abrechnung mit den Kräften der feudalen Reaktion.

Der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) und die jahrzehntelangen Kriege zwischen der zentralen Reichsgewalt und den einzelnen der über 30 deutschen Fürsten war bestimmt von dem legalisierten alltäglichen Raub der Landsknechte, durch Plünderung und brutale Gewaltanwendung gegen die

friedliche Bevölkerung. Der Dreißigjährige Krieg hatte die Masse der Bevölkerung auf dem Gebiet des späteren Deutschlands auf Jahrhunderte ihrer revolutionären Energie beraubt, er hatte zur Folge, wie Engels hervorhob, „dass Deutschland für zweihundert Jahre aus der Reihe der politisch tätigen Nationen Europas gestrichen wurde".

Die Entwicklung des Kapitalismus verzögerte sich infolge der ökonomischen und politischen Zersplitterung, infolge der feudalen und bürokratischen Fesseln, so dass die deutsche Industrie weit im Rückstand blieb. In England hatte sich hingegen schon seit dem 17. und in Frankreich seit dem 18. Jahrhundert eine reiche und mächtige, in großen Städten konzentrierte Bourgeoisie entwickelt. In England gab es bereits 1649 erste Ansätze einer bürgerlichen Revolution. In Frankreich wurde 1789 die radikalste und erfolgreichste bürgerliche Revolution durchgeführt. Der Feudalismus als System wurde vernichtet, die französische Bourgeoisie krönte ihren Sieg durch die Eroberung der politischen Macht.

Die ungünstige geografische Lage (die Entfernung vom Atlantischen Ozean, der damals bedeutendsten Route des Welthandels), aber gerade auch das Fortbestehen der feudalen Zersplitterung bei gleichzeitiger Festigung des Systems der Leibeigenschaft auf dem Gebiet des späteren Deutschlands nach der Niederlage der revolutionären Bauernbewegung, die fürchterlichen Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges und nachfolgender Kriege – das sind die von Marx und Engels analysierten Gründe für eine gegenüber England und Frankreich sehr verspäteten Entwicklung des Kapitalismus auf dem Gebiet des späteren Deutschlands, Gründe eben auch für die verspätete Entwicklung der deutschen Bourgeoisie.

Die deutsche Bourgeoisie als die Klasse, die Träger kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist, bildete sich auf dem Gebiet des späteren Deutschlands verspätet mit der Ausdehnung der Industrie und des Handels, der Eisenbahnen, Telegrafen und ozeanischen Dampfschifffahrt im 19. Jahrhundert heraus. Ihr ernsthafter Kampf um die politische Macht begann erst 1840, als die preußische Bourgeoisie an die Spitze der oppositionellen Bewegung auf dem Gebiet des späteren Deutschlands trat.

Die Auswirkungen der Französischen Revolution und die sogenannten „nationalen Befreiungskriege" gegen das napoleonische Frankreich

Die Französische Revolution am Ausgang des 18. Jahrhunderts, die mit Entschiedenheit die feudalen Einrichtungen und Zustände hinwegfegte,

stieß auf den wildesten Hass und den erbittertsten Widerstand des preußischen Junkertums und der herrschenden Klassen der anderen deutschen Staaten. Die Französische Revolution alarmierte die reaktionären Klassen auf dem Gebiet des späteren Deutschlands durch den Widerhall, den sie auch dort auslöste.

Und doch erhob sich die Bevölkerung nicht zum entschiedenen Kampf. Der jahrhundertealte Druck der feudalen Hörigkeit, die ökonomische und politische Rückständigkeit hatten die große Masse der feudal unterdrückten Massen, namentlich die Bauernschaft, unfähig gemacht zu einer großen revolutionären Aktion. Das Proletariat war erst im Entstehen begriffen und konnte noch keine führende Rolle spielen.

Von den führenden Köpfen der deutschen Bourgeoisie und Intelligenz wurde die Französische Revolution zunächst enthusiastisch begrüßt. Aber diese Begeisterung war, wie Engels feststellte, „von deutscher Art“, sie sollte nur den „Theorien der französischen Revolutionäre gelten“. Als die Französische Revolution jedoch in der Tat zur entschiedenen Abrechnung mit den Kräften des Feudalismus schritt, „da verwandelte sich diese Begeisterung Deutschlands in einen fanatischen Hass gegen die Revolution“, wie Engels es ausdrückte. Auf dem Gebiet des späteren Deutschlands wurden konterrevolutionäre Abteilungen französischer Adliger und anderer Reaktionäre, die aus Frankreich geflüchtet waren, gebildet. Preußen übernahm wieder seine Rolle als Gendarm, diesmal dem revolutionären Frankreich gegenüber.

Die Kriege Preußens und der anderen reaktionären Mächte Europas gegen die Französische Republik in den Jahren 1790 bis 1806 endeten mit dem Sieg Frankreichs. Die vernichtende Niederlage der preußischen Armee bei Jena (1806) deckte die ganze Fäulnis des preußischen Staatssystems auf.

Bei einem anderen Verhältnis der gesellschaftlichen Kräfte auf dem Gebiet des späteren Deutschlands, bei größerer revolutionärer Energie und Initiative hätten die breiten Massen der Bevölkerung die Niederlage von Jena als Ausgangspunkt zu einer allgemeinen revolutionären Aktion, zum Sturz der feudal-absolutistischen Reaktion, zur Zerschlagung des Staats der Junker, zur Schaffung eines demokratischen und geeinten Deutschland ausnutzen können. Doch die Masse der Bevölkerung ging wiederum nicht diesen Weg. Dagegen nutzten die preußischen Junkern und die übrige feudalistische Reaktion auf dem Gebiet des späteren Deutschlands die Situation geschickt aus, um ihre feudal-absolutistische Macht zu restaurieren.

Da Napoleon, der Repräsentant der französischen Großbourgeoisie, die deutsche Bevölkerung durch enorme Kontributionen und maßlos hohe Steuern ausplünderte und das Französische zur Amtssprache zu machen suchte, steigerte sich der auch von der herrschenden Klasse geschürte Hass großer Teile der betroffenen Bevölkerung gegen die französischen Eroberer immer mehr. Außerdem zwang Napoleon die jungen Männer Preußens und anderer Gebiete in seinem Herrschaftsbereich zur Teilnahme am Krieg gegen die Bevölkerung anderer Länder.

In dem Widerstand und Kampf der breiten Masse der Bevölkerung gegen die französische Herrschaft waren auf dem Gebiet des späteren Deutschlands nach den Jahrhunderten der politischen Apathie und Passivität auch Elemente und Anfänge eines demokratisch-oppositionellen Bewusstseins entstanden, es gab einen Aufschwung der Aktivität der Massen. Doch den Junkern gelang es weitgehend, die Unzufriedenheit breiter Massen für ihre reaktionären Ziele auszunutzen.

Unter dem Druck der napoleonischen Herrschaft waren die herrschenden Klassen 1807 bis 1811 zu bürgerlichen Reformen gezwungen (Aufhebung der Erbuntertänigkeit, teilweise Aufhebung der Standesprivilegien, Heeresreform), aber eben dieser Druck gab ihnen wieder das Heft in die Hand, indem er es ihnen möglich machte, den Groll und Zorn der Bevölkerungsmassen gegen die französischen Eroberer zu kehren. Dazu schürten sie übelste nationalistische Hetze gegen die „gottlosen Franzosen“ und verbreiteten das ideologische Gift der Deutschtümelei sowie der Judenfeindschaft. Tatsache ist, dass der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. durch seine „schönen Worte und herrlichen Verheißungen“ die gegen Frankreich kämpfenden Teile der deutschen Bevölkerung wirklich so weit brachte, dass sie glaubten, gegen Frankreich in einen „Befreiungskrieg“ zu ziehen, obwohl es sich im Endeffekt um weiter nichts handelte als um den Kampf gegen Erfolge der französischen Revolution, wie Marx schon 1849 herausstellte.

Gegen alle nationalistischen Verklärungen der sogenannten „Befreiungskriege“, wie sie insbesondere auch die SED-Revisionisten verbreiteten, muss klargestellt werden, dass diese letztlich keine Freiheitskriege waren, kein Bruch mit dem verfluchten preußischen Untertanengeist. Ihr Ergebnis war die Restauration und Stärkung der feudal-reaktionären Mächte, die Zementierung der „deutschen Zustände“, der Triumph der politischen Reaktion (Wiener Kongress 1815).

Die verspätete Entwicklung des deutschen Bürgertums und die Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848

Diese Gesamtentwicklung der deutschen Geschichte war von großer Bedeutung für die zweite große Niederlage der revolutionären Kräfte auf dem Gebiet des späteren Deutschlands und den welthistorisch endgültigen Übergang der nun herangewachsenen und entwickelten deutschen Bourgeoisie ins Lager der Konterrevolution.

Über 300 Jahre nach der Niederlage der revolutionären Bauernkriege entwickelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert erneut eine gegen die feudalistische Reaktion gerichtete Bewegung, die Teil einer sich in vielen Ländern Europas gebildeten revolutionären antifeudalistischen Bewegung war. Die bürgerlich-demokratische Revolution reifte auf dem Gebiet des späteren Deutschlands heran, die das Land von den noch existierenden feudalen Strukturen befreien, die reaktionäre Herrschaft vor allem Preußens stürzen und einen deutschen Nationalstaat schaffen sollte. Dies geschah unter fortgeschritteneren ökonomischen und politischen Bedingungen im Vergleich zur bürgerlichen Revolution in Frankreich sechs Jahrzehnte zuvor.

Die Grundaufgabe bestand insbesondere darin, durch eine radikale Revolution „von unten“ das Bollwerk der Reaktion auf dem Gebiet des späteren Deutschlands – den preußischen Junkerstaat – zu vernichten. Wie Marx und Engels unterstrichen, war eine tiefgehende Revolution zugleich auch deshalb wichtig, weil sich die breite Masse der Bevölkerung nur im Verlauf der Revolution selbst von all der alten Niedertracht befreien und die philisterhafte Enge und sklavische Unterwürfigkeit überwinden kann.

Auf der Grundlage der Entwicklung des Kapitalismus und der Entstehung einer revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse schufen Marx und Engels 1847 das „Manifest der Kommunistischen Partei“, das Geburtsdokument des wissenschaftlichen Kommunismus, das erste Programm der Kommunistischen Partei. Über die bürgerliche Revolution in Deutschland heißt es darin:

> **„Auf Deutschland richten die Kommunisten ihre Hauptaufmerksamkeit, weil Deutschland am Vorabend einer bürgerlichen Revolution steht und weil es diese Umwälzung unter fortgeschrittneren Bedingungen der europäischen Zivilisation überhaupt, und mit einem viel weiter entwickelten Proletariat vollbringt als England im siebzehnten und Frankreich im**

achtzehnten Jahrhundert, die deutsche bürgerliche Revolution also nur das unmittelbare Vorspiel einer proletarischen Revolution sein kann.“
(Marx/Engels, „Manifest der Kommunistischen Partei“, 1848, Werke Band 4, S. 493)

Zunächst war es so, dass am 18. März 1848 proletarische Barrikadenkämpfer die feudalen Garderegimenter aus der preußischen Hauptstadt Berlin hinaustrieben. Doch die 1848 ausgebrochene Revolution schlug nach anfänglichen Erfolgen der kämpfenden revolutionären Teile der Bevölkerung um und endete in einer blutigen Konterrevolution. Die deutsche Bourgeoisie ging sozusagen auf den Barrikaden der Revolution über zur feudalen Konterrevolution. Die deutsche Bourgeoisie handelte so konterrevolutionär vor allem deshalb, weil sie ihre Blüte in einer Periode hatte, in der die Bourgeoisie der anderen westeuropäischen Länder politisch schon im Niedergang begriffen war, wie Engels feststellte. Daher erkannte die Bourgeoisie auf dem Gebiet des späteren Deutschlands schon die ihre Existenz bedrohende potenzielle Macht des Proletariats. Das Proletariat, das sich unweigerlich in demselben Maße entwickeln muss wie die Bourgeoisie, regte sich auf dem Gebiet des späteren Deutschlands erstmals 1844 bei den Aufständen der schlesischen Weber. Die deutsche Bourgeoisie erschrak jedoch nicht so sehr vor dem Proletariat auf dem Gebiet des späteren Deutschlands wie vor dem wesentlich weiter entwickelten Klassenkampf des französischen Proletariats, das ihr mit dem Pariser Juniaufstand von 1848 deutlich zeigte, was sie künftig zu erwarten hatte.

Anders als die Bourgeoisie Englands oder gar Frankreichs, die im Kampf gegen den Feudalismus durchaus revolutionäre Potenzen unter Beweis gestellt hatte, war die Geschichte Deutschlands davon mitbestimmt, dass die deutsche Bourgeoisie von Beginn an lediglich konterrevolutionär handelte.

Dies zeigte sich auch in der Haltung der deutschen Bourgeoisie gegenüber die von der deutschen herrschenden Klasse unterdrückte Bevölkerung anderer Länder. Marx und Engels wiesen auf das folgende „geschichtliche Paradoxon“ der bürgerlichen Revolution in Deutschland hin: In demselben Augenblick, wo die Deutschen um die „innere Freiheit mit ihren Regierungen ringen“, unternehmen sie unter dem Kommando derselben Regierungen unter der Fahne des deutschen Nationalismus einen „Kreuzzug gegen die Freiheit Polens, Böhmens, Italiens ...“.

Jedwede Bestrebung der Polen zur nationalen Freiheit wurde von preußischen Truppen unterdrückt und in Blut ertränkt. In Böhmen, wo die tschechoslowakische Bevölkerung bereits jahrhundertelang durch Eroberungskriege dezimiert und die deutsche Bevölkerung durch Invasion vermehrt

wurde, hat die deutsch-österreichische Soldateska den Prager Aufstand 1848 niedergeschlagen. In Italien wurde mit Hilfe deutschen Geldes und deutscher Soldaten jede Freiheitsbewegung durch Bajonett, Galgen, Kerker und Galeeren zerschlagen.

Die Revolution auf dem Gebiet des späteren Deutschlands von 1848 war eine „halbe Revolution" und endete in einer ganzen Konterrevolution; sie blieb in ihrem Ergebnis weit hinter der Französischen Revolution von 1789 zurück. Während in Frankreich die bürgerlich-demokratische Umwälzung zur bürgerlichen Republik und zu bürgerlichen Freiheitsrechten führte, machte sie auf dem Gebiet des späteren Deutschlands halt, ohne die Monarchie und die Reaktion gebrochen, ohne die feudalen Überreste vernichtet und die nationale Vereinigung erreicht zu haben, und sie endete mit der Unterdrückung der revolutionären Kräfte.

Das reaktionäre Preußentum und die Entwicklung des junkerlich-bourgeoisen deutschen Imperialismus – die Einheit Deutschlands „von oben" durch das reaktionäre Preußentum 1871

Die deutsche Bourgeoisie ordnete sich der feudal-absolutistischen Reaktion, vor allem dem reaktionären Preußentum, unter. Dessen Militarismus bot ihr die Aussicht, die nationale Einheit und damit die Aufhebung der feudalen Zersplitterung, als eine wesentliche Bedingung für das Erstarken des Kapitalismus und der industriellen Bourgeoisie, ohne Revolution und gegen die breiten Masse der Bevölkerung – vor allem ohne und gegen das Proletariat – von oben zu erlangen.

Preußen, mit dem die deutsche Bourgeoisie ihre Geschicke verband, war ein reaktionärer Militärstaat, der eine in der Tradition des „Deutschen Ordens" stehende besonders brutale und grausame Germanisierungspolitik gegen die Bevölkerung Osteuropas durchführte.

Die Militärorganisation des preußischen Staates drückte dem ganzen Staatsleben ihren Stempel auf. Der Adel, der Militärstand, war der herrschende Stand, in dessen Händen sich zugleich fast der ganze Grundbesitz befand (Junker).

Die polnische Bevölkerung bekam das brutale preußische Raub- und Gewaltsystem bereits Ende des 18. Jahrhunderts zu spüren.

Die preußischen Junker strebten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Bündnis mit der Bourgeoisie, der ökonomisch herrschenden Klasse, mittels des preußischen Staatsapparats danach, alle Gebiete des späteren

Deutschlands zu beherrschen und in eine Kaserne zu verwandeln. Die preußischen Junker unter der Führung Bismarcks, des Leiters der preußischen Regierung, verfolgten die Sache der nationalen Einigung Deutschlands, wobei sie auch die Interessen des Adels und der Dynastie der Hohenzollern schützen wollten. Sie verfolgten den Plan der Unterwerfung aller Gebiete des späteren Deutschlands unter die preußische Hegemonie, den sie nach Kriegen innerhalb Deutschlands und gegen Österreich 1866 mit dem Sieg über Frankreich 1871 auch realisierten. Erst durch die Gründung des deutschen Reiches als einheitlicher Staat unter preußischer Führung war die Herausbildung der deutschen Nation abgeschlossen. Die angeblich geschichtlich so tief verwurzelte, als „traditionsreich“ glorifizierte deutsche Nation gibt es also erst seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Im Krieg gegen Frankreich verstand es die preußische Regierung, die Tatsache der anfänglichen Bedrohung deutscher Gebiete durch den Despoten Napoleon III., dessen Sieg die nationale Vereinigung Deutschlands verhindert hätte, geschickt auszunutzen, um in der Rolle des Verteidigers „deutscher Interessen“ zu erscheinen.

Der deutsch-französische Krieg 1870/1871 endete mit der Niederlage Frankreichs. Am 18. Januar 1871 wurde während der deutschen Belagerung von Paris als aggressiver und antidemokratischer provokativer Akt mitten in Frankreich, im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles, das Deutsche Reich gegründet, wobei mit Elsass und Lothringen Teile Frankreichs annektiert wurden. Doch nur kurze Zeit später, im März 1871, verbündeten sich die siegreiche und die besiegte Armee, die französische Konterrevolution massakrierte die Revolutionäre der Pariser Kommune mit Unterstützung und unter dem Schutz der preußischen Armee.

Die bewussten sozialistischen Arbeiterinnen und Arbeiter erklärten ihre internationale proletarische Solidarität mit den französischen Arbeiterinnen und Arbeitern, ließen sich nicht vom deutschen Nationalismus anstecken und protestierten gegen die Kriegspolitik sowie gegen die Annexion Elsass-Lothringens. Dennoch gelang es den revolutionären führenden Kräften der Bewegung der proletarischen Klasse (neben Marx und Engels unter anderen Wilhelm Liebknecht und August Bebel) nicht, die Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den reaktionären Krieg revolutionär zu mobilisieren. Mit großer Demagogie gelang es der Bismarck-Regierung, unter den breiten Massen der Bevölkerung einen nationalistischen Taumel zu erzeugen, um sie für einen ungerechten Krieg zur Annexion Elsass-Lothringens

zu mobilisieren. Die blutige Niederschlagung der Pariser Kommune, des welthistorisch ersten Versuchs einer proletarischen Revolution, der ersten Diktatur des Proletariats, wurde von der Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter hingenommen und nicht bekämpft. Durch die Annexion fremder Gebiete und die gewaltsame Einverleibung deutscher Kleinstaaten entstand unter der Oberherrschaft des reaktionär-monarchistischen Preußens das Deutsche Reich, das Marx als ein mit parlamentarischen Formen verbrämten, mit feudalem Beisatz vermischten und zugleich schon von der Bourgeoisie beeinflussten, bürokratisch gezimmerten und polizeilich gehüteten Miltärdespotismus kennzeichnete.

Seit 1871 stärkte sich die deutsche Bourgeoisie nach dem Sieg über Frankreich und der Niedermetzelung der Pariser Kommune unter anderem auch durch eine Kontribution von 5 Milliarden Francs sowie die Annexion von Gebieten Frankreichs (Teile von Elsass-Lothringen). Durch verstärkte systematische Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen entwickelte sich der industrielle Kapitalismus, aber auch der Kapitalismus in der Landwirtschaft (auf dem von Lenin so bezeichneten „preußischen Weg“) sprunghaft vorwärts. Das Bündnis zwischen deutscher industrieller Bourgeoisie und Feudalherren, insbesondere den preußischen Junkern, führte schließlich zur Verschmelzung beider zur einen herrschenden Klasse in Deutschland: die einen in der Hauptsache als industrielle, die anderen in der Hauptsache als landwirtschaftliche Kapitalisten.

Von 1878 bis 1890 wurden die „Sozialistengesetze“ erlassen, die Sozialdemokratie, die sich in den 50er und 60er Jahren als Organisation gründete, wurde verboten, verfolgt und in die Illegalität getrieben. Ziel war es, die Sozialdemokratie zu zerschlagen und ihren Masseneinfluss zu brechen.

Von 1870 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts kam es immer wieder zu Massenkämpfen der proletarischen Klasse.

Im Juli und Juni 1872 streikten im Ruhrgebiet ca. 20.000 Bergarbeiter über fünf Wochen lang für höhere Löhne. Trotz „Sozialistengesetzen“ und verschärfter Unterdrückung gegen die Bewegung der proletarischen Klasse kam es 1888/89 zu der bis dahin größten Streikwelle in Deutschland. In der Metall- und Schiffsbauindustrie sowie vor allem im Steinkohlebergbau wurde gestreikt. Im Mai 1889 begann der Streik von 150.000 Bergarbeitern, dessen Kern im Rufgebiet lag mit über 100.000 Streikenden. Ziele des bis Anfang Juni durchgeführten Streiks waren u.a. Lohnerhöhungen und der Achtstundentag. Die herrschenden Klassen in Deutschland setzten Militär ein und ermordeten sieben Arbeiter.

Im April 1891 streikten die Bergarbeiter erneut, insgesamt über 40.000. Jedoch wurden diese Streiks schnell niedergeschlagen.

1896 kam es zu einem großen Aufschwung der Streikkämpfe in Deutschland. In diesem Jahr streikten ca. 130.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Der Höhepunkt dieser Streikwelle war der zweieinhalb Monate andauernde Streik von ca. 18.0000 Hafenarbeitern in Hamburg vom November 1896 bis zum Februar 1897.

Nach „außen“ festigte Deutschland seine Ansprüche nach Kolonien. Auf der sogenannten Berliner Konferenz im November 1884 wurde die Aufteilung von ganz Afrika zwischen den damaligen Großmächten Europas, den USA und dem Osmanischen Reich geplant und festgelegt. Nach dieser Konferenz verschärfte sich der Kampf der europäischen Großmächte um die koloniale Aufteilung ganz Afrikas. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte das kapitalistische Deutschland bereits alle seine Kolonien in Besitz genommen, insbesondere in Afrika, aber auch in Asien.

Die spezifischen Eigenschaften des Preußentums, sein extremer Militarismus, seine Brutalität, seine kastenmäßige Arroganz und kaum fassbare Obrigkeitsgläubigkeit, seine Überheblichkeit gegenüber der Bevölkerung anderer Länder, seine extreme Judenfeindschaft, seine Doppelzüngelei und seine krassen Wortbrüche jeglichen Vereinbarungen gegenüber, selbst gegenüber seinen engsten Verbündeten, seine ungeheuren demagogischen Fähigkeiten der Massenbeeinflussung, seine Pedanterie gepaart mit Sadismus und grenzenlosem Zynismus gegenüber der von ihm grausam unterdrückten breiten Masse der Bevölkerung – all dies bildete die „Mitgift“ des Preußentums in seiner Ehe mit der industriellen Bourgeoisie, all dies kennzeichnete daher die entstehende imperialistische Bourgeoisie Deutschlands von vornherein: Es entstand der von Lenin so benannte „junkerlich-bourgeoise Imperialismus“ in Deutschland.

I. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (1900 bis zur Oktoberrevolution 1917)

Die Herausbildung des deutschen Imperialismus und seine Kolonialverbrechen

Die Herausbildung des deutschen Imperialismus erfolgte im Vergleich zu anderen imperialistischen Mächten mit historischer Verspätung. Der aufgrund seiner verspäteten kapitalistischen Entwicklung beim Kampf um Kolonien und bei der Aufteilung der Welt insbesondere gegenüber England und Frankreich zu spät und zu kurz gekommene deutsche Imperialismus entwickelte sich jedoch in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts ökonomisch drei- bis viermal rascher als England und Frankreich. Der deutsche Imperialismus steigerte seinen Kapitalexport in seine Kolonien, errichtete Eisenbahnen, Bergwerke etc., um die Ausplünderung seiner Kolonien immer weiter zu steigern.

Die herrschende Klasse Deutschlands strebte mit allen Mitteln eine Neuaufteilung der Kolonien und Einflusssphären zu ihren Gunsten an und betrieb dazu eine gigantische militärische Aufrüstung.

Bei allen Gemeinsamkeiten mit den anderen Imperialisten hat der deutsche Imperialismus seit seinem Bestehen im Kampf um Kolonien seine Besonderheiten deutlich gemacht: die Mentalität und das Bestreben, als brutalste imperialistische Kraft gelten zu wollen und die anderen imperialistischen Mächte mit unvorstellbaren Gräueltaten noch übertreffen zu wollen. Das zeigte sich zunächst vor allem in den deutschen Kolonien.

Kolonialverbrechen in China ab 1900

Im Jahr 1900 wurde China von den deutschen Imperialisten unter Kaiser Wilhelm II. gemeinsam mit anderen Imperialisten militärisch überfallen.[1] Dies war vor allem ein Feldzug gegen die bewaffnete Erhebung der Yihotuan, der sogenannten „Boxer", die sich gegen kolonialistische und imperialistische Knechtung zur Wehr setzten. In seiner berüchtigten „Hunnenrede" hatte der deutsche Kaiser unmissverständlich vorgegeben, wie die soldatischen „Herrenmenschen" in China ihr blutiges Handwerk durchzuführen hatten: *„Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht… so muss der Name ‚Deutscher' in China auf tausend Jahre durch*

[1] In China hatten die deutschen Imperialisten seit 1898 ein kleines Kolonialgebiet an der chinesischen Ostküste erobert und dort die deutsche Kolonie Kiautschou errichtet.

euch in einer Weise bestätigt werden, dass niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen." Die Umsetzung durch die deutsche Soldateska war entsprechend: Sie brandschatzten, vergewaltigten, mordeten und raubten im Sinn der kaiserlichen „Hunnenrede" mit dem Ziel, „dem deutschen Namen" in China den Klang zu geben, die brutalsten und gierigsten aller Imperialisten zu sein.

Die imperialistische Streitmacht, die in China einfiel, umfasste auf ihrem Höhepunkt 87.000 Soldaten und 176 Kriegsschiffe. Beteiligt waren daran neben Deutschland mit 20.000 Soldaten auch Frankreich, Russland, England, Japan, USA, Italien und Österreich-Ungarn.

Die deutschen Imperialisten übernahmen schnell das Oberkommando der imperialistischen Truppen. Nach der militärischen Eroberung von Peking im August 1900 beschäftigten sich die imperialistischen Truppen, vor allem die deutschen Truppen, mit sogenannten „Strafexpeditionen". Wer als Yihotuan-Mitglied oder -Sympathisant verdächtigt worden war, wurde erst gefoltert und dann ermordet. Nordchina, die Hauptstadt Peking und die anderen Großstädte waren zum Teil zerstört und völlig ausgeplündert, unzählige Dörfer waren ausgeraubt und in Brand gesteckt worden, Straßen, Brücken, Bahnen waren zerstört. Die Bevölkerung ganzer Ortschaften wurde niedergemetzelt.

Von den 75 angeordneten Strafexpeditionen wurden 48 ausschließlich von deutschen Einheiten durchgeführt. Diese „Strafexpeditionen" dauerten bis zum Mai 1901.

Über die Gesamtzahl der Opfer gibt es keine genauen Angaben. Ausgegangen werden muss jedoch von Zehntausenden von ermordeten und massakrierten Chinesinnen und Chinesen.

Der deutsche Imperialismus hatte im Kern in seiner Politik und Aktion in China bewiesen, was er wenige Jahre später in Afrika an den Bevölkerungsgruppen der Herero und Nama fortsetzte und steigerte – und was nach 1939 zunehmend deutlich wurde: extreme militaristische Brutalität, gepaart mit hemmungslosem Raub und brutalstem Massenmorden, eine entfesselte Soldateska, die vor keinem Verbrechen zurückschreckt.

Genozid an den Herero und Nama ab 1904

„Deutschsüdwestafrika" (das heutige Namibia) war von 1884 bis 1917 deutsche Kolonie und wurde hauptsächlich von den Bevölkerungsgruppen der Herero und der Nama bewohnt.

Im Juni 1889 begann die militärisch abgesicherte deutsche Kolonialherrschaft. Unter dem Schutz des deutschen Militärs kamen zunehmend deut-

sche Siedler, zwischen 1887 und 1912 insgesamt etwa 13.000. Auf ihren Ländereien entstanden hauptsächlich Rinderfarmen, auf denen einheimische Tagelöhner arbeiten mussten. Die Siedler duldeten keine Herero und Nama auf diesem geraubten Land.

Die deutschen Kolonialisten begannen ab 1898, in der deutschen Kolonie „Deutschsüdwestafrika“ ein System der „Rassentrennung“ anzuwenden. Sie errichteten an abgelegenen „Plätzen“ sogenannte „Eingeborenen“-Reservate, die eng umgrenzt waren und wirtschaftlich als uninteressant galten. Außerhalb dieser Reservate waren die Farmen der Kolonialisten in den landwirtschaftlich ergiebigsten und an Bodenschätzen reichen Gebieten.

Das alles machte die Lage der Herero und Nama zunehmend verzweifelter. 1904 begann der Aufstand der Hererobevölkerung gegen die deutschen Kolonialherren.

Gegen den gerechten antikolonialen Aufstand der Herero ging die deutsche Kolonialarmee mit einer Grausamkeit vor, die in vielem die Gräueltaten der Nazis im Zweiten Weltkrieg teilweise vorwegnahm. Das imperialistisch-kolonialrassistische Massenmorden gegen die Herero und Nama wurde verübt im Geiste der angeblichen Überlegenheit der deutschen „Herrenmenschen“.

Mit mörderischer Absicht trieb die mit überlegenen Waffen ausgerüstete deutsche Armee im August 1904 die Aufständischen, ja die Masse der Hererobevölkerung in eine wasserlose Wüste. Die meisten der 80.000 ermordeten Herero – Kinder, Frauen und Männer – wurden ermordet, indem sie von jeglichen Wasserquellen abgeschnitten wurden, so dass sie in der Wüste von Omaheke verdursten mussten. Danach wurde 1906 vom Deutschen Generalstab in einem „Generalstabsbericht“ öffentlich die Vollendung des Genozids an den Herero verkündet: *„Die wasserlose Omaheke sollte vollenden, was die deutschen Waffen begonnen hatten: Die Vernichtung des Hererovolkes.“*

Doch auch in den folgenden Jahren kämpften Abteilungen der Herero gemeinsam mit den nunmehr ebenfalls aufständischen Nama gegen die deutschen Kolonialtruppen weiter. Dank des lang andauernden Widerstands der aufständischen Nama, der meist in Form einer meisterhaften Guerillataktik erfolgte und der zeitweilig von südafrikanischen Minenarbeitern unterstützt wurde, konnte die geplante vollständige Vernichtung der Herero verhindert werden. Trotz ständiger Verstärkungen gelang es den bis zu

20.000 deutschen Soldaten kaum, mit wenigen Hundert schlechtbewaffneter Aufständischer fertigzuwerden.

Nach Schätzungen überlebten von den 80.000 Herero nur 15.000, von den etwa 20.000 Nama knapp 10.000 das kolonialistische Morden der deutschen „Herrenmenschen".

Als „Vergeltung" für den Widerstand der Herero und Nama wurde deren gesamter noch verbliebener Grundbesitz konfisziert. Im Jahr 1907 wurde gar eine Verordnung erlassen, nach der es für alle Zeiten Afrikanern verboten sein sollte, Land zu besitzen. Die Herero und Nama mussten nun unter sklavereiähnlichen Bedingungen auf deutschen Farmen bzw. – nachdem 1908 die ersten Diamantenvorkommen entdeckt worden waren – im von deutschen Kapitalisten betriebenen Bergbau schuften.

Gefangen genommene Herero wurden in Ketten gelegt, ihnen wurden die Buchstaben „GH" (Gefangene Herero) eingebrannt und sie wurden zur Zwangsarbeit getrieben. Brutale Repressalien waren die Folge, wenn ein Herero sich der Zwangsarbeit widersetzte. Passpflicht und „Arbeitsbuch" garantierten eine lückenlose Kontrolle.

Andere überlebende Gruppen wurden in KZs an der kalten und feuchten Atlantikküste gesperrt, wo sie zu Tausenden im ungewohnten Klima und ohne entsprechende Kleidung starben. In der gesamten deutschen Kolonie wurden die geschlagenen Herero und später die Nama aufgegriffen und in diese Konzentrationslager verschleppt.

Auf der Haifischinsel, damals auch „Todesinsel" genannt, unmittelbar vor der Hafenstadt Angra Pequena im äußersten Süden Namibias befand sich eines der KZs der deutschen Kolonialherren. Bis zur Auflösung dieses KZ-Lagers im April 1907 sind dort schätzungsweise 3.000 Menschen aus Namibia ermordet worden. Völlig abgeschnitten vom Rest der Welt, mussten die Herero- und später die Nama-Gefangenen in Militärzelten und improvisierten Hütten leben. Die Gräueltaten der deutschen Kolonialherren waren allgegenwärtig: Ermordungen, Misshandlungen, Folterungen, Auspeitschungen und langsames Verhungernlassen – um nur die brutalsten Verbrechen der deutschen „Herrenmenschen" aufzuzählen.

Die Gefangenen wurden auch gezwungen, die koloniale Infrastruktur der deutschen Imperialisten auszubauen und damit deren Herrschaft zu festigen. Nach Angaben der deutschen Kolonialverwaltung wurden zwischen Januar 1906 und Juni 1907 insgesamt 2.014 Gefangene des KZs für den Bau der „Lüderitzbahn" eingesetzt. Allein 1.359 Gefangene kamen bei

dieser Zwangsarbeit ums Leben, das war eine Sterblichkeitsrate von 67 Prozent.

Bis heute werden von der deutschen Regierung Entschädigungszahlungen für die deutschen Kolonialverbrechen an den Herero verweigert.

Massaker und Vernichtungsfeldzüge in den deutschen Kolonien „Togo“, „Kamerun“ und „Deutsch-Ostafrika“

In den anderen deutschen Kolonien in Afrika errichteten die deutschen „Herrenmenschen“ ein Kolonialregime, das auf brutalster Unterdrückung, Massakern und sogenannten „Strafexpeditionen“ gegen den immer wieder aufflammenden Widerstand der vom deutschen Imperialismus kolonialisierten Bevölkerungsgruppen beruhte.

In der deutschen Kolonie „Togo“ (das heutige Togo sowie der Ostteil von Ghana) wurden 1894 und 1895 blutige Unterdrückungsfeldzüge gegen die widerständigen Atakpame-, die Konkomba- und Dagomba-Bevölkerung im Norden des Landes unternommen. Laut offizieller „Gefechtsliste der Polizeitruppe“ wurden von 1895 bis 1899 18 „Strafexpeditionen“ durchgeführt. Die Zahl der Ermordeten ist nicht bekannt.

In der deutschen Kolonie „Kamerun“ (das heutige Kamerun, ein Teil Nigerias, des Tschad, der Zentralafrikanischen Republik, der Republik Kongo sowie von Gabun) gab es seit der offiziellen „Besitznahme“ von 1884 bis 1914 ständig Aufstände gegen das Joch der deutschen Kolonialherrschaft. Von 1891 bis 1909 wurden rund 100 Militäraktionen durchgeführt, zumeist riesige Massaker. Nach der Schlacht gegen aufständische Fulbe am 20. Januar 1902 ließ der Oberleutnant Hans Dominik alle verletzten Fulbe-Kämpfer mit dem Bajonett niedermachen. Der Angriff auf die Bangwa, Bandeng und Bafut im Dezember 1901 endete damit, dass nach offiziellen Angaben über 1.000 Menschen ermordet wurden.

„Deutsch-Ostafrika“ war von 1885 bis 1918 deutsche Kolonie. Diese Kolonie umfasste die heutigen Länder Tansania (ohne Sansibar), Burundi und Ruanda sowie einen kleinen Teil Mosambiks. Es war die größte Kolonie des deutschen Imperialismus.

Nach offiziellen Angaben wurden in der deutschen Kolonie „Deutsch-Ostafrika“ von 1889 bis 1905 76 „Strafexpeditionen“ durchgeführt

Berichte über das brutale Regime des deutschen Imperialismus gibt es vor allem im Zusammenhang mit den drei großen Aufständen gegen die deutschen Kolonialherren.

1888/89 schlugen die deutschen Besatzer und ihre angeheuerten Söldner einen Aufstand verschiedener Bevölkerungsgruppen brutal nieder. Zynischerweise wurde dieser Krieg als „Kampf gegen die Sklaverei“ getarnt. Städte und Dörfer wurden bombardiert und niedergebrannt, willkürliche Hinrichtungen vorgenommen. Daneben setzte der deutsche Imperialismus nicht ohne Erfolg auf Bestechungen und auf das Gegeneinanderausspielen der Masse der Werktätigen, auf das „Teile und Herrsche“. All diese Faktoren ließen die Aufstandsfront zusammenbrechen und ermöglichten danach dem deutschen Imperialismus, ins Landesinnere vorzudringen. Wie viele Aufständische ermordet wurden ist nicht bekannt.

Bereits 1891 kam es zu bewaffnetem Widerstand der Wahehe gegen das Vordringen des deutschen Imperialismus. Wo die deutsche Soldateska bei ihren „Strafexpeditionen“ durchzog, wurde schonungslos alles niedergeschossen und niedergebrannt. Mehrere hundert Gehöfte wurden zerstört. Nach Schätzungen eines deutschen Pfaffen betrug die Zahl der erschossenen, erhängten und wegen der zerstörten Ernte verhungerten Wahehe mehrere Tausend. Die Wahehe bekämpften die deutschen Kolonialtruppen sieben Jahre lang.

1905 kam es zum sogenannten Maji-Maji-Aufstand, der von mehreren Bevölkerungsgruppen, die sich zusammengeschlossen hatten, geführt wurde. Auch dieser Aufstand wurde blutig niedergeschlagen. Die deutschen Kolonialtruppen verbrannten ganze Dörfer und viele Felder, raubten das Vieh, vergifteten Brunnen, führten Massenhinrichtungen durch und verschleppten viele zur Zwangsarbeit.

Die Aufständischen kämpften heroisch noch bis Ende 1907 weiter, erlitten aber schließlich eine Niederlage. Aufgrund der verbrecherischen Kriegsführung der deutschen Kolonialisten wurden bis zu 300.000 Menschen der afrikanischen Bevölkerung ermordet.

***

In der Tat, dort, wo der deutsche Imperialismus seine Kolonialmacht errichten konnte,[2] bewies er bereits, dass er seine kolonialen Ansprüche mit äußerster Brutalität bis hin zum Genozid durchsetzt.

[2] Weitere Kolonialgebiete umfassten mehrere Inselgruppen im Pazifik, wie das sogenannte Bismarck-Archipel, die Karolinen, die Marianen, die Marshall-Inseln sowie Teile von Samoa und der nordöstliche Teil von Neuguinea (Kaiser-Wilhelm-Land genannt).

Die einzige Kraft, die im deutschen Reichstag gegen diese Kolonialpolitik auftrat, war die damals noch revolutionäre Sozialdemokratie.

Zum Beispiel hielt August Bebel am 30. Januar 1905 eine Rede gegen die Verbrechen des deutschen Imperialismus bei der Niederschlagung des Herero Aufstands im heutigen Namibia.

Klassenkämpfe in Deutschland bis 1913

Die revolutionäre Sozialdemokratie in Deutschland wurde zu einer Partei mit großem Masseneinfluss. Im Jahr 1890 − unmittelbar nach der Aufhebung des „Sozialistengesetzes“ (des Verbots der SPD), als die SPD wieder legal arbeiten konnte − kam die Partei schon auf 19,8 Prozent der Stimmen bei bürgerlichen Wahlen (nach dem undemokratischen Zensuswahlrecht und ohne Beteiligung der Frauen). 1903 holte die revolutionäre SPD dann 31,7 Prozent der Stimmen (mehr als 3 Millionen). 1912 wurde sie mit 34,8 Prozent sogar zur stärksten Fraktion im Reichstag. 1906 hatte die SPD etwa 384.000 Mitglieder, 1914 über eine Million. Der deutsche Imperialismus hatte zu Recht die Befürchtung, dass die SPD die Mehrheit der proletarischen Klasse gewinnen könnte.

In Deutschland streikten, auch unter dem Einfluss der Revolution und Massenstreikbewegung in Rußland 1905, von 1905 bis 1907 ca. 11 Millionen Werktätige bei ca. 8.500 ökonomischen Streiks. Im Januar 1905 kam es zum großen Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet, an dem sich über 250.000 Bergleute beteiligten, der jedoch von der opportunistischen Gewerkschaftsführung schnell abgewürgt werden konnte.

Aktionen oder Kämpfe gegen die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus wurden von der Sozialdemokratie nicht initiiert, es gab jedoch einige Reden im Reichstag, die bestimmte Kolonialverbrechen des deutschen Imperialismus entlarvten.

Im Frühjahr 1910 entwickelte sich in Deutschland ein Kampf für das allgemeine Wahlrecht. Massendemonstrationen mit Hunderttausenden wurden in mehreren Städten durchgeführt, in Halle waren es 100.000, in Frankfurt 50.000. Am 6. März 1910 demonstrierten 150.000 in Berlin. Dagegen setzten die deutschen Imperialisten berittene und bewaffnete Polizei ein, die mit Säbeln gegen die Demonstration vorging. In Berlin streikten Ende 1910 die Moabiter Kohlenträger und kämpften gegen die Polizei, die mehrere Arbeiter ermordete und Hunderte verletzte. Gegen den Krieg auf dem Balkan demonstrierten zum Beispiel in Berlin im Oktober 1912 250.000 Menschen.

In den Parteien und Organisationen der II. Internationale versuchten die Imperialisten mithilfe ihrer Arbeiteraristokraten und ihrer Helfer, mithilfe der Ideologie und Politik des Opportunismus und Revisionismus Einfluss zu gewinnen, um die revolutionären Parteien von innen heraus zu zerstören. Ab Ende des 19. Jahrhunderts, besonders nach dem Tod von Engels 1895, gewann der Opportunismus und Revisionismus in den Parteien der II. Internationale zunehmend die Oberhand – und das zeigte sich insbesondere dann an ihrer Haltung zum Ersten Weltkrieg. Anstatt die internationale Solidarität unter den Massen der Werktätigen in den imperialistischen Ländern und den revolutionären Kampf zu verstärken, wechselten 1914 die großen sozialdemokratischen Parteien der II. Internationale – mit Ausnahme der Partei der Bolschewiki in Russland – in das Lager der Bourgeoisie ihres Landes und riefen die Arbeiterinnen und Arbeiter zur „Vaterlandsverteidigung“ auf, das heißt zum gegenseitigen Abschlachten für die räuberischen imperialistischen Ziele „ihrer“ jeweiligen Bourgeoisie.

Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg war keine „Katastrophe“, die aus heiterem Himmel hereinbrach, wie gerade auch deutsche bürgerliche Historiker behaupten. Der Erste Weltkrieg hat nicht nur eine politische und ökonomische Vorgeschichte. Er wurde auch systematisch durch gigantische Aufrüstungsprogramme, imperialistische Diplomatie und vor allem durch lokale Kriege und großangelegte militärische Aktionen wie die sogenannten Balkankriege von 1912/1913 vorbereitet.

Der Erste Weltkrieg war ein reaktionärer, imperialistischer Raubkrieg zur Neuaufteilung der Welt unter die imperialistischen Großmächte. Am Ersten Weltkrieg waren vor allem die Imperialisten aller kriegführenden Länder schuld. Aber: Im August 1914 entfesselte die gestärkte, besonders aggressive imperialistische Bourgeoisie Deutschlands den Ersten Weltkrieg.

Dem deutschen Imperialismus war es gelungen, seine gesamten ökonomischen, militärischen, politischen und ideologischen Kräfte zu mobilisieren und das ganze Land in eine Art gut funktionierende Kriegsfabrik zu verwandeln, um seine Kriegsziele zu verwirklichen: die Hegemonie in Europa, vor allem gegen England und Frankreich zu erkämpfen, ein geschlossenes Kolonialreich in Zentralafrika zu erobern sowie die Herrschaft auf dem Weltmarkt gegen England durchzusetzen. Diese drei Ziele waren für den deutschen Imperialismus ein wesentlicher Schritt zur Weltherrschaft. Der Kampf gegen die USA und Japan sollte erst danach geführt werden.

Im Inneren Deutschlands spielte die Entfesselung gigantischer nationalistischer Hetzkampagnen eine wesentliche Rolle, um die eigene Bevölkerung an den deutschen Imperialismus zu binden und die Arbeiterinnen und Arbeiter nationalistisch zu verdummen und in den imperialistischen Krieg zu hetzen. Insbesondere sollte damit auch die weitere Entwicklung der revolutionären Sozialdemokratie in Deutschland verhindert werden, indem die revolutionär eingestellten sozialdemokratischen Arbeiter in die Armeen eingezogen wurden.

In Deutschland explodierte im August 1914 der deutsche Nationalismus regelrecht. Es brach ein noch nie da gewesener nationalistischer Taumel, ja eine Art Kriegshysterie aus. Hunderttausende zogen begeistert in den imperialistischen Raubkrieg und waren überzeugt, dass es darum ging, „für das deutsche Vaterland zu kämpfen". 1914 meldeten sich 185.000 deutsche Kriegsfreiwillige, Hunderttausende standen am Straßenrand und feierten „ihre Helden". Zur zentralen nationalistischen Parole wurde der Ausspruch von Kaiser Wilhelm II.: *„Ich kenne keine Parteien, ich kenne nur noch Deutsche."*

Der deutsche Imperialismus beging während des Ersten Weltkriegs besonders brutale Verbrechen: die massenhafte Ermordung von Zivilbevölkerung, brutalste Geißelerschießungen, Folter und Misshandlungen auch von Kindern, Bombardierung von Großstädten, U-Boot-Krieg gegen Lazarett- und Passagierschiffe, Massendeportationen und Einführung von Zwangsarbeit für Hunderttausende, Misshandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen.

Besonders hervorstechend sind:

– Zum ersten Mal wurde Giftgas im Kriegsfall gegen Soldaten der imperialistischen Konkurrenten eingesetzt (über 70.000 Soldaten wurden durch deutsches Giftgas ermordet, über eine Million zum Teil schwer verwundet).

– Der deutsche Imperialismus verschleppte Hunderttausende Menschen aus den besetzten Ländern, aus Belgien und Frankreich, aus Russland, Polen und Litauen, zur Zwangsarbeit. Rund eine Million Menschen (rund 735.000 in der Landwirtschaft und rund 331.000 in der Industrie) wurden verschleppt. Hunger, Unterernährung, Inhaftierung in Lagern, Krankheiten wie Typhus und Cholera waren in den Zwangsarbeitslagern auf der Tagesordnung.

– Misshandlung und Ermordung von Kriegsgefangenen. Bis Kriegsende waren ca. 2,5 Millionen Soldaten in deutscher Gefangenschaft, davon 1,4 Millionen aus Russland, 500.000 aus Frankreich, 190.000 aus England,

150.000 aus Rumänien, 130.000 aus Italien. Insgesamt starben 135.000, davon 76.000 aus Russland. Alle Gefangenen waren in schlechten Unterkünften untergebracht, hatten kaum Essen und mussten Zwangsarbeit verrichten. Körperliche Misshandlungen waren an der Tagesordnung. Typhus und Fleckfieber waren weit verbreitet.

– Dem Krieg in den Kolonien des deutschen Imperialismus in Afrika, der in Wirklichkeit ein gigantisches imperialistisches Massaker war, fielen Hunderttausende afrikanische Menschen zum Opfer.

In der deutschen Kolonie „Deutsch-Ostafrika" wütete ein besonders brutales imperialistisches Gemetzel. Insgesamt starben während der ganzen Kämpfe nur 734 Deutsche, aber ca. 120.000 afrikanische „Träger"[3] der deutschen Armee, 250.000 „Träger" der Entente-Armeen. Aufgrund der Zerstörungen dieses Kolonialkrieges starben weitere ca. 300.000 Menschen an Hunger und Krankheiten.

– Der deutsche Imperialismus war direkt beteiligt am Genozid von über 1,5 Millionen Armeniern durch die türkischen herrschenden Klassen.

Um die Jahrhundertwende lebten über 2,5 Millionen Armenierinnen und Armenier im vom Osmanischen Reich kontrollierten Gebiet. Zwischen 1915 und 1918 wurden nahezu 1,5 Millionen Armenierinnen und Armenier planmäßig durch Deportationen, Zwangsarbeit, Erschießungen, Hunger, Seuchen, auf Todesmärschen und in Lagern ermordet. Hunderttausende wurden in die Verbannung getrieben. Der Genozid an den Armeniern wurde in erster Linie von türkischen Reaktionären durchgeführt, jedoch waren die deutschen Imperialisten in erheblichem Maße und teilweise federführend daran beteiligt.

Unmittelbar vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs erklärte der deutsche Botschafter in der Türkei, von Wangenheim, im Sommer 1914: *„Armenien verhindert die wirtschaftliche und politische Ausbreitung Deutschlands, es muss daher verschwinden."* Das war die faktische Aufforderung an die reaktionäre türkische Regierung, die Vernichtungspolitik gegen die armenische Bevölkerung zu forcieren und den Plan des Genozids an der armenischen Bevölkerung in der Türkei in die Tat umzusetzen. Deutsche Militärs waren dann auch ganz direkt am Genozid beteiligt.

---

[3] Diese sogenannten „Träger" waren Männer der verschiedensten Bevölkerungsgruppen Afrikas, die die Waffen (Gewehre, schwere Kanonen und Schiffsgeschütze), Lebensmittel sowie Kleidung der deutschen „Herrenmenschen" durch die Wüste schleppen mussten. Sie wurden zwangsrekrutiert und faktisch wie Sklaven gehalten.

Hier nur einige wenige Beispiele: Ein deutscher Oberst befehligte die 15.000 Soldaten der Armee des Osmanischen Reichs, die den 40-tägigen Widerstand der 4.000 Armenierinnen und Armenier am Mussa Dagh brechen sollten. Der deutsche Stabschef in Syrien, von Reichenberg, leitete die Belagerung des armenischen Viertels von Urfa im September/Oktober 1915. Der Chef des osmanisch-türkischen Generalstabs, der deutsche General von Schellendorf, unterzeichnete den Befehl zur Deportation aller armenischen Soldaten, die als Zwangsarbeiter eingesetzt waren.

– In Russland hatten die Arbeiterinnen und Arbeiter im Bündnis mit den armen Bauern unter Führung der Bolschewiki 1917 die Oktoberrevolution erkämpft. Litauen, Lettland und – nach dem Abschluss des Vertrags von Brest-Litowsk, den im März 1918 die gerade erst entstandene Sowjetmacht unterzeichnen musste – auch Estland und Finnland waren vom deutschen Imperialismus besetzt, der dort ein Terrorregime errichtete und jegliche Ansätze demokratischer oder kommunistischer Aktivitäten brutal unterdrückte, in gigantischem Ausmaß raubte und plünderte.

Die in Litauen einrückenden deutschen Truppen führten Listen mit, in denen litauische Gegner des deutschen Imperialismus namentlich aufgeführt waren. Diese Listen waren Grundlage für zahllose Verhaftungen und Hinrichtungen. Die Bevölkerung wurde einem brutalen Terrorregime unterworfen. Folter und Prügel waren das tägliche Werkzeug der deutschen Armee und Verwaltung. Laut offiziellen deutschen Quellen wurden 1.000 Einwohner von der deutschen Armee hingerichtet. Bestialische Massenmorde wurden durchgeführt. In den Orten Olvita und Pyjevonis wurde die Bevölkerung, die Schutz in einer Kirche gesucht hatte, dort bei lebendigem Leibe von der deutschen Mördertruppe verbrannt. Es wurde alles geplündert, was es zu plündern gab – Pferde, Vieh, Industrieanlagen, 20 Prozent des Waldes wurde abgeholzt. 92.000 der 240.000 Bauernhöfe wurden zerstört, 57.000 Gebäude, 1.200 Dörfer niedergebrannt. Die gesamte Ökonomie und Politik des Landes wurde vom deutschen Imperialismus kontrolliert.

In Finnland etwa mordeten finnische und deutsche konterrevolutionäre Truppen rund 20.000 Männer, Frauen und Kinder. Zehntausende wurden verschleppt, hingerichtet oder sie verhungerten.

In der Ukraine setzte der deutsche Imperialismus ein Marionettenregime ein und plünderte die Rohstoffvorkommen und die landwirtschaftliche Produktion. Jedoch entwickelte sich breiter Widerstand unter Führung der Kommunistischen Partei der Ukraine gegen die Plünderungen. Überall entstanden Partisanenabteilungen. Tag und Nacht wurde ein Partisanenkrieg geführt, der die Kräfte der deutschen Armee zermürbte. Die Partisaninnen und Partisanen sprengten Eisenbahnlinien, vernichteten deutsche Truppenabteilungen und setzten Lebensmittellager der deutschen Armee in Brand. Im Juli 1918 kam es zu einem Generalstreik der Eisenbahner gegen die Plünderungen, der nur mit brutalem Terror von den deutschen Imperialisten niedergeschlagen werden konnte. Bei Taganrog wurden 180 gefangene Rotarmisten von deutschen Soldaten ermordet. Es wurden überall Kriegsgerichte eingesetzt, die dafür sorgten, dass die Bewohner bei der geringsten Sympathie mit Sowjetrussland massenweise erschossen wurden.

Die Kämpfe in Deutschland gegen den imperialistischen Ersten Weltkrieg bis 1917

Während die ausschlaggebenden Kräfte in der Führung der SPD im Juli 1914 Kurs auf die Proklamation der „Vaterlandsverteidigung“ und den „Burgfrieden“ im bevorstehenden imperialistischen Weltkrieg nahmen, war bei größeren Teilen der Basis der Sozialdemokratie, den in der SPD organisierten oder mit ihr sympathisierenden Arbeiterinnen und Arbeitern durchaus die Bereitschaft zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg vorhanden.

Noch vor Beginn des Ersten Weltkriegs Ende Juli 1914 gab es vonseiten der organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter massenhafte Protestaktionen, darunter auch militante Aktionen, gegen den drohenden imperialistischen Krieg.

Nach nicht vollständigen Angaben haben in Deutschland zwischen dem 26. und 31. Juli 1914 mindestens 288 Antikriegsversammlungen in 163 Städten und Gemeinden stattgefunden. Allein bei den 183 Versammlungen, für die Zahlenangaben vorliegen, waren fast 500.000 Menschen beteiligt. Zum Beispiel versammelten sich in Berlin 100.000, in Bremen 10.000, Dresden 35.000, Düsseldorf 20.000, Leipzig ca. 100.000.

Die relativ starke, von Marx und Engels geprägte Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland hielt infolge der Vorherrschaft des Opportunismus und Revisionismus und im Zusammenhang mit der Entwicklung

einer relativ breiten Schicht der Arbeiteraristokratie dem nationalistischen Taumel zu Beginn des Ersten Weltkriegs jedoch zunächst nicht stand.

Mit der Zustimmung zu den Kriegskrediten der deutschen Imperialisten im Reichstag im August 1914 wechselte die deutsche Sozialdemokratie endgültig auf die Seite der Konterrevolution, der deutschen Imperialisten über und trug die Parole von der „Vaterlandsverteidigung“ in die Reihen der proletarischen Klasse. Rosa Luxemburg erklärte treffend, dass die SPD ein „stinkender Leichnam“ geworden war. Nur ein kleiner Teil unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg blieb dem proletarischen Internationalismus treu und führte einen entschlossenen Kampf gegen die nationalistische Strömung und den imperialistischen Krieg. Sie kämpften unter der Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ für die Umwandlung des imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg zum Sturz des deutschen Imperialismus.

Mit dem „Ja“ der SPD zum imperialistischen Krieg machte sich weitgehend Lähmung breit und das Gift des Nationalismus entfaltete seine Wirkung, zunächst ohne auf sichtbaren organisierten Widerstand zu stoßen.

Gegen die brutale Kriegsführung des deutschen Imperialismus und gegen den imperialistischen Krieg überhaupt gab es vor allem zu Beginn des Ersten Weltkrieges ab August 1914 nur schwache Kämpfe der proletarischen Klasse in Deutschland. Nach und nach entwickelten sich auch in Deutschland antimilitaristische Kämpfe gegen den Ersten Weltkrieg.

Die Maidemonstration 1916 in Berlin war ein erster Schritt in diese Richtung. Karl Liebknecht, der als Redner auftrat und die Losung rief „Nieder mit der Regierung, nieder mit dem Krieg“, wurde noch an Ort und Stelle verhaftet. Für seine Freilassung demonstrierten und streikten in den Folgewochen Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter vor allem in Berlin. Die Februarrevolution 1917, die das Zarenregime in Russland wegfegte, hatte eine starke Wirkung auf Deutschland. An der Front kam es zur Verbrüderung von Soldaten, Matrosen meuterten, zunächst Tausende, dann Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter streikten gegen Essensrationierungen, gegen die Einberufung zum Militärdienst und gegen den Krieg überhaupt.

In Kiel demonstrierten 26.000 streikende Werftarbeiter für die sofortige Beendigung des Kriegs. Am 16. April demonstrierten und streikten Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Streichung von Essensrationen. Am 15. August streikten 16.000 Arbeiterinnen und Arbeiter der Leunawerke. Insgesamt streikten 1917 in Deutschland

700.000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Mai 1917 kam es zu einer revolutionären Bewegung auf einigen Kriegsschiffen. Im August 1917 meuterten die Matrosen der Hochseeflotte, doch wurden sie grausam unterdrückt.

II. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (Vom Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1955)

A. Der deutsche Imperialismus und die Klassenkämpfe 1917-1923

Die Gründung der KPD / Die Novemberrevolution in Deutschland 1918 und das Ende des Ersten Weltkriegs

Angespornt vor allem durch die Losungen und den Sieg der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 in Russland unter Führung der Bolschewiki, erhoben sich große Teile der proletarischen Klasse in Deutschland gegen die Weiterführung des Ersten Weltkriegs, gegen die deutsche Monarchie. Den Anfang machte der rote Matrosenaufstand in den ersten Novembertagen 1918 in Kiel. München und zahlreiche andere Städte folgten. So erhoben sich in Hamburg die Massen der Werftarbeiterinnen und Werftarbeiter gemeinsam mit den roten Soldaten und roten Matrosen. In Berlin marschierten am 9. November 1918 die Arbeiterinnen und Arbeiter unter der Führung des revolutionären Spartakusbundes zu den Kasernen, entwaffneten das Militär und schlossen sich mit den roten Soldaten in Räten zusammen. Mit der Kapitulation Deutschlands am 11. November 1918 war dann der Erste Weltkrieg offiziell beendet

Innerhalb weniger Tage im November 1918 stürzte die Masse der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der roten Soldaten im bewaffneten Aufstand die Monarchie. Räte der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie roter Soldaten beherrschten zum ersten Mal in Deutschland das Bild.

Doch der Schein trog. Die revolutionären Kräfte des Proletariats, die vom Spartakusbund und dann von der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gegründeten KPD geführt wurden, blieben in der Minderheit. Nach dem Tod von Karl Marx und Friedrich Engels waren es Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die in Deutschland nach der völligen Verbürgerlichung der Sozialdemokratie als erste durch **die Gründung der KPD** am 30.12.1918 einen theoretischen, politischen und organisatorischen Neubeginn der kommunistischen Bewegung der proletarischen Klasse geschaffen haben. Damit hatten sich unter der Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die besten Kräfte von der vom Revisionismus und Opportunismus zerfressenen Sozialdemokratie getrennt.

Die Räte wurden jedoch trotzdem zum Werkzeug der deutschen Sozialdemokratie und damit der deutschen Bourgeoisie. Die Verworrenheit, Un-

sicherheit und Unklarheit der Mehrheit der proletarischen Massen über das weitergehende Ziel der Zerschlagung des ganzen kapitalistischen Systems und der Errichtung des Sozialismus sowie über den Weg zu diesem Ziel, das Fehlen einer kampferprobten Kommunistischen Partei, die in diese Massen sozialistisches Bewusstsein und Organisiertheit hineinträgt, all dies ermöglichte es den konterrevolutionären Führern der Sozialdemokratie, sich an die Spitze der Revolution zu stellen.

Der Kaiser ging, musste gehen, aber die Generäle, die deutsche Bourgeoisie blieben, täuschten die Arbeiterinnen und Arbeiter und schlugen alle revolutionären Kräfte der proletarischen Klasse in den Januarkämpfen 1919 blutig nieder, ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Mithilfe der konterrevolutionären Sozialdemokratie, Ebert, Noske und Konsorten, rettete sich die deutsche Bourgeoisie. Während in Russland die sozialistische Revolution 1917/18 siegte, gewann in Deutschland ein weiteres Mal die blutige Restauration und Konterrevolution.

Die **Novemberrevolution** war eine Revolution, die den Kaiser stürzte und den deutschen Imperialismus schwächte. Das hat zu einem Aufschwung der Revolution in anderen europäischen Ländern und auch zur Festigung der Sowjetmacht in Russland beigetragen. Allerdings war die Novemberrevolution eine bürgerlich-antimonarchistische Revolution und keine sozialistische, zudem war es eine schwache, im Grunde nur eine halbe Revolution. Denn in den Räten herrschten die sozialdemokratischen Agenten der deutschen Bourgeoisie, die die militärische Konterrevolution vorbereiteten und durchführten.

Die Führer der Sozialdemokratie waren die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts. Sie waren es, die 1918 ein Bündnis mit der Generalität der Reichswehr zur „restlosen Bekämpfung der Revolution“ hergestellt hatten. Noske, Kriegsminister der 1919 gebildeten SPD-Regierung, hatte offen erklärt: „Einer muss der Bluthund sein!“ Auf das Konto dieser antikommunistischen Mordhetzer gingen rund 30.000 ermordete revolutionäre Arbeiterinnen und Arbeiter von der Novemberrevolution 1918 bis zum Mai 1919.

Die Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und der Abschluss des Versailler Vertrags 1919

Der deutsche Imperialismus verlor den Ersten Weltkrieg. Die siegreichen imperialistischen Großmächte zwangen dem unterlegenen deutschen Imperialismus den Versailler Vertrag auf, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet

wurde und am 10. Januar 1920 in Kraft trat. Der Versailler Vertrag hatte einen räuberischen, imperialistischen Gesamtcharakter, auch wenn darin einzelne richtige Bestimmungen enthalten waren (insbesondere die Verpflichtung des Deutschen Reichs, die staatliche Souveränität und die neu festgelegten Grenzen von Polen und der Tschechoslowakei sowie Österreichs anzuerkennen).

Wesentliche Bestimmungen des Versailler Vertrags zielten auf eine Schwächung des deutschen Imperialismus: Deutschland musste alle seine Kolonien abgeben, vor allem an England, Frankreich, Belgien und Japan. Teile seines Staatsgebiets im Osten, die das reaktionäre Preußentum von Polen geraubt hatte, gingen an den polnischen Staat. Im Westen bekam Frankreich das von Deutschland 1871 geraubte Elsass-Lothringen zugesprochen und es wurden wichtige Industrie- und Kohlegebiete von französischen Truppen militärisch besetzt (Teile des Rheinlands und das Saargebiet). Der deutsche Imperialismus musste große Summen an die imperialistischen Siegermächte bezahlen und hatte insbesondere weitgehende militärische Beschränkungen hinzunehmen, wie zum Beispiel eine Verkleinerung der deutschen Armee auf lediglich 100.000 Soldaten, den Verzicht auf schwere Kriegswaffen wie Panzern und Artillerie sowie die Beschränkung der Kriegsflotte auf nur wenige kleine Schiffe.

Der Versailler Vertrag bot dem deutschen Imperialismus besondere demagogische Möglichkeiten, um im Kampf für seine Wiederaufrichtung die deutsche Bevölkerung mit der Ideologie des Revanchismus und Nationalismus zu verhetzen, während er gleichzeitig die räuberischen finanziellen Bedingungen dieses Vertrags auf die werktätigen Massen abzuwälzen und von sich selbst abzulenken versuchte mit dem Verweis auf die Reparationsforderungen der Siegermächte.

Zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1919 bis 1923

In den vier Jahren von 1919 bis 1923 kämpften Arbeiterinnen und Arbeiter in heftigen Klassenkämpfen, insbesondere auch in bewaffneten Kämpfen gegen Reaktion und Konterrevolution. Die Genossinnen und Genossen der KPD waren führend an diesen Kämpfen beteiligt.

■ **Münchner Räterepublik 1919:** Im April 1919 wählte die Versammlung der Betriebs- und Kasernenräte (bzw. Arbeiter- und Soldatenräte) einen Aktionsausschuss und einen Vollzugsrat mit dem Leiter der Münchner KPD, Eugen Leviné, an der Spitze. In kürzester Zeit wurde unter dem Kommando des Kommunisten Rudolf Egelhofer, einem ehemaligen Matro-

sen, eine Rote Armee von 15.000 Arbeitern und Soldaten aufgestellt, um die bayerische Räteregierung gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Schon am 1. Mai 1919 begann die Offensive der konterrevolutionären Kräfte. Trotz erbitterter Gegenwehr war am 3. Mai die Niederlage besiegelt. Weit über tausend Kämpferinnen und Kämpfer wurden an Ort und Stelle von Freikorpsbanden und Noske-Truppen ermordet, darunter auch Rudolf Egelhofer. Über 5.000 wurden in die Gefängnisse geworfen. Eugen Leviné wurde unter der bayerischen SPD-Regierung zum Tod verurteilt und hingerichtet.

■ **Rote Ruhrarmee 1920:** Das Erstarken der Reaktion trat auch in dem von hohen Reichswehroffizieren organisierten reaktionären und konterrevolutionären Kapp-Putsch zutage. Ohne auf Widerstand zu stoßen besetzten die extrem militaristischen und nationalistischen Putschisten am 13. März 1920 die Hauptstadt Berlin und bildeten eine Regierung mit dem Reaktionär Kapp an der Spitze. Der Reichspräsident und die Regierung Bauer flohen nach Stuttgart. Aber die Arbeiterinnen und Arbeiter riefen den Generalstreik aus, der große Teile des Landes erfasste. 12 Millionen streikten in ganz Deutschland. Vor allem aber bildeten die Arbeiterinnen und Arbeiter bewaffnete Formationen, um die reaktionären bewaffneten Kräfte, darunter zahlreiche Nazis, zurückzuschlagen. Allein die Rote Ruhrarmee bestand aus 100.000 Arbeiterinnen und Arbeitern. Aufgrund des bewaffneten Kampfs großer Teile der proletarischen Klasse wurde der Vorstoß der extremen Reaktion abgewehrt und der Kapp-Putsch niedergeschlagen. Wieder nach Berlin zurückgekehrt, gingen Ebert und Bauer vor allem daran, den Generalstreik zu brechen. Gestützt auf dieselben Kräfte, die eben erst den Kapp-Putsch durchgeführt hatten, unterdrückten sie die proletarische Bewegung in Rheinland-Westfalen, die sich zur Abwehr der Kapp-Reaktionäre ihre Rote Ruhrarmee geschaffen hatte. Die Soldateska wütete mit blutigem Terror. Mindestens 2.000 proletarische Kämpferinnen und Kämpfer wurden nach Beendigung der Kampfhandlungen ermordet, Tausende eingekerkert.

■ **Bewaffnete Kämpfe in Halle, Leuna usw. 1921:** Um einen erneuten Ausbruch der Revolution zu verhindern, beschloss die Bourgeoisie, mithilfe der Sozialdemokratie die einzelnen Zentren der revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse zu zerschlagen. Am 18. März 1921 wurde das Industriegebiet Mitteldeutschlands von Einheiten der „Sicherheitspolizei“ besetzt. Die Polizei führte zahlreiche Hausdurchsuchungen durch und ging brutal gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter vor. Als Antwort darauf

nahmen an die hunderttausend Arbeiterinnen und Arbeiter im Leunawerk, den Mansfelder Kupferschieferminen und den Braunkohlebergwerken den Kampf gegen die angreifenden Polizeitruppen auf. In der gesamten Region flammten bewaffnete Kämpfe auf. Eine Woche lang hielten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Leunawerke mit Gewehren, Sprengstoff und selbstgebauten Handgranaten der Belagerung der Polizei stand. Im Kreis Mansfeld bildeten sich unter der Führung von Max Hoelz Partisanenabteilungen. Die Märzaktion der Arbeiterinnen und Arbeiter in Mitteldeutschland wurde von dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, dem Sozialdemokraten Hörsing, und reaktionären Verbänden brutal unterdrückt.

■ **Hamburger Aufstand 1923:** Aufgrund der vorangegangenen Klassenkämpfe, der ungeheuren Verschärfung der wirtschaftlichen Not sowie der anhaltenden Instabilität, durch die sich die politischen Parteien der herrschenden Klasse auszeichneten, ergab sich im Oktober 1923 in dieser Periode der Klassenkämpfe sozusagen eine letzte Möglichkeit, die eigene Klasse und die herrschende Klasse auf die Probe zu stellen, bevor die Bourgeoisie wieder in der Lage sein würde, ihre eigene Herrschaft zeitweilig wieder zu stabilisieren. Unter diesen Voraussetzungen kämpften im Oktober 1923 kommunistisch orientierte und organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter – angeleitet und unterstützt von den Genossinnen und Genossen der KPD – mit dem Gewehr in der Hand gegen das kapitalistische System, für den Sozialismus. Der Hamburger Aufstand war ein Barrikadenkampf, es war ein bewaffneter Aufstand, der eigentlich das Signal für den Aufstand in ganz Deutschland sein sollte, und dann auch ein organisierter Rückzug: Während des drei Tage dauernden Hamburger Aufstands gelang es einer relativ geringen Anzahl von 300 bewaffneten Arbeitern, sich unter Anleitung der KPD und mit praktischer Unterstützung mehrerer Tausend Anwohnerinnen und Anwohner gegen die zwanzigfache Übermacht einer bestens ausgerüsteten Polizei und Armee zu behaupten, bevor sie sich organisiert und planmäßig zurückzogen.

***

Die sich herausbildenden revolutionären und kommunistischen Kräfte um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die 1918 unter dem Einfluss der siegreichen Oktoberrevolution 1917 in Russland – im historischen Kontext zu spät – die KPD gründeten, konnten die Novemberrevolution nicht siegreich zur proletarischen Revolution entwickeln. Der erfolgreiche Sturz der Monarchie in Deutschland wurde nicht der Auftakt zur sozialistischen Revolution, sondern die Novemberrevolution endete mit der Fes-

tigung einer konterrevolutionären bürgerlich-parlamentarischen Diktatur des deutschen Imperialismus, die sich nach der Niederschlagung aller bewaffneten Kämpfe des revolutionären Proletariats – den Kämpfen zur Schaffung der Münchener Räterepublik 1919, der Roten Ruhrarmee 1921, der bewaffneten Kämpfe in Halle, Leuna und weiteren Städten und Gebieten 1921 und dem Hamburger Aufstand 1923 – schließlich nach 1923 relativ stabilisierte. Ein bedeutendes Ergebnis dieser Phase war aber auch, dass in all diesen Kämpfen revolutionäre Kräfte der proletarischen Klasse wichtige Erfahrungen in schärfsten Klassenkämpfen, insbesondere auch bewaffneten Kämpfen gesammelt hatten und sich verstärkt in und um die KPD zusammenschlossen.

Die Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde die Propaganda der Revanche vom deutschen Imperialismus vor allem unter Bezug auf den Versailler Vertrag in einer ersten Etappe zu einer relativ festen, in sich geschlossenen reaktionären Ideologie ausgebaut: zur Ideologie des deutschen Revanchismus.

Die Revanchehetze zielte darauf ab, das „Diktat von Versailles“ abzuschütteln. Vor allem aber diente die Entfachung der Revanchehetze auf der Basis des deutschen Nationalismus auch dazu, die „Schmach“ der Niederlage überhaupt zu tilgen, was sich insbesondere gegen England, Frankreich und die USA richtete.

Der im Ersten Weltkrieg geschlagene imperialistische Räuber erkannte die besondere Attraktivität des Revanchegedankens. Diese beruhte zunächst auf der Ausnutzung der Tatsache, dass der Versailler Vertrag neben richtigen Bestimmungen in der Tat vor allem ein räuberischer Vertrag war, den die siegreichen Imperialisten den deutschen imperialistischen Verlierern aufgezwungen hatten. Der Versailler Vertrag gab dem deutschen Imperialismus somit besondere demagogische Möglichkeiten, große Teile der deutschen Bevölkerung mit der Ideologie des Revanchismus und Nationalismus zu vergiften, während er gleichzeitig die räuberischen Bedingungen des Vertrags auf die proletarische Klasse abzuwälzen suchte und dies auch tat.

Die Revanche-Idee schien scheinbar einen eher defensiv-wiederherstellenden Charakter zu haben und sich gegen die „Ungerechtigkeit“ imperialistischer Logik zu richten. Dies erleichterte es dem wiedererstarkenden

deutschen Imperialismus, breite Massen unter seiner Führung zu mobilisieren.

Nach dem Erreichen bestimmter Revancheziele entfaltete sich allerdings die eigene imperialistische Logik in immer rascherer Weise zu einer deutlich offensiven Propaganda der Eroberung der Weltherrschaft, der Verwirklichung der angeblich geschichtlich bedingten „deutschen Weltmission".

Zug um Zug entledigte sich der deutsche Imperialismus der ökonomischen Forderungen von Versailles:

1929 wurden die Verpflichtungen Deutschlands an die Siegermächte im „Young-Plan" neu geregelt. Die Reparationszahlungen, die von nun an nur aus den Einnahmen der Reichsbahn und des Staatshaushalts zu leisten waren, wurden auf 113,9 Milliarden Mark herabgesetzt und begrenzt. Die Reparationskommission wurde aufgelöst, alle Kontrollinstrumentarien fielen weg, Reichsbahn und Reichsbank wurden in den Besitz des deutschen Imperialismus zurückgegeben.

1930 zogen unter frenetisch-nationalistischem Applaus die letzten französischen Ententetruppen aus dem besetzten Rheinland vorfristig ab.

Mitte 1931 veranlasste der US-Imperialismus durch das Hoover-Moratorium die Reparationsgläubiger Deutschlands, für ein Jahr auf deutsche Reparationszahlungen zu verzichten. Faktisch beendete der deutsche Imperialismus 1932 die Reparationszahlungen.

Entsprechend seiner wiedergewonnenen ökonomischen Stärke forcierte der deutsche Imperialismus die Militarisierung und Wiederaufrüstung.

Die im Versailler Vertrag geforderte Festlegung der Stärke der Reichswehr auf 100.000 Soldaten unterlief er durch eine neunjährige Reservezeit. Damit waren zwar offiziell lediglich 100.000 Reichswehrsoldaten ständig unter Waffen, weitere 300.000 jedoch waren ausgebildet, standen neun Jahre lang unter unmittelbarer militärischer Führung (für den Einsatz im „Bahnschutz" oder in „Grenzsiedelungen") und waren jederzeit abrufbereit. Hinzu kam die staatliche militarisierte Schutzpolizei (rund 200.000) sowie die Hunderttausende umfassenden paramilitärischen sogenannten „Wehrverbände" wie Stahlhelm und SA.

Ein wichtiger Meilenstein der zunehmend offen betriebenen Wiederaufrüstung und Kriegsvorbereitung war 1928 der Bau von Panzerkreuzern zur Schaffung einer eigenen Kriegsflotte.

Ein weiterer Markstein war 1931 das „Zweite Rüstungsprogramm", das von 1933 bis 1938 durchgeführt werden sollte mit dem Ziel, 34 Divisionen (ca. 20.000 Soldaten pro Division) der Reichswehr aufzustellen. In gehei-

men Mobilmachungsplänen der Reichswehr wurde 1931 der Einsatz von „Freiwilligen aller Parteien“ – sprich der bewaffneten Formationen SA, Stahlhelm und Reichsbanner – für den „Landes- und Grenzschutz“ vereinbart. Im Dezember 1932 erklärten sich die Siegermächte des Ersten Weltkriegs in Genf schließlich mit der Wiederaufrüstung Deutschlands einverstanden, die unter der Phrase der „Abrüstungsgleichberechtigung“ präsentiert wurde.

Vor dem Hintergrund dieses nun wiedererstarkten deutschen Imperialismus, der in imperialistischer Rivalität seinen erneuten Anspruch als imperialistische Großmacht formulierte und die seit 1929 wirkende Weltwirtschaftskrise für Massenentlassungen, Lohnabbau und die Schaffung eines Millionenheers von Erwerbslosen in Deutschland nutzte, wuchs und erstarkte die KPD mit ihren revolutionären Grundpositionen. Es wuchs und erstarkte jedoch auch die Nazibewegung zu einer Millionenmassen umfassenden Massenbewegung.

B. Der Aufstieg des Nazi-Faschismus in Deutschland

Der Aufstieg der Nazi-Bewegung und die Klassenkämpfe unter Führung der KPD bis 1933

Unter den kommunistisch orientierten Arbeiterinnen und Arbeitern in Deutschland gab es keinen Zweifel daran, dass die SPD eine konterrevolutionäre Partei war, eine Abteilung des deutschen Imperialismus, die sich im Gewand der „Arbeiterpartei“ präsentierte und dem deutschen Imperialismus innerhalb der Bewegung der proletarischen Klasse Masseneinfluss sicherte, um rückständige Arbeiterinnen und Arbeiter durch Reformismus, Nationalismus und Antikommunismus an den reaktionären Staat zu binden.

Die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise ab 1929 und die verstärkten Klassenkämpfe führten jedoch zu einem Schwinden der „Popularität“ der Sozialdemokratie. Massenentlassungen, Lohnsenkungen, Tarifkündigungen und Aussperrungen waren an der Tagesordnung. Rund 6 Millionen offiziell registrierte plus 2 bis 3 Millionen nicht registrierte Erwerbslose bildeten die industrielle Reservearmee. Die deutsche Bourgeoisie war gezwungen, sich eine weitere Basis zu schaffen, die insbesondere auch in der Lage war, Millionenmassen an sich zu ketten und politisch die Voraussetzungen schaffen konnte, damit der geplante weltweite imperialistische Krieg vorbereitet und durchgeführt werden konnte. Ab 1930 wurde die SPD nach und nach aus dem Staatsapparat gedrängt, Schritt für Schritt ausrangiert. Der rasante Aufstieg der Nazibewegung begann.

Die Nazipartei hatte noch in den Parlamentswahlen von 1928 kaum mehr als 2,6 Prozent der Stimmen erhalten (knapp 800.000), gewann aber ab 1929 Masseneinfluss. Sie stärkte sich organisatorisch, bildete Nazigruppierungen zur Organisierung verschiedener Schichten und Bevölkerungsgruppen. 1929 wurde der Aufbau der SA als paramilitärische Bürgerkriegsarmee der Nazipartei verstärkt. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 erhielt die Nazipartei schon 6,4 Millionen Stimmen. Mit einem Schlag waren die Nazis die zweitstärkste Partei in Deutschland geworden. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 verdoppelten die Nazis ihre Stimmen und erreichten 13,8 Millionen. Die NSDAP wurde stärkste Partei, Göring zum Reichstagspräsidenten ernannt.

Bei den Parlamentswahlen im November 1932 kassierte die Nazipartei zwar einen Verlust von 2 Millionen Stimmen. Mit 11,7 Millionen Stimmen wurde sie dennoch wieder stärkste Partei. Bereits bei der Reichstagswahl im März 1933, an der die wichtigsten bürgerlichen Parteien, insbesondere auch die SPD, teilnehmen durften, aber auch die KPD auf dem Boden von Verhaftungen und Repressionen, erhielt die Nazipartei dann sogar über 17 Millionen Stimmen (fast 44 Prozent).

Das heißt, innerhalb von nur 5 Jahren (1928–1933) steigerte die **Nazipartei** ihren Einfluss von 0,8 Millionen auf über 17 Millionen Wählerstimmen. Aus einer kleinen, unbedeutenden politischen Gruppierung war **eine Partei des deutschen Imperialismus mit gewaltigem Masseneinfluss** geworden.

Die Nazibewegung hatte diesen gewaltigen Masseneinfluss, insbesondere im Kleinbürgertum, durch eine besonders geschickte Demagogie gegen das sogenannte „Diktat von Versailles“, gegen den Versailler Vertrag auf der Basis des deutschen Nationalismus gewinnen können sowie vor allem auch durch den Einsatz von Judenfeindschaft, deutschem Nationalismus und Antikommunismus mit Parolen wie „Juda verrecke!“, „Deutschland erwache!“ und „Rettung vor dem Bolschewismus“.

Die gesamte Nazipropaganda wurde kombiniert mit dem „Kampf auf der Straße“, das heißt mit Aufmärschen und Straßenterror der SA gegen alle „Feinde“, insbesondere gegen die KPD, aber auch zunehmend gegen die jüdische Bevölkerung, was der Nazibewegung den Ruf einer „kämpfenden Bewegung“ einbrachte und ihre Popularität weiter steigerte.

Die revolutionäre Bewegung der proletarischen Klasse erholte sich von der Niederschlagung der Novemberrevolution, wuchs und erstarkte trotz ihrer Niederlagen. Dies geschah in den folgenden Jahren unter Führung der

KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale), an deren Spitze seit 1925 Ernst Thälmann stand.

Die KPD kam Anfang der dreißiger Jahre mit ihren revolutionären Grundpositionen, der Vorbereitung des bewaffneten Aufstands des Proletariats im Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Kommunismus, trotz bedeutender taktischer Fehler und Mängel mit gewichtigem theoretischen Hintergrund, die sie zum Teil selbstkritisch korrigierte, dem Ziel immer näher, die Mehrheit der proletarischen Klasse für die Ziele des Kommunismus zu gewinnen und in den Klassenkämpfen zum Sturz des deutschen Imperialismus zu führen.

Die KPD konnte bis 1932 in der Entwicklung ihrer Organisation und ihres Masseneinflusses große Schritte vorwärts machen. Aus einer Partei mit 120.000 Mitgliedern – eine Zahl, die über viele Jahre hindurch stagnierte – und einer Wählerschaft von 2,7 Millionen (1928) wurde sie 1932 zu einer Partei mit 360.000 Mitgliedern, für die bei den Reichstagswahlen im November 1932 fast 6 Millionen Stimmen abgegeben wurden und war damit die drittstärkste Partei bei diesen Wahlen (die KPD erhielt fast 17 Prozent der Wählerstimmen, die SPD 20 Prozent, die Nazipartei 33 Prozent). In Berlin hatte die KPD 1932 rund 860.000 Wählerinnen und Wähler. Erstmals war es damit einer revolutionären Partei gelungen, in der Hauptstadt eines imperialistischen Landes bei bürgerlichen Wahlen – die ein Gradmesser des Masseneinflusses sind – die stärkste Partei zu werden.

Der KPD gelang es, insbesondere zwischen 1929 und 1933, breite, auch militante Massenkämpfe zu entfalten:

– Der „Blutmai“, das Polizeimassaker vom **1. Mai 1929 in Berlin,** war das Werk der Sozialdemokratie, insbesondere des SPD-Polizeipräsidenten Zörgiebel. Trotz eines Demonstrationsverbots folgten rund 200.000 Arbeiterinnen und Arbeiter an diesem Tag dem Aufruf der KPD. Die Polizei überfiel die Demonstration und schoss in die Menschenmenge. Im Verlaufe der Kämpfe errichteten die Arbeiterinnen und Arbeiter in Neukölln und im Wedding Barrikaden, die sie teilweise zwei Tage lang gegen die Polizeiübermacht verteidigen konnten. Die Polizei ermordete 33 Demonstrantinnen und Demonstranten, verletzte fast 100 schwer und verhaftete 2.000, die in den anschließenden „Mai-Prozessen“ im Schnellverfahren verurteilt wurden.

– Gegen die Gewerkschaftsbürokratie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) und der hinter ihm stehenden Sozialdemokratie war es der KPD seit 1930 gelungen, einige große Streikaktionen unter

Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) durchzuführen. Genannt sei hier nur der Streik der 13.000 Bergarbeiter der Mansfeld AG im Juni/Juli 1930, dann der zweiwöchige Streik der rund 130.000 Metallarbeiter in Berlin im Oktober 1930, der größte Massenstreik der Weimarer Zeit, oder der zweiwöchige Streik von 75.000 Bergarbeitern im Januar 1931 im Ruhrgebiet, bei dem die Polizei drei Streikende ermordet und 200 verhaftet hatte.

– Die KPD hat auf der Straße und im Betrieb einen oftmals auch militanten und teilweise auch bewaffneten Kampf gegen die Nazis geführt. Herausragend war dabei der **Kampf am sogenannten „Altonaer Blutsonntag".** Am 17. Juli 1932 marschierten nahezu 10.000 SA-Männer auf als „Strafexpedition" gegen die antinazistischen Arbeiterinnen und Arbeiter Hamburg-Altonas, einer Hochburg der KPD. Auf Befehl des SPD-Polizeipräsidenten Eggerstedt schützten mit Maschinenpistolen und Panzerwagen bewaffnete Polizisten den Aufmarsch der Nazis. Der Angriff der Nazis konnte von den Arbeiterinnen und Arbeitern zurückgeschlagen werden, SA-Trupps und Polizei wurden von den umliegenden Häusern aus unter Beschuss genommen. Den flüchtenden Nazis kam die SPD-Polizei zu Hilfe. Mit Maschinengewehren schoss sie in die Menge. 18 antinazistische Demonstrantinnen und Demonstranten wurden ermordet, 70 verletzt und 132 verhaftet.

Am 30. Januar 1933 wurde dann Hitler zum Reichskanzler ernannt. Er bildete ein Kabinett aus Nazis und Deutschnationalen. Die Nazis erhielten und übernahmen die Schalthebel der politischen Macht in Deutschland.

Auch jetzt formierte sich Widerstand gegen die Nazis direkt nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler unter Führung der KPD. Hier nur einige der wichtigsten Aktionen:

Am Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler gab es Demonstrationen in Berlin und im ganzen Land. In Berlin-Charlottenburg, Chemnitz, Duisburg, Kaiserslautern und Wernigerode kam es zu Feuergefechten und Straßenkämpfen mit Nazis. Am 31. Januar protestierten nach der Beerdigung von 9 ermordeten Antinazisten in Dresden rund 30.000 Arbeiterinnen und Arbeiter gegen den Naziterror. In Stuttgart zogen nach einer Kundgebung der KPD rund 10.000 Menschen durch die Stadt. Am 5. Februar 1933 demonstrierten in Stettin 25.000 Antinazisten. Am 7. Februar 1933 demonstrierten 200.000 Antinazisten in Berlin auf einer Anti-Hitler-Demonstration der SPD.

Es ist die geschichtliche Wahrheit, dass die Genossinnen und Genossen der KPD taktische Fehler im Kampf gegen die Nazis gemacht haben und dass es ihnen nicht gelungen ist, militante bewaffnete Massenkämpfe gegen die Errichtung und Festigung der nazifaschistischen Diktatur in Deutschland zu entfalten.

Jedoch selbst wenn die KPD bis ins letzte taktische Detail „alles richtig" gemacht hätte, selbst dann wäre nicht garantiert gewesen, dass Zeit und Kräfte ausgereicht hätten, um die Nazidiktatur durch einen bewaffneten Abwehrkampf zu verhindern. Die Revolution 1905 in Russland erlitt eine Niederlage **trotz** der Existenz einer Kommunistischen Partei mit einer richtigen Linie unter Führung Lenins, denn nicht unwesentlich für den Erfolg ist eben auch ein günstiges oder ungünstiges Kräfteverhältnis.

17 Millionen Wähler der Nazipartei, der reaktionäre Block der Deutschnationalen, mehrere Hunderttausend bewaffnete SA-Mordbanden auf der Straße – dies war ein konterrevolutionäres Heer, gegen das auch eine Kommunistische Partei mit einer in jeder Hinsicht richtigen Linie möglicherweise eine Niederlage erlitten hätte.

Wie 1918 wurde 1933 wiederum die Möglichkeit des Siegs einer revolutionären Bewegung der proletarischen Klasse von der herrschenden Ausbeuterklasse in Deutschland durch einen entscheidenden Schritt im Voraus verhindert.[4]

Die Errichtung des Nazifaschismus 1933 und die Kriegsziele des deutschen Imperialismus

Mit der Errichtung des Nazifaschismus 1933 in Deutschland begann der deutsche Imperialismus im Innern mit der Zerstörung der KPD und ihrer Organisationen bei gleichzeitiger staatlicher Entfaltung der nazistischen Judenfeindschaft, nach außen begannen die Kriegsvorbereitungen auf Hochtouren zu laufen, vor allem auch gegen die sozialistische UdSSR.

Die Verwirklichung seiner Weltherrschaftspläne wollte der deutsche Imperialismus mittels aufeinander folgender Eroberungen („Stufenplan") vor allem mittels militärischer „Blitzkriege" und „Blitzsiege" erreichen. Kombiniert werden sollten die militärischen „Blitzsiege" mit einem der Situation maximal angepassten und „flexiblen" weltweiten Bündnissystem und

[4] Zum Kampf der KPD von 1929 bis 1933 ist eine Analyse in Arbeit, die unter anderem auch die taktische Linie der KPD im Kampf gegen die aufkommende Nazibewegung selbstkritisch auswerten wird.

der Schaffung und des Einsatzes von Kollaborateuren in anderen Ländern wie zum Beispiel den sogenannten „Auslandsdeutschen“.

Um die Herrschaft des deutschen Imperialismus in den von ihm eroberten Gebieten zu sichern, war der Plan, weltweit für „1.000 Jahre“ ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit zu statuieren, wie es die Welt bisher noch nicht gesehen hatte. Vom Massenmord an Kindern, Greisen, Kranken und Kriegsgefangenen bis zum bestialischen Genozid an der jüdischen Bevölkerung, den Sinti und Roma Europas, die systematische staatlich organisierte und industriell durchgeführte Ermordung vom Kleinkind bis zum Greis – all das diente dazu, die Herrschaft über die Masse der Bevölkerung mittels Furcht und Schrecken aufrechtzuerhalten, die „Herrenmenschenmoral“ der deutschen Besatzer zu stärken. Dies sollte im tieferliegenden und langfristigen Interesse des deutschen Monopolkapitals durchgeführt werden, um mit Angst und Schrecken jeglichen Widerstand gegen die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus schon im Keim zu ersticken.

Der Weltherrschafts-„Stufenplan“ des deutschen Imperialismus basierte auf der Formel „Erst Europa, dann die ganze Welt!“ und sah konkret in etwa folgendermaßen aus:

Die erste Stufe sah vor, ein vom deutschen Imperialismus beherrschtes West- und Osteuropa einschließlich großer Teile der Sowjetunion zu schaffen, um das ökonomische und militärische Potenzial um ein Vielfaches zu verstärken für den Überfall auf die zentralen Gebiete der Sowjetunion. Parallel zu seinen militärischen Anstrengungen schuf der deutsche Imperialismus von Anfang an weltweite Bündnissysteme wie mit Japan, Italien und anderen Ländern, die dazu dienten, die eigene Macht auch ohne weitere Eroberungen maximal zu stärken sowie die USA und Großbritannien maximal zu isolieren und entsprechend der gerade anstehenden „Stufe“ zu garantieren, dass der deutsche Imperialismus möglichst einen Konkurrenten nach dem anderen besiegen konnte.

Nach der „blitzartigen“ Besetzung der westlichen Teile der Sowjetunion sollte, an Rohstoffen und ökonomisch-militärischen Mitteln weiter gestärkt, auf der Basis der von Frankreich und Belgien eroberten Kolonien in Afrika ein riesiges zusammenhängendes deutsches Kolonialreich geschaffen werden, das sich quer über den Kontinent vom Atlantischen bis zum Indischen Ozean erstrecken sollte. Dies sollte Basis für atlantische Luft- und Flottenstützpunkte sein sowie Ausgangsbasis für den Angriff auf Großbritanniens

Kolonien in Nordafrika und im Nahen Osten mit dem Ziel, Großbritannien als imperialistische Großmacht zu vernichten.

Erst in der dritten Stufe sollten dann – wenn möglich im Bündnis mit Japan – die USA angegriffen werden, um sie als imperialistische Großmacht zu vernichten, was die Weltherrschaft des deutschen Imperialismus auch gegenüber Japan garantieren sollte. Insbesondere mit Hilfe mittel- und auch südamerikanischer Staaten (vor allem ist da Mexiko zu nennen, das von den Nazis mit der Rückeroberung von Texas und Südkalifornien geködert wurde), die von deutschen „fünften Kolonnen" und reaktionären einheimischen Machthabern als Bündnispartner gewonnen werden sollten, würde der direkte Angriff auf das Territorium des US-Imperialismus ermöglicht. Gleichzeitig sollte der japanische Imperialismus mit Luftangriffen und seiner Seestreitmacht angreifen. Kombiniert werden sollte dies mit der inneren „Zersetzung" der USA durch „fünfte Kolonnen" der Nazis.

Einige Besonderheiten der Nazi-Ideologie

Entstehung und Geschichte des Nazifaschismus zeigen, dass er untrennbar mit den gesellschaftlichen Bedingungen und der herrschenden Klasse in Deutschland, mit dem deutschen Imperialismus und dem System des Kapitalismus verbunden war.

Tatsächlich wurde im System des Nazifaschismus alles Reaktionäre in der deutschen Geschichte konzentriert und potenziert. So wie der Nazifaschismus eine bestimmte Form der Herrschaft des deutschen monopolistischen Kapitals war, nämlich ihre „offen terroristische Diktatur", so ist die Naziideologie im Grunde eine ins Extreme gesteigerte Form der Ideologie der deutschen Bourgeoisie, deren Hauptkomponenten deutscher Nationalismus, Rassismus, Judenfeindschaft, Antiziganismus und Antikommunismus sind.

Die Naziideologie hatte jedoch wichtige Besonderheiten.

Der Rassismus der Nazis wurde aufs engste mit dem deutschen Nationalismus verknüpft und arbeitete als entscheidende „Neuerung" eine flexible, der Situation anzupassende Konzeption einer rassistisch begründeten „deutschen Volksgemeinschaft" heraus. Es stand dabei das Konzept der Aufzüchtung eines „deutschen Volkes" nach sogenannten „natürlichen" und „gesunden" Kriterien, nach sogenannten „rassischen" Kriterien im Vordergrund. Dieses Konzept beinhaltete nicht nur die „Ausmerzung" und Ermordung der „rassenfremden", insbesondere der jüdischen Bevölkerung und der Sinti und Roma, sondern machte auch vor der Verfolgung und Ermor-

dung der eigentlich – also immanent in der Naziideologie gedacht – zur „höheren Rasse“, zum „deutschen Volk“, zur „deutschen Volksgemeinschaft“ gehörenden geistig und körperlich Behinderten nicht Halt und setzte durch organisierte Hetze Homosexuelle der Diskriminierung und staatlicher Verfolgung aus. Die Konstruktion einer „höheren Rasse“, die Theorie vom „deutschem Blut“ sollte der Masse der deutschen Bevölkerung vorgaukeln, dass sie etwas Besseres sei, zu Höherem berufen sei, eben zur Herrschaft über die angeblichen „niederen Rassen“. Es ging darum, dem Überlegenheitsgefühl der „deutschen Herrenmenschen“ eine pseudowissenschaftlich-populäre und damit eine im Alltag zu verwendende Legitimation und Grundlage zu geben.

Die Ideologie der Judenfeindschaft auf rassistischer Grundlage war von Anfang an ein Kernpunkt der Naziideologie. Die jüdische Bevölkerung wurde zum weltweiten Todfeind erklärt und das wurde mit der Parole „Juda verrecke!“ auf den Punkt gebracht. Die Nazis verbreiteten judenfeindliche Lügen aus der Geschichte der Judenfeindschaft, insbesondere auch die Lüge von der angeblich drohenden „jüdischen Weltherrschaft“.

Die Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland wurde nicht nur als vaterlandsverräterisch, als „von Moskau gesteuert“ und als Feind der „deutschen Volksgemeinschaft“ hingestellt, sondern vor allem auch als „verjudet“ dargestellt.

Diese Nazipropaganda wurde verbunden mit einer Nachahmung von Symbolen und Formen der kommunistischen Bewegung, mit dem Benutzen von Begriffen der Bewegung der proletarischen Klasse (wie zum Beispiel im Namen der Nazipartei – „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“). Beides diente dazu, Einfluss bei den Arbeiterinnen und Arbeitern zu erlangen.

Nach außen wurde zunächst vor allem Revanchismus gegen das sogenannte „Versailler Diktat“ propagiert, dann aber vor allem gegen die sozialistische UdSSR als „jüdischen Bolschewismus“ gehetzt. Die Judenfeindschaft wurde also nicht nur im Innern zur Zerschlagung der kommunistischen Bewegung eingesetzt, sondern auch als Mittel nach außen gegen die kommunistische Weltbewegung, insbesondere gegen die sozialistische Sowjetunion, und verschmolz damit mit dem Antikommunismus und dem Rassismus. Judenfeindschaft wurde nach außen auch gegen andere Kriegsgegner benutzt, wie die USA oder auch England, die als „verjudet“ hingestellt wurden.

Nach der Niederlage bei Stalingrad 1943, als die Nazis merkten, dass sie sich zurückziehen mussten und die Rote Armee immer weiter auch Richtung der Grenzen Nazideutschlands vorrückte, da zogen die Nazis die Karte der „Verteidigung des europäischen Abendlands gegen den Bolschewismus“, um die Anti-Hitler-Koalition zu spalten und England und die USA auf ihre Seite zu ziehen gegen den gemeinsamen Feind, den „Bolschewismus“. Gleichzeitig wurde die „Verteidigung Deutschlands“ gegen die „bolschewistischen Aggressoren“ proklamiert, um die deutsche Bevölkerung durch die Erzeugung von Angst und Schrecken vor der Roten Armee noch fester an den deutschen Imperialismus zu binden.

C. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus (1933-1945)

Direkt nach dem die Nazis nach dem 30.1.1933 die politischen Schalthebel in Deutschland erhielten und übernommen hatten, wurden die Nazi-Verbrechen systematisch ausgeweitet und gesteigert – gegen kommunistische Kräfte, gegen Juden und Jüdinnen, gegen Sinti und Roma, gegen Kranke und Behinderte…

Mit der militärischen Intervention in Spanien 1936, die jedoch nicht zu einer Besetzung von Spanien oder Teilen von Spanien führte, begannen die Nazi-Verbrechen in anderen Ländern.

Der deutsche Imperialismus führte dann die Annexion von Österreich im März 1938 und Teilen der Tschechoslowakei im September 1938 durch, schließlich die Besetzung und Annexion fast der ganzen Tschechoslowakei im März 1939. Bei diesen Annexionen war eine wesentliche Besonderheit, dass es zu keinen militärischen Auseinandersetzungen gekommen ist. Sofort wurde der Nazi-Terror gegen alle antinazistischen Kräfte, insbesondere gegen die kommunistischen Kräfte gestartet sowie auch gegen die jüdische Bevölkerung.

Mit dem militärischen Überfall der Naziarmee auf Polen am 1. September 1939 und der Besetzung Polens durch die Naziarmee nach kurzer militärischer Auseinandersetzung beginnt ein tiefer Einschnitt. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann der deutsche Imperialismus Massenmordverbrechen durchzuführen, die dann auf fast alle von ihnen militärisch überfallenen und besetzten Länder ausgedehnt wurden.

Es folgten ab April 1940 der militärische Überfall auf Dänemark und Norwegen (9.4.1940), auf Belgien, die Niederlande, Luxemburg und

Frankreich (10.5.1940). Frankreich kapitulierte am 22.6.1940 nach 7 Wochen, die anderen Länder wenige Tage nach dem Nazi-Überfall.

Mitte 1940 begannen die Nazis, Pläne zum Überfall auf Großbritannien detaillierter auszuarbeiten. Der deutsche Imperialismus beginnt seine mörderischen Luftangriffe auf englische Städte am 1. August 1940, die monatelang andauern, mit dem Ziel, den englischen Imperialismus in die Knie zu zwingen, was jedoch nicht gelang. Der deutsche Imperialismus ging auch dazu über englische Kolonien in Nordafrika militärisch anzugreifen. Es entwickelt sich eine militärische Front in Nordafrika von Tunesien bis Ägypten vor allem gegen den englischen Imperialismus, die von September 1940 bis zum Mai 1943 andauerte.

Im April 1941 folgte dann der Überfall auf Griechenland, Albanien und Jugoslawien und die Besetzung dieser Länder durch die Naziarmee bzw. die verbündete faschistische italienische Armee.

Im Juni 1941 überfällt der deutsche Imperialismus mit seinen Verbündeten dann die sozialistische Sowjetunion und überzieht die Sowjetunion mit einem Vernichtungskrieg.

Militärische Unterstützung erhielt der deutsche Nazi-Faschismus von den verbündeten Satellitenstaaten Rumänien, Ungarn (ab November 1940), Bulgarien (ab März 1941) und Finnland (ab Juni 1941), sowie der Slowakei und Kroatien, die sich auch eine Scheibe von der Beute abschneiden wollten, im Einzelfall selbst „großfinnische“ bzw. „großrumänische“ Ziele und mehr erhofften, sowie vom italienischen Imperialismus. Im August 1941 machten diese nicht-deutschen Angriffstruppen rund 700.000 Soldaten und Offiziere aus. Nach dem Scheitern des „Blitzkriegs“ ab Herbst 1942 sollte ihre Zahl auf l Mio. steigen. Neben Italien, Finnland, Bulgarien, Rumänien und Ungarn stand auch Spanien auf der Seite Nazi-Deutschlands und beteiligten sich Soldaten an Nazi-Überfällen auf andere Länder.

Bei dem militärischen Rückzug ab 1943 an der Westfront besetzte Nazideutschland Teile von Italien und beging dort weitere Massenmorde. Italien war ursprünglich Verbündeter Nazi-Deutschlands, stellte sich aber nach dem Sturz Mussolinis und der Invasion alliierter Armeen auf Sizilien auf die Seite der Anti-Hitler-Koalition.

Der Nazi-Faschismus hat Massenmoderverbrechen auch in anderen mit ihm verbündeten Ländern durchgeführt wie insbesondere in Ungarn die Ermordung der ungarischen Juden, aber auch in Rumänien sowie in Bulgarien.

Der deutsche Imperialismus steigerte seine schon im Ersten Weltkrieg praktizierte grausame und verbrecherische Kriegsführung und seinen Terror, insbesondere auch gegen die Zivilbevölkerung, in einem bis heute in der Weltgeschichte einmaligen Ausmaß: Die Kriegsführung der verbrannten Erde, Geiselerschießung zum Teil der ganzen Dorfbevölkerung, die Errichtung eines KZ-Systems mit Millionen von Häftlingen in ganz Europa, das willkürliche Morden vom Kleinkind bis zum Greis, die Verschleppung der Zivilbevölkerung und die Umsetzung eines gigantischen Sklavenarbeiterprogramms. Mit dem Überfall auf Polen am 1. September 1939 begann Schritt für Schritt auch der systematische Genozid an der jüdischen Bevölkerung sowie den Sinti und Roma bei dem bis 1945 ca. 6 Millionen Juden und Jüdinnen und ca. 500.000 Sinti und Roma vom Nazi-Faschismus vor allem in den Nazi-Vernichtungslagern mit Giftgas ermordet wurden.

***

Im Folgenden werden wir in einem ersten Teil zunächst die größten Nazi-Verbrechen in Nazi-Deutschland ab 1933 bis zum Überfall auf Polen im September 1939 darstellen.[5]

In einem zweiten Teil werden dann die Systematik der Massenmordverbrechen der Nazis analysiert, die sie in fast allen überfallenen und besetzten Ländern sowie in Nazi-Deutschland selbst durchgeführt haben bis zum Genozid an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma in Europa.

Im dritten Teil geht es dann um die Darstellung der Nazi-Verbrechen in den einzelnen von den Nazis überfallenen, besetzten Ländern.

Eine Besonderheit des Nazi-Faschismus war es, seine jeweiligen militärischen Vorstöße und Überfälle systematisch vor allem auch mit Hilfe eines ganzen Systems von Agenten, Kollaborateuren, Unterstützern und Söldnern in den jeweiligen Ländern vorzubereiten und dann auch seine Herrschaft über die überfallenen Länder mit Hilfe dieser Kollaborateure aufzurichten und abzusichern.

Bürgerliche Historiker stellen es so hin als sei aufgrund dieser Tatsache der Holocaust, der Genozid an der jüdischen Bevölkerung eben keine „deutsche Besonderheit“, sondern angeblich ein „europäisches Projekt“.

[5] Die Nazi-Verbrechen im annektierten Österreich und der annektierten Tschechoslowakei werden dann im Teil „Zu den Nazi-Verbrechen in den einzelnen besetzten und überfallenen Ländern“ analysiert.

Gegen diese Lügen, die den deutschen Imperialismus von seinen Verbrechen reinwaschen wollen, muss klargestellt werden:

In jedem überfallenen Land waren die Nazi-Eroberer bestrebt, Teile der überfallenen Bevölkerung als Kollaborateure auf ihre Seite zu ziehen, in ihren Dienst zu nehmen, sie für Informationen und oft genug als ausführende Organe ihrer Verbrechen in sehr unterschiedlichem Ausmaß einzusetzen.

Es waren unleugbar vor allem die deutschen Nazi-Faschisten, die diese Verbrechen geplant und vorbereitet haben, vor allem auch durch den Überfall auf andere Länder, durch die Besetzung anderer Länder. Sie waren es, die diese Verbrechen selbst in großem Umfang durchgeführt haben. Sie sind mit Abstand die Hauptverantwortlichen. Sie sind die Hauptverbrecher, unter deren Anleitung diese Verbrechen durchgeführt wurden.

Dabei ist durchaus klar, dass die antifaschistischen Kräfte in allen Ländern von Frankreich bis in die Ukraine ihren Kampf gegen diese Kollaborateure als Teil ihres Kampfes gegen den deutschen Imperialismus geführt haben und sie auch nach 1945 den Umständen entsprechend aus guten Gründen zur Rechenschaft gezogen haben.

Nazi-Verbrechen vor dem militärischen Überfall auf Polen[6]

Naziverbrechen auf dem Gebiet von Nazideutschland

Die Naziverbrechen begannen nach dem Januar 1933, als die Nazis die politischen Schalthebel der Macht in ihren Händen hielten, gegen die **Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland.**

Der Brand des Berliner Reichstags am 27.2.1933 wurde von den Nazis als Vorwand benutzt, um eine erste Welle des Terrors gegen die KPD zu starten. Nach dem Reichstagsbrand wurden ca. 10.000 KPD Mitglieder verhaftet, davon allein in Berlin 1500. Von Januar bis Juli 1933 wurden fast 27.000 Mitglieder der KPD in Nazi-KZs verschleppt. In diesem Zeitabschnitt wurden 500-600 Gegner des Nazi-Regimes, zumeist KPD-Mitglieder, ermordet.

Die Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland wurde durch die Schläge der Nazi-Diktatur um Jahrzehnte zurückgeworfen, ihre Organisati-

[6] Bei den Nazi-Verbrechen gegen die Bewegung der proletarischen Klasse, gegen gleichgeschlechtlich orientierte Mensch und gegen von den Nazis als „nicht-weiß“ definierte Menschen wird unsere Analyse eine solche zeitliche Einschränkung nicht vornehmen.

onen, auch die KPD, wurden weitgehend zerschlagen. Ca. 25.000 KPD-Mitglieder wurden in den 12 Jahren des Nazifaschismus ermordet.

Insgesamt wurden in den 12 Jahren Nazifaschismus mehrere hunderttausend Gegner und Gegnerinnen des Nazifaschismus für längere oder kürzere Zeit inhaftiert, mehrere Zehntausend ermordet.

Eine Minderheit der deutschen Bevölkerung leistete Widerstand gegen den Nazi-Faschismus, allen voran die Genossinnen und Genossen der KPD. Allein 150.000 von 300.000 Mitgliedern der KPD waren zumindest zeitweise aktiv im Widerstand. Jedoch war der hauptsächliche Kampf des gesamten organisierten Widerstands Aufklärungsarbeit, wenn es auch Widerstandsgruppen gab, die insbesondere gegen Ende des Kriegs, kleinere Sabotageaktionen durchführten.

Jedoch sah sich im Innern Deutschlands der Nazifaschismus nach wenigen Jahren keinem wirklich seine Macht gefährdenden Gegner mehr gegenüber, was sich auch bis zum Mai 1945 nicht änderte.

Im Februar 1935 gelang den Nazis mit einem großangelegten Propagandafeldzug das „Saargebiet“ einzuverleiben, das bis dahin unter dem Mandat des Völkerbundes stand, faktisch aber unter Kontrolle des französischen Imperialismus stand. Bei einer Abstimmung für die sog. „Heimholung ins Reich“ stimmten über 90 % der Bevölkerung des Saargebiets für Nazi-Deutschland. Der deutsche Imperialismus konnte seinen Herrschaftsbereich weiter ausdehnen und sich wichtige Gebiete mit der kriegswichtigen Kohleförderung, Erz- und Roheisenproduktion einverleiben.

Das sog. Rheinland, wo Teile des Ruhrgebietes, des industriellen Zentrums Deutschlands lagen, wurde nach dem Ersten Weltkrieg zur „entmilitarisierten Zone“ erklärt. Dort durfte der deutsche Imperialismus laut Versailler Vertrag keine Truppen stationieren oder aufmarschieren lassen.

Am 16.3.1936 marschierten dann Truppen der Naziarmee ins Rheinland ein und bauten Befestigungsanlagen. Von nun an konnte die Naziarmee vor allem wieder direkt an den Grenzen zu Frankreich und Belgien aufmarschieren sowie das gesamte Ruhrgebiet auch militärisch kontrollieren.

Der **staatliche judenfeindliche Terror in Nazideutschland** begann schon direkt nach dem Januar 1933. Der judenfeindliche Terror reichte schon direkt nach dem Januar 1933 von judenfeindlichen Gesetzen, Razzien und Überfällen der SA über verbale Beleidigungen und Drohungen auf judenfeindlichen öffentlichen Schildern und der Hetze in der gesamten Nazipresse bis zu massenhaften körperlichen Angriffen, der Schändung von jüdischen Friedhöfen und Synagogen.

Der erste Einschnitt war am 1. April 1933. Es wurde in ganz Nazideutschland der staatlich organisierte Boykott von Unternehmen der Jüdinnen und Juden mit massenhafter Unterstützung von Teilen der deutschen Bevölkerung mit dem öffentlichen judenfeindlichen Aufruf „Die Juden sind unser Unglück! Kauft nicht bei Juden!“ durchgeführt.

Ein weiterer wichtiger Einschnitt bei der Verschärfung des judenfeindlichen Naziterrors waren die judenfeindlichen rassistischen „Nürnberger Gesetze“ von 1935, die die jüdische Bevölkerung sowie auch die Sinti und Roma als „rassisch minderwertig“ diffamierten und Eheschließungen sowie außereheliche Beziehungen mit „Ariern“ bei hohen Strafen verbot.

Vorausgegangen waren den „Nürnberger Gesetzen“ eine judenfeindliche Offensive mit judenfeindlichen Massenkundgebungen und Demonstrationen von Zehntausenden, ja Hunderttausenden Teilnehmern, massenhaften Boykotten von jüdischen Unternehmen, einer erneuten Welle von Schändungen jüdischer Friedhöfe und Synagogen. Insgesamt wurde in der Phase von 1935 bis zum Novemberpogrom 1938 der staatliche Naziterror gegen die Jüdinnen und Juden massiv verstärkt.

1938 wurde der judenfeindliche Naziterror noch weiter verschärft. Eine neue Flut judenfeindlicher Gesetze wurde Anfang 1938 erlassen (insgesamt verabschiedeten die Nazis über 2.000 judenfeindliche Gesetze von 1933 bis 1945), worin praktisch die vollständige „Ausschaltung“ der Jüdinnen und Juden aus dem wirtschaftlichen und sozialen Leben in Deutschland, die weitgehende Vollendung des Raubs am Besitz der Jüdinnen und Juden beschlossen wurde. Im Sommer 1938 wurden neue Boykotte und judenfeindliche Kennzeichnungen jüdischer Geschäfte durchgeführt, jüdische Geschäfte wurden landesweit geplündert und zerstört, allein in Berlin wurden im Juni 1.500 Juden verhaftet und in die KZs der Nazis verschleppt, allein in Sachsen wurden 1.350 judenfeindliche Veranstaltungen abgehalten.

Die Deportation von 17.000 Jüdinnen und Juden mit polnischem Pass aus Deutschland nach Polen im Oktober 1938 war ein weiterer Einschnitt des judenfeindlichen Terrors der Nazifaschisten.

Im gesamten Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus und seiner Nazis wurden vor aller Augen am 9./10. November 1938 die Jüdinnen und Juden misshandelt, gequält, geschlagen, vergewaltigt und gefoltert. Viele wurden zum Teil schwer verletzt, über 100 wurden ermordet, praktisch alle Synagogen und jüdischen Friedhöfe, Tausende Geschäfte und Wohnungen zerstört. In ganz Nazideutschland wurden 30.000 jüdische Menschen in die

KZs verschleppt. Während des Pogroms und in den Monaten danach wurden insgesamt weit mehr als 1.000 Juden und Jüdinnen im Herrschaftsbereich des deutschen Imperialismus ermordet.

Die Nazis begannen ihren **staatlichen Naziterror gegen Sinti und Roma** zunächst mit verschärfter Ausgrenzung und Aussonderung. Dabei konnten die Nazifaschisten auf die zahlreichen, bereits existierenden antiziganistischen Gesetze und Vorschriften zurückgreifen.

Zunächst konzentrierten sich die Nazifaschisten auf den Terror gegen „ausländische" und „fahrende" Sinti und Roma. So wurde mit dem „Gesetz über die Reichsverweisungen" vom März 1934 insbesondere der Abschiebeterror gegen ausländische Sinti und Roma verschärft. Eine drohende Inhaftierung in KZs – zunächst unter dem Vorwand der „Bettelei" und „Arbeitsscheu" – war für Sinti und Roma seit 1933 allgegenwärtig.

Ein zentraler Einschnitt für die Verschärfung des Terrors gegen Sinti und Roma waren die rassistischen „Nürnberger Rassegesetze" vom September 1935. Dies war ein weiterer Vorstoß zur Ausgrenzung, Entrechtung und Verfolgung nicht nur der Jüdinnen und Juden, sondern aller sogenannten „Nicht-Arier". Dies bedeutete, dass nun auch Sinti und Roma nur noch eingeschränkte Staatsbürgerrechte besitzen sollten. In der Folge wurden zahlreiche Sinti und Roma wegen sogenannter „Rassenschande" ins KZ deportiert. Ab 1936 wurden Hunderte Sinti und Roma unter anderem ins KZ Dachau und ab Sommer 1938 ins KZ Mauthausen deportiert.

Ab 1935 wurden deutsche Städte und Gemeinden nach und nach „zigeunerfrei" gemacht und Sinti und Roma in kommunalen „Zigeunerlagern" inhaftiert. Vorwiegend in Großstädten wurden von der SS bewachte Lager eingerichtet. Anfangs durften Erwachsene tagsüber das Lager verlassen, um zur Arbeit zu gehen; später mussten sie Zwangsarbeit leisten, von der auch Kinder und Kranke nicht ausgenommen waren. Parallel erfolgte die schrittweise Ausgrenzung aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, die vor den Augen und mit stillschweigender Duldung oder sogar aktiver Unterstützung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung umgesetzt wurde.

1936 wurde im „Reichssicherheitshauptamt" in Berlin die sogenannte „Rassenhygienische Forschungsstelle" unter Leitung des Nazi-„Rasseforschers" Robert Ritter gegründet. Mit einem Stab von „Rasseforschern" begann er, sogenannte „Rassegutachten" von Sinti und Roma im gesamten „Reichsgebiet" zu erstellen, die dann Planungsgrundlage für den späteren Genozid waren. Wer in den Städten und Dörfern als „Zigeuner" zu gelten habe, entschied die Polizei, die sich auf diese „Rassegutachten" stützte.

Die von den Nazis gesammelten Daten über Sinti und Roma wurden ab Oktober 1938 in Berlin unter Leitung Himmlers in der „Reichszentrale zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ zusammengefasst und systematisiert. Es folgten die ersten Massenverhaftungen: Hunderte Sinti und Roma wurden nach Buchenwald, Ravensbrück, Dachau und in andere KZs deportiert

Für all jene, die **von den Nazis als „lebensunwert“ eingestuft wurden,** begann nach 1933 das Morden und Töten. Nach der Verabschiedung des rassistischen Gesetzes zur „Verhütung erbkranken Nachwuchses“ am 14. Juli 1933 wurden von Januar 1934 bis 1939 ca. 375.000 Menschen, vor allem Behinderte, einer brutalen Zwangssterilisation unterzogen. Mindestens 8.000 Menschen überlebten dies nicht, davon waren ca. 90 Prozent Frauen. „Erbgesundheitsgerichte“ der Nazis entschieden darüber, wer zwangssterilisiert werden sollte. Das war sozusagen der „Probelauf“ für den späteren Nazimassenmord an Behinderten nach dem Überfall auf Polen.

Die Nazis verschärften systematisch die Diskriminierung der **gleichgeschlechtlich orientierten Menschen** bis zum massenhaften Mord an gleichgeschlechtlich orientierten Männern.

Etappen dieser Verschärfung sind folgende:

Ab Oktober 1934 wurden die bisher lokal polizeilich erfassten gleichgeschlechtlich orientierten Männer zentral erfasst. Die nächste Etappe war die Verschärfung des § 175 im Juni 1935. Die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer wurde erleichtert und ausgedehnt. Außerdem wurde das Strafmaß erhöht auf bis zu 10 Jahre Gefängnis.

Am 10. Oktober 1936 wurde dann unter Himmlers Leitung die „Reichszentrale zur Bekämpfung der Homosexualität und Abtreibung“ gebildet. Ihre Hauptaufgabe war die Registrierung und Erfassung von gleichgeschlechtlich orientierten Männern sowie die Sammlung von „belastendem Material“.

Der polizeistaatliche Massenterror der Nazizeit, die Atmosphäre von Denunziation, Razzien und Massenverhaftungen charakterisierte in den folgenden Jahren auch die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer.

Zwangskastrationen wurden schon bis Mitte 1940 an über 2.000 Männern durchgeführt. Auch in sogenannten „Himmelfahrtskommandos“, in den Strafbataillonen der Naziarmee wurden gleichgeschlechtlich orientierte Männer verstärkt eingesetzt und als „Kanonenfutter“ in den Tod gehetzt.

Pseudomedizinische „Experimente“, das heißt bestialische Folterungen durch Nazi-Ärzte, wurden in großem Ausmaß – im KZ Buchenwald fast ausschließlich – an „Rosa Winkel“-Häftlingen in den KZs durchgeführt.

Die Zahl der von der Nazijustiz verfolgten gleichgeschlechtlich orientierten Männer von 1933 bis 1945 wird auf rund 100.000 geschätzt. Unklar ist die Zahl der „Rosa Winkel“-Häftlinge in den KZs. Die meisten heutigen Schätzungen gehen nach Auswertung der noch vorhandenen Nazi-Quellen von mindestens 5.000 bis 15.000 aus. Unbekannt ist die Gesamtzahl der ermordeten „Rosa Winkel“-Häftlinge, hierzu liegen bisher nur Einzelstudien zu einzelnen KZs vor.

Nach Errichtung der nazifaschistischen Diktatur 1933 verschärften sich die allgemeinen Lebensbedingungen von **Menschen in Nazideutschland, die von den Nazis als „nicht weiß“ definiert wurden.** Die Ausweise der Afrikanerinnen und Afrikaner aus den ehemaligen deutschen Kolonien wurden eingezogen und durch „Fremdenpässe“ ersetzt. Menschen aus anderen Staaten mit „nicht weißer“ Hautfarbe wurden nach und nach größtenteils ausgewiesen.

Es gab häufig Übergriffe der Nazifaschisten, insbesondere wenn Männer mit „nicht weißer“ Hautfarbe in Begleitung deutscher Frauen waren. Die meisten verloren ihre Arbeitsstellen. Die Nicht-Zugehörigkeit zur „deutsch-arischen Herrenmenschen-Rasse“ war zum Ausschlusskriterium geworden.

Verschärft wurde die Situation für diese Menschen durch die „Nürnberger Rassegesetze 1935“ und die nun juristisch verfolgte „Rassenschande“. Ab Sommer 1940 galt für Künstlerinnen und Künstler mit „nicht weißer“ Hautfarbe ein öffentliches Auftrittsverbot.

Ins Visier der deutschen „Herrenmenschen“ mit ihrem Grundprogramm der Aufzüchtung „deutscher Arier“ gerieten rasch die so beschimpften „Rheinlandbastarde“, Kinder aus Beziehungen von deutschen Frauen mit Männern mit „nicht weißer“ Hautfarbe. Ab 1919 waren sie – in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und „Wohlfahrtsverbänden“ wie der Caritas – statistisch erfasst worden. Ihre Zahl betrug bis 1945 rund 800. Sie stellten durch ihre bloße Existenz die Identität und Authentizität der „deutschen Arier“ in Frage. Sehr rasch nach der Errichtung der nazifaschistischen Diktatur wurde im Juli 1933 das Gesetz „zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ erlassen, das Zwangssterilisation und Zwangsabtreibungen aus „rassehygienischen“ Gründen legalisierte. Zwischen 1937 bis 1942 wurden mindestens 400 von ihnen zwangssterilisiert. Bis heute hat keiner dieser Menschen eine Entschädigung erhalten.

Rassistische Begleitmusik war die Nazipropaganda gegen Frankreich, gegen die USA, gegen das „verniggerte Amerika“, gegen „entartete Negerkunst“, „Niggertänze“ und „Negerjazz“.

Über die genaue Zahl inhaftierter KZ-Häftlinge mit „nicht weißer“ Hautfarbe in Nazideutschland schwanken die geschätzten Zahlen von einigen Hundert bis rund 2.000. Dabei erfolgten die Inhaftierungen wegen Nichteinhaltung juristischer Schikanen, wegen „Rassenschande“. Mit Beginn des Überfalls der Nazis auf andere Länder gerieten immer mehr Menschen mit „nicht weißer“ Hautfarbe in den Herrschaftsbereich des nazifaschistischen Regimes, unter anderem Soldaten der Armeen der Anti-Hitler-Koalition, wie zum Beispiel 95.000 Soldaten der französischen Armee. Sie wurden besonders schonungslos behandelt, wenn sie überhaupt gefangen genommen wurden. Denn es gab SS-Befehle, wonach „Neger gleich bei der Gefangenschaft zu erschießen“ seien. So wurden zum Beispiel zwischen dem 24. Mai und dem 24. Juni 1940, kurz nach der Kapitulation Frankreichs, mindestens 3.000 gefangene französische Soldaten mit „nicht weißer“ Hautfarbe von den Nazis ermordet. Die Zahl der ermordeten gefangenen US-Soldaten mit „nicht weißer“ Hautfarbe ist uns nicht bekannt.[7]

Naziverbrechen in Spanien 1936/37 zur Niederschlagung des antifaschistischen Kampfes der Bevölkerung in Spanien

Das nazifaschistische Deutschland begann 1936 eine militärische Intervention in Spanien. Die Nazis unterstützten die faschistischen Kräfte in Spanien mit Tonnen an Munition und Bomben, mit Flugzeugen, Panzern, Geschützen, Offizieren, Militärausbildern usw. 30.000 Soldaten der Naziarmee, darunter die 4.500 Mordsoldaten der Elitetruppe „Legion Condor“, wurden entsendet, um die kämpfenden Teile der Bevölkerung Spaniens zu massakrieren und die sich im Aufbau befindende Naziarmee und insbesondere die Nazi-Luftwaffe „in der Praxis“ zu testen und „auf die Probe zu stellen“ (Göring).

Zum ersten Militäreinsatz kam es im Juli 1936. Anfangs griffen die Nazis von Mellila (Marokko) aus die Häfen von Malaga, Alicante und Cartagena an. Ihr nächster „Einsatzort“ war ab August 1936 Madrid. Mit Unterstützung von Panzerkreuzern der Naziarmee wurden Seeblockaden

[7] Im Nazifaschismus wurde auch die sorbische Bevölkerung in Nazideutschland verfolgt. Ihre politischen und kulturellen Vertreter wurden mundtot gemacht, verfolgt, verbannt und manche auch ermordet. Das sorbische Vereinswesen und die sorbische Presse wurden verboten.

wie im Golf von Biskaya organisiert. Bei der Einnahme Bilbaos, der Hauptstadt des Baskenlandes, im Juli 1937 wurden die spanischen Faschisten mit Flugzeugen der deutschen und italienischen Faschisten unterstützt. Am 31. März 1937 bombardierte die berüchtigte „Legion Condor“ Durango. Bei diesem Massaker wurden 248 Menschen ermordet, zahlreiche Menschen wurden schwer verletzt. Ähnliche Luftangriffe flog die „Legion Condor“ im April 1937 auf Bilbao, Barcelona, Ochandiano, Ermua, Elorrio, Egueta und Guerricalz.

Die baskische Stadt Guernica wurde zum Inbegriff des Terrors der Nazi-Luftwaffe. Am 27. April 1937 machte sie die Stadt durch eine dreistündige Bombardierung mit 50.000 Kilogramm Splitter- und Brandbomben dem Erdboden gleich, Flüchtende wurden mit Maschinengewehrsalven ermordet. Allein an diesem Tag starben 1.600 Menschen.

Die Bombardierung Guernicas, die völlige Zerstörung einer ganzen Stadt aus der Luft, zeigte der Bevölkerung der ganzen Welt zum ersten Mal deutlich den Vernichtungsterror Nazideutschlands und seiner Armee gegenüber der Bevölkerung anderer Länder.

Systematische Naziverbrechen nach dem militärischen Überfall auf Polen

Massenmord gegen die kommunistischen Kräfte bis zum Vernichtungskrieg gegen die sozialistische Sowjetunion

Der Nazifaschismus bedeutete nicht nur Zerschlagung der Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland, auch wenn das zeitlich an erster Stelle stand. Der Nazifaschismus war zugleich der entscheidende mörderische Stoßtrupp der internationalen Konterrevolution zur Zerschlagung der internationalen revolutionären und kommunistischen Kräfte, der Diktatur des Proletariats und des Sozialismus in der Sowjetunion. Die Nazifaschisten versuchten nach dem Überfall auf andere Länder gezielt die dortige revolutionäre und kommunistische Bewegung zu vernichten.

Das klar definierte Ziel der Nazifaschisten in dem brutalen Eroberungs- und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, der im Juni 1941 begann, war neben der Durchführung eines gigantischen Mord- und „Germanisierungsprogramms“, der Ausplünderung der Ressourcen der Sowjetunion, der teilweisen Vernichtung und teilweisen Versklavung ihrer Bevölkerung, vor allem die Zerschlagung des ersten Staates der Diktatur des Proletariats in der Welt und die gezielte, systematische Vernichtung und Liquidierung der kommunistischen Kräfte und überhaupt aller Partisaninnen und Partisa-

nen, die ihnen in die Hände fielen. Ausdruck dieses auf die Vernichtung des Sozialismus in der Sowjetunion zielenden Krieges Nazideutschlands war neben der systematischen Ermordung der kommunistischen Kader vor allem auch die brutale Politik des Aushungerns der Bevölkerung der belagerten sowjetischen Großstädte wie Leningrad, die systematische Hinrichtung und der Massenmord an sowjetischen Kriegsgefangenen.

Die Errichtung eines KZ-Systems und eines Systems von Sklaven- und Zwangsarbeit in Europa

Die Nazis errichteten in Nazideutschland und in den von ihnen überfallenen und besetzten Ländern ein System von Hunderten KZ-Lagern, das dazu diente, Angst und Schrecken zu verbreiten, um jeglichen Widerstand schon im Keim zu ersticken.

Im Januar 1945 waren in diesem KZ-System insgesamt über 700.000 Menschen eingepfercht und mussten unter unmenschlichsten Lebensbedingungen dahinvegetieren und zu großen Teilen auch noch Sklavenarbeit für die Konzerne des deutschen Imperialismus leisten. Insgesamt waren mehrere Millionen Menschen in den KZs inhaftiert, allein in den circa 20 großen Nazi-KZs[8] wurden ca. 1,5 Millionen Menschen von den Nazis ermordet.

Die Nazis errichteten in Nazideutschland und in den von ihnen überfallenen Ländern im engen Zusammenhang mit dem KZ-System ein gigantisches System von Sklaven- und Zwangsarbeit, das im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher als „**vielleicht das größte und schrecklichste Sklavenunternehmen der Geschichte**“ bezeichnet wurde.

Innerhalb der damaligen Grenzen Nazideutschlands hatte der deutsche Imperialismus auf dem Höhepunkt der Ausbeutung der Sklavenarbeiterinnen und Sklavenarbeiter im Herbst 1944 rund 8 bis 9 Millionen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, darunter 1 bis 2 Millionen Kriegsgefangene aus 26 Ländern versklavt. In der gesamten Zeit des Zweiten Weltkrieges wurden 10 bis 15 Millionen Menschen nach Nazideutschland verschleppt

8 Im KZ-System der Nazis gab es ca. 20 große KZs, die umgeben waren von einem System von sogenannten „Nebenlagern“ oder „Außenlagern“. Diese großen KZs lagen in Deutschland (Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenbürg, Neuengamme, Ravensbrück, Bergen-Belsen, Dora-Mittelbau), in Frankreich (Natzweiler-Struthof), in Österreich (Mauthausen), in den Niederlanden (Herzogenbusch), in Polen (Stutthof, Groß-Rosen, Majdanek-Lublin, Auschwitz), in Jugoslawien (Jasenovac, Zemun), in der UdSSR (Salisplis, Trostenez) und in der Tschechoslowakei (Theresienstadt).

und zur Zwangsarbeit gezwungen. Die Nazifaschisten hatten 1944 auf dem Gebiet des damaligen Nazideutschlands ein riesiges System von KZ-ähnlichen Lagern für die verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in allen größeren Städten und auf dem Land errichtet. Es gab dort rund 30.000 solcher Lager.

Dazu kommen noch weitere Dutzende Millionen Zwangsarbeiter in den von den Nazis besetzten Ländern. Allein in der Sowjetunion „arbeiteten" Mitte 1942 etwa 22 Millionen Menschen überwiegend in der Landwirtschaft unter der deutschen Besatzungsmacht und wurden direkt oder indirekt durch den deutschen Imperialismus ausgebeutet.

Neben den „zivilen" Sklavenarbeitern und Kriegsgefangenen wurden im Januar 1945 500.000 der 700.000 KZ-Häftlinge in der Kriegsproduktion eingesetzt. Insgesamt schufteten von 1942 bis 1944 über 1,8 Millionen KZ-Häftlinge in den Betrieben des deutschen Imperialismus.

Mit der millionenfachen Sklavenarbeit in den von Nazideutschland besetzten Ländern hat der deutsche Imperialismus riesige Profite erzielt. Millionen von Sklaven- und Zwangsarbeitern wurden dabei ermordet.

Mörderische Nazi-Luftbombardements gegen die Zivilbevölkerung überfallener Länder

Der deutsche Imperialismus setzte auch systematisch mörderische Luftbombardements ein, um die von ihm überfallenen Länder zur Kapitulation zu zwingen, Angst und Schrecken unter der Zivilbevölkerung zu verbreiten und jeden Widerstand gegen die deutschen „Herrenmenschen" schon im Kein zu ersticken.

Die baskische Stadt Guernica ist das erste Beispiel dafür.

Die Nazi-Kriegsführung steigerte ihren Terror weiter durch die Bombardierung der Städte Polens. Ca. 20.000 Bewohner/innen Warschaus wurden allein durch den deutschen Luftangriff auf Warschau, unterstützt von massivem Artilleriebeschuss Ende September 1939 ermordet. Neben Warschau wurden weitere 150 Städte und Kleinstädte bombardiert.

Um die Niederlande zur Kapitulation zu zwingen, bombardierte die Nazi-Luftwaffe im Mai 1940 zahlreiche Städte. Rotterdam – das wie Guernica, Warschau und Coventry zum Innbegriff des mörderischen Nazi-Luftbombardements werden sollte – wurde innerhalb von vier Tagen zusammengebombt.

Nazideutschland startete ab August 1940 bis Mitte Mai 1941 dann massive Luftangriffe mit insgesamt über 2.000 Bombenflugzeugen auf die eng-

lische Zivilbevölkerung in den Städten, mit dem Ziel England zum Kriegsaustritt zu zwingen und einen Angriff auf England vorzubereiten.

Am 14. November 1940 und am 8. April 1941 fanden die Luftangriffe der Nazis in England gegen die Stadt Coventry (120.000 Einwohner) statt, die mit zu den brutalsten Luftangriffen gegen englische Städte zählt. Es ging den Nazis darum, die gesamte Stadt zu vernichten.

Massenmord in Vernichtungszentren mit Giftgas an allen, die die Nazis als „lebensunwertes Leben" einstuften

Der Massenmord an allen, die die Nazis als „lebensunwertes Leben" einstuften, begann im Oktober 1939, kurz nach dem Überfall auf Polen. Behinderte Säuglinge, Kinder und Jugendliche wurden aus Anstalten und Kliniken selektiert und in neu eingerichteten regelrechten Mordstationen ermordet. Schätzungen gehen von 5.000 bis 8.000 Ermordeten aus. Dokumentiert ist ebenfalls, dass mindestens 3.500 behinderte Erwachsene von SS-Mördern verschleppt und erschossen wurden.

Ab Januar 1940 verübten die Nazis ihre Massenmorde an Behinderten mit Giftgas in eigens dafür eingerichteten Vernichtungszentren in Deutschland und Österreich, minuziös geplant von deutschen Nazi-Ärzten der „T4"-Nazi-Organisation. Die Vernichtungszentren waren Grafeneck, Brandenburg, Bernburg, Hadamar und Sonnenstein in Deutschland und Hartheim in Österreich.

Die reibungslos funktionierende Vernichtungsmaschinerie ermordete von Januar 1940 bis August 1941 80.000 bis 90.000 Behinderte und Kranke vor allem aus Deutschland und Österreich. Dieser Massenmord wurde mit Hilfe von Meldeämtern, Hilfsschullehrern und -lehrerinnen, Ärzten, Psychiatern, „Pflegerinnen" und „Pflegern" durchgeführt, die selektierten, die Opfer täuschten, sie in die Gaskammern trieben und die Gashähne aufdrehten.

Auch wenn die „T4"-Mordaktion im August 1941 offiziell beendet wurde, ging das Morden durch Verhungernlassen, tödliche Medikamente, Elektroschocks in Anstalten und Krankenhäusern weiter bis 1945.

Insgesamt, so wird geschätzt, haben die Nazis in Nazideutschland und den besetzten Ländern ca. 370.000 Menschen, die sie als „lebensunwertes Leben" einstuften, ermordet.

Genozid an den europäischen Sinti und Roma

Der militärische Überfall Nazideutschlands auf die europäischen Länder ab September 1939 bedeutete einen weiteren tiefen Einschnitt. Die Nazifaschisten konnten nun ihre Drohung der massenhaften Vernichtung von „Fremdrassigen und rassisch Minderwertigen“ umsetzen, was sich vor allem auch gegen die Sinti und Roma Europas richtete, von denen nach Schätzungen mindestens 700.000 in Europa lebten. Hinzu kam noch eine große Zahl von Roma in der UdSSR.

Besonders häufig waren Sinti und Roma von grausamen Folterungen durch Nazi-Ärzte in den KZs betroffen, die als „medizinische Experimente“ getarnt waren. Neben Experimenten, bei denen die Gefangenen beispielsweise Giftgas einatmen mussten, mit Krankheitserregern infiziert wurden oder ohne Narkose „Operationen“ über sich ergehen lassen mussten, führte der SS-Lagerarzt von Auschwitz, Mengele, grausame Versuche an Zwillingskindern durch. Auch Zwangssterilisationen wurden in großem Umfang durchgeführt. Insbesondere im KZ Ravensbrück wurden Sinti- und Roma-Frauen und -Mädchen zwangssterilisiert.

Im September 1939 beschloss die Nazi-Führung, die rund 30.000 Sinti und Roma in Deutschland und aus dem inzwischen besetzten Österreich nach Polen zu deportieren. Diese massenhaften Deportationen waren nur möglich durch eine reibungslose Zusammenarbeit der staatlichen Behörden – von Gesundheitsämtern, Einwohnermeldeämtern, Polizei, Finanzämtern bis hin zur Reichsbahn. Die Mehrzahl dieser Deportierten wurde später durch Zwangsarbeit, Hunger, Erschießungen und Giftgas ermordet.

Himmlers „Auschwitz-Erlass“ vom 16. Dezember 1942, der den Plan des Genozids, der Vernichtung der Sinti und Roma in Deutschland, festschrieb, bildete einen weiteren Einschnitt. Der Vernichtungsplan wurde unverzüglich umgesetzt.

Das 1939 gebildete „Reichssicherheitshauptamt“ unter der Leitung Heydrichs als Zusammenschluss von Polizei, Gestapo, SS und der Leiter der „Einsatzgruppen“ war federführend bei der „endgültigen Lösung der Zigeunerfrage“. Auf Grundlage des Himmler-Erlasses wurden ab Februar 1943 etwa 23.000 Sinti und Roma aus den von den Nazis besetzten europäischen Ländern – darunter 10.000 aus Deutschland – nach Auschwitz-Birkenau verschleppt.

Auschwitz[9] sollte der Inbegriff des Genozids nicht nur an der jüdischen Bevölkerung, sondern auch an den Sinti und Roma Europas werden. Bereits im Juli 1941 sind Inhaftierungen von Roma im Stammlager Auschwitz dokumentiert. Im sogenannten „Zigeunerlager" in Auschwitz-Birkenau traf der erste Transport am 28. Februar 1943 ein. 1944 war die Sterblichkeit im „Zigeunerlager" die höchste im ganzen Lagerkomplex. Allein von März bis September 1943 starben rund 7.000 Sinti und Roma an Hunger und Krankheiten. Über 13.000 der rund 22.000 Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau wurden auf diese Weise ermordet.

Am 16. Mai 1944 erhoben sich die Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau zum Aufstand. Sie begegneten dem Versuch der KZ-Kommandantur, die letzten Überlebenden in den Gaskammern zu ermorden, mit militantem Widerstand. Für die Sinti und Roma symbolisiert dieser Tag bis heute ihren Widerstand gegen die Vernichtungsmaschinerie der Nazis. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurde das „Zigeunerlager" in Auschwitz-Birkenau schließlich „liquidiert" und die letzten überlebenden Häftlinge wurden ermordet.

Von den 30.000 in der Nazizeit in Deutschland lebenden Sinti und Roma wurden über die Hälfte ermordet. Es wird geschätzt, dass in ganz Europa circa 500.000 Sinti und Roma von den Nazis ermordet wurden.

Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas

Am 30. Januar 1939 verkündete Hitler in einer öffentlichen Reichstagsrede, die im Radio übertragen, im „Völkischen Beobachter" abgedruckt und auch als Sonderdruck verteilt wurde, vor aller Augen „die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" in einem neuen Weltkrieg.

Der Überfall auf Polen 1939 bedeutete einen tiefgehenden Einschnitt des judenfeindlichen Terrors der Nazifaschisten. Jetzt begann Schritt für Schritt – wie von Hitler öffentlich angekündigt – der **systematische Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas.**

[9] Der Lagerkomplex Auschwitz wurde in Polen in der Nähe der Stadt Oswiecim von der SS errichtet und bestand auf dem Höhepunkt seiner Ausdehnung aus insgesamt 50 Lagern. Er war ab 1942 das Zentrum des KZ-Systems der Nazis. Die wichtigsten Lager dieses Komplexes waren das sogenannte Stammlager (Auschwitz I), das KZ Auschwitz-Birkenau mit dem direkt angegliederten Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau (Auschwitz II), die ca. 3 km vom Stammlager entfernt lagen, und das IG-Farben-KZ Monowitz (Auschwitz III).

Den Anfang machte die Ermordung Zehntausender bei der sogenannten „Euthanasie“-Aktion ab Januar 1940 sowie die Massenerschießungen in Polen vom Herbst 1939 bis Frühjahr 1940, bei denen Zehntausende Jüdinnen und Juden, Polinnen und Polen in Wäldern, Kiesgruben usw. durch sogenannte „Einsatzkommandos“ der SS und Polizeieinheiten erschossen wurden. Nach dem militärischen Überfall des deutschen Imperialismus auf andere Länder in West- und Südosteuropa kam es zu groß angelegten, auf bestialische Weise durchgeführten Deportationen von Jüdinnen und Juden aus diesen Ländern nach Polen. Die systematische Deportation der jüdischen Bevölkerung aus ganz Europa in von den Nazis errichtete Ghettos war Voraussetzung für den staatlich angeordneten und auf lange Sicht geplanten, industriell organisierten, bürokratisch geregelten und mit preußischer Mentalität durchgeführten Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas.

Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 begann zugleich der Massenmord an den Jüdinnen und Juden der UdSSR. Die SS-„Einsatzgruppen“ und Polizeieinheiten durchkämmten systematisch die sowjetischen Städte und Dörfer und ermordeten bis 1943 über 1,5 Millionen Jüdinnen und Juden, Frauen, Kinder, Männer, Kranke und Alte.

Die Strategie der Vernichtung aller Jüdinnen und Juden im gesamten Herrschaftsbereich der Nazis führte vor allem ab der Nazi-Ministerialbesprechung am 20. Januar 1942 („Wannseekonferenz“) über die „Endlösung der Judenfrage“ zum staatlich geplanten und organisierten industriellen Genozid an mehreren Millionen Jüdinnen und Juden in den Nazi-Vernichtungslagern Auschwitz-Birkenau, Sobibor, Treblinka, Belzec, Majdanek-Lublin und Chelmno mit Giftgas. Voraussetzung dafür war die systematische Selektion und Deportation der jüdischen Bevölkerung in ganz Europa.

Antinazistischer Widerstand der jüdischen Bevölkerung formierte sich nicht nur in den Ghettos oder gegen Massenmordaktionen, sondern auch in den Nazi-Vernichtungslagern, wie zum Beispiel in Sobibor, Treblinka oder Auschwitz-Birkenau, wo bewaffnete Aufstände gegen die Nazi-Mörder organisiert und durchgeführt wurden. Jüdische Partisaninnen und Partisanen kämpften vor allem in der sozialistische Sowjetunion, aber auch in anderen Ländern bewaffnet gegen die Nazi-Mörder.

Von den in Deutschland in den Grenzen von 1933 lebenden 500.000 Jüdinnen und Juden wurden über 200.000 von den Nazis ermordet. Insgesamt ermordeten die Nazis über 6 Millionen Menschen der jüdischen Bevölkerung Europas.

Der bisher in der Geschichte einmalige staatlich geplante und industriell durchgeführte Genozid an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma in den Nazi-Vernichtungslagern durch Giftgas

Die grauenvollste Besonderheit des Nazifaschismus ist dieser welthistorisch zum ersten Mal begangene industriell durchgeführte rassistische Massenmord an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma. Dieses „deutsche Morden", der staatlich angeordnete und auf lange Sicht staatlich geplante, industriell organisierte, bürokratisch geregelte und mit preußischer Mentalität eiskalt durchgeführte Genozid ist bisher in der Geschichte einmalig.

In industrialisierten Vernichtungslagern wurde die systematische, kaltblütige, mit der ganzen Organisationstechnik des modernen Staates ausgestattete Vernichtung von mehreren Millionen Juden, Hunderttausenden von Sinti und Roma in den Gaskammern von Auschwitz-Birkenau und Majdanek-Lublin, von Treblinka und Belzec, von Sobibor und Chelmno betrieben.

Das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau war das bestialischste Massenmordinstrument des Nazifaschismus, das am höchsten industrialisierte, das mit dem ausgeklügeltsten – und ständig verbesserten – Vernichtungssystem ausgerüstet war.

Allein in die beiden Gaskammern der Vernichtungsanlagen II und III von Auschwitz-Birkenau konnten jeweils 2.000 bis 3.000 Menschen auf einmal gepfercht werden, in die Gaskammern der Vernichtungsanlagen IV und V insgesamt 3.000 Menschen. Die Ermordung wurde mit dem Giftgas Zyklon B durchgeführt, das schneller wirkte als die Motorabgase, die noch im Vernichtungslager Chelmno benutzt wurden. Nachdem die Menschen ermordet waren, wurde das Giftgas durch Ventilatoren, die durch Elektromotoren angetrieben wurden, aus den Gaskammern abgesaugt, die Leichen mit Aufzügen vor die Krematorien – die zeitweise Tag und Nacht in Betrieb waren – im selben Gebäude gebracht und dort sofort vernichtet. Es wurden auch öfters in riesigen Gruben Leichen der Ermordeten verbrannt. Durch diese Mord-Techniken wurde der Vernichtungsprozess noch weiter gesteigert als zum Beispiel im Vernichtungslager Treblinka. Auf dem Höhepunkt des Massenmordens von Auschwitz-Birkenau konnten theoretisch in 24 Stunden 60.000 Menschen ermordet werden. Im Juni 1944 wurden in 24 Stunden 24.000 ungarische Juden vernichtet. Insgesamt wurden 1944 in

mehreren Monaten über 400.000 ungarischen Juden im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordet.

Dieser industriell durchgeführte Massenmord kann nicht allein auf ein unmittelbares ökonomisches Interesse reduziert werden, wie das manche Vulgärmarxisten meinen. Der Nazifaschismus setzte zwar keineswegs das Streben nach Maximalprofit als Grundgesetz des Imperialismus außer Kraft. Das monopolistische Großkapital zeigte tatsächlich, dass es sich an den KZs, ja selbst an den Vernichtungslagern durch Beraubung und Sklavenarbeit der Häftlinge vor ihrer Ermordung noch bereichern kann.

Aber weder die unmittelbar ökonomischen Profitinteressen noch die konkreten militärischen Erfordernisse können wirklich umfassend erklären, warum in den Kriegsjahren und vor allem in den Jahren der sich abzeichnenden militärischen Niederlage des Naziregimes die Nazi-Henker weiter Züge mit Hunderttausenden von Menschen in die Vernichtungslager dirigierten, Millionen Menschen fabrikmäßig ermordeten.

Es sollte damit die „Herrenmenschen-Moral“ zementiert werden, um die Herrschaft über die Masse der Bevölkerung anderer Länder mittels Furcht und Schrecken aufrechtzuerhalten. Es ging den deutschen Imperialisten darum nach einer Zeit des Vertuschens, weltweit für „1000 Jahre“ ein Exempel an Brutalität und Grausamkeit zu statuieren, wie es die Welt bisher nicht gesehen hatte.

Der industriell durchgeführte Genozid, das System von Auschwitz war erst durch das kapitalistisch-imperialistische Weltsystem möglich geworden, dessen Teil der deutsche Imperialismus war und ist. Die spezifische Prägung des deutschen Faschismus, des Nazifaschismus, muss jedoch als Eigenschöpfung des deutschen Imperialismus, der deutschen Bourgeoisie verstanden werden.

Dieser industrielle Genozid wirkt heute beim dritten Anlauf des deutschen Imperialismus auf die Weltherrschaft umso mehr als Drohung, dem deutschen Imperialismus „freiwillig“ Platz zu machen und sich ihm zu unterwerfen.

Zu den Naziverbrechen in den einzelnen besetzten und überfallenen Ländern

1.

Der nachfolgende Versuch, einen Überblick über die Verbrechen in den doch sehr unterschiedlichen Ländern zu geben, die von den Naziarmeen besetzt wurden oder in denen sie im Einsatz waren, muss im Zusammenhang mit der militärischen und politischen Vorgehensweise des deutschen Imperialismus zur Erreichung seiner Weltherrschaftsziele verstanden werden.

In den besetzten oder verbündeten Ländern erfolgte zeitlich gestaffelt nach den Plänen des Nazistaates und den politischen und militärischen Möglichkeiten des deutschen Imperialismus die Politik der Verfolgung und Vernichtung der Jüdinnen und Juden, aber auch der Sinti und Roma. Wie bekannt, wurde ein großer Teil der Ermordung der jüdischen Bevölkerung nicht in den ursprünglichen Ländern vorgenommen, sondern in den Vernichtungslagern des deutschen Imperialismus, die in Polen errichtet wurden. In ganz Europa wurde in den besetzten Ländern auch ein System von KZ-Lagern errichtet mit Tausenden von sogenannten Nebenlagern und damit ein Europa übergreifendes System von Zwangsarbeit geschaffen, in dem Menschen aus den verschiedensten Ländern je nach Anforderungen des Nazistaates hin und her geschoben wurden. Ebenfalls über die Ländergrenzen hinaus ging die systematische Verfolgung vor allem der kommunistischen Parteien, ihrer Kader und aller am Widerstand beteiligten Kräfte durch die länderübergreifend operierende Gestapo.

In den besetzten und verbündeten Ländern wurde vom Nazistaat des deutschen Imperialismus ein komplexes System der Kollaboration aufgebaut. Dies betraf, in einem von Land zu Land unterschiedlichen Ausmaß, die Anwerbung von Menschen für die durchaus nicht nur national deutsch ausgerichtete Waffen-SS, die Freiwillige aus all diesen Ländern aufnahm. Eine gewichtigere Rolle als die Kollaboration hatte jedoch die Einbeziehung von großen Teilen der Soldaten verbündeter Länder, die unter der Führung der Naziarmee den Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion, aber auch gegen andere Länder mittrugen. Die Mobilisierung von Kollaborateuren in der Verwaltung und der Polizei der einzelnen Länder war aber ebenfalls von großer Bedeutung. Die Schwierigkeit, die Wirtschaft eines besetzten oder auch eines verbündeten Landes in den Dienst des deutschen Imperialismus zu stellen, erforderte eine umfassende Zusammenarbeit mit pronazistischen Kräften in diesen Ländern. Dabei muss festgehalten wer-

den: Selbst wenn Kollaborateure, vor allem in Rumänien und Ungarn, aber auch in der Ukraine, in sehr großem Maß an Massenverbrechen gegen die jüdische Bevölkerung und die Sinti und Roma beteiligt waren, geschah dies unter der Führung des deutschen Imperialismus. Er war der Hauptakteur, der Drahtzieher und der Hauptbefehlsgeber. Hier ist keine Relativierung zulässig.

Was die kommunistischen Parteien der besetzten Länder angeht, so ist verständlich, dass während des Krieges gegen Nazideutschland und auch nach dem Sieg über Nazideutschland sehr genau die Rolle der Nazikollaborateure untersucht und die angemessenen Maßnahmen ergriffen wurden.

2.

Bei der Analyse der Naziverbrechen in den verschiedenen Ländern lassen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen, so dass es möglich wird, bestimmte Gruppen von Ländern zusammenhängend zu behandeln. Ob ein Land sehr rasch besetzt wurde, wie umfassend militärische Auseinandersetzungen auch nach der Kapitulation eines Landes weitergeführt wurden oder ob eine jüdische Bevölkerung oder Sinti und Roma in diesen Ländern ansässig waren oder nicht – hierbei gab es eben Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Das gilt sicherlich nicht für die Situation im militärisch besetzten Österreich, das sich als Teil des „Deutschen Reichs“ umfassend militärisch dem Krieg Nazideutschlands angeschlossen hat und insofern eine Sonderstellung einnimmt.

Nach unserer Analyse ist es jedoch sinnvoll, etwa die sechs westlich/nördlichen Länder Frankreich, Dänemark, Norwegen, Belgien, Niederlande und Luxemburg, die alle sehr rasch kapitulierten und eher wenige militärische Kriegshandlungen auf ihrem Territorium erleiden mussten, zu unterscheiden von den anderen Ländern.[10]

Eine weitere Gruppe bilden die Länder, in denen erhebliche militärische Auseinandersetzungen stattfanden, wie in Griechenland, Jugoslawien, Albanien und mit gewissen Unterschieden in der Tschechoslowakei.

Eine besondere Gruppe von Ländern bilden auch jene Staaten, die zunächst offiziell als Verbündete des Nazistaates auftraten und militärisch an

[10] Aber auch diese Einteilung ist nicht eindeutig. Denn beim Rückzug der Nazis, zum Beispiel aus den Niederlanden, Norwegen und Frankreich, gab es zum Teil heftige Gefechte.

der Seite Nazideutschlands kämpften, nämlich vor allem Italien, Rumänien, Ungarn und Bulgarien.

Eine weitere Gruppe mit vielen Besonderheiten in den einzelnen Ländern, aber auch vielen Gemeinsamkeiten, bilden die Kolonien Italiens, Frankreichs und Englands in Afrika: Libyen, Marokko, Tunesien und Ägypten. In diesen Ländern führte der deutsche Imperialismus Krieg vor allem gegen den englischen Imperialismus. Auch diese Gruppe von Ländern darf beim Zweiten Weltkrieg nicht vergessen werden.

Ganz anders wiederum ist die Lage bei England und den USA. Die USA verloren mindestens 200.000 Soldaten im Krieg gegen Nazideutschland und die englische Armee verlor 270.000 Soldaten und hatte zudem noch 62.000 Tote durch die Luftangriffe Nazideutschlands auf England, das nicht besetzt wurde, zu beklagen.

3.

Ohne Frage hat, gemessen an der Gesamtzahl der Bevölkerung, Polen die schlimmsten Verluste erleiden müssen. Der nazifaschistische Krieg in Europa begann als Krieg gegen Polen. Es gab in Polen nicht nur die Vernichtungslager der Nazis, sondern auch den Aufstand des Warschauer Ghettos und den Aufstand in Warschau, bei dem eine ganze Stadt dem Erdboden gleichgemacht wurde.

Absolut gesehen zeugen aber die über 27 Millionen ermordeten Bewohnerinnen und Bewohner der Sowjetunion beim Versuch des deutschen Imperialismus, die sozialistische Sowjetunion zu vernichten, von den größten Verbrechen, wenn nach Ländern unterschieden werden soll.

Dennoch ergibt es aus unserer Sicht keinen Sinn, angesichts von zahlenmäßig zu erfassenden Unterschieden bei den Verbrechen der Nazis in den verschiedenen Ländern, hier nun eine Rangfolge aufzustellen. Angesichts der kaum oder gar nicht fassbaren Größe der Verbrechen in einem jeden dieser Länder kann das nur zur Relativierung der Verbrechen des deutschen Imperialismus etwa in einem Land wie Dänemark oder Norwegen führen, als wären die dortigen Naziverbrechen nicht gigantische Verbrechen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen. Der Nürnberger Prozess 1945/1946 gegen die Hauptkriegsverbrecher hat sich bemüht, eine Bilanz der Verbrechen Nazideutschlands in allen besetzten Ländern zu ziehen. Dabei ging es darum, den Menschen in allen Ländern der Welt und auch der Bevölkerung in Deutschland die ganze Dimension der Verbrechen der Nazis deutlich zu machen. Es ging um die Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher und Hilfestellungen für die Vorbe-

reitung der weiteren Aburteilung in den unterschiedlichen Ländern, in dem die Verbrechen begangen wurden. Weiterhin ging es auch darum, für die erlittenen materiellen Verluste aufgrund der Zerstörungen durch Kriegshandlungen der Nazis und der Ausbeutung durch Zwangsarbeit Entschädigung für die einzelnen Länder festzulegen, die selbstredend auch nicht im entferntesten die wirklichen Verluste angesichts der Millionen ermordeten Menschen in diesen Ländern ausgleichen konnten.

4.

Ausgangspunkt bei der Zusammenstellung der Verbrechen der Nazis in den von ihnen besetzten oder teilweise besetzten Ländern sind bestimmte Fragen, auch wenn in manchen Ländern einige dieser Fragen noch nicht beantwortet werden konnten.

Da sind zunächst Fragen nach dem Land selbst, seiner Größe, seiner Bevölkerung, aber auch seiner Vorgeschichte und seinen bisherigen Beziehungen zu Deutschland.

Zudem muss eine Vorstellung des chronologischen Verlaufs vom Beginn der Besetzung bis zum Abzug der deutschen Nazitruppen gegeben werden. Dabei müssen gegebenenfalls die territorialen Veränderungen des betreffenden Landes aufgrund von Grenzverschiebungen festgehalten werden.

Hierbei sind auch die Fragen der kriegerischen Auseinandersetzung mit den Armeen dieser Länder und der Kapitulation, der Umfang von Partisanenkrieg und bewaffnetem Widerstand sowie die Größe der in diesen Ländern stationierten und gebundenen deutschen militärischen Kräfte darzustellen.

In diesem Kontext sind sowohl die direkten Folgen von Kriegshandlungen – getötete Soldaten, Bombardierungen, getötete Zivilbevölkerung, Kriegsgefangene und ihr Schicksal – zu behandeln als auch die Verbrechen gegen die Widerstandbewegung und die in diesem Zusammenhang vorgenommenen Geiselerschießungen.

Ebenfalls ein eigenständiger Punkt ist der ganze Komplex der Ausraubung dieser Länder: Rohstoffe, Rüstungsgüter, Waren, Gold, Waffen, Geld usw., aber auch die Frage der Zwangsarbeit in diesen Ländern selbst und die Verschleppung von Teilen der Bevölkerung und der Kriegsgefangenen zu Zwangsarbeit in andere Länder oder nach Deutschland.

Zu untersuchen sind auch die Zerstörungen im jeweiligen Land durch Kriegshandlungen, durch Bombardierungen und eine Politik der „verbrannten Erde“ beim Rückzug der deutschen Truppen.

Ein eigener jeweils zu prüfender Fragenkomplex sind Verbrechen infolge der Naziideologie, vor allem gegen die jüdische Bevölkerung, aber auch gegen Sinti und Roma, die Ermordung der von den Nazis als „lebensunwert“ diffamierten Menschen in Psychiatrien und Krankenhäusern, die Verfolgung von gleichgeschlechtlich orientierten Menschen sowie insbesondere in Frankreich und vor allem bei amerikanischen und französischen Kriegsgefangenen der besondere mörderische Rassismus gegen Menschen wegen ihrer „nicht weißen“ Hautfarbe.

Wir können an dieser Stelle sicherlich keine abschließenden Antworten auf diesen umfangreichen Fragenkatalog geben, sondern nur versuchen, die Besonderheiten und Gemeinsamkeiten dieser Länder exemplarisch herauszuarbeiten.

5.

Seit dem Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher der Nazis 1945/1946 und den Nachfolgeprozessen gibt es Untersuchungen über den Umfang der Naziverbrechen in den verschiedenen Ländern. Dabei kristallisierten sich bis heute vier große Themenkomplexe heraus, wobei wegen der besonderen Schwierigkeiten dieser Forschungen, aber sicherlich auch in manchen Fällen durch die Interessenlage der Historiker bestimmt, teilweise krass voneinander abweichende Ergebnisse der Untersuchungen festzuhalten sind.

Was den Umfang des Widerstands, insbesondere des bewaffneten Widerstands angeht, was die Zahlen der von den Nazis Ermordeten angeht, werden wir insbesondere dort, wo Ergebnisse weit auseinanderliegen, auf die unterschiedlichen Ergebnisse hinweisen. Es hat sich herausgestellt, dass hier die Quellenlage bis heute in vielen Ländern nicht wirklich durchsichtig ist.

Im Hinblick auf Raub, Ausbeutung und materielle Zerstörung wurden schon direkt im Krieg und nach 1945 von einer Reihe von Kommissionen Statistiken und Dokumentationen erstellt. Dies geschah auch im Zusammenhang mit den notwendigen Berechnungen von Reparationsforderungen. Aber auch hier, angesichts der Fülle unterschiedlicher Formen von Raub, Ausbeutung und Zerstörung, konnten weitgehend nur Schätzungen vorgenommen werden, die in vielen Fällen gut begründet, belegt und plausibel waren und sind. Um die in Geldforderungen mündenden Entschädigungsforderungen für Raub, Ausbeutung und Zerstörung in heutiger Währung auszudrücken, bleibt jedoch insbesondere in den folgenden Fragen eine Lösung unbefriedigend:

Um nur zwei gravierende Gesichtspunkte zu nennen. Neben einer begründeten Schätzung der Schäden in einer bestimmten Währung zum damaligen Zeitpunkt kommt nun die Frage der Umrechnung dieser Werte in heutige Währungen hinzu. Gleichzeitig entstehen bei den nicht beglichenen Entschädigungszahlungen auch zusätzlich berechtigte Forderungen nach Zinszahlungen, die in unterschiedlichen Jahrzehnten mit möglicherweise unterschiedlichem Zinssatz berechnet werden könnten. Es versteht sich also, dass hier keine detaillierten, mathematisch korrekten Zahlen entstehen, sondern Eckwerte und Gesamtschätzungen.

Möglicherweise noch unübersichtlicher ist die Lage bei der Einschätzung des Umfangs der Ausbeutung durch Zwangsarbeit. Hier liegen zwar eine Reihe von belastbaren Zahlen über die ins „Deutsche Reich" sowie die in die besetzten Länder (zum Beispiel nach Norwegen) verschleppten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter vor, aber die um das Vielfache diese Zahlen übersteigende Ausbeutung der Menschen durch Zwangsarbeiten in den überfallenen Ländern selbst ist kaum oder gar nicht erfasst. Hinzu kommt die verständlicherweise im Grunde nicht zu lösende Frage, welche materielle Entschädigung bei der Ermordung eines Menschen angemessen ist und wie das berechnet werden soll.

Aber aus unserer Sicht konnte und kann auch in Kenntnis dieser Probleme klar abgesichert ein Minimum an Entschädigungsforderungen festgestellt werden, das um ein Vielfaches die real gezahlten Entschädigungen Deutschlands übersteigt, wie exemplarisch die berechtigten Reparationsforderungen Griechenlands an Deutschland auf dem Stand von 2014 deutlich zeigen.[11]

Bei allem notwendigen Respekt vor Zahlen und Fakten und bei der sicherlich berechtigten Forderung, auch hier möglichst genaue Antworten zu

[11] Bei unseren Berechnungen stützen wir uns auf die Berechnungen der griechischen Regierung in ihren Reparationsforderungen von 2014 an den deutschen Staat. Diese kommen auf das Ergebnis, dass eine Reichsmark aus der Nazizeit heute ca. 23 Euro wert ist (mit Zins und Zinseszins). Entsprechend haben wir den Wert des US-Dollars von 1938 in Euro heute berechnet. Der Wechselkurs US-Dollar zu Reichsmark 1938 war 2,5 zu 1, also für einen Dollar 2,5 Reichsmark (https://measuringworth.com/), das heißt, ein US-Dollar von 1938 ist heute ca. 57 Euro wert.

Wir schreiben den von uns berechneten Wert für Reichsmark, US-Dollar oder andere damalige Währungen in heutigen Euro in Klammern. Klar ist, dass das Schätzungen sind, die keinen Anspruch auf vollständige Genauigkeit haben.

geben, geht es uns bei der folgenden Darstellung vorrangig darum, die hinter einer Fülle von Zahlen sich herauskristallisierenden Grundzüge der Vielfalt und des Umfangs der deutschen Verbrechen während der Jahre 1933 bis 1945 aufzuzeigen.

Zu den Naziverbrechen in Österreich

Am 12. März 1938 marschierten die Truppen der Naziarmee in Österreich (Einwohnerinnen und Einwohner: fast 7 Millionen; Fläche: über 80.000 km^2) ein, insgesamt ca. 100.000 Soldaten. Es kam zu keinerlei Kampfhandlungen.

Bereits im Vorfeld des Einmarsches war die austrofaschistische Regierung unter dem damaligen Kanzler Schuschnigg unter Druck gesetzt worden und am 16. Februar 1938 wurde der langjährige österreichische NSDAPler Seyß-Inquart Innen- und Sicherheitsminister. Dadurch bekamen die Nazis schon vor dem Einmarsch sämtliche polizeilichen und gerichtlichen Unterlagen des austrofaschistischen Staates in die Hände, was die Verfolgungsmaßnahmen gegen Nazigegner erheblich erleichterte. Schon vor dem Einmarsch der Nazitruppen waren schon viele Österreicher und Österreicherinnen aktive Mitglieder der NSDAP.

Allein ca. 250.000 Österreicherinnen und Österreicher jubelten Hitler bei seiner Rede auf dem Wiener Heldenplatz im März 1938 zu, Hunderttausende weitere waren bei seinen Besuchen in den größeren Städten Österreichs zugegen. Etwa 600.000 Personen waren in Österreich von 1938 bis 1945 NSDAP-Mitglieder. Die österreichische Armee wurde in die Naziarmee übernommen.[12]

Bereits im August 1938 wurde in Oberösterreich eines der größten Konzentrationslager errichtet: Mauthausen. Im KZ Mauthausen wurden von 200.000 Häftlingen mindestens 30.000, insgesamt mit allen Nebenlagern mindestens 120.000 Häftlinge aus verschiedenen Ländern ermordet.

Die Verfolgung der Jüdinnen und Juden vollzog sich sehr rasch innerhalb weniger Monate. Bis Ende 1941 waren 128.500 Juden ihres Eigentums beraubt und vertrieben worden. Mindestens 65.000 Jüdinnen und Juden aus

[12] Die von den Nazis als „Gaue“ bezeichneten Gebiete des ehemaligen österreichischen Staatsgebiets wurden nach militärischen Erfolgen vergrößert. Kleine Teile der Tschechoslowakei wurden an die „Gaue“ Nieder- und Oberösterreich angegliedert. Nach dem Überfall auf Jugoslawien wurden Teile von Slowenien an die „Gaue“ Steiermark und Kärnten angeschlossen.

Österreich wurden in den Gefängnissen, Konzentrationslagern oder bei Transporten ermordet.

1938 lebten in Österreich 12.000 Sinti und Roma**.** Etwa 9.000 österreichische Sinti und Roma wurden ermordet.

Die Verfolgung gleichgeschlechtlich orientierter Männer begann bereits vor dem Einmarsch der Nazitruppen, aber wurde danach noch weiter verstärkt. Mit dem 1940 beschlossenen „Gesetz zur Verhütung von erbkrankem Nachwuchs" begann die zwangsweise Kastration und Sterilisation von gleichgeschlechtlich orientierten Männern. Zwischen 5.000 und 15.000 wurden verfolgt und zum Teil ermordet.

Die Nazis begannen im Sommer 1939 mit der Ermordung von behinderten Kindern. In der Nähe von Linz, im Schloss Hartheim, wurde 1940 eine Tötungseinrichtung für Kranke und Behinderte für die „Alpen- und Donaugaue" geschaffen. Dort wurden ca. 18.000 Menschen Opfer der sogenannten T4-Aktion und nochmals 10.000 Opfer der Aktion T4 f 13" (Beseitigung von KZ-Häftlingen). Die Gesamtzahl der ermordeten Menschen, die die Nazis als „lebensunwert" eingestuft haben, ist nicht bekannt.

In Österreich mussten bis 1945 fast eine Million Menschen aus vielen verschiedenen Ländern Zwangsarbeit leisten.

Nach dem Überfall der Nazis auf Jugoslawien im April 1941, der Zerschlagung Sloweniens und der Aufhebung der Staatsgrenze setzte in Kärnten eine Verhaftungswelle ein. Der Plan der Nazis sah die Ausweisungen von 50.000 Sloweninnen und Slowenen wegen angeblicher oder tatsächlicher Unterstützung der Partisanenbewegung in Jugoslawien aus Südkärnten vor. Im April 1942 erfolgte dann der bis dahin brutalste Höhepunkt der antislowenischen Politik: In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden 220 slowenische Familien (1.000 Menschen, davon die Hälfte Kinder und Jugendliche) aus ihren Wohnungen und Häusern verjagt, entschädigungslos enteignet und in Lagern, beispielsweise in Eichstätt und in der Nähe von Stettin, interniert. Die meisten von ihnen blieben bis Mai 1945 dort und mussten Zwangsarbeit verrichten.

Auch wenn es noch andere kleinere Widerstandsgruppen gab, der wirkungsvollste **Widerstand** ging von den Sloweninnen und Slowenen in Südkärnten aus, die bewaffnet gegen die Nazis kämpften und so viele Kräfte banden. Im Jahr 1942 breitete sich die Partisanenbewegung immer weiter aus. Bei den Kämpfen gegen die Nazis verloren mehr als 1.000 Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer ihr Leben. Die Partisaneneinheiten in Kärnten banden 10.000 Nazisoldaten. In über 600 bewaffneten

Aktionen fügten sie den Nazis großen materiellen Schaden zu, wodurch die Kriegswirtschaft geschädigt und die Kampfmoral der deutschen Soldaten geschwächt wurde.

Die Genossinnen und Genossen der KP Österreichs, die sich am antinazistischen Widerstand führend beteiligten, wurden von Anfang an von den Nazis verfolgt und ermordet. Über 6.000 sind von den Nazis eingekerkert worden, über 300 wurden ermordet.

Insgesamt wurden im Zeitraum von 1939 bis 1945 mindestens 110.000 Menschen aus Österreich von den Nazis ermordet.

Die Befreiung Österreichs von der nazideutschen Okkupation erfolgte im April 1945 durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, im südlichen Kärnten unter Mitwirkung der bewaffnet kämpfenden slowenischen Befreiungskräfte, die in diesem Gebiet die Nazis vertrieben hatten.

Zu den Verbrechen des Nazifaschismus in sechs westlichen bzw. nördlichen Ländern (Dänemark, Norwegen, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich)

1. Dänemark

Dänemark (Einwohnerinnen und Einwohner: ca. 3,5 Millionen; Fläche: 43.000 km^2) wurde von den Nazis am 9. April 1940 überfallen und nahezu kampflos besetzt. In Dänemark waren bis 1944 nie mehr als 30.000 Nazisoldaten stationiert, erst ab März 1944, als die Nazis mit einem Angriff der englischen Armee auf Dänemark rechneten, wurden die deutschen Truppen auf ca. 160.0000 Soldaten verstärkt.

Die in die Illegalität gezwungenen kommunistischen Kräfte wurden zu einer treibenden Kraft der sich langsam entwickelnden Widerstandsbewegung, obwohl gleich zu Beginn der Besetzung des Landes 400 Kommunistinnen und Kommunisten von den Nazis eingekerkert wurden. Im Laufe der Jahre 1942/43 gelangen ihnen zunehmend gezielte Widerstandsaktionen: Anschläge auf deutsche Bahntransporte und Militärfahrzeuge, Sabotageakte in Betrieben, die für Nazideutschland arbeiteten. Auch der Protest in breiteren Teilen der Bevölkerung gegen die deutsche Besatzungsmacht und die Kollaborationspolitik wuchs und fand einen vorläufigen Höhepunkt in einer Streikwelle in 17 dänischen Städten im August 1943.

Ab August 1943 verschärfte sich die Repression der Nazis gegen den wachsenden **Widerstand** in der Bevölkerung. Regierung und Parlament wurden aufgelöst und der Oberbefehlshaber der Naziarmee in Dänemark verhängte den Ausnahmezustand. Das dänische Heer, das seit der Beset-

zung mit reduzierter Truppenstärke weiterbestanden hatte, wurde entwaffnet und die Soldaten wurden interniert. Nun erst begannen die Nazis in Dänemark auch mit der Verfolgung jüdischer Menschen und es drohte ihre Deportation. Durch Razzien besorgten sich die Nazis die Namenslisten der jüdischen Gemeindemitglieder. Nachdem Ende September 1943 die Information durchgesickert war, dass die Nazis in der Nacht vom 1. zum 2. Oktober 1943 eine Verhaftungs- und Deportationsaktion gegen jüdische Menschen in Dänemark planten, improvisierten die Widerstandsbewegung und viele Helfer aus der dänischen Bevölkerung innerhalb weniger Tage in einer spontanen Solidaritätsaktion die Flucht von ca. 7.900 jüdischen Menschen. Sie wurden versteckt, getarnt zur Küste transportiert und mit Booten nach Schweden gebracht, denn das offiziell neutrale Schweden hatte sich über Radio bereit erklärt, die jüdischen Flüchtlinge aufzunehmen. Diese beispiellose Rettungsaktion wurde hauptsächlich getragen von Ärzten, dem Personal von Krankenhäusern, von Studierenden, Fuhrunternehmern und Fischern. Etwa 280 Jüdinnen und Juden fielen den Nazis in diesen Tagen dennoch in die Hände und wurden nach Theresienstadt deportiert.

Von den rund 8.000 jüdischen Menschen, die vor dem Einmarsch der Nazis in Dänemark lebten – darunter auch gut 1.000 Flüchtlinge jüdischer Herkunft aus anderen Ländern –, verschleppten die Nazis etwa 480 in Konzentrationslager und ermordeten mindestens 116. Die allermeisten Jüdinnen und Juden in Dänemark konnten jedoch vor dem Genozid gerettet werden.

Nachdem im Sommer 1944 vermehrt Protest- und Widerstandsaktionen erfolgten und ein Generalstreik stattfand, wurden nicht nur Widerstandskämpfer verfolgt und ermordet. Aufgrund der Weigerung der ca. 10.000 Personen starken dänischen Polizei, härter gegen die eigenen Landsleute vorzugehen, lösten die Nazis im September 1944 auch die dänische Polizei auf. Über 2.250 dänische Polizisten wurden festgenommen und deportiert, die meisten in die Konzentrationslager Buchenwald und Neuengamme.

Insgesamt kämpften in Dänemark weitgehend unter Führung der Kommunistischen Partei über 45.000 Menschen bewaffnet gegen die Nazis. 1.200 Widerstandskämpfer wurden ermordet. Außerdem wurden 1.500 dänische Seeleute, die für den englischen Geheimdienst aktiv waren, ermordet. Während der Besatzung sind etwa 11.000 Dänen zeitweise inhaftiert worden, davon rund 7.000 in einem dänischen Polizeilager nahe der deutschen Grenze, das als KZ diente. Von den rund 6.000 Menschen, die aus Dänemark nach Deutschland in Konzentrationslager deportiert worden sind, wurden etwa 600 dort ermordet. Bis 1945 hatten in Nazideutschland

insgesamt mindestens 80.000 Däninnen und Dänen für die deutsche Kriegswirtschaft Zwangsarbeit geleistet.

Nazideutschland hat auch in Dänemark einen Raubzug unternommen. So hat zum Beispiel die dänische Landwirtschaft etwa 15 Prozent der Lebensmittelversorgung der deutschen Bevölkerung abgedeckt. Allein der Wert der sogenannte Besatzungskosten,[13] die die Nazis in Dänemark eintrieben, beliefen sich auf über 2,4 Milliarden Reichsmark (heute: über 55 Milliarden Euro).[14]

Die Besetzung Dänemarks durch die Nazis endete durch den Vormarsch der englischen und US-amerikanischen Armee mit deren Kapitulation am 4. Mai 1945.

2. Norwegen

Am 9. April 1940 begannen die Nazifaschisten den „Nordfeldzug“ und überfielen Norwegen (Einwohnerinnen und Einwohner: 3 Millionen; Fläche: über 300.000 km^2) mit ca. 200.000 Soldaten, Dutzenden von Kriegsschiffen und 1.000 Flugzeugen. Waren Januar 1941 lediglich 100.000 Soldaten in Norwegen stationiert, stieg diese Zahl auf 250.000 im Juni 1942, als die Nazis einen Angriff der Anti-Hitler-Koalition auf Norwegen erwarteten.[15]

Die norwegische Regierung kapitulierte nach 62 Tagen. Im Februar 1942 installierten die Nazis eine Marionettenregierung unter Vidkun Quisling und bezeichneten dies als „nationalsozialistische Revolution“. Quisling hatte 1933 die norwegische Nazipartei „Nasjonal Samling“ nach dem Vorbild der NSDAP gegründet. Im Jahre 1943 zählte die Quisling-Partei 43.000 Mitglieder, im Mai 1945 waren es 50.000. 3.500 bis 6.000 Norweger wurden für die Waffen-SS rekrutiert.

Jüdinnen und Juden wurden von den Nazis terrorisiert und verfolgt. 1940 lebten rund 1.360 Jüdinnen und Juden in Norwegen (ins Land Geflüchtete

---

[13] Unter der Bezeichnung „Besatzungskosten“ raubten die Nazis die von ihnen überfallenen Länder aus und behaupteten, diese „Kosten“ dienen u.a. der Verpflegung der deutschen Armee.

[14] Die dänische Regierung hat nach dem Ende der nazifaschistischen Besatzung allein den materiellen Schaden auf über 11 Milliarden dänische Kronen angegeben. Der Wert der dänischen Krone in Euro heute ist uns nicht bekannt.

[15] Andere Quellen gehen davon aus, dass in Norwegen die meiste Zeit über bis zu 300.000 Nazisoldaten stationiert waren.

miteinbegriffen). Knapp 760 wurden von den Nazis nach Auschwitz deportiert, fast alle wurden ermordet.

Gegenüber den Sinti und Roma gab es in Norwegen bereits eine Tradition der Diskriminierung, auf die die Nazis zurückgreifen konnten. 1924 wurde ein „Volksgruppenpass für Zigeuner“ eingeführt, der den nazifaschistischen Besatzern die Verfolgung erleichterte. Bekannt ist, dass 60 Roma in die Vernichtungslager der Nazis deportiert wurden.

Etwa 2.000 norwegische Kriegsgefangene wurden von der SS bzw. den Hird-Leuten (die norwegische Variante der SA) ermordet. Insgesamt verloren über 7.000 norwegische Soldaten ihr Leben.

Hervorzuheben bei den **Widerstandsaktionen** der Norwegerinnen und Norweger ist zunächst der Streik von rund 20.000 Arbeiterinnen und Arbeiter im Raum Oslo gegen die Milchrationierung im September 1941. Der mutige Streik wurde brutal niedergeschlagen, zahlreiche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden verhaftet. Es formierte sich auch ein bewaffneter Widerstand.

1942 wurden 1.000 Lehrerinnen und Lehrer verhaftet, die sich weigerten dem norwegischen Nazi-Lehrerbund beizutreten.

Am 28.11.1943 brannte die Aula der Universität in Oslo und Tags darauf wurden rund 1.200 Studenten und Studentinnen sowie 30 Dozentinnen und Dozenten als Vergeltung verhaftet und in verschiedene Lager verschleppt. Von ihnen wurden 353 nach Buchenwald und 293 in das SS „Ausbildungslager“ Sennheim im besetzten Elsaß verschleppt.

Ende Oktober 1941 gelang den Nazis ein Schlag gegen den kommunistischen Widerstand. Sie verhafteten einen Teil der Führung der KP Norwegens und mehrere Hundert Angehörige der MILORG (bewaffnete Organisation des norwegischen Widerstands). Dutzende Genossinnen und Genossen wurden ermordet. Insgesamt wurden von 1940 bis 1945 6.000 antinazistische Kämpferinnen und Kämpfer von den Nazis ermordet.

10.000 Norwegerinnen und Norweger sollten auf Baustellen der Naziarmee Zwangsarbeit leisten. Widerstandskämpferinnen und -kämpfer verhinderten dies durch Sprengstoffanschläge auf die Arbeitsämter und vernichteten die Karteikarten. Die Nazis konnten nur 3.000 Norwegerinnen und Norweger zur Zwangsarbeit zwingen. Weitere „Zwangsverpflichtungen“ wurden durch Flucht verhindert, als die Nazis die ganzen Geburtsjahrgänge 1921 bis 1923 zur Zwangsarbeit heranziehen wollten. Von den ca. 70.000 Jugendlichen kamen nur 300 zum Arbeitseinsatz.

Rund 85.000 sowjetische Kriegsgefangene mussten in der norwegischen Kriegsproduktion Zwangsarbeit leisten ebenso wie ca. 13.000 (4.000) verschleppte Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien sowie 2.500 deutsche KZ-Häftlinge, die auch im Straßenbau Sklavenarbeit leisten mussten.[16]

Insgesamt wurden rund 250 KZs und Lager im Land errichtet, die sowohl direkt von den Nazis als auch von norwegischen Naziorganisationen wie der Nasjonal Samling verwaltet wurden. Rund 44.000 Norwegerinnen und Norweger wurden während der Zeit der nazifaschistischen Besatzung inhaftiert oder kamen zum Beispiel ins KZ Osen.

Rund 10.000 Norwegerinnen und Norweger wurden nach Nazideutschland in KZs verschleppt.

Aufgrund sogenannter „Sühnebefehle“ wurden wahllos Bewohnerinnen und Bewohner als Geiseln genommen und ermordet. Der Ort Telavag mit 600 Einwohnerinnen und Einwohnern auf der Insel Sotra im Westen Norwegens wurde am 30. April 1942 von Gestapo- und SS-Mördern vollkommen zerstört. Frauen und Kinder wurden verschleppt in norwegische KZs, die Männer wurden ins KZ Sachsenhausen deportiert. Die Häuser wurden samt Mobiliar gesprengt und verbrannt.

Insgesamt wurden von den Nazis über 10.000 Einwohner Norwegens ermordet sowie über 30.000 Menschen aus anderen Ländern, die nach Norwegen verschleppt wurden.

Am 10. April 1944 mussten die Nazis sich aus Norwegen zurückziehen angesichts des Vormarsches der Armeen der Anti-Hitler-Koalition und hinterließen bei ihrem Abzug „verbrannte Erde“. Die 20. Gebirgsarmee brandschatzte Wohnhäuser und Bauernhöfe, sprengte Straßen und Brücken und vernichtete Hafen- und Industrieanlagen. Hammerfest, die nördlichste Stadt Europas, wurde völlig zerstört. Kirkenes, das Zentrum des norwegischen Eisenerzgebiets, wurde zu einem Trümmerhaufen. Suchtrupps der Naziarmee versuchten große Teile der Bevölkerung zwangsweise zu evakuieren. Fast 40.000 Männer, Frauen und Kinder wurden auf Schiffe verladen und unter qualvollen Bedingungen in südliche Landteile verschleppt.

Die Nazis haben aus Norwegen wichtige Rohstoffe geraubt, vor allem Eisenerz (insgesamt über 560 Millionen Tonnen), aber auch Aluminium,

[16] Wie viele Häftlinge ermordet wurden, ist uns nicht bekannt.

beides war für die Kriegsproduktion sehr wichtig.[17] Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis in Norwegen erhoben, belief sich auf über 6 Milliarden Reichsmark (heute: über 138 Milliarden Euro).

3. Niederlande

Nazideutschland überfiel am 10. Mai 1940 die Niederlande (Einwohnerinnen und Einwohner: fast 9 Millionen; Fläche: 33.000 km^2) mit fast einer halben Million Soldaten, Hunderten von Flugzeugen und Panzern. Am 14. Mai 1940 kapitulierte die niederländische Armee. Die Besetzung des Landes durch die Nazis wurde mit zeitweise bis zu 130.000 Soldaten durchgeführt. Über 20.000 niederländische Soldaten verloren ihr Leben.

Um die Niederlande zur Kapitulation zu zwingen, bombardierte die deutsche Luftwaffe zahlreiche Städte. Rotterdam – das wie Guernica, Warschau und Coventry zum Innbegriff des mörderischen Luftbombardements der Nazis werden sollte – wurde innerhalb von vier Tagen zusammengebombt. 24.000 Gebäude wurden zerstört und etwa 1.000 Menschen wurden getötet.

Unter der Führung von Adriaan Mussert hatte sich schon vor dem Einmarsch der Nazis eine Kollaborationsbewegung entwickelt. 25.000 Niederländer meldeten sich freiwillig zur Waffen-SS. Die Niederländische Nationalsozialistische Bewegung (NSB) hatte ca. 100.000 Mitglieder, was 1,5 Prozent der Bevölkerung entsprach. Die Nazis errichteten ihr Besatzungsregime mit Hilfe dieser Kollaborateure.

Der antijüdische Terror begann sofort nach dem Einmarsch der Naziarmee. Deutsche und niederländische Nazis überfielen gemeinsam Stadtviertel mit überwiegend jüdischer Bevölkerung, SA und SS veranstalteten gewalttätige Razzien. Ab Juli 1942 begann die systematische Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager. Das Lager Westerbork, in das die jüdische Bevölkerung zunächst verschleppt wurde, hatte direkte Gleisanschlüsse nach Auschwitz und Sobibor. Von den rund 140.000 Jüdinnen und Juden wurden etwa 105.000 in die Vernichtungslager deportiert. Nur etwa 5.000 Deportierte überlebten.

Am 19. Mai 1944 wurden 245 Roma nach Auschwitz deportiert, darunter 147 Kinder, die alle ermordet wurden.

---

[17] Insgesamt wird der materielle Schaden durch die nazifaschistische Besatzung von der norwegischen Regierung auf über 17 Milliarden norwegische Kronen geschätzt.

Massenmorde an Kranken und Behinderten wurden in den Niederlanden vor allem mittels tödlicher Medikamentengaben oder durch Entzug der Nahrung durchgeführt. Bekannt ist, dass von 1940 bis 1945 allein in den psychiatrischen Anstalten fast 8.000 Patientinnen und Patienten ermordet wurden.

In den Niederlanden wurden von den Nazis „Verordnungen“ und Paragrafen vor allem gegen männliche gleichgeschlechtlich orientierte Menschen eingeführt. Laut unvollständigen Statistiken der Nazis wurden mindestens 140 Männer verurteilt und über die Hälfte davon in Gefängnissen eingekerkert.

Auch in den Niederlanden wurden KZs errichtet, das größte war das KZ Herzgenbusch, in dem von Januar 1943 bis September 1944 mindestens 45.000 Häftlinge interniert waren und von wo aus über 12.000 Jüdinnen und Juden in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert wurden.

Gegen Ende des Krieges gingen die Nazis dazu über, weite Teile des Landes zu überfluten. Insgesamt überfluteten sie über 10 Prozent der Fläche der Niederlande. Hunderttausende mussten aus diesen Gebieten fliehen.

Im Februar 1945 wurde durch die Besatzungsmacht eine Hungersnot ausgelöst, die mindestens 18.000 Tote forderte. Insgesamt wurden bis zu 220.000 Menschen (2,5 Prozent der Bevölkerung) der Niederlande von den Nazifaschisten ermordet.

Gleich nach dem Einmarsch der Nazis begann sich **Widerstand** zu entwickeln. Als am 11. Februar 1941 die zweite Razzia gegen die jüdische Bevölkerung in Amsterdam stattfand, kamen Hafenarbeiter aus Kattenburg, Wittenburg und Oostenburg und unterstützten die jüdische Bevölkerung. Mit Stöcken und Hacken bewaffnet, setzten sich die jüdischen Bewohner zu Wehr. Als Vergeltungsaktion der Nazis wurde das jüdische Viertel von Amsterdam umzäunt und zum Ghetto gemacht.

Am 24. Februar 1941 wurde in Amsterdam ein von der Kommunistischen Partei initiiertes Flugblatt verteilt, das zum Massenstreik aufrief: „Protestiert gegen die abscheuliche Judenverfolgung!“ Vorausgegangen waren Razzien und Verhaftungen von etwa 400 jüdischen Männern in Cafés. Der 25. Februar sollte der erste Streiktag sein. An diesem Tag hielten um 10.30 Uhr die Straßenbahnen in Amsterdam an. Der Streik breitete sich über das ganze Land aus. Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter streikten. Das SS-Totenkopf-Bataillon ging militärisch gegen den Streik vor und schoss sofort auf die Streikenden. Am 26. Februar waren nur noch

etwa 20 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter im Streik. Sieben Streikende waren erschossen worden, 76 wurden verwundet. Sämtliche streikenden Betriebe und Zeitungen wurden von Nazis besetzt.

Etwa 5.000 Partisaninnen und Partisanen der Widerstandsbewegung unterstützten den militärischen Kampf der alliierten Armeen zur Befreiung der Niederlande. Etwa 2.000 von ihnen wurden von den Nazis ermordet.

Mit Hilfe der Widerstandsbewegung in den Niederlanden überlebten 17.000 Jüdinnen und Juden. Insgesamt wurden 25.000 versteckt, 8.000 wurden durch nazistische Polizeikräfte aufgespürt und konnten nicht gerettet werden.

Fast 500.000 Menschen wurden nach Nazideutschland verschleppt und mussten dort Zwangsarbeit leisten.

Auch in den Niederlanden raubten die Nazis in einem großen Ausmaß. So wurde Gold im Wert von 500 Millionen Reichsmark (Stand 1938, heute: über 11 Milliarden Euro) gestohlen und die geraubte Stahlmenge reichte aus, um die Munitionsproduktion um 40 Prozent zu steigern. Vor allem in den letzten Kriegsmonaten steigerte sich der Raubzug der Nazis. In wenigen Monaten wurden insgesamt allein 400.000 Tonnen Produktionsmittel nach Nazideutschland transportiert, unter anderem in ca. 20.000 Güterwaggons.

Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis in den Niederlanden eintrieben, beliefen sich auf über 14 Milliarden Reichsmark (heute: über 320 Milliarden Euro).

Die Niederlande wurde durch den Vormarsch der englischen und US-amerikanischen Armee am 4. Mai 1945 befreit.

4. Frankreich

Frankreich wurde am 10. Mai 1940 von Nazideutschland überfallen. Etwa 2,3 Millionen Soldaten, über 2.500 Panzer und über 3.500 Flugzeuge waren im Einsatz. Kaum sechs Wochen später war die französische Armee besiegt. Frankreich (Einwohnerinnen und Einwohner: ca. 42 Millionen; Fläche: über 500.000 km^2) kapitulierte am 22. Juni 1940. Paris und große Teile des Landes wurden von Nazitruppen besetzt. Frankreich wurde aufgeteilt. Nordfrankreich und die Atlantikküste standen unter direkter deutscher Militärherrschaft, Südfrankreich wurde unter Marschall Pétain mit Regierungssitz in Vichy „verwaltet“. Das Gebiet „Elsass-Lothringen“ wurde von Nazideutschland direkt einverleibt und war Teil des „Deutschen Reichs“.

Faktisch war dennoch ganz Frankreich unter Kontrolle der Nazis, denn das Vichy-Regime bestand aus Nazikollaborateuren. Anfang November 1942 wurde Südfrankreich dann von italienischen und deutschen Truppen besetzt als Reaktion auf die Landung der Alliierten in Nordafrika.

In Frankreich waren 1942/43 aufgrund des Abzugs an die militärische Front gegen die UdSSR nur noch knapp über 400.000 Nazisoldaten stationiert. Im Juni 1944, angesichts der drohenden Landung alliierter Truppen, waren es über 1,8 Millionen.

Von den ca. 300.000 bis 350.000 Jüdinnen und Juden, die vor Mai 1940 in Frankreich lebten, von denen ungefähr die Hälfte nicht die französische Staatsangehörigkeit hatte, wurden mindestens 79.000 deportiert und davon über 77.000 in den Vernichtungslagern der Nazis in Polen ermordet, davon etwa 10.000 Kinder.

Insgesamt wurden in ganz Frankreich etwa 30.000 von den dort lebenden 40.000 Sinti und Roma in Lagern der Nazis interniert, etwa 16.000 wurden ermordet.

Verbrechen gegen Menschen, die die Nazis als „lebensunwert“ einstuften, sind weitgehend unbekannt, jedoch gibt es Schätzungen, die davon ausgehen, dass allein auf dem Gebiet des Vichy-Regimes Zehntausende Kranke ermordet wurden.

Gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen wurde mithilfe eines am 6. August 1942 erlassenen Gesetzes vorgegangen, das Homosexualität bei Männern unter Strafe stellte. Wie viele Menschen verfolgt wurden, ist unbekannt.

Am 1. Mai 1941 wurde bei Natzweiler-Strutthof ein KZ-Lager für bis zu 6.000 Häftlinge errichtet, umgeben von einem System kleinerer Lager. In diesem Lagersystem befanden sich mindestens 45.000 Häftlinge. Weitere kleinere KZs wurden im ganzen Land aufgebaut.

Auf den massenhaften antinazistischen **Widerstand** in Frankreich antworteten die Nazis mit Massakern an der französischen Bevölkerung.

Am bekanntesten ist das Massaker von Oradour-sur-Glane am 10. Juni 1944. Soldaten der 2. SS-Panzer-Division „Das Reich“ ermordeten an diesem einen Tag 642 Frauen, Männer, Kinder, Greise und Babys. Über 400 Frauen und Kinder wurden in eine Kirche gesperrt und bei lebendigem Leibe verbrannt, die anderen wurden erschossen. Das gesamte Dorf wurde niedergebrannt.

Keitel, Chef des Oberkommandos der Naziarmee, veranlasste 1941 die Aufstellung des „Geiselgesetzbuches“, das von General Stülpnagel durch

einen am 30. September 1941 erlassenen Befehl übernommen wurde. 70.000 Einwohnerinnen und Einwohner Frankreichs wurden durch Geiselerschießungen ermordet. 40.000 von den Nazis in „Schutzhaft“ genommene und verschleppte Menschen überlebten dies nicht.

1,85 Millionen Soldaten der französischen Armee gerieten in deutsche Gefangenschaft. Insgesamt wurden von den Nazis 250.000 Soldaten der französischen Armee ermordet. Ca. 100.000 Soldaten aus Nordafrika, die in der französischen Armee gegen den Einmarsch der Naziarmee in Frankreich kämpften, wurden getötet. 90.000 Soldaten gerieten in Gefangenschaft. Von den Nazis als „rassisch minderwertig“ eingeschätzt, waren sie einem besonders brutalen Terrorregime ausgesetzt. Nach Schätzungen starb mindestens die Hälfte der 90.000 Soldaten aus Nordafrika in den Gefangenenlagern der Nazis.

Von den Nazis und ihren einheimischen Handlangern wurden insgesamt über 650.000 (1,6 Prozent) Einwohnerinnen und Einwohner Frankreichs ermordet.

Schon Mitte 1941 gründete die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF) eine der ersten Partisanengruppen (FTPF). Die Mitglieder der illegal kämpfenden KPF wurden von den Nazis massiv verfolgt. Allein von Januar bis April 1941 wurden mindestens 6.000 Kommunistinnen und Kommunisten von den Nazis verhaftet. Die KPF hatte vor dem Überfall der Nazis ca. 340.000 Mitglieder (Stand: 1937), insgesamt wurden 75.000 von den Nazis ermordet.

Eine wichtige Rolle im bewaffneten Widerstand spielten die Francstireurs-man d’ouvre immigreé (FTP-MOI). Dies war ein Teil der Francstireurs et partisans (FTP), der größten Teils aus Kommunistinnen und Kommunisten anderer Herkunftsländer bestand, die in Frankreich im Exil lebten, darunter viele jüdische Immigranten und Immigrantinnen aus Ost- und Südosteuropa.

1943 hatte die Partisanenbewegung Korsika noch vor der Landung der Alliierten in Frankreich befreit. Auch gegen die Deportation der jüdischen Bevölkerung nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager gab es Widerstand. So war das Dorf Le Chambon-sur-Lignon zum „Untergrundbahnhof“ geworden und es wurden mehrere Tausend Jüdinnen und Juden gerettet. Jüdische illegal arbeitende Widerstandsgruppen wie die Armée Juive und die Solidarité besorgten Lebensmittel und fälschten Papiere, verhalfen Verfolgten zur Flucht und kämpften auch bewaffnet gegen die Nazis und das Vichy-Regime. Später schlossen sie sich der Partisanenbewegung an.

Insgesamt kämpften in Frankreich ca. 500.000 Mitglieder der Widerstandsbewegung nach der Landung der alliierten Armeen in der Normandie im Sommer 1944 auf deren Seite gegen die deutschen Besatzer.

In Paris kam es vom 19. bis 25. August 1944 zu einem bewaffneten Aufstand antinazistischer Kräfte, die vor allem unter Führung der KPF standen. Die bewaffneten antinazistischen Kräfte kämpften gegen ca. 20.000 Nazisoldaten und es gelang ihnen zu verhindern, dass 20.000 Mann starke SS-Truppen aus der Umgebung von Paris herangezogen werden konnten, bis antinazistische französische Kräfte sowie Truppen der US-Armee zur Verstärkung eintrafen. Am 25. August 1944 konnte Paris befreit werden.

Die Opfer der französischen Widerstandskämpferinnen und -kämpfer waren sehr groß. Etwa. 20.000 Mitglieder der Résistance wurden ermordet und etwa 60.000 in KZs nach Deutschland deportiert.[18]

Zwischen 1940 und 1944 wurden insgesamt 4,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Frankreichs zur Zwangsarbeit für Nazideutschland gezwungen, darunter etwa 1,6 Millionen französische Soldaten.

Die Nazis raubten und stahlen, geplant und ungeplant, in großem Ausmaß. Einige Beispiele verdeutlichen die gigantischen Dimensionen dieses Raubs.[19]

Insbesondere wurden wichtige Rohstoffe wie Steinkohle, Bauxit, Eisenerz und Mineralien geraubt, die große Bedeutung für die Kriegsmaschinerie der Nazis hatten. Allein 1944 wurden über 480.000 Tonnen Bauxit (das zur Produktion von Aluminium benötigt wird) nach Nazideutschland transportiert sowie über 27.000 Tonnen Aluminium im Jahre 1943. Die von den Nazis einverleibte Stahl- und Aluminiumproduktion sowie die Fahrzeugindustrie Frankreichs gehörten zu den bedeutendsten dieser Industriezweige weltweit. Dies war mit entscheidend für die deutsche Kriegsproduktion, vor allem auch für die Herstellung von Flugzeugen.

Allein in den ersten 6 Monaten nach dem Einmarsch in Frankreich wurden zum Beispiel 12 Tonnen Gold, 317.000 Tonnen Kupfer und 80.000 Tonnen Blei nach Deutschland gebracht, insgesamt mehrere Zehntausend Eisenbahnwaggons voller geraubter Güter und Rohstoffe. Der Raub von Lebensmitteln, insbesondere von Getreide, nahm riesige Ausmaße an.

---

[18] Andere Quellen gehen davon aus, dass 400.000 Kämpferinnen und Kämpfer der Résistance ermordet wurden.

[19] Über das Ausmaß der materiellen Zerstörungen in Frankreich durch die deutschen Besatzer sind uns keine Zahlen bekannt.

1943/44 wurden aus Frankreich ca. 1,3 Millionen Tonnen Getreide sowie 250 Millionen Tonnen Fleisch herausgepresst. Frankreich war nach der UdSSR der wichtigste Lebensmittellieferant Nazideutschlands.

In Frankreich waren die deutschen Räuber ganz besonders erfolgreich. 42 Prozent ihrer gesamten Ausbeute, die die Nazis in den von ihnen besetzten Ländern machten, erzielten sie in Frankreich. Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis Frankreich auferlegten, beliefen sich auf über 42 Milliarden Reichsmark (heute: über 960 Milliarden Euro).

Mit der Landung alliierter Truppen in der Normandie ab dem 6. Juni 1944 begann die militärische Befreiung Frankreichs. Die deutschen Truppen mussten vor den englischen und US-amerikanischen Truppen, die von der Résistance unterstützt wurden, immer weiter zurückweichen. Am 25. August 1944 wurde Paris befreit, im Oktober 1944 waren die Truppen der Nazis aus Nordfrankreich und im November 1944 aus ganz Frankreich vertrieben.

5. Belgien

Belgien wurde am 10. Mai 1940 von deutschen Truppen angegriffen. Nach 18 Tagen Widerstand kapitulierte die belgische Armee am 28. Mai 1940 bedingungslos. 10.000 belgische Soldaten verloren dabei ihr Leben. Belgien (Einwohnerinnen und Einwohner: über 8 Millionen; Fläche: ca. 30.000 km^2) war bis September 1944 von den Nazis mit bis zu 170.000 Soldaten militärisch besetzt. Zum Schein wurde eine Regierung von Kollaborateuren installiert. Mitglieder der Flämischen Nationalen Liga (VNV), die während der Zeit der Besetzung ca. 100.000 Mitglieder hatte, wurden für die lokale Verwaltung herangezogen und meldeten sich freiwillig zur SS. Insgesamt gab es etwa 40.000 belgische SS-Mitglieder.

Die Naziverbrechen in Belgien wurden vor allem an der jüdischen Bevölkerung begangen. Ganz Belgien wurde von den Nazis systematisch mithilfe belgischer Kollaborateure durchkämmt. Die verhaftete jüdische Bevölkerung wurde zunächst vor allem in der Kaserne Mechelen/Malines eingepfercht, von wo sie dann zur Ermordung ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert wurde.

Im 4. August 1942 ging der erste Transport nach Auschwitz. Bis zum 31. Juli 1944 folgten 26 weitere Transporte. Insgesamt wurden von den 1940 in Belgien lebenden 115.000 Jüdinnen und Juden über 28.000 ermordet.

Die Nazis deportierten zusammen mit der jüdischen Bevölkerung auch über 350 Sinti und Roma nach Auschwitz, von denen nur 13 überlebten.

Insgesamt ermordeten die Nazis in Belgien 76.000 Menschen aus der Zivilbevölkerung.

Gegen die deutsche Besetzung entwickelte sich **Widerstand** bis hin zum Partisanenkampf. Unter führender Beteiligung der KP Belgiens (KPB) wurde eine Widerstandsorganisation aufgebaut, in der auch knapp 60.000 Partisaninnen und Partisanen organisiert waren. Insgesamt kämpften im September 1944 75.000 Mitglieder der Partisanenbewegung gegen die deutschen Besatzer. 10.000 Partisaninnen und Partisanen wurden von den Nazis ermordet, 3.000 davon wurden hingerichtet. Von den 10.000 Mitgliedern der KPB im September 1939 wurden 5.000 in KZs verschleppt, 2.000 wurden ermordet. Zum Beispiel auch ins KZ Breendonk. Dort wurden über 3.000 Menschen inhaftiert, etwa die Hälfte wurde ermordet.

Ca. 375.000 Menschen aus Belgien, darunter 65.000 Kriegsgefangene, wurden nach Nazideutschland zur Zwangsarbeit verschleppt.

Die Nazis raubten in Belgien in einem ähnlichen Ausmaß wie in den Niederlanden. Allein Gold im Wert von fast 550 Millionen Reichsmark wurden geraubt sowie allein bis zum 31. August 1940 20.000 Tonnen Güter, die in über 30 Zügen nach Nazideutschland transportiert wurden. Das in Belgien insgesamt erbeutete Kriegsmaterial reichte aus, um eine Armee mit einer Million Soldaten auszurüsten. Die für die metallverarbeitende Industrie nötigen Industriediamanten wurden vor allem aus Belgien geraubt, insgesamt fast 1 Million Karat. Das deckte den Bedarf der gesamten deutschen Rüstungsindustrie für drei Jahre.

Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis Belgien auferlegten, belief sich auf fast 6 Milliarden Reichsmark (heute: ca. 135 Milliarden Euro).

Mitte Februar 1945 war Belgien durch den Vormarsch der englischen und US-amerikanischen Truppen von der Nazibesatzung befreit.

6. Luxemburg

Am 10. Mai 1940 überfielen Nazitruppen das neutrale Luxemburg (Einwohnerinnen und Einwohner: ca. 300.000; Fläche: knapp 3.000 km^2). Ohne Gegenwehr erfolgte die Besetzung des Landes in nur wenigen Stunden. Im August 1940 wurde die völlige Gleichschaltung des Landes durch die Nazis vollzogen. Die im Juli 1940 gegründete Volksdeutsche Bewegung (VdB), deren Mitgliederzahl innerhalb eines halben Jahres von 1.000 auf 70.000 wuchs – also ungefähr ein Viertel der Bevölkerung Luxemburgs –, diente der Durchsetzung der Herrschaft der Nazis.

Die Verfolgung jüdischer Menschen in Luxemburg begann, nachdem im September 1940 die „Nürnberger Rassegesetze“ auch in Luxemburg angewandt wurden. Die erste Deportation jüdischer Menschen aus Luxemburg nach Polen führten die Nazis im Oktober 1941 durch. Bis April 1943 wurden insgesamt fast 700 Jüdinnen und Juden aus Luxemburg deportiert, von denen nur wenige überlebten. Im April 1943 erklärten die Nazis Luxemburg für „judenfrei“. Von den etwa 3.700 jüdischen Menschen, die vor dem Überfall der Nazis in Luxemburg lebten, überlebten etwa 2.500. Die anderen 1.200 sind hauptsächlich in den Ghettos und Vernichtungslagern der Nazis in Osteuropa ermordet worden.

Auch die etwa 200 Sinti und Roma in Luxemburg wurden von den Nazis verfolgt; jedoch ist nicht bekannt, wie viele ermordet wurden.

Insgesamt wurden außer der jüdischen Bevölkerung während der Besatzungszeit in Luxemburg rund 4.000 Menschen von den Nazis in Gefängnisse und KZs verschleppt, davon wurden fast 800 Menschen ermordet. Durch Deportationen ermordet wurden 154 Menschen. Im Widerstand starben 57 Menschen. Fast 3.000 der in die Naziarmee zwangseingezogenen Luxemburger kehrten nicht mehr zurück.

Widerstand entwickelte sich vor allem gegen den Terror der Nazis. In mehreren Wellen kam es zu Streiks und Protestkundgebungen. Auslöser waren insbesondere die „Sprachverordnung“ der Nazis zur „Eindeutschung“ im August 1940, die Volkszählung und der Beginn des Einzugs der Luxemburger in den deutschen Arbeitsdienst im Oktober 1941 sowie die im August 1942 eingeführte Wehrpflicht und die Zwangsrekrutierung für die deutsche Naziarmee. Ein Drittel der über 10.000 Zwangsrekrutierten entzogen sich dem Wehrdienst durch Untertauchen.[20]

Luxembourg wurde am 10.9.1944 durch US-Truppen befreit.

Zu den Naziverbrechen in der Tschechoslowakei, Griechenland, Jugoslawien und Albanien

1. Tschechoslowakei

Zwischen dem 1. und 10. Oktober 1938 besetzte die Naziarmee die sogenannten Sudetengebiete in der Tschechoslowakei mit ca. 400.000 Nazisoldaten. Am 15. März 1939 besetzten Nazitruppen den größten Teil der Tschechoslowakei (Einwohnerinnen und Einwohner: ca. 10 Millionen; Fläche: 90.000 km^2). Dort errichteten sie unter ihrer unmittelbaren Herr-

[20] Über Raub und Zerstörungen durch den Nazi-Faschismus sind uns keine Fakten bekannt.

schaft das „Protektorat Böhmen und Mähren“. In der Slowakei wurde auf Befehl der Nazis ein mit ihnen im „Bündnis“ stehender „unabhängiger“ Staat errichtet, an dessen Spitze der Faschist Tiso stand. 1943 waren ca. 200.000 Soldaten der Naziarmee in der Tschechoslowakei stationiert.

An den Verbrechen der deutschen Okkupanten beteiligte sich in hohem Maß die deutschsprachige Bevölkerung, die schon vor der Okkupation in ihrer übergroßen Mehrheit bei den Heinlein-Nazis waren oder diese unterstützten.

Von den insgesamt ca. 357.000 1930 in der Tschechoslowakei lebenden Jüdinnen und Juden wurden etwa 265.000 von den Nazis ermordet.

In der Tschechoslowakei lebten insgesamt über 110.000 Roma. Bekannt ist die Ermordung von 7.500 tschechoslowakischen Roma.[21]

Als Rache für das erfolgreiche Attentat auf den stellvertretenden „Reichsprotektor“ SS-Heydrich am 27. Mai 1942 wurden nach offiziellen Angaben 1.400 Menschen hingerichtet. Über 3.000 tschechische Jüdinnen und Juden wurden zur „Vergeltung“ sofort von Prag aus in die Vernichtungslager deportiert und ermordet. Zehntausende bewaffnete Deutsche – Naziarmee, Gestapo und SS – durchkämmten systematisch 5.000 Ortschaften. Das Bergarbeiterdorf Lidice wurde dem Erdboden gleichgemacht. Alle männlichen Bewohner, mindestens 173, wurden erschossen. 172 Frauen wurden in das KZ Ravensbrück deportiert. Die als nicht „eindeutschungsfähig“ klassifizierten Kinder im Alter von ein bis 14 Jahren wurden in Chelmno durch Gas ermordet. Ebenso wurde die Ortschaft Lezaky vernichtet, die 47 Einwohnerinnen und Einwohner wurden ermordet.

Auf tschechischem Territorium errichteten die Nazifaschisten ein besonderes KZ, das KZ Theresienstadt. Dieses war auf der Wannsee-Konferenz Anfang 1942 nach außen hin als eine Art „Vorzeige-KZ“ konzipiert worden. Für Tausende Häftlinge wurde es jedoch letzte Station oder aber Durchgangslager zur Deportation nach Auschwitz und zu ihrer Vernichtung. Von den 140.000 Menschen, die nach Theresienstadt deportiert wurden, starben dort aufgrund der mörderischen Lebensbedingungen 33.500. 88.000 Menschen wurden in die Vernichtungslager deportiert. Von diesen überlebten 3.500.

Insgesamt wurden durch die Besetzung der Tschechoslowakei über 360.000 Menschen getötet.

---

[21] Wie viele Roma insgesamt in der Tschechoslowakei ermordet wurden ist nicht bekannt.

Über 550.000 Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter wurden aus „dem Protektorat Böhmen und Mähren“ nach Deutschland verschleppt, 200.000 aus der Slowakei. Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ pressten, beliefen sich auf 2,4 Milliarden Reichsmark (heute: über 55 Milliarden Euro) [22]

Sowohl im tschechischen Teil als auch im slowakischen Teil gab es massiven **Widerstand** gegen die Herrschaft der Nazis bis hin zum bewaffneten Kampf von Verbänden von Partisaninnen und Partisanen in der Slowakei und bewaffneten Aufständen unter führender Beteiligung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Insgesamt hatte die KP der Tschechoslowakei über 50.000 Mitglieder vor dem Einmarsch der Nazis. Die Nazis ermordeten über 25.000 Kommunistinnen und Kommunisten.

Ende August 1944 erhoben sich, in direkter Absprache mit der vorrückenden Roten Armee, in der Slowakei Teile der Bevölkerung gegen die deutschen Besatzer und ihre Kollaborateure. Diesen hatten sich slowakische Armeeeinheiten mit zirka 24.000 Soldaten angeschlossen, ebenso viele Jüdinnen und Juden, die vor ihrer Deportation in die Vernichtungslager fliehen konnten. Aus der Sowjetunion und anderen Ländern der Anti-Hitler-Koalition wurden Kämpferinnen und Kämpfer eingeflogen. Bis zu 20.000 Partisaninnen und Partisanen sowie 60.000 ehemalige Soldaten der slowakischen Armee kämpften aufseiten der Aufständischen. Erst Mitte Oktober führte die Offensive mehrerer SS-Einheiten zur Niederschlagung des Aufstands. Bis zu 25.000 Aufständische wurden getötet, die führenden Kräfte in KZs ermordet. Die Nazis brannten über 100 slowakische Dörfer nieder und ermordeten die männliche Bevölkerung, wenn die Dorfbewohner verdächtigt wurden, Aufständische zu verstecken. Ein Teil der Aufständischen führte den Partisanenkampf gegen die Besatzer aber bis Kriegsende weiter und vereinigte sich im Kampf mit der das Land befreienden Roten Armee.

In den tschechischen Gebieten steigerte sich der Widerstandskampf gegen die Nazis Anfang Mai 1945 unter Führung kommunistischer Kräfte zum bewaffneten Aufstand. Am 3. Mai begann der Aufstand in einigen Städten Nordostböhmens, am 5. Mai in Prag. Bis zum Morgen des 6. Mai wurden in Prag von ungefähr 100.000 Menschen etwa 1.600 große Barrikaden errichtet. Noch in dieser Nacht wurden Hunderte Einwohnerinnen

[22] Der von den Nazis der Ökonomie der Tschechoslowakei zugefügte Schaden beläuft sich auf geschätzte 700 Milliarden Kronen. Welchem heutigen Wert die damalige Krone entspricht, ist uns nicht bekannt.

und Einwohner von den Nazis ermordet. Doch am 9. Mai endete der Kampf direkt mit der Befreiung der Stadt durch die Sowjetarmee.

Am 9. Mai 1945 war die Tschechoslowakei von der Nazibesatzung befreit.

2. Griechenland

Am 6. April 1941 überfiel die Naziarmee mit fast 700.000 Soldaten, 700 Flugzeugen sowie 1.200 Kampffahrzeugen Griechenland (Einwohnerinnen und Einwohner: 8 Millionen; Fläche: ca. 130.000 km^2), das im Oktober 1940 schon vom verbündeten italienischen Faschismus angegriffen, aber nicht besetzt worden war. Am 23. April kapitulierte die griechische Armee. Über 20.000 griechische Soldaten verloren ihr Leben. In Griechenland waren ständig 300.000 Nazisoldaten (darunter italienische und bulgarische Soldaten) stationiert. Am 12. Oktober 1944 zogen schließlich die letzten deutschen Truppen aus Griechenland ab.

Von den rund 80.000 Jüdinnen und Juden in Griechenland überlebten den Genozid nur etwa 10.000. Mehr als 50.000 wurden in Auschwitz ermordet, 4.200 in Treblinka, rund 2.500 wurden in Griechenland exekutiert.[23]

Die Nazis verübten unzählige grausame Massaker, wie zum Beispiel auf Kreta im Mai 1941. Das war das erste Massaker an der Zivilbevölkerung in Griechenland, verübt von Gebirgsjägern der Naziarmee. Rund 2.000 Griechinnen und Griechen wurden dabei ermordet. Das, was in Frankreich mit dem Namen Oradour oder in Tschechien mit dem Dorf Lidice verbunden ist, nämlich die massenhaften Geiselerschießungen und Vernichtung ganzer Dörfer als sogenannte Vergeltungsmaßnahmen, ist in Griechenland vor allen Dingen mit dem Dorf Distomo verbunden, in dem 218 Bewohner ermordet, die Frauen vor der Ermordung von der deutschen Soldateska vergewaltigt und alle Häuser niedergebrannt wurden. Insgesamt wurden bis zu 1.500 Dörfer ganz oder zum Teil niedergebrannt und zerstört. Die Schätzungen gehen von 30.000 von den Nazis hingerichteten Geiseln aus.

Das bekannteste KZ in Griechenland ist Chaidari, in dem Partisaninnen und Partisanen, Widerstandskämpfer und 1.700 Jüdinnen und Juden inhaftiert waren. Von dort wurden Teile der jüdischen Bevölkerung Griechenlands auch ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau deportiert.

---

[23] Auch Roma blieben im besetzten Griechenland von Verfolgung und Ermordung durch die Nazis nicht verschont, jedoch sind Opferzahlen bis heute nicht bekannt.

Der bewaffnete **Widerstand** war in Griechenland sehr stark. Die Griechische Volksbefreiungsarmee ELAS, die als Zusammenfassung der antinazistischen Partisanenverbände schon im Februar 1942 gegründet wurde, wurde zu einer der kampfkräftigsten Partisanenarmeen des Zweiten Weltkriegs, die den Truppen der Nazis empfindliche Schläge versetzte und große Teile Griechenlands von den Nazis befreite. Zum Zeitpunkt der Befreiung kontrollierte die ELAS, an der die KP Griechenlands führend beteiligt war, 95 Prozent des Landes. Etwa 2 Millionen Männer und Frauen kämpften insgesamt in der ELAS gegen die deutschen Besatzer. Bis zu 40.000 Partisaninnen und Partisanen wurden von den Nazis ermordet.

Etwa 35.000 Menschen wurden aus Griechenland nach Nazideutschland zur Zwangsarbeit verschleppt.

Die nazifaschistischen Besatzer organisierten einen gigantischen Raubzug. Sie raubten systematisch Gold, Silber, Bargeldeinlagen in Banken, Ausrüstungen von Fabriken, Transportmittel, Rohstoffe, Vieh, Lebensmittel und Ernten. Ein großer Teil der örtlichen Vorräte an Obst, Gemüse, Kartoffeln, Olivenöl, Fleisch und Milchprodukten wurde zur Versorgung der Nazitruppen beschlagnahmt. Aber auch mithilfe des Instruments der Zwangsanleihe wurden Milliarden als sogenannte Besatzungskosten (3,5 Milliarden US-Dollar Stand 1938, heute: fast 200 Milliarden Euro) und mittels angeblicher Darlehen geraubt. Der Gesamtschaden wurde auf über 14 Milliarden US-Dollar im Wert von 1938 beziffert (heute: 798 Milliarden Euro).[24]

In der Folge bedeutete dies für die griechische Zivilbevölkerung fehlende Nahrungsmittel, Hunger und Elend. So kam es im Winter 1941/42 zu einer furchtbaren Hungersnot, bei der schätzungsweise 250.000 Menschen starben.

Nach Angaben des Nationalrats für die Entschädigungsforderungen Griechenlands wurden rund 1,1 Millionen Menschen, etwa 15 Prozent der damaligen griechischen Gesamtbevölkerung, von den nazifaschistischen Besatzern zu Tode gefoltert, erschossen, erhängt, bei lebendigem Leib verbrannt, deportiert und in Vernichtungslagern ermordet. Die Zahlen für Griechenland beinhalten auch 880.000 Invalide als Folge der Besatzung. 1.770 Dörfer und fast 400.000 Häuser wurden vollständig zerstört.

---

[24] Die griechische Regierung hat 2015 Entschädigungsforderungen in Höhe von knapp 270 Milliarden Euro gestellt, die noch nicht einmal annähernd dem tatsächlichen materiellen Schaden und den Wert der geraubten Güter durch die nazifaschistische Besatzung entsprechen.

Die Besetzung des griechischen Festlandes dauerte bis November 1944; einige Inseln wie Rhodos und Kreta wurden erst im Mai 1945 befreit.

3. Jugoslawien

Am 6. April 1941 überfielen Nazideutschland und seine faschistischen Verbündeten Italien und Ungarn Jugoslawien (Einwohnerinnen und Einwohner: über 10 Millionen; Fläche: ca. 170.000 km^2) mit über einer halben Million Soldaten, Hunderten von Panzern und Flugzeugen. Die Naziarmee und die SS besetzten das Land und es wurde ein brutales Terror- und Mordregime errichtet, das mit 500.000 bis 700.000 Nazisoldaten abgesichert wurde.

In Kroatien, wo die Nazis einen Staat gründeten, der von den kroatischen Faschisten, der Ustascha, formell geführt wurde, wurde der Genozid an der jüdischen Bevölkerung und an den Roma unter Anleitung und der Regie der Nazis im Wesentlichen durch die kroatischen Faschisten durchgeführt. Allein im KZ Jasenovac wurden über 20.000 Jüdinnen und Juden und 30.000 Roma von der Ustascha ermordet, insgesamt waren es in Kroatien 26.000 Jüdinnen und Juden und 40.000 Roma, die auf bestialische Art und Weise erschlagen, erschossen, ertränkt oder durch Essensentzug ermordet wurden.

Große Teile des heutigen Sloweniens wurden den österreichischen Bundesländern Steiermark und Kärnten zugeteilt. Ein Teil Jugoslawiens (entlang der Adriaküste) wurde gemeinsam mit der nordwestlichen italienischen Region Friaul als „adriatisches Küstenland“ direkt von den Nazis verwaltet. Vom Lager Risera San Sabba in Triest aus wurde die Deportation der Jüdinnen und Juden aus diesem Gebiet organsiert.

Insgesamt lebten in Jugoslawien über 80.000 Jüdinnen und Juden, davon wurden über 60.000 von den Nazis und ihren Kollaborateuren ermordet.

Nach Schätzungen lebten in Jugoslawien zwischen 190.000 und 300.000 Roma, von denen mindestens 125.000 von den Nazis und ihren faschistischen Schergen ermordet wurden. Im August 1942 verkündete einer dieser Schergen stolz: Serbien sei das einzige Land, in dem „Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst“ seien. 1944 wurde dann auch Kroatien für „juden- und zigeunerfrei“ erklärt.

Auch in Jugoslawien wurde ein KZ-System aufgebaut. Im KZ Sajmiste wurden von der SS Massenmorde durch Giftgas durchgeführt. Vom März bis April 1942 wurden in einem mobilen Lastwagen über 7.000 Häftlinge, 6.500 Jüdinnen und Juden und 500 Roma, vor allem Kinder, Frauen und Greise, durch Autoabgase grausam ermordet.

In ganz Jugoslawien war die serbische Bevölkerung von Anfang an ganz in der Tradition der antiserbischen Politik des deutschen Imperialismus ebenfalls einem Terror- und Mordregime der Nazis und ihrer Kollaborateure unterworfen. Insgesamt wurden allein von der deutschen Naziarmee in Jugoslawien 80.000 Geiseln ermordet, davon entstammte ein großer Teil der serbischen Bevölkerung. Frauen, Männer, Kinder und Greise wurden allein nur deshalb ermordet, weil sie in den Gebieten lebten oder gelebt hatten, wo Partisanenaktionen stattfanden. Bei nazistischen Massenmorden im Herbst 1941, zum Beispiel im Bezirk Macva (6.000 Ermordete), in Krajelvo (2.000 Ermordete) und in Kragujevac (7.000 Ermordete) wurden mehrere tausend Serbinnen und Serben von der deutschen Naziarmee erschossen. Von den 50.000 in den KZs in Serbien Ermordeten gehörte ein großer Teil der serbischen Bevölkerung an.

Von den Nazis und ihren Kollaborateuren wurden insgesamt über 1, 7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Jugoslawiens ermordet, das waren über 17 Prozent der Gesamtbevölkerung, davon ca. 1,2 Millionen Menschen aus der Zivilbevölkerung.

In Jugoslawien entstand die stärkste **Partisanenbewegung** gegen die nazifaschistischen Besatzer außerhalb der Sowjetunion. Im Juli 1941, kurz nach dem Überfall Nazideutschlands auf Jugoslawien, wurden unter Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) die ersten Partisaneneinheiten gegründet, Ende 1941 gab es bereits 80.000 Partisaninnen und Partisanen. Im Verlaufe des Zweiten Weltkriegs entwickelte sich der antinazistische bewaffnete Kampf in Jugoslawien von dem Kampf einzelner Partisaneneinheiten mit jeweils einigen hundert Kämpferinnen und Kämpfern bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs zu einer 800.000 Partisaninnen und Partisanen umfassenden Befreiungsarmee. Schon 1943 hatte die Partisanenbewegung ein Gebiet Jugoslawiens mit über 5 Millionen Einwohnern befreit. Die führende Kraft der Partisanenbewegung, die KPJ, hatte im Januar 1945 100.000 Mitglieder.

Auch im direkten Kampf gegen die antinazistischen Kräfte gingen die Nazis und ihre bewaffneten Kräfte in Jugoslawien brutal und grausam vor. Die Opferzahlen waren besonders hoch. Während der Kämpfe gegen die nazifaschistischen Okkupanten und ihre einheimischen Kollaborateure hatten die jugoslawischen Volksbefreiungskräfte rund 305.000 Tote und über 425.000 Verletzte zu beklagen. Allein in den ersten Monaten der Besatzung ermordeten die Nazis 3.000 Mitglieder der KPJ, insgesamt fielen über 50.000 Mitglieder der KPJ dem Naziterror zum Opfer.

Über 35.000 Soldaten der Roten Armee waren gefallen, verwundet oder wurden vermisst im Kampf gegen die deutsche Naziarmee in Jugoslawien. Die bulgarische Volksarmee hatte in diesem Kampf Verluste von über 24.000 Soldaten.

Über 200.000 Menschen wurden aus Jugoslawien zur Zwangsarbeit nach Nazideutschland verschleppt.

Auch in Jugoslawien zerstörten und raubten die deutschen Besatzer in großem Ausmaß. Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis in Jugoslawien einzogen, belief sich auf 2,5 Milliarden Reichsmark (heute: ca. 58 Milliarden Euro). Lebensmittel wurden in riesigem Ausmaß geraubt, zum Beispiel 150.000 Tonnen Mais und 100.000 Tonnen Weizen pro Jahr.

Im April 1945 wurde die deutsche Naziarmee und die SS von der jugoslawische Volksbefreiungsarmee mit Unterstützung der bulgarischen Volksarmee und vor allem der sowjetischen Roten Armee vernichtend militärisch geschlagen.

4. Albanien

Truppen der deutschen Naziarmee besetzten Albanien (Einwohnerinnen und Einwohner: ca. 1 Million; Fläche: knapp 30.000 km^2), nachdem der italienische Imperialismus am 8. September 1943 durch massiven antifaschistischen Widerstand gezwungen war zu kapitulieren. Das faschistische Italien hatte Albanien im April 1939 überfallen und besetzt.

Bis zu 75.000 Nazisoldaten wurden in Albanien stationiert. Sie plünderten und mordeten. Ganze Dörfer wurden in Schutt und Asche gelegt. Tausende Menschen wurden erschossen, ermordet, lebendig verbrannt, eingesperrt und deportiert. Bei ihrem Terror konnten sich die deutschen Machthaber politisch, propagandistisch und auch militärisch im Wesentlichen auf folgende reaktionäre albanische Kräfte stützen: die Kräfte um Balli Kombetar (Nationale Front) und die auch mit den englischen Imperialisten verbündete „Legalität“, die Anhänger des ehemaligen albanischen Machthabers Zogu waren.

Nachdem am 6. Juli 1943 die 1. Gebirgsdivision südlich von Borova, einem kleinen Bergdorf in Südalbanien, von Partisaninnen und Partisanen angegriffen worden war, begingen Angehörige dieser Division das Massaker von Borova. Sie zerstörten das Dorf und ermordeten ausnahmslos alle 107 Einwohnerinnen und Einwohner – überwiegend Frauen, Kinder und Alte. Borova gilt seitdem als „albanisches Lidice“.

In Albanien lebte zur Zeit der Besatzung der italienischen Faschisten eine kleine 120-köpfige jüdische Minderheit. Nach Beginn des Zweiten Weltkrieges flohen mehrere Hundert Jüdinnen und Juden nach Albanien. Als die Nazis das Land besetzten, änderte sich die Situation drastisch. Doch viele albanische Familien in den Städten und auf dem Land versteckten Jüdinnen und Juden.

Zu Deportationen kam es jedoch im Gebiet des Kosovo. Im Februar 1944 stellten die deutschen Besatzer aus albanischen Einheiten der 13. SS-Bosniaken-Gebirgsdivision sowie aus kosovoalbanischen Milizen eine 6.500-köpfige Division der Waffen-SS namens „Skanderbeg“ auf, die in Prizren stationiert war. Ihr hauptsächliches Operationsgebiet war das Kosovo. Die SS-Mörder waren berüchtigt für ihre Brutalität. Im April 1944 deportierte die SS in Prishtina 300 Jüdinnen und Juden. Zwischen dem 28. Mai und dem 5. Juli 1944 verhafteten die SS-Mörder auf albanischem Gebiet weitere 510 „verdächtige“ Personen, Jüdinnen und Juden, Kommunistinnen und Kommunisten, Partisaninnen und Partisanen. 249 von ihnen wurden abtransportiert. Am 28. Juli 1944 ermordeten sie im Dorf Veliko 380 Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner (darunter 120 Kinder) und steckten 300 Häuser in Brand.

Bekannt ist, dass die Roma im Kosovo noch unter italienischer Besatzung gelbe Armbinden tragen mussten und zur Zwangsarbeit gezwungen wurden. Nach dem Einmarsch der Nazitruppen wurden sie in KZs nach Jugoslawien, aber auch ins KZ Buchenwald und ins KZ Mauthausen verschleppt. Nach Schätzungen wurden Tausende ermordet, genauere Zahlen sind nicht bekannt.

28.000 Albanerinnen und Albaner, also 2,5 Prozent der Vorkriegsbevölkerung, wurden von den Nazis ermordet, 13.000 wurden verwundet, rund 44.500 Bürgerinnen und Bürger wurden verschleppt.

Im März 1943 wurde die Nationale Befreiungsarmee Albaniens gegründet, die unter Führung der KP Albaniens stand und bewaffneten **Widerstand** gegen die Naziarmee durchführte. Sie umfasste zu der Zeit 10.000 Kämpferinnen und Kämpfer. Dazu kam die doppelte Anzahl in den Freiwilligeneinheiten befreiter Dörfer und in Guerillagruppen der besetzten Städte.

Im Winter 1943/44 unternahmen die deutschen Nazitruppen, unterstützt von Einheiten albanischer Kollaborateure, eine großangelegte Operation mit insgesamt 45.000 Soldaten gegen die Einheiten der Partisaninnen und Partisanen, die zu der Zeit aus rund 20.000 Kämpferinnen und Kämpfern bestanden. Im Juli 1944 kämpften bereits 70.000 Partisanen gegen die Na-

zis. Hinzu kommen noch 50.000 weitere Kämpferinnen und Kämpfer, die zeitweise am bewaffneten Kampf beteiligt waren.

Das Massaker, bei dem am 4. Juli 1944 in Tirana 84 Einwohnerinnen und Einwohner vor ihren Häusern abgeschlachtet worden sind, war ein weiterer Einschnitt des Naziterrors gegen die Zivilbevölkerung in Albanien. Die Offensive der Nazis kostete rund 1.000 Partisaninnen und Partisanen das Leben. Doch der Terror konnte den Kampf nicht aufhalten, sondern führte im Gegenteil zur Verstärkung der Widerstandskräfte. Rund 10 Prozent der Partisaneneinheiten stellten Frauen, etwa 80 Prozent waren Jugendliche, 90 Prozent waren Bauern und Landarbeiter. Am 29. November 1944 war schließlich ganz Albanien befreit.

Als die Niederlage Nazideutschlands näher rückte, zog sich die Naziarmee aus Albanien zurück und zerstörte bei ihrem Rückzug fast alle Häfen und Brücken, um die Landung alliierter Streitkräfte zu erschweren und das Nachdrängen der Befreiungsarmee zu behindern. Über 1.800 Ortschaften, 75 Prozent der Industrieanlagen und nahezu 50 Prozent des Straßennetzes wurden zerstört. Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis Albanien auferlegten, beliefen sich auf fast 220 Millionen Reichsmark (heute: über 5 Milliarden Euro). Das für die Rüstung wichtige Chrom besorgte sich Nazideutschland etwa zu 17 Prozent aus Albanien.

Albanien wurde am 29.11.1944 von den Nazis befreit.

Zu den Naziverbrechen in Nordafrika (Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien)[25]

In Afrika konzentrierten sich die militärischen Kämpfe zwischen dem Nazifaschismus und seinen Verbündeten auf einen ungefähr tausend Kilometer langen Streifen am Mittelmeer zwischen Tunesien und Ägypten. Nachdem der italienische Faschismus bereits 1935 Äthiopien überfallen hatte, griff er im September 1940 von seiner Kolonie Libyen aus das von England abhängige Ägypten an mit dem Ziel, den strategisch wichtigen Suezkanal unter Kontrolle zu bekommen. Nach der militärischen Niederlage Italiens gegen England in Ägypten griff der deutsche Imperialismus ab Februar

[25] Bei der Lage in Nordafrika muss unterschieden werden. Libyen war eine Kolonie Italiens und von Truppen des italienischen Faschismus besetzt. Marokko und Algerien sowie auch Tunesien wurden vom faschistischen französischen Vichy-Regime, das unter direkter Leitung des Nazifaschismus stand, beherrscht. Dort waren auch schon vor Beginn der Kriegshandlungen massiv SS- und Gestapo-Einheiten stationiert.

1941 in die Kämpfe ein. Große Teile der französischen Kolonien in Nordafrika gerieten durch die Besetzung Frankreichs durch Nazideutschland und die Etablierung des pronazistischen Vichy-Regimes in einem Teil Frankreichs unter die Kontrolle Vichy-Frankreichs und damit Nazideutschlands. Diese Kolonien, wie Marokko und Tunesien, wurden von Nazideutschland ausgeplündert, sie wurden zu wichtigen Rohstoff- und Lebensmittellieferanten.

Am 11. Februar 1941 landeten die ersten deutschen Truppen in Libyen bei Tripolis, um der italienischen Armee im Kampf um Ägypten gegen die englische Armee zu Hilfe zu kommen. Die Nazitruppen rückten bis kurz vor Kairo vor und planten schon die Übernahme des Suezkanals. Eine Offensive der englischen Truppen am 23. Oktober 1942 bei El-Alamein beendete den deutschen Vormarsch Richtung Ägypten.

Am 8. November 1941 landeten über 60.000 amerikanische und britische Soldaten in Marokko und Algerien. Nazitruppen besetzten im November 1942 daraufhin Tunesien.

1943 entwickelte sich dann eine militärische Front in Nordafrika von Marokko bis kurz vor Ägypten. 200.000 alliierte Soldaten mit über 500 Panzern standen ca. 100.000 deutschen Soldaten mit ca. 200 Panzern gegenüber.

Der nun eröffnete Zweifrontenkrieg gegen die Nazitruppen führte schließlich zur Niederlage der Naziarmee am 12. Mai 1943.

Im Rücken der Naziarmee plante ab Juli 1942 ein Sonderkommando der SS den Massenmord an den Jüdinnen und Juden in Nordafrika. Angeführt wurde das Sonderkommando vom SS-Mörder Walther Rauff, der in Koordination und Absprache mit der Naziarmee und ihrem Chef in Afrika, Rommel, vorging. Es wurde nicht nur die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Nordafrika geplant und vorbereitet, sondern auch die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Palästina. Dazu kam es dann nicht wegen der Niederlage der Naziarmee in Nordafrika. Aber in Algerien, Marokko und Tunesien wurden Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung verübt.

In Algerien lebten etwa 110.000 Jüdinnen und Juden. Etwa 2.000 algerische Jüdinnen und Juden wurden in Arbeits- und Konzentrationslager deportiert, die in Algerien errichtet worden waren, darunter in die Lager in Bedeau und Djelfa. Die Häftlinge mussten Zwangsarbeit leisten. Viele starben an den Folgen der Misshandlungen, mehr noch an Typhus oder an Erschöpfung und Hunger. Viele Jüdinnen und Juden schlossen sich dem alge-

rischen **antifaschistischen Untergrund** an. Als Ende 1942 die Landung der Truppen der Anti-Hitler-Koalition bevorstand, gelang es der antifaschistischen Untergrundbewegung zwar nicht, Oran und Casablanca einzunehmen, sie konnte aber am 7. und 8. November 1942 entscheidend mithelfen, Algier erfolgreich zu befreien. Die Mehrheit der Mitglieder des Widerstands, die Algier befreiten, waren Jüdinnen und Juden.

In Marokko wurden 2.100 marokkanische Jüdinnen und Juden in Zwangsarbeitslagern, die in ganz Marokko errichtet worden waren, interniert. Die Bedingungen waren dort so hart, dass viele Häftlinge an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten starben.

Nach schweren militärischen Niederlagen Italiens entsandte Nazideutschland Truppen nach Libyen. Als die Naziarmee im Januar 1942 die lybische Hafenstadt Bengasi von der britischen Armee zurückeroberte, plünderten deutsche Soldaten gemeinsam mit arabischen Kollaborateuren das örtliche jüdische Viertel. In Libyen lebten zirka 30.000 Jüdinnen und Juden. Anfang 1942 begannen die italienischen Besatzer, auch mit Hilfe der Naziarmee, knapp 5.000 libysche Jüdinnen und Juden in Internierungs- und Zwangsarbeitslager umzusiedeln. Allein in einem Lager unweit von Tripolis starben über 560 Menschen binnen weniger als drei Monaten an Entkräftung, Hunger und Epidemien.

Zur Zeit des Zweiten Weltkriegs lebten etwa 5.000 Jüdinnen und Juden mit italienischer Staatsbürgerschaft in Tunesien, insgesamt etwa 85.000. Die Naziarmee, die von SS-Einheiten begleitet wurde, landete am 9. November 1942 in Tunesien und hielt es für knapp sechs Monate besetzt.

In Tunesien errichtete das SS-Einsatzkommando von Rauff ein System von Internierungs- und Zwangsarbeitslagern, in denen die Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter unter katastrophalen Bedingungen untergebracht waren und schuften mussten. Über 2.500 tunesische Jüdinnen und Juden starben während der sechs Monate andauernden deutschen Herrschaft, wobei auch die Naziarmee an Exekutionen beteiligt war.

In Nordafrika wurden insgesamt über 200.000 englische, französische und US-amerikanische Soldaten im Kampf gegen die Nazitruppen und die italienische Armee getötet.

Insbesondere in Algerien beschlagnahmten die Nazis mithilfe ihrer französischen Kollaborateure Nahrungsmittel, militärisches Gerät sowie wichtige Rohstoffe. Allein 1941 wurden zum Beispiel 220.000 Schafe und 450.000 Doppelzentner Getreide geraubt. Im Mai 1941 wurde für die Naziarmee in Afrika in Algier unter anderem 1.000 Lastwagen requiriert. Insge-

samt raubten die Nazis mit Hilfe ihrer französischen Kollaborateure Rohstoffe, wie zum Beispiel 900.000 Tonnen Phosphat, 350.000 Tonnen Eisen und andere kriegswichtige Stoffe.

Zu den Naziverbrechen in England und gegen englische und US-amerikanische Soldaten

England und die USA waren zu keiner Zeit von Nazitruppen besetzt. Im Unterschied zu den USA, deren Territorium auch zu keiner Zeit von Nazitruppen angegriffen wurden, wurde England ab August 1940 militärisches Ziel der Naziluftwaffe.

Nazideutschland flog ab August 1940 bis Mitte Mai 1941 massive Luftangriffe mit insgesamt über 2.000 Bombenflugzeugen auf die englische Zivilbevölkerung in den Städten mit dem Ziel, England zum Kriegsaustritt zu zwingen und einen Angriff auf England vorzubereiten.

Etwa 62.000 Menschen wurden durch diese mörderischen Luftangriffe mit über 200.000 abgeworfenen Bomben ermordet, über eine Million Wohnhäuser wurden beschädigt oder zerstört.

Schwerpunkt dieser Luftangriffe war London zwischen dem 7. September 1940 und dem 16. Mai 1941. Zwischen dem 7. September und dem 15. November 1940 griffen durchschnittlich 200 deutsche Bomber pro Nacht London an. Am 29. Dezember 1940, nach einem der schwersten Angriffe der deutschen Luftwaffe gegen England im Zweiten Weltkrieg, gab es mehr als 1.400 Brände in der Stadt, die nur mit größter Mühe gelöscht werden konnten, um einen Feuersturm zu verhindern, der große Teile Londons komplett zerstört hätte.

Von November 1940 bis Februar 1941 gab es deutsche Luftangriffe unter anderem auch auf die Städte Coventry, Southampton, Birmingham, Liverpool, Clydebank, Bristol, Swindon, Plymouth, Cardiff, Manchester, Sheffield, Swansea, Portsmouth und Avonmouth.

Am 14. November 1940 und am 8. April 1941 fanden die Luftangriffe gegen die Stadt Coventry (120.000 Einwohner) statt, die mit zu den brutalsten Luftangriffen gegen englische Städte zählten. Es ging den Nazis dabei darum, die gesamte Stadt zu vernichten. 1.236 Menschen der Zivilbevölkerung wurden durch diese Bombardements ermordet. Außerdem wurden viele Tausende Wohnungen und zirka 75 Prozent der Fabriken zerstört. Mehrere Zehntausend Gebäude wurden bei den Angriffen getroffen; im Stadtzentrum blieb kaum ein Gebäude unbeschädigt. Allein bei dem Luftangriff am 14. November 1940 wurden insgesamt etwa 500 Tonnen

Sprengbomben, 50 Luftminen und 36.000 Brandbomben über Coventry von der deutschen Luftwaffe abgeworfen.

Insgesamt verloren ca. 270.000 englische Soldaten ihr Leben im Kampf gegen Nazideutschland und über 160.000 wurden gefangen genommen. Über 100.000 englische Soldaten mussten in Nazideutschland Zwangsarbeit leisten. Die USA verloren mindestens 200.000 Soldaten im Krieg gegen Nazideutschland, über 40.000 US-Soldaten wurden von den Nazis gefangen genommen.

Zu den Naziverbrechen in den verbündeten Ländern Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Italien

1. Bulgarien

Bulgarien (Einwohnerinnen und Einwohner: ca. 6 Millionen, Fläche: ca. 100.00 km^2), das sich zu Beginn des Zweiten Weltkriegs noch zum neutralen Land erklärt hatte, begann bereits 1940 Verhandlungen mit Deutschland zu führen und wurde Anfang 1941 offizieller Verbündeter Nazideutschlands und des faschistischen Italien. Im Frühjahr 1941 rückten Nazitruppen in Bulgarien ein, um von dort aus ihren Balkanfeldzug auszuweiten. Bulgarien trat an der Seite Nazideutschlands gegen Jugoslawien und Griechenland in den Zweiten Weltkrieg ein und besetzte selbst Teile Griechenlands (West-Thrakien), Teile Vardar-Mazedoniens und Ostserbiens. Des Weiteren besetzten bulgarische Truppen einen kleinen Teil Rumäniens (Süddobrutscha).

Die Verfolgung jüdischer Menschen in Bulgarien begann auf Druck Nazideutschlands mit der Verabschiedung antijüdischer Rassengesetze Ende 1940. Jüdinnen und Juden wurden registriert und verloren viele Rechte. Rund 51.000 jüdische Menschen lebten zu dieser Zeit in Bulgarien, etwa die Hälfte davon in der Hauptstadt Sofia. Sie wurden von Sofia aufs Land vertrieben.

In den von Bulgarien annektierten Gebieten lebten weitere 12.000 jüdische Menschen. Sie hatten, wie von Nazideutschland gefordert, im Unterschied zur sonstigen dort lebenden Bevölkerung nach der Annexion keine bulgarische Staatsbürgerschaft erhalten. Von ihnen lieferte die bulgarische Regierung insgesamt über 11.000 Jüdinnen und Juden im März 1943 zur Deportation ins Vernichtungslager Treblinka an die Nazis aus. Es überlebten nur wenige.

Die Nazis forderten im März 1943 auch die Deportation von Jüdinnen und Juden bulgarischer Staatsbürgerschaft. Als bekannt wurde, dass die Regierung auch dieser Forderung nachgeben wollte und die Internierung

jüdischer Menschen in Bulgarien begann, kam es zu massiven Protesten in der Bevölkerung. Repräsentanten der bulgarisch-orthodoxen Kirche und ein Teil des Parlaments setzten sich öffentlich für die Rettung der bulgarischen Juden ein. Nach diesem entschlossenen Protest und einzelnen Widerstandsaktionen bestanden die Nazis nicht weiter auf die Durchführung der Deportationen aus Bulgarien. Als Bulgarien im August 1944 das Bündnis mit Nazideutschland aufkündigte, wurden auch die antijüdischen Gesetze wieder aufgehoben.

Es gab in Bulgarien seit 1941 kleine kommunistisch geführte Partisanengruppen. Sie unternahmen Sabotageakte und Anschläge auf Militärtransporte und Dienststellen, wurden jedoch von den Nazis in entlegene Gebirgsgebiete zurückgedrängt. Ab 1944, mit dem Vormarsch der Roten Armee nach Bulgarien, erstarkte die **Partisanenbewegung** unter Führung der Kommunistischen Partei Bulgariens, die 1944 etwa 25.000 Mitglieder hatte. Insgesamt gab es fast 30.000 Partisaninnen und Partisanen und ungefähr 250.000 Kämpferinnen und Kämpfer, die den Partisanenkampf unterstützten.

Es wurden 60.000 Menschen von den Nazis eingekerkert, über 30.000 davon in KZs. Insgesamt wurden über 9.000 Partisaninnen und Partisanen und über 20.000 Unterstützer der Partisanenbewegung ermordet. 30.000 Menschen aus Bulgarien wurden nach Nazideutschland zur Zwangsarbeit verschleppt.

Am 8. und 9. September 1944 wurde Bulgarien durch den Kampf und das Vorrücken der Roten Armee der UdSSR von den Nazitruppen endgültig befreit und Bulgarien wurde von der Roten Armee besetzt. An diesem Kampf nahmen die Partisanenbewegung sowie auch circa 450.000 Soldaten der im September 1944 neu aufgebauten bulgarischen Armee unter Führung demokratischer Kräfte teil.

2. Rumänien

Rumänien wurde ab 1933, nach der Errichtung des Nazifaschismus, immer weiter vom deutschen Imperialismus abhängig. Das faschistische rumänische Regime unter Führung von Antonescu trat Anfang 1941 dem Bündnissystem der Nazis bei. Im Juni 1941 beteiligte sich Rumänien militärisch mit Truppen am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, wodurch Rumänien sowjetische Gebiete an der Moldau, der Bukowina und „Transnistrien“ (heute ein Teil der Ukraine um die Stadt Odessa) mit Duldung Nazideutschlands besetzen konnte. Insgesamt waren 2 Millionen Soldaten am

Krieg der Nazis gegen andere Länder, insbesondere gegen die Sowjetunion, beteiligt.

In Rumänien wurden auch SS-Einheiten und Einheiten der Naziarmee stationiert. Insbesondere die Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung sowie gegen die Roma in Rumänien wurden unter der Anleitung und der Regie der Nazis durchgeführt.

Insgesamt lebten etwa 756.000 Jüdinnen und Juden in Rumänien und in den von Rumänien ab Juni 1941 besetzten Gebieten. (Rumänien hatte 1941 fast 17 Millionen Einwohner und eine Fläche von ca. 300.000 km^2). Insgesamt wurden in Rumänien und in den von Rumänien besetzen Gebieten ab Juni 1941 bis zu 410.000 Jüdinnen und Juden ermordet.

Dieser Massenmord wurde durch die rumänische Armee sowie durch die rumänischen Nazis der sogenannten „Eisernen Grade“ durchgeführt, aber auch durch Soldaten der Naziarmee, durch SS-Einheiten sowie durch von der „Auslandsorganisation“ der Nazis angeleitete und nazistisch verhetzte „Volksdeutsche“, die insgesamt circa 750.000 Personen in Rumänien umfassten. Es gab Massaker, Pogrome, Todesmärsche und Massenmorde in eigens dafür eingerichteten KZs.

Rumänische Militär- und Polizeieinheiten, aber auch Teile der Zivilbevölkerung unter Führung faschistischer Kräfte verübten gemeinsam mit dort stationierten Soldaten der deutschen Naziarmee am 29. Juni 1941 in der Stadt Iași ein Pogrom, bei dem etwa 13.000 von 51.000 dort lebenden Jüdinnen und Juden ermordet wurden.

In KZs wie Bogdanowka, Achmetschetka, Domanewka und Pechora im Gebiet von Transnistrien wurden die meisten Jüdinnen und Juden aus dem Kerngebiet Rumäniens ermordet. Sie wurden auf Todesmärsche dorthin gezwungen, die die meisten nicht überlebten. Sie wurden in Güterwaggons gepfercht und nach Transnistrien verschleppt, dort in Lager gepfercht und durch Hunger, Kälte, Zwangsarbeit und Massaker durch die rumänische und deutsche Armee sowie durch dort lebende nazistische „Volksdeutsche“ ermordet. Diese von der SS aufgebauten Mordbanden waren an bis zu 100.000 Morden beteiligt.

Von den über 180.000 deportierten Jüdinnen und Juden haben lediglich einige Zehntausend überlebt.

1930 lebten bis zu 300.000 Roma in Rumänien. Insgesamt wurden bis zum Mai 1942 41.000 in den Grenzen Rumäniens nach dem Juni 1941 lebende Roma von dem faschistischen Regime erfasst und inhaftiert. Schätzungen zufolge wurden davon 25.000 bis 30.000 nach Transnistrien depor-

tiert. Von diesen Roma überlebten nach unterschiedlichen Schätzungen zwischen 1.500 und 6.000 Personen, alle anderen fanden aufgrund von Unterernährung, Kälte und Krankheiten den Tod. Insgesamt wurden nach dem Untersuchungsbericht einer Kommission zur Untersuchung der Naziverbrechen nach 1945 bis zu 36.000 Roma durch das rumänische Regime und die Naziherrschaft ermordet.

Die erfolgreiche Offensive der Roten Armee der Sowjetunion im August 1944 führte zum Sturz Antonescus, zur Vertreibung der Nazis, zur Beendigung der Naziverbrechen. Am 31. August 1944 zog die Rote Armee gemeinsam mit einer Einheit, die aus rumänischen Kriegsgefangenen gebildet worden war, in Bukarest ein. Teile der rumänischen Armee beteiligten sich ab dieser Zeit am Kampf gegen Nazideutschland an der Seite der Roten Armee. Das bedeutete eine Schwächung des Nazibündnisses und eine Stärkung der Anti-Hitler-Koalition.

3. Ungarn

Ungarn wurde mit Errichtung des Nazifaschismus ab 1933 immer mehr abhängig vom deutschen Imperialismus. In Ungarn (Einwohnerinnen und Einwohner: 9 Millionen; Fläche: 93.000 km^2) herrschte eine faschistische Diktatur unter Führung Horthys, die sich ab 1938 dem Bündnissystem der Nazis anschloss.

Ungarn besetzte ab 1938/1939 größere Teile der Tschechoslowakei (unter anderem die sogenannte Karpatenukraine mit direkter Grenze zur UdSSR), dann 1940 über ein Drittel des rumänischen Staatsgebiets (ebenfalls mit direkter Grenze zur UdSSR) sowie 1941 kleinere Teile von Jugoslawien. In diesen von ungarischen Truppen besetzten Gebieten unter Führung und Anleitung Nazideutschlands herrschte wie in Ungarn selbst ein faschistisches Terrorregime.

An der Annexion der Tschechoslowakei durch Nazideutschland im Frühjahr 1939 waren ungarische Armeeeinheiten beteiligt. An den militärischen Überfallen auf Jugoslawien sowie auf Griechenland, die am 6. April 1941 begannen, nahmen Teile der ungarischen Armee teil. Die größte Armeeinheit stellte Ungarn im Krieg gegen die Sowjetunion, ab April 1942 200.000 Soldaten, die an den neuen Ostgrenzen zur UdSSR aufmarschierten.

Als dann nach der Niederlage in Stalingrad 1943 das ungarische Regime begann, sich von den Nazis abzuwenden, gingen die Naziarmee und SS-Truppen zur militärischen Invasion in Ungarn über.

Am 19. März 1944 begann die Invasion der Nazis in Ungarn mit circa 70.000 Soldaten. Die bewaffneten Kräfte Ungarns leisteten keinen Wider-

stand. Es wurde zum Schein eine neue nazifreundliche Regierung gebildet, die ihre Weisungen von dem Militärapparat der Nazis in Ungarn erhielt. De Herrschaft der Nazis in Ungarn stützte sich vor allem auf die große Zahl der durch die „Auslandsorganisation“ der Nazis angeleiteten und nazistisch verhetzten „Volksdeutschen“, die insgesamt ca. 600.000 Personen umfassten, auf die Nazis der „Pfeilkreuzler“, die schon 1939 900.000 Mitglieder zählten, sowie auf eine 20.000-köpfige SS-Spezialeinheit, die schon vor dem Einmarsch in Ungarn verdeckt Position bezogen hatte. Die deutschen Truppen in Ungarn wurden ab August 1944 immer weiter verstärkt im Kampf gegen die vorrückende Rote Armee. Ende August 1944 waren dann eine halbe Million Nazisoldaten in Ungarn aufmarschiert.

In den Grenzen Ungarns vom März 1944 lebten 762.000 Jüdinnen und Juden. Bis März 1944 wurden etwa 42.000 Jüdinnen und Juden ermordet sowie antijüdische Gesetze nach dem Vorbild der Nazis eingeführt. Nach der Besetzung Ungarns begannen die Nazis, die Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Ungarn zu planen und durchzuführen. Dafür reiste aus Berlin eigens Adolf Eichmann aus dem „Reichssicherheitshauptamt“, der Organisationszentrale des Genozids an den europäischen Jüdinnen und Juden, mit einer 200 Mann starken Mördertruppe an, um die Deportation in die Vernichtungslager in Polen zu planen, zu organisieren und vor allem mit Hilfe der ungarischen Kollaborateure und des ungarischen Staatsapparats durchzuführen.

Am 16. April 1944 begann die Ghettoisierung der jüdischen Bevölkerung. Vom 15. Mai 1944 bis zum 9. Juli 1944 wurden mehrere Wochen lang bis zu täglich über 10.000 jüdische Menschen in Güterwaggons gepfercht, ins Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau transportiert und dort in den Gaskammern mit Giftgas ermordet, insgesamt in diesem Zeitabschnitt etwa 437.000 Menschen.

Insgesamt wurden über 550.000 Jüdinnen und Juden ermordet, die in Ungarn in den Grenzen vom März 1944 lebten.

Von den 100.000 bis 200.000 ungarischen Roma wurden bis zu 28.000 ermordet, vor allem durch Massenerschießungen durch ungarische Faschisten und die Naziarmee, durch Deportationen in die Vernichtungslager und durch Sklavenarbeit.

Insgesamt starben durch den Krieg und den Naziterror etwa 600.000 Menschen in Ungarn.

An bewaffneten **antifaschistischen Aktionen** in Ungarn waren etwa 2.500 Kämpferinnen und Kämpfer beteiligt, oftmals unter Führung kom-

munistischer Kräfte. An der Befreiung Budapests nahmen an der Seite der Roten Armee mehr als 2.000 Soldaten aus der ungarischen Armee sowie Partisaninnen und Partisanen teil.

Aus Ungarn wurden etwa 45.000 Menschen zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt.

Auch Ungarn blieb von dem Raubzug der Nazis nicht verschont. Insgesamt wurden nach Schätzungen über 55.000 Waggonladungen an geraubten Gütern nach Nazideutschland gebracht, darunter unter anderem über 600.000 Rinder, mehrere Zehntausend Pkws und Lkws sowie auch geraubtes persönliches Eigentum der ermordeten Jüdinnen und Juden. 60 Prozent des Viehbestandes, der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte wurden zerstört, ein Viertel der Maschinen und Ausrüstungen der Industrie und fast alle Kraftfahrzeuge.

Am 4. April 1945 war Ungarn schließlich durch den Kampf der Roten Armee der UdSSR vom Nazifaschismus befreit.

4. Italien

Eine Besonderheit der Vorgeschichte der Naziverbrechen in Italien ist, dass dieses Land ein faschistisches Regime hatte, das Aggressionskriege gegen andere Länder führte (Libyen, Abessinien, das heutige Äthiopien), diese besetzte und dabei Kriegsverbrechen und Massaker verübte, bevor Italien dann selbst von Nazideutschland besetzt wurde.

Zum Beispiel beteiligte sich Italien ab Juni 1941 am Vernichtungskrieg gegen die UdSSR. Im Winter 1942/43 wurde die 8. Italienische Armee von der Roten Armee zerschlagen, deren Reste im Frühjahr 1943 nach Italien zurückkehrten. Im Zusammenhang mit den militärischen Niederlagen der italienischen Armee wuchs der Widerstand gegen die Faschisten in Italien stark an. Am 25. Juli 1943 wurde der Mussolini-Faschismus gestürzt. Nazideutschland marschierte mit seinen Truppen in Italien ein und errichtete dann in den von ihm besetzten Gebieten, die etwa zwei Drittel Italiens umfassten, eine faschistische Marionettenregierung, die sogenannte Italienische Sozialrepublik. Dabei stützten die Nazis sich auf kollaborierende Kräfte in Italien. Italien wurde weitgehend als feindliches Land behandelt und die Nazis begingen in Italien nun direkt ihre Verbrechen.

Nach der Okkupation Italiens (1939: ca. 43 Millionen Einwohner; Fläche: über 300.000 km^2) im Herbst 1943 durch die Naziarmee mit bis zu 300.000 Nazisoldaten begannen die deutschen Machthaber sofort damit, dort ihre Politik des Genozids gegen die jüdische Bevölkerung durchzufüh-

ren. Bis zu 7.500 Jüdinnen und Juden aus Italien wurden von den Nazis ermordet.

Von den 25.000 Sinti und Roma, die in Italien lebten, wurden Tausende inhaftiert und in Lager gepfercht. Nach Schätzungen wurden etwa 1.000 Sinti und Roma ermordet, die meisten, indem sie nach Nazideutschland deportiert und dort ermordet wurden.

Bei dem Massaker in Marzobotto vom 29. September bis zu 5. Oktober 1944 ermordeten die Nazis 955 Menschen, darunter 200 Kinder. Bei dem Massaker von Ardeatine wurden im August 1944 als „Strafmaßnahme" wegen eines Bombenanschlags der Partisanenbewegung vom 23. März 1944 in Rom 335 Menschen in den Höhlen von Fosse Ardeatine ermordet. Über 9.000 Zivilisten wurden insgesamt ermordet, darunter viele als „Bestrafung" für Aktionen der Partisaninnen und Partisanen.

Nach dem Sturz des faschistischen Mussolini-Regimes wurden über 11.000 italienische Soldaten von den Nazis ermordet. Einige Offiziere der Naziarmee ließen ganze italienische Einheiten bei der Waffenübergabe und Gefangennahme ermorden: Die 1. Gebirgsdivision auf der griechischen Insel Kefalonia exekutierte bei dem Massaker von Kefalonia 5.200 bereits entwaffnete italienische Soldaten. Hinzu kamen Morde der Nazis an Kriegsgefangenen auf italienischem Boden. Der sogenannte „Kugelerlass" vom 4. März 1944 besagte, dass wiederergriffene flüchtige kriegsgefangene Offiziere und Unteroffiziere an die Gestapo zu übergeben waren. Von der Gestapo wurden sie in das KZ Mauthausen in Österreich gebracht und dort durch Genickschuss ermordet. Wenn es eine größere Anzahl war, wurden sie durch Giftgas ermordet.

730.000 italienische Soldaten wurden – als „Verräter an Deutschland" gebrandmarkt – zu Kriegsgefangenen gemacht. Etwa 600.000 ehemalige Soldaten wurden zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Bis Kriegsende wurden etwa 40.000 bis 45.000 von ihnen ermordet oder starben an den elenden Lebensbedingungen.

Fast eine Million Menschen aus der Zivilbevölkerung Italiens wurden zur Zwangsarbeit nach Nazideutschland verschleppt.

Nach der militärischen Kapitulation der italienischen Armee entwickelte sich in Italien eine bedeutende **Partisanenbewegung**. Die Zahl der Partisaninnen und Partisanen in Italien betrug während der gesamten Zeit der Nazibesetzung insgesamt 460.000.

Die von der KP Italiens (KPI) ab Oktober 1943 gegründeten und angeführten Garibaldi-Einheiten gehörten zu den kampfstärksten Partisanen-

kräften. Dort kämpften insgesamt über 150.000 Mitglieder der KPI. Die KPI hatte im Juli 1943 6.000 Mitglieder, im April 1945 waren es bereits über 400.000.

In ländlichen und gebirgigen Gebieten entstanden befreite Gebiete, die von den Partisaneneinheiten vielfach über längere Zeit gehalten und kontrolliert wurden. Mindestens 44.000 Partisaninnen und Partisanen wurden von den Nazis ermordet.[26]

Mit der offiziellen Kriegserklärung Italiens nach dem Sturz Mussolinis an Nazideutschland am 9. September 1943 begann die 18-tägige Besetzung Neapels durch Nazitruppen, die dort ein Terrorregime errichteten. Daraufhin rief vor allem auch die KPI zum Kampf gegen die Nazis auf. In Neapel kam es daraufhin am 27. September 1943 im Zusammenhang mit dem Vormarsch der Truppen der Anti-Hitler-Koalition in Italien zu einem bewaffneten Aufstand gegen die nazifaschistischen Besatzer. Es gelang in einem vier Tage langen bewaffneten massenhaften Kampf, die Nazitruppen aus Neapel zu vertreiben. Als die ersten Panzer der englischen und US-amerikanischen Armee am 1. Oktober 1943 Neapel erreichten, war die Stadt bereits befreit.

Im März 1944 gab es einen siebentägigen Generalstreik von Arbeiterinnen und Arbeitern in Mailand und Turin mit etwa 1,2 Millionen Beteiligten. Auch andere Städte, wie Mailand am 25. April 1945, wurden schon vor Eintreffen der Armeen der Anti-Hitler-Koalition oder zusammen mit diesen befreit.

Auch in Italien raubten die Nazis in großem Ausmaß. Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis in Italien während der Besetzung eintrieben, beliefen sich auf über 6 Milliarden Reichsmark (heute: ca. 230 Milliarden Euro).

Am 2. Mai 1945 kapitulieren die Nazis in Italien. Anfang Mai 1945 war dann ganz Italien von den Nazis befreit durch den gemeinsamen Kampf der Partisanenbewegung und der alliierten Armeen.

[26] Andere Quellen gehen davon aus, dass über 76.000 Partisanen ermordet wurden, davon 42.000 Mitglieder der von der KPI angeführten Garibaldi-Brigaden.

Zu den Naziverbrechen in Polen

Mit dem Überfall der deutschen Naziarmee auf Polen (Einwohnerinnen und Einwohner: 35 Millionen; Fläche: ca. 390.000 km^2) am 1. September 1939 begannen die Naziverbrechen in Polen. Die Nazis überfielen Polen mit fast 1 Million Soldaten, über 2.000 Flugzeugen und Panzern. Am 19. September 1939 kapitulierte die polnische Armee. Zunächst besetzte Nazideutschland einen Teil Polens, mit dem Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 dann ganz Polen. Insgesamt verloren 300.000 polnische Soldaten ihr Leben.

Ein Teil Polens wurde ins Deutsche Reich einverleibt, ein anderer Teil wurde von den Nazis „Generalgouvernement" genannt und von ihnen selbst regiert. Allein im sogenannten Generalgouvernement wurden von den Nazis zu jeder Zeit mindestens 350.000 Soldaten stationiert, meistens war es eine halbe Million.

Über 66.000 polnische Soldaten fanden in den Kämpfen mit der Naziarmee den Tod. Etwa 420.000 polnischen Soldaten wurden durch die deutsche Naziarmee gefangengenommen. Von diesen wurden etwa 300.000 noch im Herbst 1939 nach Deutschland verschleppt und mussten dort Zwangsarbeit leisten, vor allem in der Landwirtschaft. Alle 60.000 jüdischen Kriegsgefangenen wurden von den Nazis ermordet.

Die Nazis begannen direkt nach dem Überfall auf Polen mit der Vorbereitung und Durchführung der Ermordung der jüdischen Bevölkerung sowie auch der Sinti und Roma.

Mit Beginn der Besetzung Polens wurden sämtliche diskriminierenden judenfeindlichen Maßnahmen, die in Deutschland zwischen 1933 und 1939 eingeführt wurden, auch gegen die Jüdinnen und Juden in Polen angewandt – Einführung des „Judenstern" ab September 1939, Berufsverbote, Enteignung von Besitz usw.

Ab Frühjahr 1940 wurden Jüdinnen und Juden Polens und die jüdische Bevölkerung, die aus anderen Ländern nach Polen deportiert worden war, in Ghettos gepfercht, die in allen größeren Städten wie Warschau, Krakau oder Lodz errichtet wurden. Dies geschah, um die jüdische Bevölkerung zu konzentrieren, durch Elend, Hunger und Terror in den Ghettos ihre Kampfkraft zu schwächen, um sie dann systematisch in den Vernichtungslagern der Nazis in Polen zu ermorden.

Die Nazis hatten allein bis zum August 1941 etwa 500.000 Jüdinnen und Juden in das Warschauer Ghetto verschleppt, sie dort eingepfercht und durch Hunger und Terror extrem geschwächt. Die Nazis hatten es bis Sep-

tember 1942 durch Terror und Täuschung geschafft, bis auf 60.000 Jüdinnen und Juden die gesamte Bevölkerung des Ghettos in die Vernichtungslager zu transportieren und zu ermorden. Danach begann der bewaffnete Kampf gegen die nazifaschistischen Mörder. Es gelang den jüdischen Kämpferinnen und Kämpfern gegen die militärisch hoch überlegenen Kräfte der Nazis, einen dreimonatigen heroischen Kampf zu führen, bis es den Nazis dann gelang, das Ghetto Stück für Stück dem Erdboden gleichzumachen und so die jüdischen Kämpferinnen und Kämpfer zu besiegen.

Allein 56.000 Jüdinnen und Juden wurden von den Nazis im Verlauf des Warschauer Ghettoaufstand von April bis Juli 1943 direkt ermordet oder ins Vernichtungslager Treblinka deportiert, wo sie dann ermordet wurden.

Von den fast 3,4 Millionen Jüdinnen und Juden, die in Polen in den Grenzen vor September 1939 lebten, wurden von den Nazis insgesamt mindestens 2,7 Millionen ermordet – in den Vernichtungslagern, durch Armee-, SS- und Polizeieinheiten.

In industrialisierten Vernichtungslagern der Nazis wurde, ausgestattet mit der Organisationstechnik des modernen Staates, die Vernichtung von mehreren Millionen Jüdinnen und Juden, Hunderttausenden von Sinti und Roma in Gaskammern betrieben: in Auschwitz-Birkenau und Majdanek-Lublin, in Treblinka und Belzec, in Sobibor und Chelmno. Alle diese Vernichtungslager wurden in Polen errichtet.[27]

Im System der KZs in Polen war der Lagerkomplex Auschwitz-Birkenau, der eine Doppelfunktion hatte und neben einem „normalen“ KZ auch ein Vernichtungslager war, das Zentrum. Im KZ Auschwitz (dem sog. „Stammlager“ und Auschwitz-Monowitz) wurden von den Nazis von über 400.000 registrierten Häftlingen 340.000 ermordet. In Majdanek-Lublin lag ein weiteres KZ, das gleichzeitig auch Vernichtungslager war und ein riesiges System mit Dutzenden von sogenannten Außenlagern umfasste. In den Nazi-KZs in Polen wurden insgesamt mehrere Hunderttausend Menschen aus Polen und anderen Ländern ermordet.

Von den 50.000 in Polen lebenden Sinti und Roma wurden 35.000 von den Nazis ermordet.

Massenmorde der Nazis an Kranken und Behinderten fanden auch in Polen in großem Umfang statt. Insgesamt sind in Polen nach Schätzungen mindestens 26.000 Kranke und Behinderten ermordet worden, bis Ende

[27] Chelmno, Sobibor und Treblinka waren „reine“ Vernichtungslager.

1942 allein 15.000. In der Mordanstalt Tiegenhof wurden mindestens 5.000 Menschen bis 1945 ermordet.

Neben der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma waren auch die Menschen polnischer Nationalität der Verfolgung und Vernichtung ausgesetzt. Schon kurz nach dem Überfall Nazideutschlands auf Polen wurden die ersten großen „Polentransporte“ durchgeführt, wie die Nazis dies nannten: Im Oktober 1939 begann die Verschleppung polnischer Bevölkerung in das KZ Buchenwald, ab März 1940 in das KZ Sachsenhausen und ab Juni 1940 nach Auschwitz, das ursprünglich als KZ für Polen gegründet wurde. Über eine Million von ihnen wurde allein in KZs und Vernichtungslagern ermordet.

Die Kriegsführung der Nazis beinhaltete eine brutale Bombardierung der Städte Polens. Etwa 20.000 Bewohnerinnen und Bewohner Warschaus wurden allein durch den deutschen Luftangriff, unterstützt von massivem Artilleriebeschuss, Ende September 1939 ermordet. Neben Warschau wurden weitere 150 Städte und Kleinstädte bombardiert, die deutsche Naziarmee brannte 55 Städte und über 470 Dörfer nieder. Insgesamt wurden durch Kriegshandlungen über 500.000 Einwohner Polens ermordet.

Warschau wurde während des Rückzugs der deutschen Truppen dem Erdboden gleichgemacht. Im Verlauf des Warschauer Aufstands im April 1944 ermordeten die Nazis 200.000 Zivilisten und 18.000 Menschen, die bewaffnet gekämpft haben.

Nahezu ein Viertel der Bevölkerung Polens wurde von den Nazis ermordet, insgesamt über 6 Millionen Menschen.

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs erstarkte mit dem Vormarsch der Roten Armee auch in Polen die **Partisanenbewegung**. Im Sommer 1944 kämpften zum Beispiel im Gebiet Lublin über 40.000 Partisaninnen und Partisanen unter kommunistischer Führung auf der Seite der Roten Armee gegen die Nazitruppen. Insgesamt kämpften 350.000 Partisaninnen und Partisanen in Polen gegen die Nazis. Die Nazis ermordeten insgesamt 80.000 Partisaninnen und Partisanen.

Die 1942 neu gegründete KP Polens war führend an der Partisanenbewegung beteiligt und hatte Mitte 1944 etwa 20.000 Mitglieder.

Der Warschauer Aufstand gegen die nazifaschistischen Besatzer begann am 1. August und endete am 2. Oktober 1944. Das war ein mutiger, aber auch ungewöhnlich tragischer und opferreicher bewaffneter Kampf gegen die deutsche Besatzung, an dem sich die Masse der Warschauer Bevölkerung beteiligte. Naziarmee und SS ermordeten über 200.000 Einwohnerin-

nen und Einwohner Warschaus, verschleppten die Überlebenden zur Zwangsarbeit, plünderten die Stadt und zerstörten sie danach vollständig. Diese vollständige Zerstörung einer Großstadt als Mittel der Aufstandsbekämpfung war eine Drohung an die Bevölkerung aller von den Nazis noch besetzten Länder.[28]

Insgesamt wurden ca. 3 Millionen Menschen aus Polen auf dem Gebiet des sogenannten „Großdeutschen Reichs“ zur Zwangsarbeit gezwungen.

Der materielle Schaden in Polen wird auf 50 Milliarden US-Dollar (Stand 1938, heute: ca. 2.800 Milliarden Euro) geschätzt.[29] Circa 30 Prozent des persönlichen Eigentums und 38 Prozent des gesamten Vermögens in Polen wurden von den Nazis geraubt. Allein der Wert der sogenannten Besatzungskosten, die die Nazis im sogenannten Generalgouvernement auferlegten, belief sich auf über 14 Milliarden Reichsmark (heute: über 320 Milliarden Euro)

Allein in den ersten Monaten nach dem Überfall raubten die Nazis Güter, die sie mit 20.000 Waggons nach Nazideutschland abtransportierten, darunter unter anderem über 90.000 Tonnen Stahl und Eisen sowie 190 Betriebe, die demontiert worden waren. In den letzten Monaten der Besetzung Polens raubten die Nazis in extremster Weise. In ein paar Wochen ab Juli 1944 wurden allein aus Warschau nach Naziangaben 45.000 Waggons mit Raubgütern nach Nazideutschland transportiert.

Mit dem Vormarsch der Roten Armee ab Januar 1945 wurde Polen bis zum April 1945 von den Nazis befreit.

Zu den Naziverbrechen in der Sowjetunion

Als alle Bemühungen der UdSSR gescheitert waren, Abkommen mit Großbritannien und Frankreich zur Isolierung Nazideutschlands zu schließen, sah sich die UdSSR im August 1939 gezwungen, den von Nazideutschland vorgeschlagenen Nichtangriffsvertrag abzuschließen, um eine Atempause zur Stärkung ihrer Kräfte für die Abwehr gegen imperialistische Aggressionen zu erlangen.[30] Dieser Vertrag verschaffte der UdSSR tatsächlich fast

---

[28] Siehe dazu genauer Band 3 dieser Reihe.

[29] Andere Schätzungen gehen von ca. 190 Milliarden Dollar aus, allerdings ist unklar, welcher Dollarkurs aus welchem Jahr hier zugrunde liegt.

[30] Zu den Vor- und Nachteilen dieses Vertrags für die UdSSR, siehe Band 3, ab S. 87. Zur Stärkung der militärischen Kraft der UdSSR bis zum Juni 1941, siehe Band 3 ab S. 90.

zwei Jahre Zeit, um sich auf den drohenden Angriff Nazideutschlands mit aller Kraft vorzubereiten.

Am Abend des 21. Juni 1941 waren an den sowjetischen Grenzen in Finnland, im von den Nazis besetzten Polen sowie in Rumänien fast 5 Millionen voll ausgerüstete und sorgfältig ausgebildete Soldaten und Offiziere Nazideutschlands und seiner Verbündeten (Finnland, Rumänien, Italien und Ungarn) mit rund 3.600 Panzern, 50.000 Geschützen und fast 5.000 Flugzeugen aufmarschiert, um das Land der Diktatur des Proletariats zu überfallen. Beteiligt waren auch ca. 600.000 Soldaten der finnischen, rumänischen, italienischen und ungarischen Armee.

Am Morgen des 22. Juni 1941 fiel Nazideutschland dann unter Bruch des Nichtangriffsvertrags in die sozialistische Sowjetunion ein, nachdem es fast ganz Europa mit Krieg, Massenmord und Terror überzogen und in sein Hinterland verwandelt hatte. Der Naziarmee gelang es bis zum November 1942, das Gebiet der baltischen Länder (Estland, Lettland, Litauen) sowie die Gebiete Weißrusslands und der Ukraine zu besetzen und die Front bis wenige Kilometer vor Leningrad und 30 bis 40 Kilometer vor Moskau und bis nach Stalingrad und in den Kaukasus fast bis zur Grenze mit der Türkei vorzuschieben. 70 bis 80 Millionen Menschen lebten in diesen von den Nazis besetzten Gebieten vor dem Überfall der Nazis, davon sind ca. 20 Millionen vor den Nazis geflohen oder wurden evakuiert. Die sozialistische UdSSR hatte im Juni 1941 vor dem Überfall insgesamt ca. 160 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und ihr Territorium umfasste ca. 22,4 Millionen km^2. Ab Dezember 1941 gelang es der Roten Armee mit der Gegenoffensive vor Moskau mehr und mehr, die Truppen der Nazis zurückzudrängen und in einem gigantischen Befreiungskrieg mit Unterstützung der sowjetischen Partisanenbewegung die Naziarmee und ihre Verbündeten aus der UdSSR zu vertreiben. 1418 Tage musste die sozialistische Sowjetunion kämpfen, bis schließlich am 8. Mai 1945 der Sieg über die deutsche Naziarmee und die gesamte nazifaschistische Mordmaschinerie errungen war.

Der Genozid an der jüdischen Bevölkerung und an den Sinti und Roma fand nicht nur im besetzten Polen, sondern vor allem auch in der UdSSR statt.

Im Tross der Naziarmee folgten die mörderischen „Einsatzgruppen“ aus SS-, Gestapo- und Polizei-Henkern, die hinter der Front in enger Zusammenarbeit mit der Naziarmee die Ermordung vor allem der sowjetischen Jüdinnen und Juden organisierten und durchführten, zum Teil auch mit mobilen Gaskammern in Lkws. Auf dem Gebiet der Sowjetunion

waren vier solcher Mordbanden mit jeweils rund 1.000 Mitgliedern im Einsatz, die der Naziarmee folgten und hinter der Front mehr als 2 Millionen Menschen, zumeist sowjetische Jüdinnen und Juden, ermordeten, darunter auch Hunderttausende Kinder. Allein die „Einsatzgruppe C“ verübte unter anderem die Massenmorde von Babi Jar. Nach der Eroberung Kiews wurden am 29. und 30. September 1941 33.771 jüdische Einwohner Kiews in die Schlucht von Babi Jar gelockt und ermordet. Die Propagandakompanie der Naziarmee druckte 2.000 Plakate, mit denen die Jüdinnen und Juden zur „Umsiedlung“ aufgerufen wurden, Armeeeinheiten sperrten die Schlucht ab, sprengten nach dem Massaker die Wände der Schlucht, um die Leichenberge zu verdecken.

Von den etwa 5,1 Millionen jüdischen Menschen, die in der Sowjetunion in den Grenzen vom 21. Juni 1941 lebten, wurden nach Schätzungen etwa 2,9 Millionen von den Nazis und ihren Kollaborateuren ermordet.[31]

In der Sowjetunion lebten rund 60.000 Sowjetroma, 40.000 von ihnen im europäischen Teil der Sowjetunion. Die Nazis ermordeten mindestens 30.000 Roma im Zuge ihres rassistischen Vernichtungskriegs.

Bei den Massenmorden an der jüdischen Bevölkerung und den Roma in der Sowjetunion wurden gezielt und systematisch auch Behinderte und Kranke ermordet. Nach Schätzungen sind insgesamt mindestens 10.000 bis 20.000 geistig Behinderte und Kranke in der UdSSR durch die Nazis ermordet worden.[32]

Am 6. Juni 1941 erließ das Oberkommando der Naziarmee den berüchtigten „Kommissarbefehl“, mit dem die Vernichtung nicht nur der Politkommissare der Roten Armee, sondern auch aller Funktionäre der KPdSU(B) und des Sowjetstaats angeordnet wurde. Der „Kommissarbefehl“ wurde noch am gleichen Tag als Richtlinie für die Soldaten und Offiziere an die Truppenteile weitergeleitet. Befehle wie zum Beispiel der Befehl zur Geißelerschießung von Keitel, dem Chef des Oberkommandos der Naziarmee, vom 16. September 1941, der besagte, dass für einen getöteten

---

[31] Die Sowjetunion in den Grenzen vom Juni 1941 umfasste neben den baltischen Ländern, die sich der UdSSR angeschlossen hatten, auch einen Teil des Gebiets des durch den Krieg der Nazis zerstörten polnischen Staats sowie Teile des Staatsgebiets von Rumänien, die sich der UdSSR anschlossen. (Wie es zu diesen Veränderungen der Staatsgrenzen der UdSSR kam, siehe Band 3, ab S. 89)

[32] Angaben über Morde an gleichgeschlechtlich orientierten Menschen in der UdSSR durch die Nazis sind in den bisherigen Forschungen bürgerlicher Historiker nicht zu finden.

Nazisoldaten bis zu 100 sowjetische Menschen ermordet werden sollten, stellten klar, dass Massenmorde an der Zivilbevölkerung durch die Naziarmee systematisch durchgeführt werden sollten.

Ganze Städte und hundert Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht und ihre Bevölkerung wurde ermordet.

In Kiew waren nach 778 Tagen Besetzung der Nazis rund 200.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt ermordet. Kiew, das vor dem Zweiten Weltkrieg 900.000 Einwohner hatte, zählte nach der Befreiung 1943 nur noch 180.000 Menschen. Leningrad wurde von den Nazis 900 Tage belagert, dann gelang es der Roten Armee, die Belagerung vollständig zu beenden. Bei der Verteidigung Leningrads hatte die Rote Armee große Verluste zu beklagen: fast 1 Million Tote und rund 2 Millionen Verletzte. Vor dem Zweiten Weltkrieg hatten etwa 3 Millionen Menschen in Leningrad gelebt. 800.000 Leningraderinnen und Leningrader, also fast jeder vierte Einwohner, starben durch Hunger, Kälte und Bomben. Allein in Weißrussland wurden über 300 Dörfer in ähnlicher Weise zerstört wie Lidice in der Tschechoslowakei oder Oradour in Frankreich oder Dostomo in Griechenland. In Weißrussland ist das Dorf Chatyn Symbol der Naziverbrechen. Ausnahmslos alle Einwohnerinnen und Einwohner des Dorfes wurden ermordet.

Insgesamt wurden 11,4 Millionen Rotarmistinnen und Rotarmisten im Krieg gegen die Nazis ermordet, davon ca. 8,1 Millionen bei Kampfhandlungen. Vom Juni 1941 bis Februar 1945 fielen 5,7 Millionen Rotarmistinnen und Rotarmisten den Schergen der Nazis in die Hände und gerieten in Gefangenschaft. Kriegsgefangen bei den Nazis bedeutete für über die Hälfte der sowjetischen Kriegsgefangenen den sicheren Tod: 3,3 Millionen wurden ermordet, davon allein 2 Millionen in den ersten acht Monaten seit Beginn des Überfalls. Rund einer halben Million Rotarmistinnen und Rotarmisten gelang die Flucht oder sie wurden befreit.

Die Nazis überzogen die besetzte Sowjetunion mit einem Netz von Gefängnissen, Zwangsarbeitslagern, Kriegsgefangenenlagern und KZs, in denen sie zumeist sowjetische Kriegsgefangene und die jüdische Bevölkerung inhaftierten, verhungern ließen, durch Seuchen und „Vernichtung durch Arbeit“ ermordeten oder erschossen. Zum Beispiel wurde im November 1941 das KZ Trostenez in der Weißrussischen SSR bei Minsk errichtet. Rund 65.000 Menschen, darunter 39.000 jüdische Häftlinge, wurden direkt im KZ ermordet. Vor allem auch in diesen Lagern zwangen die Nazis zwischen 22 und 27 Millionen Menschen in der UdSSR zur Zwangs-

arbeit in der Industrie und Landwirtschaft. Die Nazis verschleppten zudem etwa 4,7 Millionen Sowjetmenschen zur Zwangsarbeit nach Nazideutschland.

In dem Vernichtungskrieg des deutschen Imperialismus gegen die sozialistische UdSSR wurden insgesamt über 27 Millionen sowjetische Menschen ermordet, davon allein im ersten Kriegsjahr 1941 insgesamt 8,7 Millionen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 160 Millionen bedeutete dies, dass jeder sechste Einwohner des Landes ums Leben kam. In Weißrussland wurde jeder vierte, in Leningrad, bei Smolensk und Pskow jeder dritte Einwohner ermordet.

Gegen den Überfall auf die UdSSR und gegen diese Verbrechen der Nazis kämpfte von Anfang an nicht nur die Rote Armee. Der **Partisanenkampf** gegen die Besatzer und ihre Verbrechen begann mit der Stunde des Überfalls auf die Sowjetunion. In den besetzten Gebieten waren für die illegale Arbeit mehr als 65.000 Mitglieder und Kandidaten der KPdSU(B) sowie Zehntausende Komsomolzinnen und Komsomolzen zurückgeblieben.

In den von den Nazis besetzten sowjetischen Gebieten kämpften rund 1,1 Millionen bewaffnete Partisaninnen und Partisanen. Beeindruckend war dabei die Unterstützung der Partisaninnen und Partisanen durch die örtliche Zivilbevölkerung, so dass von einer wirklich umfassenden Widerstandsbewegung gesprochen werden muss. Wichtig war bei der Partisanenbewegung die Koordination der Kampfmaßnahmen mit den Operationen der Roten Armee. Zentrale Aufgaben waren Kurierdienste, Desorganisierung des von den Nazis besetzten Gebiets, Vernichtung von Soldaten und Ausrüstungen der Naziarmee, Unterbrechung der Transport- und Nachschubwege sowie propagandistische Tätigkeiten wie die Herausgabe von Flugblättern, um die Bevölkerung über die Lage an den Fronten, den Kriegsverlauf und wichtige Dokumente der KPdSU(B) und der Sowjetregierung zu informieren.

Die Partisaninnen und Partisanen griffen Soldaten und Offiziere der Naziarmee, deutsche Kolonisten und Kollaborateure an. Es gelang ihnen, in den besetzten Gebieten, 1,5 Millionen Soldaten, Offiziere, Beamte des Besatzungsapparats und Helfershelfer aus dem Verkehr zu ziehen bzw. gefangen zu nehmen. Sie vernichteten unter anderem Tausende Panzer und gepanzerte Fahrzeuge, über 1.000 Flugzeuge. Sie ließen über 20.000 Züge entgleisen und zerstörten über 2.000 Eisenbahnbrücken. Im gesamten Kriegsverlauf gelang es den nazifaschistischen Besatzern nicht, ihre Mili-

tärtransporte reibungslos abzuwickeln. Eine der größten Partisanenbewegungen gab es in Weißrussland mit 370.000 Partisaninnen und Partisanen.

Unter den millionenfachen Todesopfern der eigenen Bevölkerung befanden sich gerade auch Kommunistinnen und Kommunisten, die von den Nazifaschisten ermordet wurden.

Vor dem Überfall hatte die KPdSU(B) 3,9 Millionen Mitglieder und Kandidaten. Bis Ende 1941 schickte die KPdSU(B) rund 1,3 Millionen Parteimitglieder in die Rote Armee. Während der Kriegsjahre wuchs die Autorität der KPdSU(B) zunehmend, was sich in Millionen Aufnahmeanträgen neuer Mitglieder widerspiegelte. 1942 traten 1.368.000 und im Jahr darauf sogar 1.787.000 neue Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) bei, sodass neue Mitglieder der KPdSU(B) 1944 fast zwei Drittel der Gesamtpartei ausmachten. Insgesamt wurden im Kampf gegen Nazideutschland über 3 Millionen Genossinnen und Genossen der KPdSU(B) ermordet.

In den besetzten Gebieten führte der deutsche Imperialismus seine „Neuordnung“ ein, was vor allem auch Raub und Zerstörung in ungeheurem Ausmaß bedeutete.

Hier nur einige wenige Beispiele aus Weißrussland. Dort wurden nach Angaben der außerordentlichen staatlichen sowjetischen Kommission zur Untersuchung der deutsch-faschistischen Verbrechen fast 6 Millionen Pferde und Schlachtvieh sowie über 5 Millionen Tonnen Getreide und andere Agrarprodukte von den Nazis geraubt.

Die UdSSR verlor durch den Überfall der Nazis, durch Raub und Ausbeutung 30 Prozent ihrer gesamten Werte.

Über 1.700 Städte, über 70.000 Dörfer wurden von den Nazis dem Erdboden gleichgemacht. Der materielle Schaden, den die Sowjetmacht erlitt, belief sich zusammen mit den notwendigen Rüstungsausgaben und den Einbußen an Einnahmen aus Industrie und Landwirtschaft auf 2.569 Milliarden Rubel (Stand: 1945).[33]

[33] Der Wert des Rubels nach 1945 ist uns nicht bekannt. In anderen Quellen wird die Zahl 128 Milliarden Dollar an materiellen Schäden genannt. Hier ist unklar, auf welches Jahr sich dies bezieht. Wenn man den Dollarkurs von 1938 zugrunde legt, wären das heute fast 7.300 Milliarden Euro.

„Auslandsdeutsche“ und andere Kollaborateure des Nazifaschismus

Wenn man die Nazikollaboration in den verschiedensten Ländern analysiert, wird noch klarer, dass diese Kollaborateure vor allem Instrumente der Nazis waren, um ihre Herrschaft auf andere Länder auszudehnen, diese abzusichern und ihre geplanten gigantischen Verbrechen effektiver durchführen zu können.

Dabei konnte sich der deutsche Imperialismus insbesondere auch auf sogenannte Auslandsdeutsche stützen und hat diese mit umfangreichem Aufwand als Kollaborateure an sich gebunden und als Werkzeuge genutzt. Von besonderer Bedeutung ist, dass diese „Auslandsdeutschen“ in anderen Ländern von den deutschen Imperialisten als unterdrückte nationale Minderheit deklariert wurden, um die Herrschaftsgebiete anderer imperialistischer Mächte zu destabilisieren und den eigenen Vormarsch zu unterstützen.

Nicht nur in den Nachbarstaaten Deutschlands wie in Polen oder der Tschechoslowakei gab es sogenannte Auslandsdeutsche, die gut organisiert waren, sondern es gab auch in allen Weltteilen – von Südamerika über die USA bis nach Afrika und Asien – Gruppierungen, die sich als Deutsche fühlten und bereitwillig alles taten, um den Vormarsch des deutschen Imperialismus weltweit zu unterstützen. In Ländern wie Rumänien und Russland sowie in südamerikanischen Ländern wie Argentinien, Paraguay und Brasilien war das eine der Haupttaktiken des deutschen Imperialismus, auf die dort seit vielen Generationen lebenden oder erst vor einiger Zeit zugewanderten sogenannten Auslandsdeutschen zuzugreifen, um so Einfluss in diesen Ländern zu bekommen.

Vor dem Beginn des Zweiten Weltkriegs in Europa bauten die Nazis die sogenannten Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei und unter anderem die sogenannten Oberschlesier in Polen als ihre Kolonnen auf. In diesen Ländern wurden systematisch deutsch-nationalistische Krawalle bis hin zu bewaffneten Aktionen organisiert, die darauf abzielten, große Teile der Tschechoslowakei und Polens an Nazideutschland anzugliedern und mit der Losung „Schutz der nationalen Minderheiten der Deutschen in anderen Ländern“ Kriege vorzubereiten und wie im Falle des Überfalls auf Polen dann auch zu legitimieren.

In der **Tschechoslowakei** gründete Konrad Henlein am 1. Oktober 1933 die nazistische Sudetendeutsche Heimatfront, die 1935 zur Sudetendeutsche Partei (SdP) umbenannt und direkt unter Anleitung der nazistischen Machthaber in Deutschland aufgebaut wurde. Insgesamt lebten über

3 Millionen „Auslandsdeutsche“ nach der offiziellen Zählung aus dem Jahre 1931 in der Tschechoslowakei. Bereits bei den Parlamentswahlen am 19. Mai 1935 konnte die nazistische SdP zwei Drittel aller Stimmen der deutschsprachigen Bevölkerung auf sich vereinigen. 1938 hatte die SdP 1,3 Millionen Mitglieder. Bei den Gemeindewahlen 1938 bekamen die SdP-Nazis über 92 Prozent aller Stimmen der deutschsprachigen Bevölkerung.

Die SdP-Nazis waren von Anfang an ein wichtiges Instrument Nazideutschlands zur Vorbereitung der Annexion der Tschechoslowakei. Die SdP inszenierte unzählige pronazistische politische Kampagnen gegen die tschechoslowakische Regierung zum „Beweis“, dass die „Sudetendeutschen“ angeblich „national unterdrückt“ wären. Die SdP schuf ein Terrorregime gegen alle antifaschistischen Kräfte sowie gegen die jüdische und tschechische Bevölkerung. Sie war das entscheidende Mittel der Nazis, um bewaffnete Provokationen zu organisieren und durchzuführen und um den Einmarsch der Nazitruppen in der Tschechoslowakei als „Schutz deutscher Minderheiten“ verschleiern zu können. Die SdP organisierte für die Durchführung solcher bewaffneter Provokationen Mord- und Terrorbanden, die 1938 ca. 34.000 SdP-Mitglieder umfassten. Ihre Aufgaben waren es unter anderem, bewaffnete Überfälle auf Polizei, Grenzschutz und Regierungseinrichtungen durchzuführen, wie zum Beispiel am 2. September 1938, als auf Anweisung aus Nazideutschland hin im gesamten Grenzgebiet zu Deutschland Polizei und Zollstationen bewaffnet angegriffen wurden, um dann die tschechische Reaktion auf diese Terrorakte als „Gräueltaten“ zu brandmarken. Während der Besetzung der Tschechoslowakei war die SdP aktiv am Terrorregime Nazideutschlands beteiligt – ob in der Verwaltung, in der Polizei oder sogar bei der Gestapo. Die SdP-Nazis spielten vor allem auch eine wichtige Rolle beim Terror gegen die tschechische Bevölkerung sowie gegen die antifaschistischen Kräfte, gegen die sie ja schon jahrelang den Kampf geführt hatten und sich daher „gut auskannten“.

SdP-Nazis waren auch am Genozid an der jüdischen Bevölkerung beteiligt. Zum Beispiel der Stellvertreter Henleins, Karl Frank, der als Staatsminister des von den Nazis so genannten „Protektorats Böhmen und Mähren“ mitverantwortlich für den Genozid an der jüdischen Bevölkerung war. Frank war führend am Massaker im Dorf Lidice beteiligt, das als Vergeltung für das Attentat auf Heydrich im Mai 1942 in Prag dem Erdboden gleichgemacht wurde, 172 männliche Bewohner ermordet und alle anderen in KZs verschleppt wurden.

In **Polen** gab es aufgrund der Gebietsvereinbarungen des Versailler Vertrags von 1919 vor allem in zwei Gebieten eine größere Anzahl deutschsprachiger Bevölkerung. Da war erstens das sogenannte ostoberschlesische Gebiet, ein Teil Oberschlesiens, das 1922 Teil des polnischen Staats wurde. Da waren zweitens die sogenannte Provinz Posen und der größte Teil des sogenannten Westpreußens, die 1919 Teil des polnischen Staats wurden. Insgesamt lebten in diesen Gebieten ca. 750.000 deutschsprachige Menschen. Große Teile von ihnen sympathisierten mit Nazideutschland oder waren Mitglieder in pronazistischen Organisationen. 1939, noch vor dem Überfall Nazideutschlands auf Polen, waren etwa 200.000 Angehörige der „Auslandsdeutschen" in Polen in von Nazideutschland unterstützten Organisationen aktiv, wie zum Beispiel in der Jungdeutschen Partei in Polen (JdP), eine 1921 als sogenannter Deutscher Nationalsozialistischer Verein für Polen gegründete Vereinigung der „Auslandsdeutschen" im polnischen Staat. Am 29. Mai 1930 wurde sie in Jungdeutsche Partei (JP) umbenannt. Die JP-Nazis hatten Mitte der 30er Jahre ca. 50.000 Mitglieder und waren direktes Instrument Nazideutschland in Polen. Nach dem Überfall auf Polen ging die JP geschlossen in der NSDAP auf.

Die deutsche Minderheit in Polen war massiv an den Naziverbrechen beteiligt, insbesondere an der Vertreibung und Ermordung der polnischen Bevölkerung sowie am Genozid an der jüdischen Bevölkerung. Hierbei zeichneten sich ganz besonders die Mitglieder des direkt nach dem Überfall auf Polen gegründeten sogenannten Volksdeutschen Selbstschutzes aus. Diese Mord- und Terrorbande verübte unter dem direkten Kommando der SS und der deutschen Naziarmee Massenmorde an polnischer und jüdischer Bevölkerung, wie zum Beispiel im Distrikt Lublin. 100.000 „Auslandsdeutsche" waren Mitglied dieser Mordbande.

Der aus Norwegen stammende Begriff „Quisling", der heute noch geläufig ist, hat seinen Ursprung darin, dass es den deutschen Imperialisten in einigen Ländern gelang, wie in Frankreich, in Teilen von Jugoslawien (Kroatien), Norwegen, den Niederlanden, in Indien und Palästina und auch auf dem Gebiet der heutigen Ukraine pronazistische Parteien und Bewegungen schon vor dem Zweiten Weltkrieg aufzubauen, sie zu unterstützen und zu finanzieren, wobei den führenden Köpfen dieser pronazistischen Bewegungen nach der Besetzung des jeweiligen Landes durch deutsche Truppen – etwa in Norwegen und Kroatien – durch Posten und umfangreiche Belohnungen gedankt wurde.

Der Norweger Vidkun Quisling wurde zum Namensgeber und Inbegriff der pronazistischen Kollaboration. Der Militär Quisling war von 1931 bis 1933 norwegischer Kriegsminister. Von 1933 bis 1945 war er Führer der von ihm gegründeten pronazistischen faschistischen Partei Norwegens, der sogenannten Nationalen Vereinigung. Nazideutschland überfiel **Norwegen** im April 1940. Quisling, zunächst von den Nazis wegen mangelndem Anhang nicht favorisiert, wurde von 1942 bis 1945 Regierungschef des von den Nazis besetzten Norwegen. Im Mai 1945 zählte die Quisling-Partei 50.000 Mitglieder.

Die sogenannte Nationalsozialistische Bewegung in den Niederlanden (NSB) war in der Zeit von 1931 bis 1945 eine Nazipartei in den **Niederlanden.** Die NSB wurde im Dezember 1931 gegründet, das Parteiprogramm größtenteils von der NSDAP übernommen. Zählte die NSB 1933 nur 1.000 Mitglieder, waren es 1936 bereits 52.000. Bei den Wahlen 1935 erreichte die NSB 7,94 Prozent der Stimmen und damit vier Sitze im Parlament.

Nach dem Einmarsch der Naziarmee in die Niederlande am 10. Mai 1940 wuchs die NSB auf 100.000 Mitglieder an. Am 11. September 1940 entstand innerhalb der NSB die Niederländische SS als Teil der sogenannten Germanischen SS in der deutschen SS. Etwa 50.000 Niederländer traten in die SS ein. Die NSB wurde am 13. Dezember 1941 zur einzigen zugelassenen Partei in den Niederlanden. Mussert, der Anführer der NSB, wurde zum „Führer des niederländischen Volkes“ ernannt und es wurde ihm die Bildung eines Staatssekretariats erlaubt. Ab September 1943 bildete die NSB eigene Milizen, die mit den Nazis kollaborierten und den antinazistischen Widerstand bekämpften. Am Massenmord an der jüdischen Bevölkerung in den Niederlanden war die NSB massiv beteiligt, indem sie eng mit Nazis zusammenarbeitete und ihre „lokalen Kenntnisse“ zur Aufspürung der jüdischen Bevölkerung zur Verfügung stellte und sich auch selbst an der Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager der Nazis beteiligte. Von den 140.000 niederländischen Juden wurden über 110.000 deportiert, über 100.000 wurden ermordet.

Die deutschen Imperialisten hatten in **Belgien** schon seit Jahrzehnten flämische Kräfte gegen die wallonische Regierung Belgiens aufgebaut. Die Nazipartei Flämische Nationale Liga (VNV) wurde 1933 gegründet. In der landesweiten Wahl von 1936 gewann sie fast 14 Prozent der flämischen Stimmen und insgesamt über 8 Prozent, bei der landesweiten Wahl 1939 dann schon 15 Prozent der flämischen und fast 9 Prozent der gesamten

Stimmen. Nach dem Überfall auf Belgien wurde dann von den Nazis die „Deutsche SS in Flandern“ sowie auch eine wallonische SS gegründet als Teil der sogenannten Germanischen SS.

Die Mitglieder der wallonischen SS rekrutierten sich vor allem auch aus den Reihen der sogenannten Rexisten, eine um 1930 entstandene wallonische faschistische Organisation in Belgien. Ab Mai 1940 kollaborierten auch die Rexisten mit der deutschen Besatzung in Belgien. Insgesamt gab es etwa 40.000 belgische SS-Mitglieder.

Mitglieder der VNV, die während der nazifaschistischen Besetzung ca. 100.000 Mitglieder hatte, wurden für die lokale Verwaltung herangezogen und meldeten sich freiwillig zur SS. Die VNV war maßgeblich an der Terrorisierung und Verfolgung (wie zum Beispiel beim von der VNV initiierten judenfeindlichen Pogrom in Antwerpen am 14. April 1940), der Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Vernichtungslager der Nazis sowie an der Bekämpfung des antinazistischen Widerstands in Belgien beteiligt. Die VNV baute für diesen Zweck faschistische bewaffnete Banden auf, wie zum Beispiel die Schwarze Brigade, die ca. 12.000 Mitglieder umfasste, deutsche Uniformen trug und für die Nazis als Polizeieinheiten eingesetzt wurde.

Nach dem militärischen Sieg über **Frankreich** etablierten die Nazis in den südlichen Teilen Frankreichs das sog. „Vichy-Regime“ (ca. 40 Prozent des Territorium Frankreichs). Das „Vichy-Regime“[34] war ein vom Nazifaschismus vollständig abhängiges Regime. Es besaß eine eigene Armee mit 100.000 Soldaten und der französischen Kriegsmarine sowie knapp 50.000 Polizisten. Zudem wurde die „Milice française“ aufgestellt, die aus 30.000 Kollaborateuren bestand, die unter Führung der Nazis den Kampf gegen den antinazistischen Widerstand aufnahm. Bei Vorbereitung und Durchführung der Deportation der jüdischen Bevölkerung in die Nazi-Vernichtungslager waren diese bewaffneten Kräfte der Kollaborateure auf dem Gebiet des „Vichy-Regimes“ führend beteiligt. Außerdem wurde ein über ca. 10.000 Mann starker Verband der Waffen-SS aus Kollaborateuren aufgestellt, die im Krieg gegen die UdSSR eingesetzt wurden.

Auch auf dem von der Naziarmee besetzten Gebiet Frankreichs gelang es den Nazis eine große Anzahl von Kollaborateuren zu gewinnen, die die Nazis im Kampf gegen den antinazistischen Widerstand, bei der Verfol-

[34] Benannt nach dem Namen der Stadt, wo der Regierungssitz des Regimes war, in Vichy.

gung der jüdischen Bevölkerung und bei anderen Verbrechen unterstützten. Die faschistischen Parteien „Rassemblement National Populaire“ (Nationaler Zusammenschluss des Volkes) oder auch der „Parti populaire français“ (Französische Volkspartei), die insgesamt ca. 50.000 Mitglieder umfassten, übernahmen im System der Nazi-Kollaboration wichtige Aufgaben.

Dem Nazifaschismus gelang es erfolgreich nach dem Überfall auf Jugoslawien und der Zerschlagung des jugoslawischen Staats ab April 1941 einen Marionettenstaat unter Führung der Ustascha-Faschisten des Ante Pavelic in **Kroatien** aufzubauen. Dieser Staat hatte die Verfolgung der serbischen Bevölkerung in Kroatien auf seine Fahnen geschrieben, Hunderttausende von ihnen wurden vertrieben oder ermordet. Der „Unabhängige Staat Kroatien“ war darüber hinaus das einzige von Nazideutschland okkupierte Land, das die Ermordung der jüdischen Bevölkerung im Wesentlichen aufgrund eigener Initiative und in eigenen Vernichtungslagern durchführte.

Quasi in Eigenregie errichteten die Ustascha-Faschisten 1941 bis 1945 rund 40 KZs, darunter das berüchtigte KZ Jasenovac nahe Zagreb, in dem allein 80.000 Menschen – Jüdinnen und Juden, Roma, Serbinnen und Serben, Partisaninnen und Partisanen, Kommunistinnen und Kommunisten – ermordet wurden. Der faschistische Ustascha-Staat kämpfte Seite an Seite mit Nazideutschland im Zweiten Weltkrieg und mindestens 17.000 kroatische Faschisten wurden als Mitglieder in die SS aufgenommen.

Die Gesamtzahl der Kollaborateure aus der Bevölkerung der **UdSSR,** die in der Naziarmee, der Nazi-Polizei oder der SS am Krieg zur Vernichtung der Sowjetunion teilnahmen, wird laut bürgerlichen Quellen auf 1 Million geschätzt. Anfang 1943 waren rund 400.000 Kollaborateure bei der Naziarmee, 60.000 beim „Ordnungsdienst“ und 80.000 bei Ost-Bataillonen organisiert. Rund 10.000 Kollaborateure waren in den sogenannten „Kasachenabteilungen“, den Bataillonen der Krimtataren, der galizischen, der estnischen, lettischen oder turkestanischen Division der SS. Sie kämpften gegen die Rote Armee, beteiligten sich an der Verfolgung und Ermordung von Partisaninnen und Partisanen, terrorisierten die Zivilbevölkerung oder quälten als KZ-Wärter Häftlinge.

In der **Ukraine** unterstützten die Nazis die faschistischen OUN („Organisation Ukrainischer Nationalisten“) Stepan Banderas, um die ukrainischen Nationalisten für ihren Raub- und Vernichtungskrieg gegen die sozialistische Sowjetunion zu instrumentalisieren. Schon in den Monaten vor dem Überfall der Nazis auf die UdSSR im Juni 1941 wurden als Son-

dereinheiten der Naziarmee die ukrainischen Bataillone „Nachtigall“ und „Roland“ aufgestellt, die vor allem aus OUN-Leuten bestanden und auch an Massenmorden der Nazis beteiligt wurden (Lwow 1943).

Bis 1943 hatten die Nazis fast alle Juden in der Ukraine ermordet, derer sie habhaft werden konnten. Die Bandera-Kollaborateure halfen den Nazis mit ihrer großen Ortskenntnis besonders bei der Ermordung der jüdischen Menschen, die vor den drohenden Erschießungen und Deportationen hatten fliehen können und sich in den Wäldern und Bergen verbargen.

Zehntausende ukrainische Hilfskräfte standen unter deutschem Militärbefehl, wurden unter anderem auch als Wachmannschaft in den KZs und Vernichtungslagern der Nazis eingesetzt. Ende April 1943 begann die SS im „Generalgouvernement“ für eine SS-Einheit „Galizien“ zu werben, um gegen den „Bolschewismus“ zu kämpfen. An die 80.000 junge Ukrainer meldeten sich, darunter insbesondere Mitglieder der OUN. Zehntausende kamen bei der SS-Einheit „Galizien“ zum Einsatz.

1946 siedelte der Nazikollaborateur Bandera nach München über. Bayern war ein zentraler Sammelpunkt der OUN-Kollaborateure. Von hier aus bauten sie ihre Organisation wieder auf.

In **Palästina,** während des Zweiten Weltkriegs englische Kolonie, kollaborierte der Großmufti von Jerusalem ganz offen mit den Nazis. Er war ein erklärter Hitler-Anhänger. Im vom englischen Imperialismus besetzten Palästina schrieb er sich den Kampf gegen England und „die“ Juden auf die Fahnen. In Berlin wurde auf Vorschlag des Muftis am 18. Dezember 1942 das Islamische Zentralinstitut eröffnet, das arabische Agenten für den deutschen Sabotagedienst ausbilden, Sendeprogramme für arabische Studenten im Sender Berlin und Bari ausarbeiten und Hetzschriften, zum Beispiel für die Freiwilligen der muslimischen SS-Verbände, herausgeben sollte. Im April 1943 fuhr der Mufti im Auftrag Himmlers nach Bosnien, um „Freiwillige“ für eine muslimische „Bosniaken-Division“ der Waffen-SS zu rekrutieren. Offiziell hatten sich bis zum 19. April 1943 20.000 bis 25.000 Muslime um Sarajevo und Tuzla rekrutieren lassen. Es wurden Planstellen für Imame genehmigt, die ihre Richtlinien vom Mufti und dem SS-Hauptamt erhielten. 1944 gründete der Mufti in Dresden eine Schule für die Ausbildung der Mullahs für die muslimischen SS-Verbände. Nach 1945 war er als gesuchter Kriegsverbrecher führend am Kampf gegen Israel beteiligt. Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel von der jüdischen Bevölkerung in Israel gegründet. Daraufhin begannen Truppen Ägyptens, Syriens, des Irak und des Libanon – neben der Arabischen Legion Jordaniens – den

Krieg gegen Israel. Darunter waren auch Nazi-Kollaborateure wie die extrem judenfeindlichen Kräfte um den Mufti von Jerusalem sowie vor allem nach Syrien und Ägypten geflohene deutsche Nazi-Kriegsverbrecher, die in diesen Ländern führend die bewaffneten Kräfte nach 1945 mit aufgebaut hatten, die jetzt Israel angriffen.

Indien war vor dem Zweiten Weltkrieg die größte und wirtschaftlich mit mehr als 320 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichste Kolonie Englands. Nazideutschland hatte eine scheinbar „weiße Weste“ als Kolonialmacht und gab sich betont „antiimperialistisch“ in seinem Kampf gegen den englischen Imperialismus. Dabei nutzten die deutschen Imperialisten geschickt Tendenzen innerhalb der herrschenden Klassen Indiens und ihrer Repräsentanten aus, sich von der Abhängigkeit des englischen Imperialismus zu lösen. Diese „antiimperialistische“ Demagogie der Nazis war ebenfalls ein wirkungsvolles Mittel, um die im Kern berechtigten antiimperialistischen Bestrebungen rückständiger Werktätiger in Indien in prodeutsche Bahnen zu lenken.

In Indien gelang es den Nazis, eine prodeutsche und antienglische Bewegung um den Nazikollaborateur Bose aufzubauen. Er hatte in den 30er Jahren Schriften der Nazis gelesen, auch Hitlers „Mein Kampf“. 1938 wurde er als Vorsitzender des Indian National Congress neben Gandhi und Nehru einer der führenden Politiker Indiens. Im gleichen Jahr sondierte er mit der NSDAP-AO in Indien deutsche Unterstützung für einen antienglischen Aufstand.

Bose arbeitete eng mit dem im Auswärtigen Amt angesiedelten „Sonderreferat Indien“ zusammen. Zunächst wurde eine umfangreiche Rundfunkpropaganda für die im englischen Einflussbereich lebende indische Bevölkerung vorbereitet. In der ersten ausgestrahlten Radiosendung des Senders „Freies Indien“ (Azad Hind Radio) vom 19. Februar 1942 rief Bose die indische Bevölkerung zum Aufstand gegen die englische Kolonialherrschaft und zur Kollaboration mit Nazideutschland auf. Das militärische Büro baute die „Indische Legion“ auf, deren Soldaten aus kriegsgefangenen indischen Soldaten der englischen Armee, die der japanische Imperialismus gefangen genommen hatte, rekrutiert wurden. Bose reiste mehrfach selbst zu den Kriegsgefangenenlagern, um indische Soldaten für diese Truppe zu werben. Von den rund 15.000 indischen Kriegsgefangenen erklärten sich etwa 3.500 zum Eintritt in die „Indische Legion“ bereit. In Annaburg bei Torgau und Königsbrüsk bei Dresden wurden sie von rund 300 Offizieren

der Nazis ausgebildet. Im Juni 1944 wurde die „Indische Legion“ offiziell der Waffen-SS unterstellt.

Ab Mitte 1943 gründete Bose die sogenannte Indische Nationale Armee, die er unter aus Indien stammenden Bewohnern des von den japanischen Imperialisten besetzten Malaysia und Singapur rekrutierte. Sie bestand zum Zeitpunkt ihrer größten Stärke aus 200.000 Soldaten, die bereit waren, mit den japanischen Truppen zusammen die englische Kolonie Indien von Birma aus anzugreifen. Im April 1944 begann dann ein japanischer Angriff auf Indien, an dem ca. 15.000 Soldaten der Indischen Nationalen Armee beteiligt waren.

***

Diese Kollaborateure des deutschen Imperialismus wurden auch nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg durch umfangreiche Maßnahmen belohnt, wie zum Beispiel dem Auslieferungsverbot, falls sie nach 1945 in Deutschland Unterschlupf fanden, und dem Rentengesetz für Mitglieder der deutschen Naziarmee, zu denen sie meist gemacht wurden.

Dabei spielte auch die Aufnahme bewaffneter Kräfte in die Naziarmee und vor allem auch in die Waffen-SS eine große Rolle. Das war das Angebot, offiziell Teil der deutschen Streitkräfte zu werden oder zumindest als direkte Verbündete zu gelten. Diese mit großen Geldmitteln ausgestatteten Einkäufe ausländischer Söldner für die deutsche Naziarmee und vor allem für die Waffen-SS hat sich als sehr wirkungsvoll erwiesen, so dass in vielen Ländern, auch in der sozialistischen Sowjetunion nach dem Überfall der Nazis, Zehntausende und Hunderttausende von Söldnern für die deutschen Imperialisten angeworben werden konnten.

Dabei spielte meist auch eine Rolle, dass die deutschen Imperialisten alte Feindschaften nationalistischer Art nutzten (wie zum Beispiel der Ukrainer gegen Russland) und es ihnen sogar gelang, sich fortschrittlich gebende nationale Aufstandsbewegungen gegen den englischen Imperialismus (wie in Irland, in Palästina und in Indien), die auch berechtigte Forderungen gegen den großen englischen imperialistischen Konkurrenten hatten, als Instrument im Konkurrenzkampf auszunutzen.

Die Nazi-Kollaborateure in den einzelnen Ländern waren eine wichtige Waffe des deutschen Imperialismus für seine Weltherrschaftspläne. Aber: Es waren unleugbar vor allem die deutschen Nazi-Faschisten, die die Nazi-Verbrechen geplant und vorbereitet haben, vor allem auch durch den Überfall auf andere Länder, durch die Besetzung anderer Länder. Sie waren es, die diese Verbrechen selbst in großem Umfang durchgeführt haben. Sie

sind mit Abstand die Hauptverantwortlichen. Sie sind die Hauptverbrecher, unter deren Anleitung diese Verbrechen durchgeführt wurden.

Die Massenbasis des Nazifaschismus

Die Bedeutung der Massenbasis

Eines der wesentlichen Merkmale des Nazifaschismus war, dass er sich in Deutschland praktisch bis zum Schluss auf die breite **Massenbasis** von Millionen von verhetzten Werktätigen stützen konnte. Dem deutschen Imperialismus war es gelungen, innerhalb der deutschen Bevölkerung – durch nationalistische Verhetzung und Terror, durch Schmeichelei, durch Bestechung und durch das KZ-System – eine noch nie dagewesene Massenverankerung bei der Niederschlagung der Bewegung der proletarischen Klasse, für den Raubkrieg gegen andere Völker, für die Hetze und Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung sowie gegen Sinti und Roma bis hin zum Genozid zu erreichen. Diese Massenverankerung war so weitgehend, dass die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Nazis unterstützt oder geduldet hat, zumindest bis sie den Krieg für endgültig verloren hielt. Auch in den letzten Wochen und Monaten des Krieges gab es keine nennenswerten Teile der Bevölkerung, die bereit waren, sich gegen die Nazis zu erheben, wie das in Italien oder Frankreich der Fall war.

Nazis und deutsche Bevölkerung als sich ausschließende Gegensätze hinzustellen, als hätte es keine gravierende Überschneidungen von beiden gegeben – genau das war und ist falsch. Denn der Novemberpogrom 1938 zum Beispiel geschah nicht nur vor aller Augen, die Nazis hatten Massenorganisationen mit Millionen Mitgliedern. Die Nazis hatten fanatischen und begeisterten Massenanhang in allen Schichten der deutschen Bevölkerung.

Schon 1938 hatte die Nazi-Partei mehrere Millionen Mitglieder, 1945 zwischen ca. 8,5 bis 11 Millionen. In der HJ waren ab einem bestimmten Alter die gesamten als „arisch“ eingestuften Jugendlichen organisiert. 1939 waren das ca. 12,5 Millionen Jugendliche. Die SA hatte 2 Millionen Mitglieder, die SS bis zu eine Million. Schätzungen aus den Reihen der KPD gehen davon aus, dass es 1939 ca. 5-6 Millionen Nazifunktionäre gab und insgesamt schon 1939 über 22 Millionen der deutschen Bevölkerung unter dem direkten Einfluss der Nazis und ihrer Organisationen standen.[35]

[35] Siehe: Merker, Paul, Das Dritte Reich und sein Ende, Mexiko 1945, Nachdruck: Frankfurt/Main 1972, S. 55

Der internationale Kampf auf Leben und Tod gegen die Nazis, der unbedingt den bewaffneten Kampf beinhalten musste, war deshalb nicht nur ein Kampf gegen einzelne Naziführer. Er war auch ein Kampf gegen jene fanatisierten Teile der deutschen Bevölkerung, die bis zum Mai 1945 in einem kaum zu fassenden Ausmaß die bewaffneten Kräfte der Nazis gegen die Kräfte der Anti-Hitler-Koalition unterstützten.

Die Mitschuld einer sehr großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen

In kaum einer Frage wird von den bürgerlichen Ideologen so viel Demagogie betrieben und Verwirrung gestiftet wie in der **Frage der Mitschuld der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des Nazifaschismus.** Gerade die diversen Pseudomarxisten lassen es so erscheinen, als widerspräche die Feststellung dieser Mitschuld der marxistischen klassenmäßigen Herangehensweise. Demagogisch behaupten sie, man müsse gegen die bürgerliche „Kollektivschuldthese" die alleinige Schuld der herrschenden Klasse herausstellen, man könne doch nicht den Kommunistinnen und Kommunisten, die von den Nazis in die Gefängnisse und KZs geworfen wurden, ebenfalls eine Mitschuld an den Verbrechen des Nazifaschismus geben.

Bei der Entlarvung dieser Demagogie und der Klarstellung der Positionen zur Mitschuld handelt es sich um Kernfragen, die für die Politik der Kommunistischen Partei in Deutschland glasklar sein müssen, will sie die Millionenmassen für den Sieg über den deutschen Imperialismus, für die Diktatur des Proletariats und die sozialistische Demokratie, für den Kommunismus gewinnen.

Grundsätzlich gilt, was Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Kommunismus, bereits 1848 geschrieben hat: Die Schuld der mit Deutschlands Hilfe in andern Ländern verübten Verbrechen falle nicht allein den Regierungen, sondern zu einem großen Teil der deutschen Bevölkerung selbst zur Last. Engels führt dann weiter aus, dass ohne die Verblendungen, den Sklavensinn und die Landsknechtsmentalität bei der deutschen Bevölkerung **„der deutsche Name weniger gehasst, verflucht, verachtet im Auslande …"** gewesen wäre.

Dies alles gilt in besonderem Maße für die Verbrechen des Nazifaschismus, an denen die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung und der proletarischen Klasse eine Mitverantwortung, eine Mitschuld hat:

■ Sie hat diese Verbrechen **nicht verhindert.** Abgesehen davon, dass die große Mehrheit sich direkt daran beteiligte, sie guthieß oder nichts dagegen

unternahm – die werktätige deutsche Bevölkerung insgesamt war nicht in der Lage, die Naziführung zu stürzen und den Krieg von sich aus zu beenden. Der Nazifaschismus musste **„von außen“,** durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition, voran die Rote Armee der Sowjetunion, durch den Partisanenkampf und Aufstände in den besetzten Ländern zerschlagen werden.

■ Sie hat von diesen Verbrechen profitiert. Abgesehen davon, dass sich ein großer Teil direkt bereicherte, bei der „Arisierung“, bei Plünderungen, bei der Verteilung der Kriegsbeute – auch insgesamt war die deutsche Bevölkerung Nutznießer der Verbrechen des deutschen Imperialismus. Den Deutschen ging es eben besser als der Bevölkerung in den von den Nazis überfallenen Ländern. Ihre Lebensbedingungen waren aufgrund der Ausplünderung der überfallenen Länder wesentlich besser, im Vergleich beispielsweise zur sowjetischen Bevölkerung sogar noch nach Kriegsende. Sie waren von Kriegsschäden überhaupt erst in der Schlussphase des Krieges betroffen, und auch dann in geringerem Ausmaß.

Nur auf dieser Grundlage, der Anerkennung der Mitschuld der gesamten deutschen Bevölkerung, kann und muss differenziert werden, **welches Ausmaß an Mitschuld** verschiedene Teile der deutschen Bevölkerung haben.

Die Anerkennung der Mitschuld der gesamten deutschen Bevölkerung schließt keineswegs aus, dass bei der Frage der Schuld klassenmäßig differenziert werden muss – im Gegenteil. Was heißt das?

Zweifellos trägt die Hauptschuld am Krieg und an den Naziverbrechen der deutsche Imperialismus, die deutsche monopolistische Bourgeoisie insgesamt. Dies schließt die Hauptrepräsentanten der Politik des Nazifaschismus, die Naziführer und den Generalstab der Naziarmee als Teil der herrschenden Klasse mit ein.

Danach folgen in zweiter Linie die Hunderttausenden, die sich direkt daran beteiligten: die KZ-Schergen, Henker, Folterer, die Soldaten, die die unglaublichsten Gräuel und Verbrechen begangen haben.

In dritter Linie ist die Mehrheit der Anhänger der Nazis zu nennen, die diese Verbrechen unterstützten und sie guthießen.

Hinzu kommt die große Masse derjenigen, die mit diesem oder jenem Verbrechen der Nazifaschisten nicht einverstanden waren, sie jedoch aus Feigheit duldeten und nichts dagegen unternahmen. Und schließlich geht es um diejenigen (zum Beispiel Anhänger von SPD und KPD), die den Nazifaschismus und seine Verbrechen zwar ablehnten, aber nicht die Kraft und Prinzipienfestigkeit besaßen, sich in den aktiven Widerstand einzureihen.

Dem gegenüber steht der organisierte antinazistische Widerstand (und stehen auch einzelne individuelle Handlungen des Widerstandes) jener **Minderheit** in der deutschen Bevölkerung, die **aktiv** gegen den Nazifaschismus gekämpft hat. Dieser antinazistische Widerstand wurde vor allem von kommunistischen, aber auch von sozialdemokratischen, jüdischen, christlichen und anderen Kräften in all seinen verschiedenen Formen, sogar in den KZs und Vernichtungslagern, durchgeführt. Dabei war innerhalb der deutschen Bevölkerung der Kampf der Kommunistinnen und Kommunisten der KPD der stärkste Widerstand gegen den Nazifaschismus.

Die Tatsache dieses Widerstands beweist, dass gegen die übermächtig erscheinende Nazibestie auch im Zentrum ihrer Vernichtungsmaschinerie ein Widerstand möglich war. Damit war der Mythos, dass „man ja sowieso nichts machen konnte“, durchbrochen.

Eine unbestreitbare Wahrheit ist jedoch, dass der Widerstand innerhalb Deutschlands viel zu schwach und viel zu gering war. Die Tatsache, dass es diese kleine Minderheit gab, und dass sie so klein blieb, macht das ganze Ausmaß der historischen Schande der deutschen Bevölkerung erst richtig deutlich. Es ist absurd und geradezu eine Verhöhnung der antifaschistischen Kräfte, wenn ihr Kampf als „Rettung der Ehre der deutschen Nation“ hingestellt wird.

Die KPD hat unter großen Verlusten einen heroischen Kampf gegen den Nazifaschismus geführt, der gegen die diversen antikommunistischen Verleumdungen verteidigt und propagiert werden muss. Zugleich hat die KPD in der Theorie und der Praxis des Kampfes gegen den Nazifaschismus auch eine Reihe von folgenschweren Fehlern gemacht, woraus sich eine zusätzliche Mitverantwortung ergibt. Diese Fehler müssen in scharfer Abgrenzung von allen rechtsopportunistischen oder offen antikommunistischen Attacken im Geiste der Selbstkritik der Kommunistischen Partei umfassend analysiert werden. Dabei darf keinesfalls der große historische Unterschied zu den allermeisten Führern der Sozialdemokratie verwischt werden, die mit ihrer antikommunistischen, proimperialistischen Politik den Nazifaschisten den Weg bereiteten und die Spaltung der notwendigen antifaschistischen Einheit betrieben.

Zur Berechtigung von Reparationsforderungen

Aus all dem folgt, dass der proletarischen Klasse bewusstgemacht werden muss, dass sie gerade auch nach dem Sturz der Bourgeoisie vor der Aufgabe steht, maximalen Ausgleich zu schaffen für die unter der Herrschaft des Imperialismus begangenen Verbrechen. Ohne dies in der Tat zu

leisten, ist an den proletarisch-internationalistischen Zusammenschluss mit der Bevölkerung in den vom deutschen Imperialismus abhängigen Ländern auf dem Weg zum vertrauensvollen, freiwilligen Verschmelzen der Nationen im Kommunismus nicht zu denken.

Es war eine völlig logische, gerechte und notwendige Bestimmung des Potsdamer Abkommens 1945, dass die Bevölkerung Deutschlands gezwungen werden sollte, in größtmöglichem Ausmaß Ausgleich für die Verluste und Leiden infolge der Naziverbrechen zu schaffen.

Die Kommunistische Partei trägt für diesen größtmöglichen Ausgleich eine besondere Verantwortung. Dies gilt nicht nur für die Verbrechen des Nazifaschismus, sondern darüber hinaus für die ganze ungebrochene Kette von Verbrechen des deutschen Imperialismus in allen Teilen der Welt. Sie muss den Kampf für Reparationen und Entschädigungen schon heute führen. Und gerade nach dem Sturz der deutschen Bourgeoisie, der Zerschlagung des deutschen Imperialismus, wird das revolutionäre Proletariat der vom deutschen Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten Bevölkerung anderer Länder maximale Reparationen und darüber hinaus maximale Hilfe überhaupt leisten, gemäß deren Bedingungen und Forderungen.

***

Aus den Erfahrungen des Kampfes gegen den Nazifaschismus zu lernen und seine Fehler selbstkritisch aufzuarbeiten für den Kampf heute, gegen Antikommunismus, gegen deutschen Nationalismus, gegen Rassismus, Judenfeindschaft und Antiziganismus, ist beim Aufbau der Kommunistischen Partei eine bedeutsame Aufgabe und Verpflichtung.

D. Nach 1945

1945: Der deutsche Imperialismus war militärisch geschlagen, aber nicht zerschlagen

Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und die Partisanenkräfte, voran die sozialistische Sowjetunion unter Führung Stalins, besiegten in einem gigantischen, opferreichen und heldenhaften Kampf schließlich die Nazi-Truppen und beendeten den Krieg am 8. Mai 1945.

Der deutsche Imperialismus war militärisch geschlagen, seine Armee mit einem Bestand am 8. Mai 1945 von noch ca. 2,6 Millionen Soldaten und die SS mit ca. einer Million waren zerschlagen. Der Gesamtumfang der Schäden, die den Industriebetrieben Deutschlands bis Kriegsende durch militärische Aktionen der US- und der englischen Armee aus der Luft und zu Lande zugefügt wurden, belief sich auf ca. 19 Prozent der vorhandenen Kapazitäten. Die Industrie war also noch weitgehend intakt, einige Großstädte sowie Teile der Infrastruktur waren teilweise zerstört, vor allem durch die alliierten Luftangriffe. Die Verluste an der Zivilbevölkerung betrugen ca. 1,6 Millionen Menschen, ca. 6,4 Millionen Soldaten der Naziarmee (einschließlich der Waffen-SS) starben.

Die Armeen der Anti-Hitler-Koalition besetzten Deutschland. Deutschland wurde in vier Besatzungszonen eingeteilt, drei westliche, die von der US-, der englischen und der französischen Armee besetzt wurden, sowie die östliche, die sowjetische Besatzungszone (SBZ), die von der Roten Armee besetzt wurde.

Der deutsche Imperialismus wurde wiederum nicht zerschlagen und nicht vernichtet, da die dafür nötigen revolutionären Kräfte innerhalb der Bewegung der proletarischen Klasse in Deutschland nicht vorhanden waren. Antifaschistisch aufgerüttelte Teile der proletarischen Klasse führten vor allem in der Zeitspanne von 1945 bis 1949 zwar zahlreiche Kämpfe für die Entnazifizierung der Betriebe und Ämter sowie für die Enteignung der Kriegsverbrecher, der Kohle- und Stahlkapitalisten. Doch diese Kämpfe waren zu schwach, und in den von den Westmächten besetzten Teilen Deutschlands wurde die deutsche Bourgeoisie am Leben gehalten und konnte wieder erstarken. Das kapitalistische Wirtschaftssystem blieb in Westdeutschland erhalten, das monopolistische Großkapital gelangte zu alter Macht und Herrlichkeit.

Die deutsche Bourgeoisie gründete 1949 die deutsche Bundesrepublik mithilfe und Segen des US-Imperialismus und der anderen Westmächte.

Als Staatsform wurde der Parlamentarismus gewählt, aber die Grundstrukturen des Staates, die klassenmäßigen Macht- und Besitzverhältnisse bis hin zur weitgehenden personellen Kontinuität blieben bestehen.

Der deutsche Revanchismus nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, das Potsdamer Abkommen, der Nürnberger Prozess 1945/46 und das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition

Der deutsche Revanchismus als untrennbarer Teil des ideologischen Gesamtpakets der Nazi-Ideologie, als eine zentrale Maskerade des Weltherrschaftsstrebens erlebte nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg einen ungeheuren Auftrieb durch die weiter hochgerüstete Propagandamaschinerie des deutschen Imperialismus und seiner Massenmedien.

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus ergab sich allerdings in einem Punkt eine wesentlich andere Situation für die weitere Ausarbeitung der Ideologie des Revanchegedankens: Dies war nicht nur eine Niederlage gegen imperialistische konkurrierende Großmächte, sondern in erster Linie eine Niederlage im Kampf gegen die sozialistische Sowjetunion und die Kampfverbände der Bevölkerung der vom deutschen Imperialismus überfallenen Länder.

Diese Kräfte der „Anti-Hitler-Koalition“ – einschließlich der imperialistischen Konkurrenten USA, England und Frankreich – hatten, fundamental anders als nach dem Ersten Weltkrieg, ein wohlbegründetes und für jeden ehrlichen antinazistischen Menschen nachvollziehbares Programm für das besiegte Deutschland: das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945.

Auf der Basis der im Potsdamer Abkommen festgelegten staatlichen Einheit wurde das Programm der Entnazifizierung, der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands beschlossen. Eine Konsequenz dieser Beschlüsse war der Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher.

Der **„Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher“,** der am 20. November 1945 von den Staaten der sozialistischen Sowjetunion, Englands, Frankreichs und den USA vor dem Internationalen Militärgerichtshof begonnen wurde, hatte bei der Aufdeckung der Naziverbrechen zentrale Bedeutung. Die Naziverbrecher sollten weltweit verfolgt und in den Ländern angeklagt und abgeurteilt werden, wo sie ihre Verbrechen begangen hatten. Die Hauptkriegsverbrecher, deren Verbrechen „keine bestimmte geographische Begrenzung“ hatten, sollten in einem Hauptkriegsverbrecherprozess abgeurteilt werden. Am 30. September bzw. am 1. Oktober

1946 wurde das Urteil verkündet. Nazi- und Wehrmachtsführer wie Göring, Kaltenbrunner, Streicher, Rosenberg, Keitel und Frank etc. wurden zum Tod verurteilt und auch hingerichtet. Teile des Funktionärskorps der Nazi-Partei, die SS, der SD und die Gestapo wurden als verbrecherische Organisation eingestuft.[36]

Das Urteil von Nürnberg war somit in der Tat in bestimmter Hinsicht richtungsweisend, auch wenn der Urteilsspruch Fehler und Mängel enthielt, die zum Teil von der sowjetischen Seite unmittelbar kritisiert worden sind. Bis heute haben die deutschen Imperialisten den Nürnberger Prozess und sein Urteil nicht offiziell anerkannt. Mehr noch: Schon 1953 rehabilitierte ein westdeutsches Gericht den Naziverbrecher und General der Naziarmee, Jodl, der im Nürnberger Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war.

Das Potsdamer Abkommen beschloss des weiteren Reparationen, den größtmöglichen Ausgleich für die Naziverbrechen. In den zusammengeraubten und durch weitgehend nazistisch verhetzte deutsche „Minderheiten“ bewohnten Gebieten wurden deutsche bzw. deutschsprachige Bevölkerungsteile entsprechend den Beschlüssen des Potsdamer Abkommens regulär umgesiedelt. Im Osten wurde eine neue Grenze Deutschlands festgelegt, die Oder-Neiße-Grenze, welche die geschichtliche Expansion und den Überfall des deutschen Imperialismus 1939 auf Polen berücksichtigte. Das bedeutete für den deutschen Imperialismus eine erhebliche Verkleinerung seines Staatsgebiets.

Der deutsche Imperialismus reagierte darauf wie folgt: Er stellte einige Aspekte seiner Nazi-Ideologie in den Hintergrund, verzehnfachte seine ideologische Anstrengung und übte sich nun vor allem in verschärftem Revanchegeschrei gegenüber dem „Bolschewismus“, dem er seine Niederlage vor allem zu verdanken hatte. Die Bevölkerung Westdeutschlands wurde mit verschärftem Antikommunismus beeinflusst. Der deutsche Revanchismus als Ideologie konzentrierte sich vor dem Hintergrund seiner realen Gebietsverluste zunächst auf die Frage der angeblich „ungerechten neuen Ost-Grenze“, der als „Vertreibung“ verurteilten Umsiedlungen und der vielbeschworenen „Einheit Deutschlands“ sowie auf die Frage der Reparationen. Das Potsdamer Abkommen wurde ideologisch von Anfang an als angebliches „Unrecht gegenüber Deutschland“ bekämpft.

[36] Dies ermöglichte dann in künftigen Prozessen, jedes Mitglied einer solchen Organisation wegen der Mitgliedschaft in dieser verbrecherischen Organisation zu verurteilen und dafür auch mit dem Tod zu bestrafen.

Durch die Konzentration auf den Antibolschewismus wurde die reaktionäre Hetze des deutschen Imperialismus zum Teil gemeinsam mit den ehemaligen „Feinden“, das heißt gemeinsam mit den US-amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten vorgetragen, ohne allerdings jemals die eigenständige Position des deutschen Imperialismus während des Revanchegeschreis aus den Augen zu verlieren.

In Westdeutschland war die ökonomische Macht des deutschen Imperialismus nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg nicht gebrochen. Das war die materielle Grundlage des Wiederaufstiegs zur imperialistischen Großmacht. Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, des wichtigsten und berechtigten Instruments zur Niederhaltung des deutschen Imperialismus, wurden in Westdeutschland Stück für Stück gebrochen, die vorgesehenen Maßnahmen der Entnazifizierung und der Zerschlagung des deutschen Militarismus wurden systematisch sabotiert.

Die westlichen Imperialisten brachen dieses Abkommen aus imperialistischen Gründen. Westdeutschland wurde von den westlichen Imperialisten, voran von den USA, und von den westdeutschen Imperialisten als Speerspitze gegen das damals noch sozialistische Lager aufgebaut.

Das Auseinanderbrechen der „Anti-Hitler-Koalition“ durch den Bruch aller Abkommen mit der damals sozialistischen Sowjetunion seitens der US-amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten im Bund mit den Resten des am Boden liegenden deutschen Imperialismus, die Sabotage an einem Friedensvertrag, der Antikommunismus dieser Zeit – das sind die im Zusammenhang mit der Nazi-Aggression nachfolgend entstandenen Gründe für die Teilung Deutschlands und die Gründung zweier Staaten, der Deutschen Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik.

Infolge dieser imperialistischen Teilungspolitik der westlichen Alliierten und des wiedererstarkenden westdeutschen Imperialismus wurde auch Westberlin, das auf dem Territorium der DDR lag, unter Bruch aller besonderen Vereinbarungen der „Anti-Hitler-Koalition“ für Berlin faktisch als „11. Bundesland“ an Westdeutschland angegliedert.

Zur Entwicklung auf dem Gebiet der SBZ bzw. der DDR

In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde in den ersten Jahren nach 1945 versucht, auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens eine neue Entwicklung eines demokratischen Deutschland zu beginnen. Im Gegensatz zur Politik in den Westzonen wurden in der SBZ die Bestimmun-

gen des Potsdamer Abkommens in wesentlichen Punkten erfüllt oder zumindest wurde damit begonnen. Die Rote Armee der sozialistischen UdSSR setzte dabei entscheidend den Rahmen für die Durchführung des Potsdamer Abkommens.

Die KPD/SED vertrat 1945/1946 wichtige und richtige Positionen: Die KPD verurteilte insbesondere im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 deutlich die Verbrechen des Naziregimes, insbesondere auch die fabrikmäßig vollzogenen Massenmorde (allerdings ohne den Genozid an den europäischen Juden und an den Sinti und Roma klar zu benennen) und anerkannte die Mitschuld der deutschen werktätigen Bevölkerung an den Naziverbrechen. Sie nahm klare Positionen zur Anerkennung der Reparationen ein. In der Praxis war die KPD/SED 1945/46 weitgehend an der Umsetzung der Forderungen des Potsdamer Abkommens beteiligt.

Die **Entnazifizierung** wurde in der SBZ in vielen Bereichen unter Federführung der Roten Armee weitgehend durchgeführt.

Über 12.000 Nazis wurden von Gerichten verurteilt, davon 95 Prozent zwischen 1945 und 1950, 118 Kriegsverbrecher wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet, 500.000 Personen haben während der Entnazifizierung ihre Ämter verloren, 70 Prozent aller Lehrer, der größte Teil der über 2.000 Richter und Staatsanwälte wurden entlassen. Das waren wichtige Erfolge, die als Grundlage der weiteren, tiefergehenden Entnazifizierung hätten dienen können.

Unter Beteiligung von Teilen der Landbevölkerung wurde der Boden von Junkern und Großgrundbesitzern an die armen, ausgebeuteten Bauern und Landarbeiter übergeben. Das monopolistische Großkapital und praktisch alle wichtigen Industriezweige in der SBZ wurden entschädigungslos enteignet und nationalisiert. Diese Maßnahme wurde in Sachsen, dem industriell fortgeschrittensten Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, mit einem Volksentscheid für die **Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher** bekräftigt.

Durch den Kampf für ein demokratisches und antifaschistisches Deutschland wurde auch die Perspektive des Aufbaus sozialistischer Demokratie und sozialistischer Ökonomie eröffnet. Die Besatzungsmacht der Roten Armee stellte für diesen Kampf ideologisch und materiell eine gewaltige Unterstützung dar. Diese Erfolge und auch Impulse in Richtung Sozialismus wurden von der revolutionären und kommunistischen Bewegung der proletarischen Klasse auf der ganzen Welt solidarisch unterstützt.

Unsere Analyse der Geschichte der KPD/SED 1945/1946 hat jedoch ergeben, dass von Anfang an auch schwerwiegende Fehler zu verzeichnen waren. Aufgrund dieser Fehler mangelte es schon bei der Erfüllung des Potsdamer Abkommens an der nötigen Konsequenz. Der Kampf gegen die Nazis wurde allzu früh reduziert und später dann praktisch eingestellt. Damit wurde die Idee der notwendigen und berechtigten Diktatur über die Nazis aufgegeben. Insbesondere auf dem Gebiet des ideologischen Kampfes gegen die Nazi-Ideologie und die reaktionäre deutsche Ideologie überhaupt sind schwere Versäumnisse zu verzeichnen. Die Versuche der SED, an die zu großen Teilen reaktionär verhetzten Massen heranzukommen, insbesondere verstärkt auch nach der Gründung der DDR 1949, waren immer mehr verbunden mit faulen Zugeständnissen an die tiefsitzende deutsch-nationalistische Ideologie und an ein Verniedlichen oder gar Bestreiten der Mitverantwortung der deutschen Bevölkerung für die Verbrechen des Nazifaschismus.

Der **17. Juni 1953** bewies dann, dass die SED zu dieser Zeit weit, ganz weit davon entfernt war, eine fortgeschrittene Kampfpartei der kommunistischen Arbeiterinnen und Arbeiter zu sein oder gar die „Mehrheit der proletarische Klasse und der Werktätigen“, wie 1952 behauptet wurde, auf dem Weg zum Sozialismus, für die Diktatur des Proletariats hinter sich zu wissen. Ohne Zweifel handelte es sich bei der reaktionären 17.-Juni-Bewegung um einen Frontalangriff des (west-)deutschen Imperialismus auf die DDR. Das ist keine Frage. Die entscheidende Frage ist vielmehr aus kommunistischer Sicht, wieso es notwendig wurde, dass 8 Jahre nach der Befreiung Berlins vom Nazifaschismus durch die Rote Armee die 1,7 Millionen Parteimitglieder (und Kandidaten) der SED, die sich als führende Kraft der proletarische Klasse begriff, nicht innerhalb weniger Stunden mit den paar Zehntausend weitgehend unbewaffneten, von Reaktionären geführten Menschen so oder so fertig werden konnte. Es ist eine große Schande der kommunistischen Bewegung in Deutschland, dass es weitgehend den leidgeprüften Soldaten der Roten Armee anheimfiel, den reaktionären Umtrieben ein Ende zu machen.

Ein weiterer tiefer Einschnitt in der revisionistischen Versumpfung der SED zeigte sich in der Frage der Nazi-Kriegsverbrecher, die in der Sowjetunion inhaftiert waren.

Im September 1955 biederte sich die revisionistische Chruschtschow-Clique an den deutschen Imperialismus an, um international im Spiel der imperialistischen Großmächte Pluspunkte zu sammeln. Der damalige deut-

sche Bundeskanzler Konrad Adenauer reiste nach Moskau, um die **Freilassung von 9.626 deutschen Kriegsverbrechern**, die wegen besonders schwerer Verbrechen verurteilt waren, zu erwirken. Es kam zu einer widerlichen „Konkurrenz" zwischen dem Ministerpräsidenten der DDR, Wilhelm Pieck, der auch Mitglied im Politbüro der SED war, ja der SED-Führung insgesamt und dem Adenauer-Regime in Westdeutschland in der Frage, wer „erfolgreich" die Freilassung deutscher Kriegsverbrecher aus der Sowjetunion erreichen wird. Und tatsächlich beschloss am 28. September 1955 der Oberste Sowjet trotz deutlicher öffentlicher Gegenposition führender Mitglieder der KPdSU wie Bulganin, damaliger Ministerpräsident der Sowjetunion, die Freilassung von knapp 9.000 deutschen Kriegsverbrechern in die DDR und Westdeutschland. (In Westdeutschland wurden die dort ankommenden Kriegsverbrecher sofort auf freien Fuß gesetzt, in der DDR wurden schon 1956 alle begnadigt).

Besonderheiten des parlamentarischen Systems nach 1945 in Westdeutschland

Der Aufbau des westdeutschen Staatsapparats von oben bis unten, vor allem mithilfe von Nazis

Das parlamentarische Betrugssystem des deutschen Imperialismus unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht nicht grundsätzlich von ähnlichen parlamentarischen Republiken in anderen imperialistischen Ländern.

Dennoch gibt es wichtige Unterschiede und Besonderheiten. Es kann in Westdeutschland nach 1945 keinesfalls einfach von einer „bürgerlichen Demokratie" gesprochen werden, ohne eine Reihe dieser Besonderheiten zu verstehen und zu berücksichtigen.

Nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg wurde auch der Nazifaschismus als Staatsform beseitigt. Dieses System war in der ganzen Welt verhasst, zum Inbegriff von Genozid und Ausbeuterdiktatur geworden. Es war völlig unvorstellbar, dass dieses System in Westdeutschland direkt beibehalten werden konnte.

Der Staat des westdeutschen Imperialismus hat aber als zutiefst reaktionäre Hypothek die Tatsache, dass auf sämtlichen Ebenen, von der Armee, der Justiz, den Parteien des Parlaments, der staatlichen Verwaltung bis zu den Hochschulen und Schulen, der Presse usw., die ideologische und personelle Kontinuität mit dem Nazifaschismus keinesfalls durchbrochen worden war, sondern im Gegenteil eine oft bis ins Detail gehende Kontinuität wesentlich war. Der westdeutsche Staatsapparat wurde nahezu in allen

Bereichen führend von alten Nazis aufgebaut und zum Teil auch angeleitet, insbesondere auch in der Bundeswehr.

Schon direkt nach 1945 formierte sich in Westdeutschland die Nazibewegung neu und gründete Anfang der 50er Jahre schon wieder erste Naziorganisationen und Naziparteien, oftmals ganz offen in der Tradition der NSDAP, der SS oder der SA. Sogenannte „Kameradschaftstreffen" waren Sammelbecken für die alten Nazikader.

Die Bundeswehr wurde dann ab 1955 fast ausschließlich von Offizieren und Unteroffizieren aufgebaut, die in der Naziarmee dem deutschen Imperialismus und Faschismus bis zuletzt treu gedient hatten. Nicht nur Offiziere und Soldaten der verbrecherischen Naziarmee wurden in die Bundeswehr aufgenommen sondern auch ehemalige Mitglieder der „Waffen-SS". 1958 stammten allein über 12.000 Offiziere der Bundeswehr aus der Naziarmee. Deren „Erfahrungsschatz" aus der nazifaschistischen Kriegsführung wurde damit in den Dienst der Bundeswehr gestellt.

Das besonders reaktionäre „Grundgesetz"

Das „Grundgesetz" ist die Verfassung eines kapitalistischen Staats. Als solche hat es, wie alle Verfassungen kapitalistischer Staaten, die Funktion, die Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter durch die Kapitalisten, die Besitzer der Produktionsmittel, zu sichern. Im „Grundgesetz" ist auch die kapitalistische Ausbeutung verankert – jedoch nicht mit klaren Formulierungen, sondern mit Phrasen, die versuchen, den Klassencharakter des bürgerlichen Staats und der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu verschleiern. Das ist die Aufgabe jeder bürgerlichen Verfassung.

Das „Grundgesetz" von 1949, das Gründungsdokument der BRD, widerspricht jedoch einfachsten Ansprüchen bürgerlicher Verfassungen. Es ist in vielen Punkten besonders reaktionär. Nach Analyse des „Grundgesetzes", auch im Vergleich mit anderen bürgerlichen Verfassungen und Erklärungen, wird schnell klar, dass es vor allem auch eine Kriegserklärung an die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition ist, vor allem auch eine Kriegserklärung an das Potsdamer Abkommen. Im „Grundgesetz" wurde ein Programm der Einverleibung der DDR verankert (Präambel, Artikel 116) sowie das Verbot der Auslieferung von deutschen Nazikriegsverbrechern an die Länder, in denen sie ihre Verbrechen begangen hatten (Artikel 16).

Weitere besonders reaktionäre Paragrafen „regeln" ein reaktionäres, auf „Abstammung" basierendes Staatsbürgerrecht (Artikel 116), die Ablehnung der Trennung von Staat und Kirche (Präambel, Artikel 7). Ein faktisch gegen demokratische und kommunistische Kräfte gerichteter Verbotsparagraf

(Artikel 21) richtete sich klar gegen die KPD (mit dessen Hilfe zum Beispiel schon 1956 die KPD verboten wurde).

Seit der Französischen Revolution von 1789 und ihrer „Erklärung der Menschenrechte“ haben sich bestimmte Standards entwickelt, die eigentlich selbstverständlich sind für bürgerliche Verfassungen, wie zum Beispiel, dass alle Menschen vor dem Gesetz als „gleich“ erklärt werden. In der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UNO von 1948 wurde versucht, die wichtigsten Standards zusammenzufassen.

Das „Grundgesetz“ ist nicht nur gegen die Beschlüsse der Anti-Hitler-Koalition gerichtet, sondern auch direkt gegen viele dieser selbstverständlichen bürgerlichen Standards. Das „Grundgesetz“ wurde 1949 verabschiedet, ein Jahr nach der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ der UNO. Zu folgenden dort fixierten bürgerlich-demokratischen Selbstverständlichkeiten ist jedoch im Grundgesetz nichts zu finden: nichts zum Verbot der Folter, zum Verbot von „Sklaverei“ (der Nazifaschismus hatte in Europa ein System der Sklaven- und Zwangsarbeit errichtet mit Millionen Sklavenarbeiterinnen und -arbeitern) oder von „Leibeigenschaft“ („Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“, 1948, Artikel 4, 5). Es ist nichts zu finden von solchen elementaren sozialen Rechten wie das „Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit“, das „Recht auf Bildung“ oder das „Recht auf einen Lebensstandard“, der ausreichend Nahrung, Kleidung, Wohnung und ärztliche Versorgung und ausreichende soziale Leistungen im Falle von Krankheit oder Arbeitslosigkeit garantiert (ebenda, Artikel 23, 26, 25).

Wichtige Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte und der Faschisierung in Westdeutschland und die Kämpfe dagegen

Direkt nach 1945 kam es in Westdeutschland **zu massiven judenfeindlichen Aktionen,** auch durch die neu aufgebaute westdeutsche Polizei.

Als die Alliierten bestimmte Wohnbereiche für Überlebende, vor allem für jüdische Überlebende aus den KZs und Gefängnissen der Nazis eingerichtet hatten (sog. DP-Lager), waren sie tagtäglichen Angriffen seitens der deutschen Bevölkerung ausgesetzt, mit teils heftigen gewaltsamen Auseinandersetzungen, aber auch der rasch wiederaufgebauten deutschen Verwaltung und der wiederbewaffneten Polizeiorgane mussten sie sich erwehren. Die westdeutsche Polizei ermordete 1946 den 34-jährigen Auschwitzüberlebenden Szmuel Danciger mit einer Schusswaffe. Im Jahr 1952, als

die Betreuung der Lager vollständig in die Verantwortung des westdeutschen Staates überging, überfiel ein Trupp der deutschen Polizei erneut ein jüdisches DP-Lager in Föhrenwald. Unter dem Vorwand einer Razzia umzingelten mehrere Hundert Polizisten und Zollfahnder das Lager und drangen bewaffnet und mit Spürhunden ein. Sie verprügelten die jüdischen Lagerbewohner und stießen judenfeindliche und nazistische Drohungen aus.

Nach 1945 mobilisierte der deutsche Imperialismus die **deutsche Herrenmenschenmentalität gegenüber Menschen, die als „nicht weiß" definiert wurden,** erneut. Diese prägte im Kampf gegen das Potsdamer Abkommen und die alliierten Besatzungsmächte das Bild vom „schwarzen GI", der sich mit deutschen Frauen einlässt, und von den „Besatzungskindern", die gesellschaftlich geächtet und diskriminiert wurden.

Bereits kurz nach Gründung der BRD 1949 wurde ebenfalls deutlich, dass der Antikommunismus der Weimarer Zeit mit seiner gewaltigen Steigerung in der Zeit des Nazifaschismus nach wie vor eine Grundlage der Ideologie und Politik des westdeutschen Staates blieb. Bereits **1951** wurde die **Freie Deutsche Jugend (FDJ),** die Jugendorganisation der in der Nazizeit kämpfenden KPD, **verboten.** Tausende Jugendliche wurden zeitweilig verhaftet, viele für mehrere Jahre in die Gefängnisse des westdeutschen Imperialismus geworfen.

In den Jahren unmittelbar nach der Gründung des Staates des westdeutschen Imperialismus beteiligten sich trotz der prinzipiellen Zustimmung der DGB-Führer zur Remilitarisierung Hunderttausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige an den Protesten und Kämpfen **gegen die Remilitarisierung.** Bei der von der KPD initiierten Volksbefragung „Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951" sprachen sich über 9 Millionen Personen gegen die Wiederaufrüstung aus. Die westdeutschen Militaristen und Revanchisten reagierten mit zunehmendem Terror und Verfolgung. Die Volksbefragung wurde verboten. Bei einer antimilitaristischen Demonstration 1952 wurde ein Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes, der Arbeiter Philipp Müller, von der Polizei erschossen.

Um vor allem jeden politischen Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben gegen das Kapital und seinen Staat zu verhindern, ließen die westdeutschen Imperialisten **1952** das **reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz** verabschieden. Dieses kriminalisiert jeden politischen Streik, ja verbietet überhaupt selbstständige Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung. Dagegen streikten und demonstrierten 1952 über zwei Mil-

lionen Arbeiterinnen und Arbeiter sowie auch Angestellte, die das Gesetz jedoch nicht zu Fall bringen konnten. Höhepunkt war der zweitägige politische Streik der Drucker am 28. und 29. Mai, durch den bundesweit keine Zeitungen erscheinen konnten. Die DGB-Führung fiel dem Kampf offen in den Rücken, indem sie noch vor der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes offiziell alle Kampfmaßnahmen einstellte.

Im Verlauf des Kampfes, vor allem gegen die sich abzeichnende Remilitarisierung nach dem Bruch des Potsdamer Abkommens und der Sabotage an einem Friedensvertrag, wurde nach einer Fülle von Polizeieinsätzen schließlich **1956** das bis heute gültige **Verbot der KPD** durchgesetzt. Tausende Kommunistinnen und Kommunisten wurden aus den Betrieben entlassen oder mit Berufsverboten im öffentlichen Dienst bestraft, zwischen 1951 und 1968 wurden im Zusammenhang mit dem KPD-Verbot über 150.000 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bis zu 10.000 Kommunistinnen und Kommunisten wurden für Monate oder Jahre in den in ungebrochener Tradition des deutschen Imperialismus bestehenden Gefängnissen eingekerkert.

III. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus – ab dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 bis 2010

A.

Die revisionistische Versumpfung der SED in der DDR

Die SED hat die in sie gesetzte Hoffnung ganz und gar nicht erfüllt, der Opportunismus konnte sich ausbreiten, und die SED versank schließlich völlig im Sog des internationalen modernen Revisionismus, insbesondere ab dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956. Ohnehin schon vorhandene opportunistische Ansätze wurden ausgebaut. Die anfänglich positive Entwicklung im Kampf für ein demokratisches Deutschland wurde durch den **revisionistischen Verrat der SED** zunichte gemacht. Positive Ansätze verkamen schließlich zur Hülle für die Ausbeutung der Werktätigen durch die neue Ausbeuter- und Unterdrückerklasse in der DDR in Form der herrschenden Parteibürokratie, so dass die DDR seit Jahrzehnten zu einem abschreckenden Beispiel, zu einem der Faktoren wurde, die bis heute den Antikommunismus erleichtern.

Die Entwicklung der revisionistischen DDR kann nicht korrekt eingeschätzt werden, ohne die Rolle des russischen Sozialimperialismus zu betrachten, der sich ab Ende der 60er Jahre deutlich herausbildete und zeigte. Bedingt durch die Tatsache, dass sich die revisionistische Herrschaft in der DDR auf keine wirklich breite Mehrheit in der Bevölkerung stützen konnte, stellte vor allem die Anwesenheit der Truppen der russischen Sozialimperialisten einen gewichtigen Machtfaktor für die Stabilität der revisionistischen Herrschaft dar. Darüber hinaus war die DDR – trotz vorhandener Widersprüche – auch politisch und ökonomisch fest an die russischen Sozialimperialisten gebunden und von diesen abhängig.

Die Preisgabe der DDR durch die russischen Sozialimperialisten, begleitet von dem seit den 70er Jahren verstärkten Vordringen des westdeutschen Imperialismus, war denn auch der entscheidende äußere Faktor für den Zusammenbruch der revisionistischen DDR.

Die revisionistische Versumpfung der KPD in Westdeutschland

In Westdeutschland konnte spätestens seit Mitte der 50er Jahre infolge der revisionistischen Entwicklung der KPD von einer kommunistisch geführten Bewegung der proletarischen Klasse keine Rede mehr sein.

Im März 1956 ging die KPD offen auf die Linie des 20. Parteitags der KPdSU über und propagierte den revisionistischen „parlamentarischen Weg zum Sozialismus“ und die Lügen und Verleumdungen gegen Stalin. Bei ihrem Verbot im August 1956 war sie schon im revisionistischen und reformistischen Sumpf versunken. 1957 forderte die verbotene KPD dann dazu auf, die SPD zu wählen.

Die einzige Kraft, die im Sinne von Marx und Engels überhaupt den Krieg gegen die „deutschen Zustände“ geführt hat, die KPD unter Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, die KPD unter Führung Ernst Thälmanns, die in einem heldenhaften illegalen Kampf die Nazibarbarei durchgestanden und nicht kapituliert hat, diese Kraft einer wirklichen Kommunistischen Partei gab es nicht mehr. Dies erleichterte den Wiederaufstieg des westdeutschen Imperialismus, seine Reaktion nach innen und seine Expansion nach außen.

Wichtige Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte und der Faschisierung in Westdeutschland und der Kampf dagegen

Die deutschen Imperialisten versuchen die Einschränkung demokratischer Rechte, die staatliche Faschisierung sowie die Bedingungen des Kampfes der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen und ihrer Lebenslage in einem eng gewebten Netz staatlicher Verordnungen und juristischer Fußangeln zu fesseln.

Selbst geringfügige gesetzliche Möglichkeiten, die ausgenutzt werden könnten, werden durch die imperialistische Bourgeoisie mittels ihres Staatsapparats immer weiter eingeschränkt, um die Kampfbedingungen vor allem der proletarischen Klasse zu verschlechtern.

Durch die Verschärfung der Widersprüche weltweit und in Westdeutschland zeichnete sich Mitte der 60er Jahre eine Zuspitzung der Konflikte und Klassenkämpfe ab. Die **Krise 1966/67,** die erstmals seit Gründung der Bundesrepublik zu einem absoluten Produktionsrückgang führte, zeigte deutlich, dass es mit dem angeblichen „Wirtschaftswunder“ und der „Wohlstandsgesellschaft“ bergab ging und die „Gefahr sozialer Unruhen“ zunahm.

Für den Fall, dass ihre Herrschaft ernsthaft bedroht würde, schuf deshalb die westdeutsche Bourgeoisie gegen den Widerstand Hunderttausender mit den **Notstandsgesetzen 1968** präventiv die legale Grundlage für die Beseitigung sämtlicher demokratischer Rechte und sogar des Parlaments, für die

Einsetzung einer „Notstandsregierung“ im „Krisenfall“. Auch dies ist heute gesetzlich gültige Grundlage dieses Staates.

Zum Kampf der Jugend- und Studierendenbewegung 1968

Während die westdeutschen Imperialisten, gestützt auf die Arbeiteraristokratie, sich auf die Niederhaltung der noch relativ schwachen Bewegung der proletarischen Klasse konzentrierten, entwickelte sich gegen Ende der 60er Jahre eine **breite Jugend- und Studierendenbewegung** als Teil einer weltweiten antiimperialistischen Solidaritätsbewegung vor allem gegen den Vietnamkrieg. Gegen diese Bewegung wurde nicht nur mit Polizeiterror vorgegangen, sondern auch mit gezielten Mordanschlägen.

Am 2. Juni 1967 wurde **Benno Ohnesorg** während einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien **ermordet.** Der Westberliner Polizist Karl-Heinz Kurras schoss Ohnesorg mit einer Pistole aus kurzer Distanz in den Hinterkopf. Kurras wurde dafür nie verurteilt.

Am 11. April 1968 schoss der Nazi Josef Bachmann vor dem SDS-Büro am Westberliner Kurfürstendamm mit einer Pistole auf **Rudi Dutschke.** Dutschke erlitt lebensgefährliche Gehirnverletzungen und überlebte nur knapp nach einer mehrstündigen Operation. Rudi Dutschke war zu dieser Zeit einer der führenden Köpfe der Studierendenbewegung. Das war ein gezielter **Nazi-Mordanschlag.**

In ihren konsequentesten Teilen richtete sich diese spontane Protestbewegung gegen die Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparats, gegen die demagogische Meinungsmache der bürgerlichen Presse, gegen das kapitalistische Ausbeutungssystem insgesamt. Diese Bewegung stand jedoch unter der Vorherrschaft von kleinbürgerlichen Ideologien und auch der moderne Revisionismus mit seiner 1968 neugegründeten DKP und gestützt auf den revisionistischen Staatsapparat der DDR sowie andere opportunistische Strömungen konnten großen Einfluss gewinnen. Inspiriert vom Vorbild der Roten Garden der **Proletarischen Kulturrevolution in der VR China,** von der **Pariser Mairevolte 1968,** die durch gemeinsames Handeln der Studierendenbewegung und der Bewegung der proletarischen Klasse den kapitalistischen Staat in Frankreich zeitweise in Gefahr brachte, und schließlich vom beginnenden Aufschwung der westdeutschen Bewegung der proletarischen Klasse durch die Welle der sogenannten **„wilden Septemberstreiks“ 1969,** ohne und gegen die Gewerkschaftsführung, fühlten sich die fortschrittlichsten Teile der Jugend- und Studierendenbewegung zu den Kämpfen der proletarischen Klasse und zum wissenschaftlichen Kommunismus hingezogen. Ausgelöst wurden die Kämpfe für höhere Löhne

und gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik durch den Streik auf der „Westfalenhütte“ von Hoesch in Dortmund.

Staatliche Faschisierung ab den 70er Jahren

Als Reaktion auf die Radikalisierung der spontanen Bewegung, der Herausbildung einer sich vor allem an der KP Chinas orientierenden und sich selbst als marxistisch-leninistisch und antirevisionistisch bezeichnenden, mehrere 10.000 Personen umfassenden Bewegung, in deren Organisationen jedoch die Ideologie des modernen Revisionismus weitgehend vorherrschte, ebenso wie bei jenen revolutionären antiimperialistischen Kräften, die sich, isoliert von der proletarischen Klasse und der Studierendenbewegung, in ihrem Kern als „Rote Armee Fraktion“ (RAF) zum bewaffneten Kampf gegen das westdeutsche System entschlossen, wurde **Anfang und Mitte der 70er Jahre** der Apparat der „Inneren Sicherheit“ des westdeutschen Imperialismus in kürzester Zeit um ein Vielfaches verstärkt. Im Vorgehen gegen die militanten Kämpferinnen und Kämpfer der RAF zeigte der westdeutsche Staat, wie er mit seinen Feinden künftig „kurzen Prozess“ machen wird: offene **Erschießungen auf der Straße, Isolationshaft** für revolutionäre Gefangene, schließlich die **„Selbstermordungen“ in den Gefängnissen** (Stammheim 1977).

Die Verschärfung der **„Ausländergesetze“** Mitte der 70er Jahre richtete sich vor allem auch gegen die – beispielsweise beim hauptsächlich von Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei militant geführten **Streik bei Ford in Köln 1973** – besonders kämpferisch auftretenden Arbeiterinnen und Arbeiter aus anderen Ländern und sollte alle Ansätze einer gemeinsamen Kampffront von deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern und denen aus anderen Ländern zerschlagen.

Das Verbot von demokratischen und revolutionären Organisationen aus anderen Ländern in den 70er und 80er Jahren**,** weitgehende Einschränkung jeglicher Demonstrationen, verstärkte Anwendung der reaktionären Berufsverbote im öffentlichen Dienst gegen politisch fortschrittliche Aktive, die verschärfte Kriminalisierung konsequent demokratischer und revolutionärer Kräfte, mörderische Abschiebepraktiken gegen Genossinnen und Genossen aus anderen Ländern, gegen von Imperialismus und Reaktion Verfolgte, die hier Asyl suchen, immer offener staatlich geförderte Terroraktionen von Nazibanden – all dies waren weitere massive Einschränkungen demokratischer Rechte in Westdeutschland.

Seit Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre dienten **westdeutsche Gefängnisse** verstärkt dazu, die bestehenden ersten, kleinen Ansätze des revo-

lutionären Kampfes gegen die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie schon im Keim zu ersticken, indem Revolutionäre, Antifaschisten und Antimilitaristen eingekerkert und mit deutscher Gründlichkeit „behandelt“, in Isolationshaft gesteckt, ja sogar ge„selbstmordet“ werden wie in Stammheim 1977, indem revolutionäre Kämpferinnen und Kämpfer aus anderen Ländern ganz gezielt in die Folterkeller, in die Hände ihrer Mörder in ihren Herkunftsländern abgeschoben werden.

Zur verschärften Verfolgung und Unterdrückung von Revolutionären und konsequenten Demokraten diente **1986 die Neufassung und Ausweitung des Paragrafen 129a.** Schon ein Verdacht reicht aus, Genossinnen und Genossen in Untersuchungshaft zu nehmen; Linke Häftlinge unterliegen automatisch Sonderhaftbedingungen wie Isolationshaft, Kontrolle der Verteidigerpost. Jeder Kontakt, selbst mit Anwälten, kann unterbrochen werden.

Die **Verschärfung des Paragraf 116 im Jahr 1986** stärkte die Wirkung des Aussperrungsterrors der Kapitalisten. Denn künftig sollen indirekt von einem Arbeitskampf Betroffene, sogenannte „kalt“ Ausgesperrte, in der Regel kein Kurzarbeitergeld mehr erhalten. Das ist ein schwerer Angriff nicht nur auf die Kampfbedingungen bei einem Streik, sondern auf die Existenz, die Lebenslage der „kalt“ Ausgesperrten und ihrer Familien. Durch die Neufassung des Paragrafen 116 soll eindeutig die Macht der Kapitalisten gestärkt und ihre Waffe der Massenaussperrung geschärft werden. Die Entsolidarisierung und Spaltung der proletarische Klasse soll mit materiellem Druck vorangetrieben, die Nichtstreikenden sollen gegen die Streikenden aufgehetzt und der gewerkschaftliche Kampf soll insgesamt geschwächt werden.

Ab dem 6. März 1986 kam es zu Streiks von über 1 Million Arbeiterinnen und Arbeiter gegen die Verschärfung des Paragrafen 116. Die Proteste, die klar unter der abwieglerischen Führung der DGB-Vorstände standen, konnten diese Verschärfung allerdings nicht verhindern.

Mit großen Schritten hatte der westdeutsche Imperialismus im Inneren eine Entwicklung forciert, die zwar nach wie vor im Rahmen der bürgerlich-parlamentarischen Republik bleibt, die aber durchaus als Faschisierung eingeschätzt werden muss.

Das Erstarken der Nazibewegung und des Naziterrors bis hin zu Dutzenden von Nazimorden

1959/60 gab es in Westdeutschland in vielen Städten gleichzeitig nazistische judenfeindliche Parolen und Hakenkreuze an den Wänden von Häusern und Synagogen und es wurden Dutzende von jüdischen Friedhöfen zum großen Teil mit Hakenkreuzen geschändet. In dem Zeitraum von Dezember 1959 bis Januar 1960 wurden selbst offiziell fast 500 judenfeindliche Aktionen in ganz Westdeutschland registriert.

Mit Beginn der 70 er Jahre verschärfte sich insbesondere auch der Mordterror der Nazis.

Es kam zu ersten gezielten Nazimorden an jüdischen Menschen. Ganz gezielt wurde am 13. Februar 1970 ein Brandanschlag auf das Altenheim der Israelitischen Kultusgemeinde in München verübt. Durch ihn wurden sieben jüdische Hausbewohner ermordet; alle waren Überlebende des Genozids der Nazifaschisten.

In den 70er Jahren entwickelte sich die nazistische „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG) unter den Augen und mit Unterstützung des westdeutschen Staats zu der gefährlichsten Nazi-Mörderbande. Die WSG wurde 1973 gegründet. Sie existierte bis zu ihrem Verbot 1980. Die WSG trat offen auf und hielt wöchentlich militärische „Manöver“ ab – unter den Augen dieses Staats, mit seiner Billigung und mit hervorragenden Kontakten zur Bundeswehr. Sie hatte etwa 500 Mitglieder und fungierte als Saalschutz bei Naziveranstaltungen der NPD und der DVU. Im Oktober 1980 verübte das WSG-Mitglied Gundolf Köhler einen Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest, bei dem 13 Menschen starben und 200 zum Teil schwer verletzt wurden. Am 19. Dezember 1980 wurden der jüdische Verleger und ehemalige Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde Nürnberg, Shlomo Levin, und seine Lebensgefährtin Frieda Poeschke in Erlangen von Uwe Behrendt, einem Mitglied der WSG, ermordet.

Zwischen 1977 und 1984 verübte die Nazi-Mörderbande „Gruppe Ludwig“ mindestens 14 Morde in Deutschland und Italien. Die Gruppe bestand unter Leitung des deutschen Nazi Wolfgang Abel und dem italienischen Nazi Marco Furlan.

Die Nazibande „Deutsche Aktionsgruppen“ verübte 1980 sieben Anschläge, unter anderem auf Flüchtlingswohnheime und eine Auschwitz-Ausstellung, bei denen zwei Personen verletzt wurden. Die Führung der

Deutschen Aktionsgruppen hatte der Rechtsanwalt und Nazi Manfred Roeder inne.

Tageskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung

In den Jahren 1956 bis 1989 gab es wichtige Tageskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung, die hier kurz vorgestellt werden:

14. Oktober 1956 – 15. Februar 1957: Streik von 34.000 Metallarbeiterinnen und Metallarbeitern in Schleswig-Holstein für die volle **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.** Wichtiges Merkmal dieses Streiks war der fortgesetzte Widerstand gegen die Versprechungen und Druckmaßnahmen von Kapitalisten und Polizei und gegen die mehrmals gestartete Abwiegelei der Gewerkschaftsführung. Mittelbarer Erfolg war, dass einige Jahre später ihre Forderung nach Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall gesetzlich verankert wurde.

September 1969: erste große Welle **von spontanen Streiks ohne und gegen die Gewerkschaftsführung** in der Geschichte des westdeutschen Staates. Ausgelöst wurden die Kämpfe für höhere Löhne und gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik durch den Streik auf der „Westfalenhütte" von Hoesch in Dortmund. Die Septemberstreiks erfassten zwischen dem 2. und 20. September insgesamt 69 bestreikte Betriebe mit 140.000 Streikenden. Fast alle Streiks nahmen die Form der faktischen Betriebsbesetzung an.

24. August – 30. August 1973: Fordstreik in Köln – der bis heute härteste Streik in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Dieser ohne und gegen die Gewerkschaftsführung durchgeführte Streik wurde insbesondere von über 10.000 Arbeitern aus anderen Herkunftsländern getragen, vor allem von Arbeitern aus der Türkei. Der Streik wurde von den Arbeiterbürokraten des Betriebsrats und den Arbeiteraristokraten vereint mit Hunderten von Spitzeln, Zivilpolizisten und der Polizei mit großer Brutalität niedergeschlagen.

Mai – Juli 1984: Streikbewegung unter überwiegender Kontrolle der DGB-Führung für die **35-Stunden-Woche** bei vollem Lohnausgleich. In der Metallindustrie wurde 7 Wochen, in der Druckindustrie sogar 13 Wochen gestreikt. Die Kapitalisten reagierten mit Aussperrungen von über 350.000 Arbeiterinnen und Arbeitern allein aus der Metallindustrie, von denen ca. 147.000 von der Gewerkschaft Unterstützung erhielten. Über

200.000 waren „kalt“ ausgesperrt, in Fabriken, die nicht direkt am Arbeitskampf beteiligt waren. Statt 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wurden nur teilweise Arbeitszeitverkürzungen erreicht und „flexiblere Arbeitszeiten“ festgeschrieben, die für die Kapitalisten je nach „Konjunktur“ vorteilhaft sind.

26. November 1987 – 19. Mai 1988: Der einjährige **Kampf Tausender Stahlarbeiterinnen und -arbeiter in Rheinhausen** gegen die Stilllegung von Krupp und Mannesmann mit Streiks, Demonstrationen, Sprengung einer Aufsichtsratssitzung, Sturm des Aufsichtsratstagungshauses („Villa Hügel“), Besetzung der Krupp-Zentrale, Rheinbrückenblockade etc. war einer der massivsten Kämpfe in Westdeutschland. Nicht nur die unmittelbar betroffenen Arbeiterinnen und Arbeiter, sondern nahezu die gesamte werktätige Bevölkerung des Ortes und der Region führte eine Fülle kämpferischer Aktionen durch. Jedoch gelang es den verschiedenen Arbeiterbürokraten, die Kämpfe putschartig abzuwürgen.

***

Gegen den Vormarsch des westdeutschen Imperialismus in dieser Zeitspanne gab es nur schwache Kämpfe, aber dennoch auch einige bedeutende: die militanten Kämpfe gegen die öffentliche Vereidigung von Bundeswehrrekruten in Bremen 1980, gegen den Bau der Startbahn West bei Frankfurt in den 80er Jahren, den Kampf gegen die atomare „Wiederaufbereitungsanlage“ in Wackersdorf 1986.

Wiederaufrichtung des westdeutschen Imperialismus zur imperialistischen Großmacht

Wirtschaftlich gelang es dem westdeutschen Imperialismus, mithilfe verschärfter Ausbeutungsmethoden und mit Unterstützung vor allem durch den US-Imperialismus ziemlich rasch nach 1945 wieder auf die Beine zu kommen und den Weg der Expansion zu beschreiten.

Zu Beginn der 60er Jahre war Westdeutschland ökonomisch bereits wieder die zweitstärkste Macht unter den westlich-imperialistischen Ländern und die ökonomisch stärkste Macht in Europa geworden, welche mit Kapitalexport, Direktinvestitionen und Krediten sowie anderen neokolonialistischen Machenschaften die Ausbeutung der Masse der Bevölkerung der Welt immer mehr verstärkte. Diese ökonomische Expansion setzte sich danach weiter fort. Hier einige illustrierende Zahlen:

1953 betrug der Anteil Westdeutschlands an der **Industrieproduktion** der kapitalistischen Länder 6,7 Prozent gegenüber Großbritannien mit

10,2 Prozent und den USA mit 51,9 Prozent. 1961 bestritt Westdeutschland bereits 9,2 Prozent der kapitalistischen Weltproduktion (ohne kapitalistisch-revisionistische Staaten) gegenüber Großbritannien mit 9,2 Prozent und den USA mit 44,3 Prozent.

Beim **Warenexport** erreichte der westdeutsche Imperialismus bis Ende der 80er Jahre eine Spitzenposition. 1950 betrug der Anteil Westdeutschlands am Export der kapitalistischen Länder erst 3,5 Prozent gegenüber Großbritannien mit 11 Prozent und den USA mit 18,3 Prozent. 1986 bis 1990 lag der Anteil Westdeutschlands an den Exporten weltweit mit etwa 11 Prozent bis 12 Prozent etwa gleich mit den USA, teilweise auch schon höher. Der Anteil Großbritanniens ist in den 80er Jahren auf ungefähr 5 Prozent zurückgegangen.

Im Zeitraum zwischen 1961 und 1967 lag der Anteil der sogenannten „Auslandsdirektinvestitionen“ (eine Form des **Kapitalexports**) der USA noch bei 61 Prozent, während Westdeutschland nur einen Anteil von 7 Prozent hatte. Deutschland überrundete 1991 Großbritannien und Frankreich, die zuvor größten europäischen Auslandsinvestoren. Anfang der 90er Jahre war der Kapitalexport des deutschen Imperialismus in Form der sogenannten „Auslandsdirektinvestitionen“ gut dreieinhalbmal größer als zu Beginn der 80er Jahre.

Politisch gelang dem westdeutschen Imperialismus seine Aufwertung gerade auch mithilfe der revisionistischen Machthaber der Sowjetunion. Die revisionistische, konterrevolutionäre Entwicklung in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins bedeutete für den westdeutschen Imperialismus in mehrfacher Hinsicht eine massive Unterstützung.

Es war ausgerechnet die Sowjetunion, die den westdeutschen Imperialismus international Schritt für Schritt wieder hoffähig gemacht und ihm unter anderem mit den „Ost-Verträgen“ einen „Persilschein“ ausgestellt hat, so als wäre er nicht der im Kern ungebrochene Nachfolger des deutschen Imperialismus, der über 27 Millionen Sowjetbürger ermordet hat.

Der Verrat der modernen Revisionisten in der SED nach Stalins Tod und die zunehmende Verkommenheit ihrer revisionistisch-kapitalistischen Herrschaft in der DDR ermöglichte dem westdeutschen Imperialismus die systematische ökonomische, politische und ideologische Durchdringung der DDR. Mit Unterstützung der US-amerikanischen, englischen und französischen Imperialisten (deren vor allem militärische Präsenz und Oberhoheit in Westberlin einen bedeutenden Machtfaktor darstellte) und mit Billigung der russischen Sozialimperialisten und der DDR-Revisionisten hatte

sich der westdeutsche Imperialismus Westberlin faktisch schon politisch und ökonomisch einverleibt.

Militärisch betrieben die westdeutschen Imperialisten von Anfang an die **Remilitarisierung** ihres Herrschaftsbereichs, um ihre Politik der Revanche für die Niederlage im Zweiten Weltkrieg auch mit militärischen Mitteln voranzutreiben. Trotz relativ breiter Massenproteste hatten die westdeutschen Imperialisten schon 10 Jahre nach Kriegsende die Wiederaufrüstung durchgesetzt. Der Vorstoß der westdeutschen Imperialisten zu Beginn der 60er Jahre zur offiziellen Atombewaffnung wurde zwar von den anderen Imperialisten gestoppt, doch gingen die deutschen Imperialisten daran, sich faktisch die Verfügungsgewalt von Atomwaffen zu sichern.

In den 60er Jahren war der westdeutsche Imperialismus bereits so weit erstarkt, dass er international auch militärisch wieder massiv auf Expansionskurs ging. Die Bundeswehr errichtete Stützpunkte in anderen Ländern (zum Beispiel 1965 in Beja, Portugal) und führte bereits wenige Jahre nach Gründung der Bundeswehr Auslandseinsätze durch (zum Beispiel bereits 1962 in Marokko unter dem Vorwand der Erdbebenhilfe). In **Mogadischu**, der Hauptstadt von Somalia, wurde schließlich **1977 die erste militärische Operation westdeutscher „Elitetruppen" im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg** mit Erschießung dreier Mitglieder einer judenfeindlichen palästinensischen Gruppe „erfolgreich" durchgeführt, welche durch Entführung eines Flugzeugs die Freilassung von palästinensischen und RAF-Gefangenen erzwingen wollte.

Militärische Einflussnahme erfolgte immer massiver auch über Waffenlieferungen, so insbesondere auch während des zehn Jahre andauernden Kriegs zwischen Iran und Irak ab 1980. In Halabdscha ermordete das Saddam-Regime 5.000 Kurdinnen und Kurden mit Giftgas aus deutscher Produktion.

Ideologisch war der Vormarsch des westdeutschen Imperialismus von Anfang an nicht nur durch Antikommunismus, europäischen Chauvinismus und vor allem deutschen Nationalismus geprägt. Die deutschen Imperialisten waren mit ihrem Versuch gescheitert, sich mithilfe des Nazifaschismus zu „Herren der Welt" zu machen. Zurück blieb ein in dieser Dimension bisher in der Menschheitsgeschichte einmaliges Ausmaß an Gräuel. Für den deutschen Imperialismus war und ist dies ein entscheidendes ideologisches Hindernis bei der Durchsetzung seiner revanchistischen Ziele. Die Politiker und Ideologen der deutschen Bourgeoisie haben deshalb stets systematisch an der Beseitigung dieses ideologischen Hindernisses gearbei-

tet. Sie starteten und starten immer neue und unverschämtere Kampagnen, um das ganze Ausmaß und die Einmaligkeit der Verbrechen des Nazifaschismus systematisch „neu zu bewerten“, sie zu relativieren und überhaupt zu leugnen. Meilensteine auf diesem Weg waren die Rehabilitierung der nazifaschistischen Wehrmacht und der Waffen-SS, die Ehrung der Gräber von SS-Mördern durch höchste Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg 1985.

Nach der Ehrung der SS in Bitburg trat die Judenfeindschaft ungeniert an die Öffentlichkeit. Der damalige Bundeskanzler ehrte am Soldatenfriedhof Bitburg gefallene SS-Männer und im gleichen Atemzug und auf einer Stufe gestellt auch die ermordeten jüdischen Menschen im KZ Bergen-Belsen. Danach hatten auch bürgerliche Medien flächendeckend gegen die jüdischen Demonstranten, die diesen Skandal anprangerten, gehetzt und in einem Ausmaß, das nach 1945 nicht bekannt war, das judenfeindliche Stereotyp von der angeblichen „Macht der Juden“ kolportiert.[37]

Der 1986/87 initiierte sogenannte „Historikerstreit“ zielte vor allem auf die „Neubewertung“, das heißt die Verharmlosung des Genozids der Nazis an der jüdischen Bevölkerung ab und diente der Entfachung einer neuen Welle des Antikommunismus gegen die Sowjetunion zur Zeit Stalins.

So entstand die Situation, in der der westdeutsche Imperialismus zu einer imperialistischen Großmacht, zu einem eigenständigen Kriegsherd wurde und längst nicht mehr, wie direkt nach der Niederlage 1945, wirtschaftlich, politisch und militärisch vor allem von den US-Imperialisten abhängig war.

Mit dem Beginn der direkten Einverleibung der DDR am 9. November 1989 hatte der west/deutsche Imperialismus dann einen bedeutenden Meilenstein auf seinem bereits über vier Jahrzehnte andauernden Weg erreicht, alle Ergebnisse seiner historischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg rückgängig zu machen.

---

[37] Im gleichen Jahr kam es auch von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde zu einer Bühnenbesetzung gegen ein Theaterstück, in dem das Klischee des judenfeindlichen Hetzblatts „Der Stürmer“ über sexbesessene jüdische Spekulanten im Mittelpunkt stand (R. W. Fassbinders: „Der Müll, die Stadt und der Tod“). Es entstand das Phänomen, dass Teile der sich selbst als links verstehende Kulturszene die judenfeindliche Wirkung dieses Stücks entweder nicht wahrhaben wollte oder zu einer Frage der Kunstfreiheit erklärte.

B.

Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus ab 1989

Die deutsche „Wiedervereinigung“ war von vornherein Teil des revanchistischen Programms des westdeutschen Imperialismus, offen formuliert in der alten Präambel des „Grundgesetzes“. Die systematische wirtschaftliche und politisch-ideologische Durchdringung der DDR war Bestandteil dieser Strategie.

Der Verrat der modernen Revisionisten, die zunehmende Verkommenheit der revisionistisch-kapitalistischen Herrschaft in der DDR und die Entwicklung zu einem Polizeistaat haben den Boden für die revanchistische Einverleibungspolitik der westdeutschen Imperialisten bereitet. Die anfänglich hoffnungsvollen Ansätze für eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung hin zum Sozialismus in der SBZ bzw. dann in der DDR wurden durch den sich ausbreitenden Opportunismus in der SED, die nach Stalins Tod völlig im Sog des internationalen Chruschtschow-Revisionismus versank, bald zunichte gemacht.

Die DDR geriet durch die Schuld der SED-Revisionisten in immer größere wirtschaftliche Abhängigkeit von den westdeutschen Imperialisten. Längst bevor „die Mauer fiel“ hatten diese auf die Ökonomie und Politik der DDR einen wesentlichen Einfluss und verfügten „zukunftsorientiert“ über genaue Kenntnisse der Lage.

Die entscheidende äußere Bedingung für die faktische Durchführung der Einverleibung war der sich rasch zuspitzende Bankrott der revisionistisch-kapitalistischen Regimes in Osteuropa gegen Ende der 80er Jahre, vor allem in der Sowjetunion unter Gorbatschow.

Etappen der Einverleibung

Mit der Ermöglichung der Massenflucht von DDR-Bürgern nach Geheimverhandlungen der westdeutschen Imperialisten mit der ungarischen Regierung, beginnend mit dem Abbau der ungarischen Grenzanlagen zu Österreich im Mai und verstärkt durch die Grenzöffnung Ungarns am 11. September 1989, wurde die DDR-Führung massiv unter Druck gesetzt und destabilisiert.

In diffuser „Opposition“ zu dem revisionistisch verkommenen, mit entwürdigenden Methoden arbeitenden Polizeistaat der DDR entstand im Oktober 1989 eine Massenbewegung in der DDR. Unter der Parole „Wir sind das Volk!“ gab es anfänglich möglicherweise eigenständige, auch berech-

tigte Proteste gegen Waffenschiebergeschäfte und Korruption, Momente des Aufbegehrens gegen den verhassten Staatsapparat. Allerdings schwamm diese Bewegung von Anfang an weitgehend im ideologischen Fahrwasser der westdeutschen Imperialisten und ging ihren „Rattenfängern" mehr und mehr auf den Leim. Durch deutsch-nationalistische Parolen konnten die westdeutschen Imperialisten diese Massenbewegung rasch beherrschen und zu ihrem Werkzeug machen.

Mit der Öffnung der Mauer in Berlin ausgerechnet am 9. November 1989, dem Tag des Novemberpogroms von 1938, und der anschließenden Öffnung der Grenzen zu Westdeutschland durch das weitgehend handlungsunfähig gewordene SED-Regime war für die westdeutschen Imperialisten der entscheidende **Durchbruch im Innern** erzielt worden.

Die Massendemonstrationen in der DDR wurden nun von nationalistischen Parolen wie „Wir sind ein Volk!" und „Deutschland – einig Vaterland" beherrscht.

Der entscheidende **Durchbruch auf internationaler Ebene** erfolgte Anfang Februar 1990 nach dem getrennten Besuch von DDR-Ministerpräsident Modrow und BRD-Kanzler Kohl in Moskau durch Gorbatschows Kapitulation vor dem westdeutschen Imperialismus mit seiner Erklärung, dass die Sowjetunion die „Vereinigung der Deutschen" akzeptiere.

Der entscheidende **politisch-ideologische Durchbruch** war erreicht, als sich die SED-Übergangsregierung verpflichtete, sogenannte „freie Wahlen" in der DDR am 18. März 1990 nach westdeutschem Vorbild abzuhalten. Die Weichen wurden damit auf „Anschluss an die BRD" gestellt, und am 18. März ging es eigentlich nur noch darum, welche Partei des westdeutschen Imperialismus die DDR an den westdeutschen Imperialismus übergibt.

Der entscheidende **wirtschaftliche Durchbruch,** basierend auf der systematischen Übereignung der entscheidenden Produktionsmittel an das westdeutsche monopolistische Großkapital, wurde durch das Inkrafttreten der Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli 1990 erreicht. Die Ausdehnung des Währungsbereiches der D-Mark auf ganz Deutschland und die gleichzeitige Einrichtung des staatlichen „Treuhand"-Konzerns waren ebenfalls entscheidend für die finanzielle Unterwerfung und den wirtschaftlichen Ausverkauf der DDR.

Entscheidende Voraussetzung für die staatlich-juristische Annexion der DDR durch den „Einigungsvertrag" am 3. Oktober 1990 war die Unterzeichnung des **„Zwei-plus-vier-Vertrags".** Dieser gab den westdeutschen

Imperialisten unter Umgehung eines Friedensvertrags mit den ehemaligen Alliierten der Anti-Hitler-Koalition und der damit verbundenen Reparationszahlungen den Weg frei zur Erlangung der vollständigen faktischen und formalen Souveränität mit festgelegtem schrittweisem Abzug der sowjetischen und westlichen Truppen und zur systematischen Einverleibung der DDR.

Die Etappe der vollständigen Einverleibung war mit dem weitgehenden Abzug der Truppen anderer imperialistischer Großmächte (abgesehen von einigen Truppenteilen im Rahmen der NATO), der Truppen des russischen Imperialismus bzw. der Truppen der westlichen alliierten imperialistischen Mächte Ende August, Anfang September 1994 und der damit erlangten tatsächlichen und uneingeschränkten staatlichen Souveränität und militärischen Oberhoheit über das gesamte Territorium der ehemaligen DDR und Westberlins vor allem militärisch bis auf einige Details abgeschlossen.

Politische, ökonomische, militärische und ideologische Stärkung des deutschen Imperialismus

Mit dem Erreichen ihres Ziels der vollständigen Einverleibung der DDR und Westberlins konnte die deutsche Bourgeoisie wieder über ganz Deutschland ihre Diktatur ausüben, was auf politischem, ökonomischem, militärischem und ideologischem Gebiet auch für die imperialistische Rivalität um internationale Einflusssphären eine erhebliche Stärkung bedeutete.

Der deutsche Imperialismus hat seine **politische Macht** gestärkt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat er es nach einigen Anläufen geschafft, sein Territorium bis zur Grenze Polens auszuweiten und seinen Staatsapparat, sein politisches Herrschafts- und Betrugssystem planmäßig auf das Gebiet der ehemaligen DDR auszudehnen. Das System der politischen und ideologischen Herrschaft mit Parteien, Parlament, Wahlen und Medienapparat mittels Einverleibung vorhandener Organisationen bzw. durch den Aufbau von Ostfilialen wurde relativ schnell nach westdeutschem Vorbild eingerichtet. Der Staatsapparat der ehemaligen DDR wurde teilweise aufgelöst, umgebaut und in die Befehls- und Hierarchiestruktur des westdeutschen Militär-, Polizei-, Justiz- und Beamtenapparats eingegliedert. Personelle Säuberungen und Ausrichtung nach westdeutschem Vorbild erfolgten vor allem bei den Spitzenpositionen, während der ganze „Mittelbau“ ziemlich problemlos übernommen werden konnte. Diese Charakterlosigkeit – ein für die Einverleibung wichtiger Aspekt – muss auch als Folge der revisionistischen SED-Erziehung erklärt werden, die nie wirklich die typisch deutsche

Staatsverehrung und dumpfe Autoritätsgläubigkeit bekämpft, sondern im Gegenteil in vielerlei Hinsicht kultiviert hat.

Zudem verlief die Einverleibung natürlich auch deshalb so problemlos und glatt, weil es sich ja um keinen „Systemwechsel“ handelte, sondern um die Einvernahme eines pseudosozialistischen kapitalistischen Systems durch ein anderes kapitalistische System.

Der deutsche Imperialismus hat seine **wirtschaftliche Macht** gestärkt. Das westdeutsche monopolistische Großkapital hat die sich in Händen der revisionistischen DDR-Bourgeoisie befindlichen wesentlichen Produktionsmittel unmittelbar an sich gerissen und damit die Verfügungsgewalt über die Industrie und Landwirtschaft und damit das gesamte Wirtschaftspotenzial der ehemaligen DDR erlangt. Die Halbierung der etwa 10 Millionen Arbeitsplätze der ehemaligen DDR bis Mitte der 90er Jahre war ein Kahlschlag, der in diesem Tempo „friedlich“ bisher wohl nirgendwo auf der Erde stattgefunden hat. Der Ausverkauf der profitabelsten Betriebe an die Großbanken und Konzerne bzw. die Stilllegung der unprofitablen Teile – zumindest wurden sie als Konkurrenten ausgeschaltet – erfolgte Zug um Zug mithilfe der staatlichen „Treuhandanstalt“. Am 1. Juli 1990 verfügte die „Treuhandanstalt“ über etwa 8.500 Betriebe mit mehr als 4 Millionen Beschäftigten. Insgesamt „verwaltete“ die „Treuhandanstalt“ Geld und Kapital mit einem Wert von etwa 600 Milliarden DM.

Dadurch ergaben sich enorme Möglichkeiten der profitbringenden Kapitalanlage, der effektiveren und planmäßigeren Ausbeutung der Werktätigen der ehemaligen DDR, deren durchschnittliche Bruttolöhne erheblich unter westdeutschem Lohnniveau lagen. Hinzukamen die Anstrengungen der deutschen Imperialisten, die nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens in der damaligen SBZ von 1945 bis 1949 durchgeführten Enteignungen von Junkern und Naziverbrechern mittels Milliardenentschädigung wieder rückgängig zu machen.

Die Einverleibung der DDR und Westberlins erleichterten auch die Ausplünderung und Unterdrückung der Bevölkerung anderer Länder. Durch Ausnutzung der Wirtschaftsbeziehungen der ehemaligen DDR, vor allem zu den ehemaligen revisionistischen Ländern des „Ostblocks“, wuchsen die Möglichkeiten der deutschen Imperialisten, in andere Länder vorzudringen bzw. ihre bereits erreichten Positionen auszubauen. Dadurch gingen sie auch gestärkt in den internationalen Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte, insbesondere gegen den US-Imperialismus, aber auch gegen den russischen, japanischen, englischen und französischen

Imperialismus. Auch erlangten sie Vorteile beim Kampf um die Vorherrschaft in der Europäischen Union in der Konkurrenz insbesondere mit den englischen und französischen Imperialisten.

Die Einverleibung der DDR und Westberlins hat auch die **militärische Macht** des deutschen Imperialismus gestärkt. Die Bundeswehr wurde auf dem Gebiet der DDR durch den Abzug der Truppen der ehemaligen Sowjetunion alleinige Militärmacht. Die Stellung der Bundeswehr wurde auch militärisch durch den Abzug der westlichen alliierten Siegermächte aus Westdeutschland und Westberlin – trotz des Verbleibs einiger Truppenteile im Rahmen der NATO – in ganz Deutschland gestärkt. Der deutsche Imperialismus hat nicht nur die Befehlsgewalt und das Aufmarschgebiet der Bundeswehr bis an die deutsch-polnische Grenze ausgedehnt, sich nicht nur die ehemaligen NVA-Truppen untergeordnet und sich deren militärische Einrichtungen und Bewaffnung angeeignet. Vor allem kann er heute mit gewachsener Stärke die Bevölkerung anderer Länder noch massiver mit neuen Kriegen bedrohen und die anderen imperialistischen Großmächte im Kampf um Einflusssphären militärisch herausfordern: Der deutsche Imperialismus führt heute bereits offen weltweit militärische Einsätze durch und bereitet sich auf längere lokale Kriege und auch auf Kriege gegen die anderen imperialistischen Großmächte vor.

Aus der Einverleibung der DDR und Westberlins hat der deutsche Imperialismus auch enormen **ideologischen Gewinn** gezogen. Nach dem Abzug aller Armee-Einheiten der ehemaligen Sowjetunion und dem Abzug der anderen alliierten Siegermächte des Zweiten Weltkriegs konnte der deutsche Imperialismus in der Pose des **„Siegers der Nachkriegsgeschichte“** auftreten. Ihm war es gelungen, die volle Souveränität über ganz Deutschland wiederzuerringen, ohne einen Friedensvertrag abschließen zu müssen, mit all den damit verbundenen berechtigten Forderungen nach größtmöglichem Ausgleich für die Naziverbrechen in anderen Ländern. Das jahrzehntelange revanchistische Getrommel der westdeutschen Imperialisten, das Offenhalten der „deutschen Frage“ erhielt seine praktische Bestätigung. Dieser Erfolg stützt die Fortsetzung der revanchistischen Propaganda und Politik als wesentliche Basis, um die werktätige Bevölkerung an die kriegstreiberische Expansionspolitik der deutschen Imperialisten für ihre weitergehenden Ziele zu binden.

Dabei hat der Bankrott des revisionistischen Herrschaftssystems in der DDR und der anderen osteuropäischen Staaten als angeblich praktischer Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus über den Sozialismus zu-

sätzliche Munition für die Propaganda des Antikommunismus geliefert. Dieser Bankrott wird zudem erfolgreich benutzt, um die antifaschistisch-demokratische Entwicklung in der SBZ und in den ersten Jahren der DDR als ungerecht, diktatorisch und verbrecherisch zu verleumden und die Revision der Nachkriegsgeschichte voranzutreiben.

Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die „deutsche Einheit" durchgesetzt wurde, demonstriert, welches **Potenzial des deutschen Nationalismus** sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „links-fortschrittliche" Kreise. Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation" wurde eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistische Pogromstimmung geschürt, die in den pogromartigen Aktionen von Hoyerswerda, Rostock und Mannheim-Schönau, den Nazi-Morden in Mölln und Solingen gipfelte. Die nationalistische und rassistische Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch" bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind quasi alltäglich geworden.

Der deutsche Imperialismus hat 1990 mit dem „Zwei-plus-vier-Vertrag" den Abschluss eines auf dem Potsdamer Abkommen beruhenden Friedensvertrages umgangen

Mit dem zwischen den vier alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs einerseits, Westdeutschland und der DDR andererseits im September 1990 abgeschlossenen sogenannten „Zwei-plus-vier-Vertrag" wurde nicht nur der Abschluss eines Friedensvertrages sabotiert, sondern das vom deutschen Imperialismus stets als „Schmach" empfundene, da von den Siegern des Zweiten Weltkriegs diktierte Potsdamer Abkommen endgültig beiseitegeschoben.

Im „Zwei-plus-vier-Vertrag" wurden sämtliche Rechte, Verantwortlichkeiten und Abkommen der vier Siegermächte außer Kraft gesetzt, noch verbliebene Beschränkungen in militärischer Hinsicht (zum Beispiel die Tonnagebeschränkung beim Kriegsschiffbau, der Verzicht auf den Bau von Langstreckenbombern) aufgehoben. Nach den Bestimmungen des „Zwei-plus-vier-Vertrags" durften auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Westberlins nicht mehr die Truppen der Siegermächte als solche stationiert werden.

Der „Zwei-plus-vier-Vertrag" enthält keinerlei Anerkennung der Unveränderbarkeit der Grenzen zu seinen Nachbarstaaten, insbesondere nicht der

Oder-Neiße-Grenze als gerechte Westgrenze Polens. Er enthält keinerlei Verpflichtung zu Reparationsleistungen gegenüber den vom Nazifaschismus überfallenen Ländern und zur Entschädigung der Opfer des Nazifaschismus. Frühere vertragliche Verpflichtungen zur Entschädigung wurden außer Kraft gesetzt.

Das Kriegs- und Rüstungspotential des deutschen Imperialismus

Besonders wichtig war und ist der Aufbau einer eigenständigen **Rüstungsindustrie,** mit deren Hilfe der deutsche Imperialismus sich selbstständig mit den modernsten Waffen ausrüstet. Gegen die illusionistische Propaganda über einen angeblich existierenden separaten „militärisch-industriellen Komplex" im Unterschied zu dem angeblich daneben bestehenden „nichtmilitärischen", also „friedlichen" „industriellen Komplex" des deutschen Imperialismus, muss als wesentlich betont werden, dass die deutsche Bourgeoisie stets darauf bedacht war und ist, die gesamte Produktion sehr schnell auf Kriegsproduktion umstellen zu können und die gesamten Industrieanlagen von vornherein auf diese Umstellung hin aufzubauen.

Der deutsche Imperialismus unterstützt reaktionäre Regimes überall auf der Welt mit Waffen, Militärberatern und Ausbildungsprogrammen. Der deutsche Imperialismus ist heute der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Mit dem Rüstungsexport werden auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, um die Armeen kleinerer „verbündeter" Länder im Kriegsfall reibungslos in die militärische Planung der Bundeswehr einzugliedern.

Eine wichtige Rolle für das Kriegspotenzial des deutschen Imperialismus spielt die Frage der Atomwaffen. Die auf die Benutzung von Atomwaffen ausgelegte Bundeswehr, der jederzeitige Zugriff auf Uran, die Ausbaufähigkeit des sogenannten „Atomprogramms zur friedlichen Nutzung der Kernenergie" für die Atomwaffenproduktion, die führende Rolle bei der Entwicklung der atomaren Bewaffnung Pakistans, Südafrikas, Argentiniens, Indiens, Brasiliens u. a. m., die frühere Erprobung verschiedener Träger für Atomraketen in Zaire oder in Argentinien zeigen, dass der deutsche Imperialismus die faktische **Verfügungsgewalt über Atomwaffen** besitzt. Daran ändert auch nichts, dass aus Gründen politischer Opportunität dies offiziell nicht zugegeben wird. Daran ändert auch der verkündete „Ausstieg" aus der Energiegewinnung durch Kernenergie nichts, da immer noch genug Zugriffsmöglichkeiten auf die benötigten Technologien vorhanden sind. Es bleibt das Ziel des deutschen Imperialismus, auch offiziell

„Atommacht“ zu werden, Atomwaffen zu besitzen, alle dem noch entgegenstehenden rechtlichen Bestimmungen und Verträge aufzuheben.

Ein weiterer Bestandteil des Kriegspotenzials des deutschen Imperialismus ist die Tatsache, dass die **Militarisierung das gesamte öffentliche Leben durchdringt.**

Die Militarisierung macht sich fest an der allseitigen Vorbereitung der werktätigen Massen auf ihre künftige Verwendung als Kanonenfutter durch das Schüren von deutschem Nationalismus und Rassismus, durch das Schüren des Revanchegeschreis nach „Heimholung der verlorenen Ostgebiete“ und die Aktivierung der deutschen Ideologie, durch Staatsgläubigkeit, Untertanengeist und Kadavergehorsam, durch die Rechtfertigung der Kriegsverbrechen des deutschen Nazifaschismus im Zweiten Weltkrieg, durch die Propagierung der Bundeswehr als „Schule der Nation“, durch verstärkte Militarisierung der Betriebe und Schulen, durch die Vorbereitung von Krankenhäusern, Justiz und allgemeiner Verwaltung auf den „Ernstfall“ des Krieges, durch „Luftschutzübungen“ und Probealarm etc.

Der deutsche Imperialismus versucht auch in jeder anderen Hinsicht, sich bestens auf die Kriegsführung nach innen und außen vorzubereiten: Mit „Zivilschutz und Katastrophenplänen“, mit denen die Bevölkerung im Kriegsfall den ihr zugedachten Marschbefehl erhält und zum Beispiel durch Beschlagnahme kriegsrelevante Transportmittel zur Verfügung stehen; mit „Notstandsgesetzen“, die ganz „legal“ die sogenannten „bürgerlich-demokratischen Freiheiten“ außer Kraft setzen. In diesen Plänen ist das sog. „Technische Hilfswerk“ und andere ähnliche Organisationen fester Bestandteil.

Der deutsche Imperialismus heute hatte nach 1945 viele Jahrzehnte damit zu kämpfen, dass das Selbstbildnis, das Konstrukt des „deutschen heldischen Soldaten“ ja nun nach dem 8. Mai 1945 schwer angeschlagen, aber eben nicht vernichtet war.

In den letzten Jahrzehnten wurde ein ganzer Apparat – von Werbeagenturen bis zu den Jugendoffizieren der Bundeswehr, die in Schulen herumtingeln – ausgebaut, um wie auch auf anderen Gebieten eine Doppelstrategie zu fahren: Es wurde eine angebliche ganz neue Bundeswehr präsentiert, mit dem Image von liebevollen Sozialarbeitern, die nichts wollen als helfen, helfen und nochmals helfen, wenn sie in anderen Ländern stationiert sind. Gleichzeitig wurde, mal vorsichtiger, mal nicht so vorsichtig, die Entfaltung der Tradition des deutschen Soldaten, einzelner Abteilungen der Naziarmee und ihrer angeblichen Heldentaten betrieben und es wurden

bewusst Symbole und Traditionen der Naziarmee gepflegt. Dabei wird auch, anknüpfend an die Nazipropaganda, auf heutigem Niveau die Faszination von Technik, gigantischen Waffensystemen, computergesteuerten Mordmaschinen genutzt, um insbesondere Jugendlichen – angesichts von Erwerbslosigkeit nicht ohne Erfolg – an die Bundeswehr, an Kriegseinsätze, an den deutschen Militarismus heranzuführen und sie dafür zu gewinnen.

Vom ersten direkten Kriegseinsatz der Bundeswehr nach 1945 im September 1995 zur Schaffung eines Systems von Militärstützpunkten und Militäreinsätzen in allen Erdteilen

Die Bundeswehr ist immer offener auch außerhalb der Grenzen der BRD „aktiv". Die Bundeswehr führt seit Jahrzehnten Militärmanöver in vielen Regionen der Welt durch, sie übt den Krieg und bereitet sich so systematisch auf lokale und weltweite imperialistische Eroberungskriege zwecks Neuaufteilung der Welt vor. Sie baut ihre Militärstützpunkte aus, ob im Rahmen der NATO oder unabhängig davon. Während weltweite Einsätze der Bundeswehr früher verdeckt und verschleiert durchgeführt worden sind, nehmen die Operationen der Bundeswehr besonders seit 1990 immer unverhohlener den Charakter offener Kriegseinsätze an.

Am **1. September 1995,** dem Jahrestag des Nazi-Überfalls auf Polen, 50 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, ist **der erste direkte und offene Kriegseinsatz der Bundeswehr** Realität geworden. Mit Raketen bestückte Tornado-Jagdbomber, mindestens 2.000 Soldaten, darunter Fallschirmspringer und Pioniereinheiten, ein Schnellbootverband und Minenabwehreinheiten waren direkt an den tagelangen mörderischen Luftangriffen der NATO-Truppen in Exjugoslawien beteiligt.

1999 beteiligte sich die Bundeswehr an dem ohne den Deckmantel eines UNO-Mandats durchgeführten imperialistischen **Angriffskrieg gegen Jugoslawien.**

Folge dieses mit Lügenmärchen begründeten imperialistischen Kriegs war die Besetzung Kosovas durch sogenannte KFOR-Truppen mit maßgeblicher Beteiligung der Bundeswehr ab Juni 1999 bis heute, die Einführung der D-Mark als offizielle Währung, die Vertreibung von 160.000 Menschen der serbischen Bevölkerung und mit ca. 75.000 Personen die Hälfte aller Roma, deren Häuser angezündet und geplündert wurden.

In Bosnien und Kosova waren und sind inzwischen langfristig Bundeswehreinheiten stationiert, um die Interessen des deutschen Impe-

rialismus notfalls auch mit dem direkten mörderischen Einsatz der Bundeswehrtruppen auf dem Gebiet ExJugoslawiens durchzusetzen.

Infolge des weltweiten Vorpreschens aller imperialistischen Großmächte nach dem 11. September 2001 stellt der **Angriffskrieg** vor allem des US-amerikanischen und englischen Imperialismus **gegen Afghanistan 2001/2002** und im Zusammenhang damit der am 16. November 2001 vom Deutschen Bundestag gefasste „Ermächtigungsbeschluss", der die offizielle Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr auf alle Teile der Welt bedeutet, eine weitere Stufe der militärischen Expansion und der weltweiten Kriegsvorbereitung des deutschen Imperialismus dar.

Im Juli 2006 startete der deutsche Imperialismus seinen größten Militäreinsatz in Afrika seit 1945 mit fast 800 Soldaten im **Kongo,** die dort mehrere Monate „im Einsatz" waren. Dieser Militäreinsatz ermöglichte es dem deutschen Imperialismus, seine Großmachtinteressen in Zentralafrika zu fixieren, militärische Präsenz zu zeigen, um seinen ökonomischen und politischen Einfluss im Kongo und insgesamt in Zentralafrika gegenüber seinen imperialistischen Gegnern auszubauen und abzusichern. Der Kongo und Zentralafrika insgesamt gehören zu den rohstoffreichsten Gegenden der Welt und insofern sind das Gebiete, wo sich die Widersprüche zwischen den imperialistischen Großmächten massiv verschärfen.

Bei dem **von der Bundeswehr in Afghanistan veranlassten Massaker** wurden am 4. September 2009 mindestens 140 Menschen ermordet und viele zum Teil schwer verletzt. Ein solches direkt durch das deutsche Militär veranlasste Bombardement mit einer so hohen Opferzahl an Zivilisten stellt eine neue Dimension in der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus nach 1945 dar. Der damals befehlshabende Oberst Klein wurde 2013 zum Brigadeoffizier befördert. Dieses Massaker diente und dient auch als Drohung für zukünftige Bundeswehreinsätze gegenüber der Bevölkerung der vom deutschen Imperialismus besetzten Länder.

In den letzten 20 Jahren hat sich ein System von Militärstützpunkten und Militäreinsätzen in allen Erdteilen mit einer sich oft verändernden Anzahl von Soldaten herausgebildet, wodurch das Ziel verfolgt wird, in jeder Hinsicht einsatzbereit und schlagkräftig in allen Teilen der Welt eingreifen zu können.

Insbesondere ab der Jahrtausendwende hat die Bundeswehr mehr als 7.000 Soldaten in anderen Ländern stationiert und in verschiedenen Ländern Militärstützpunkte aufgebaut, insbesondere in Afghanistan (über 2.000 Soldaten), in Kosova (ca. 4.000 Soldaten), in Bosnien und Herzegowina

(über 1.000 Soldaten), aber auch in Usbekistan (300 Soldaten) oder am Horn von Afrika (300 Soldaten). 2006 gelang es dem deutschen Imperialismus nach dem Libanonkrieg im Rahmen einer UN-Mission, 2.400 deutsche Soldaten mit Fregatten, Schnellbooten und Versorgungsschiffen vor die libanesische Küste zu schicken. Seit 2008 sind vor Somalia bis zu 1.400 Soldaten auf Kriegsschiffen eingesetzt, um internationale Seerouten für den deutschen Imperialismus abzusichern.

Mithilfe der NATO-Osterweiterung dringt der deutsche Imperialismus militärisch in die osteuropäischen Länder vor. Alle osteuropäischen und alle baltischen Länder sind inzwischen NATO-Mitglied. Somit sind an den Staatsgrenzen des russischen Imperialismus Truppen der westlichen Imperialisten stationiert, insbesondere in den baltischen Ländern und in Polen vor allem Truppen des US-Imperialismus, aber auch zunehmend solche der Bundeswehr.

Durch das Rotationsprinzip unter den Truppen wurden insgesamt 60.000 Soldatinnen und Soldaten für den Auslandseinsatz verplant und gebunden.

Die **Bundeswehr** ist eine der stärksten Armeen der NATO. Sie kann in kürzester Frist im Bedarfsfall über 2 Millionen Reservisten mobilisieren und verfügt über ca. 70.000 hochspezialisierte, elitemäßig ausgebildete Soldatinnen und Soldaten der Eingreiftruppen für den blitzschnellen Einsatz. Der Militärische Abwehrdienst (MAD) ist Teil der Bundeswehr. Seine Aufgaben sind offiziell Spionage- und Sabotageabwehr und die Bespitzelung der Soldatinnen und Soldaten und der eigenen Bevölkerung überhaupt. Ähnliche Aufgaben hat der Bundesnachrichtendienst (BND). Dessen Führung liegt ebenfalls in der Hand von Generälen der Bundeswehr. Bestandteile der Kriegsmaschinerie in Deutschland sind längst auch alle möglichen militärischen und paramilitärischen Verbände, von der Polizei über die Bundespolizei, Elitetruppen wie die GSG 9 bis hin zu Werkschutzabteilungen, Sicherheitsdiensten, Technisches Hilfswerk und diverse „Hilfsorganisationen (wie Rotes Kreuz usw.), die fest in die Pläne der deutschen Militaristen eingebunden sind. Die Bundeswehr wurde weiter zur **hochmobilen imperialistischen Interventionsarmee** umgerüstet. Bis 2010 hatte die Bundeswehr den Aufbau einer sogenannten „Schnellen Eingreiftruppe“ mit bis zu 70.000 Soldatinnen und Soldaten abgeschlossen.

Jahrelange Kriegseinsätze wie in Afghanistan dienen der Erprobung der Bundeswehrtruppen und der Waffen des deutschen Imperialismus. Dazu gehören Massaker an Zivilisten wie bei dem von der Bundeswehr in Af-

ghanistan veranlassten Massaker am 4. September 2009 sowie Dutzende von militärischen Einsätzen der KSK-Einheiten in Afghanistan.

Deutschland ist nach wie vor der drittgrößte Rüstungsexporteur weltweit und ist auch dadurch in der Lage, seine Waffensysteme im „Ernstfall" zu testen und zu erproben.

Die Kriegsvorbereitung der deutschen Imperialisten besteht keinesfalls nur aus militärischer Vorbereitung und aus Kriegseinsätzen. Es geht ihnen vor allem auch darum, die Bevölkerung auf die mehrfache Rolle der Bundeswehr vorzubereiten. Dabei sollen die mit großem Propagandaaufwand geführten Debatten über UN-„Blauhelm"-Einsätze innerhalb und außerhalb der NATO-„Verteidigungsgrenzen" die Bevölkerung „psychologisch" auf den „Ernstfall" einstimmen und an den weltweiten Einsatz der deutschen Militärmaschinerie gewöhnen. Dazu bedienen sich die Propagandisten des deutschen Imperialismus einer ganzen Reihe von demagogischen Betrugsmanövern, um hinter harmlos klingenden Schlagwörtern wie „deutsche Verantwortung", „humanitäre Hilfe" und „Gleichberechtigung" mit den anderen Großmächten ihre wirklichen Ziele zu verbergen.

Antimilitaristische Kämpfe

Gegen diesen massiven Vormarsch der deutschen Imperialismus gab es nur sehr schwache Kämpfe.

In den Jahren unmittelbar nach der Einverleibung der DDR sind zu nennen die Besetzung von für den Export nach Indonesien bestimmte Kriegsschiffen in Peenemünde (Ex-DDR) 1993 sowie die Demonstration und die militanten Kämpfe gegen die Einheitsfeier am 3. Oktober 1994 in Bremen. Die Kämpfenden stellten trotz brutalem Polizeiterror klar, dass es eine militante Kraft in Deutschland gibt, die nicht bereit ist, dem deutschen Imperialismus auch noch Beifall zu klatschen, wenn dieser nach fünf Jahren Einverleibung der DDR und Westberlins Raub und Betrug feiern lassen will.

In den Folgejahren gab es auch gegen den imperialistischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999, gegen Vereidigungsfeiern der Bundeswehr, gegen die jährlichen Zusammenkünfte von Vertretern der imperialistischen Kriegstreiber in München eine Reihe von fortschrittlichen Aktionen.

Gegen den Irakkrieg 2003 entwickelte sich auch in Deutschland eine Antikriegsbewegung, die insbesondere davon gekennzeichnet war, dass Zehntausende Jugendliche, zumeist Schülerinnen und Schüler, auf die Straße gingen und protestierten. Es gab auch einzelne Streikaktionen in Betrieben,

Aktionen gegen Truppentransporte, die für den Einsatz im Irakkrieg bestimmt waren, sowie Blockaden vor Bundeswehrstützpunkten.

Werkzeuge des deutschen Imperialismus in anderen Ländern

Der deutsche Imperialismus beherrscht ebenso wie seine imperialistischen Konkurrenten sehr gut die Methode, sich im feindlichen Einflussgebiet anderer imperialistischer Großmächte Verbündete, Unterstützer und Söldner zu organisieren.

So unterschiedlich die historischen Bezüge, die Mittel und Methoden auch sind, es geht darum, dass eine Hauptmethode des deutschen Imperialismus zur Vorbereitung und Durchführung imperialistischer lokaler Kriege und großer imperialistischer Kriege darin besteht, sich maximal mit oder ohne historische Bezüge Kräfte zu sichern, sei es politisch, sei es ideologisch, sei es als Informanten, sei es auch militärisch als Söldner in anderen Ländern und dabei zu versuchen, mit Attacken auf andere imperialistische Großmächte den eigenen imperialistischen Aktivitäten zumindest in vielen Fällen den Anstrich von Fortschritt und Demokratie zu geben.

Die konkreten Kontakte, Mittel und Methoden sind oft, wenn auch nicht immer, historisch gewachsene Verbindungen, wie insbesondere die Geschichte des Nazifaschismus zeigt. Bis heute werden die Nazi-Kollaborateure aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs von ihren Herren entlohnt und gewürdigt, bis heute werden diese Traditionen mal offen, mal verdeckt gepflegt und genutzt – in den verschiedensten Ländern. Hier einige besonders wichtige Beispiele.

Nach Zahlen des deutschen Imperialismus leben heute ca. 350.000 sich als „deutschstämmig“ verstehende Menschen in **Polen,** die auch heute wieder zum großen Teil in vom deutschen Imperialismus finanzierten „Vereinen“ oder „Freundschaftskreisen“ organisiert sind, wie zum Beispiel der „Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen“, der Dachorganisation für „Auslandsdeutsche“ in Polen, der über 200.000 Mitglieder hat, oder auch der „Bund der Vertriebenen“. Die meisten „Auslandsdeutschen“ in Polen wohnen heute im sogenannten oberschlesischen Gebiet.

In **Tschechien** leben heute mehrere zehntausend „Auslandsdeutsche“, die zum großen Teil in eigenen, vom deutschen Imperialismus kontrollierten Organisationen wie dem „Bund der Vertriebenen“ organisiert sind.

In der **Ukraine** setzen die deutschen Imperialisten zurzeit auf das reaktionäre Bündnis der ukrainischen pronazistischen Swoboda-Faschisten, die

in der Tradition der OUN-Faschisten stehen, die während des Zweiten Weltkriegs mit den Nazis kollaboriert haben, und anderer pronazistischer Gruppen, der „Klitschko"-Partei und anderer pro-EU-Kräfte – und das mit Erfolg. Die Swoboda-Faschisten sowie andere prodeutsche Kräfte sitzen in der ukrainischen Regierung, nazistische bewaffnete Kräfte sind Teil der ukrainischen Armee geworden und kämpfen gegen die konkurrierenden reaktionären Kräfte im Osten der Ukraine, die vom russischen Imperialismus unterstützt werden. Wichtige Teile der ukrainischen Armee mit deutlich nazifaschistischer Ausprägung sind inzwischen eine Art Söldnertruppe des deutschen Imperialismus.

Reaktionäre und faschistische Organisationen und Söldnerarmeen wie die palästinensische Organisation **Hamas,** die **Hisbollah** und auch der **„Islamische Staat" (IS)** erhalten durch vom Imperialismus abhängige Staaten wie Iran, Saudi-Arabien oder Katar ihren Sold, wobei zum Teil auch der deutsche Imperialismus großen Einfluss hat. Sie bekommen aber auch ohne diese Vermittlung Zuwendungen, sei es indirekt über die EU, sei es direkt über den deutschen Imperialismus. Der Kampf um Einfluss auf diese Söldnerarmeen und ihre Steuerung ist zwischen den imperialistischen Großmächten in vollem Gange und der deutsche Imperialismus hat in diesem Kampf gute Karten, weil er dabei unter anderem auf seine „alten Kontakte" aus der Nazizeit bauen kann.

Seit dem Krieg gegen den IS ist zu beobachten, wie der deutsche Imperialismus im **Irak** mithilfe kurdischer reaktionärer Kräfte Söldnertruppen aufbaut, diese finanziell und militärisch unterstützt – nicht zuletzt, um auch ein Kampfmittel gegen die fortschrittliche kurdische Befreiungsbewegung in der Hand zu haben. Außerdem kämpft der deutsche Imperialismus mit den anderen imperialistischen Großmächten um Einfluss auf diverse **Söldnerarmeen im Nahen Osten.**

Ein weiterer wichtiger Faktor für den Vormarsch des deutschen Imperialismus in anderen Ländern besteht darin, systematisch mithilfe einer ganzen Reihe von Instrumenten (Kulturinstitutionen wie dem Goethe-Institut oder dem Verein für Deutsche Kulturbeziehungen im Ausland, mit Militärberatern, mit Polizei und Geheimdiensten, mit Ausbildern, Stiftungen, Wirtschaftsinstitutionen und so weiter) in anderen Ländern, vor allem im Einflussbereich anderer imperialistischen Großmächte, sich eine Schar von Helfern heranzuziehen, die in vielfältiger Weise bis hin zur Unterstützung militärischer Operationen in diesen Ländern sozusagen Agenten des deutschen Imperialismus sind. Auch dieses Vorgehen hat eine lange Geschich-

te, deren Bedeutung und Umfang während des Naziangriffs auf die Länder Europas und ihrer Okkupation deutlich wurde.

Zunehmende Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfung der staatlichen Faschisierung in Deutschland

Seit Anfang der 90er Jahre haben die deutschen Imperialisten die schon jahrzehntelang vorangetriebene Einschränkung demokratischer Rechte und die staatliche Faschisierung weiter verschärft.

Auf dem Boden der nationalistischen Stimmung im Zuge der Einverleibung der DDR wurde eine noch nicht dagewesene Pogromstimmung in Teilen der Bevölkerung gegen Menschen aus anderen Ländern geschürt, um unterdrückerische Gesetze, Verbote und mörderische Praktiken in einem bisher nicht gekannten Ausmaß reibungsloser durchzusetzen.

Die rassistischen Sondergesetze gegen „Ausländer" wurden verschärft und das **„Asylrecht" wurde weitgehend abgeschafft** und entsprechend im „Grundgesetz" verankert (Artikel 16a). „Illegale" werden systematisch kriminalisiert, Flüchtlinge vielfach misshandelt bis hin zu Polizeimorden. Der Abschiebe- und Abschottungsterror ist deutsche Staatspolitik.[38]

Die **verschärfte staatliche Unterdrückung, besonders von demokratischen und revolutionären Organisationen aus anderen Ländern,** kulminierte 1993 im Verbot der PKK und weiterer kurdischer Organisationen, der gewaltsamen Unterdrückung fast jeder Veranstaltung zum kurdischen Befreiungskampf, der massenhaften Verhaftung kurdischer Kämpferinnen und Kämpfer und der exemplarischen Bestrafung Einzelner mit mehreren Jahren Gefängnis oder deren Auslieferung an die Henker des türkischen Regimes.

Der Staat des deutschen Imperialismus verschärfte auch unmittelbar die Unterdrückung fast jeder demokratischen, gegen seine Institutionen oder Terrorpraktiken gerichteten Aktion. Verbote von Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen und Veranstaltungen, Massenverhaftungen und gerichtliche Aburteilung wurden zum Alltag.

Der deutsche Staatsapparat betreibt die **Kriminalisierung des konsequenten demokratischen, antinazistischen bzw. revolutionären Widerstands** und stempelt dessen Organisationen als „terroristische Vereinigun-

[38] Zum mörderischen Programm des deutschen Imperialismus gegen Flüchtlinge bis 2015 siehe genauer den nächsten Abschnitt.

gen“ ab, während er gleichzeitig nahezu wöchentlich Naziaufmärsche schützt.

Dieser Polizeiterror richtete sich insbesondere gegen die Anti-Nazi-Bewegung. Demonstrationen wurden eingekesselt, es gab Massenverhaftungen, Anti-Nazi-Demonstrationen wurden gefilmt, während gleichzeitig stets das berüchtigte „Vermummungsverbot“ notfalls mit Polizeigewalt durchgesetzt wurde, erkennungsdienstliche Behandlungen zur Registrierung der Nazi-Gegner wurden durchgeführt. Ganze Organisationen und Zusammenhänge wurden und werden kriminalisiert, wie zum Beispiel die Antifa M in Göttingen oder die Antifa Passau 1998.

Hinzu kamen Verbote von demokratischen und revolutionären Presseorganen. Ihre wirklichen oder vermeintlichen Herausgeber wurden verhaftet, mit Prozessen bedroht und oftmals zu hohen Haftstrafen verurteilt, was dazu diente, insgesamt eine Atmosphäre der Einschüchterung zu erzeugen und auch die letzten Reste der noch vorhandenen bürgerlich-demokratischen „Pressefreiheit“ immer weiter auszuhöhlen und einzuschränken.

Unter dem Vorwand der „Bekämpfung des organisierten Verbrechens“ wurden **die legalen Möglichkeiten der Verfolgung und Unterdrückung demokratischer und revolutionärer Kräfte erheblich ausgeweitet:** Zu nennen sind Einschränkungen der Rechte von Angeklagten im Strafprozess, die Legalisierung des „großen Lauschangriffs“, die Abschaffung der offiziellen Trennung von Geheimdienst und Polizeiapparat sowie Gesetze zur engeren Zusammenarbeit von Polizei, BGS und Bundeswehr.

Im Windschatten des 11. September 2001 nutzte der Staat des deutschen Imperialismus die Gelegenheit, längst vorbereitete **Gesetzesverschärfungen und Maßnahmen zur staatlichen Überwachung und Repression** ohne nennenswerten Widerstand durchzupeitschen. Mit der Ergänzung des Paragrafen 129 um einen weiteren Absatz (Paragraf 129b) wurde die Kriminalisierung demokratischer und revolutionärer Kräfte auf die Mitgliedschaft und Unterstützung sogenannter „internationaler terroristischer Organisationen“ ausgedehnt.

Als ein weiterer Aspekt der zunehmenden Faschisierung in Deutschland ist festzuhalten, dass von Politikern und Ideologen des deutschen **Imperialismus immer offener dafür plädiert wurde, „im Bedarfsfall“ zu foltern, um Aussagen herauszupressen.** Das reichte vom offiziellen direkten Androhen und konkreten Vorbereitungen von Foltermaßnahmen im Frankfurter Polizeipräsidium Anfang 2003, die auf eine erschreckend breite Zustimmung gestoßen sind, bis zum offenen Eintreten für die Anwendung von

Folter „im Kampf gegen den Terror“ durch einen Professor der Hochschule der Bundeswehr oder auch den PDL-Politiker Lafontaine.

Die deutschen Imperialisten benutzten zunehmend ihren Justizapparat, um Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter schon im Keim zu ersticken oder abzuwürgen. Dazu zählen Verbote von Streiks wie beim Streik der Eisenbahner 2007. Dazu zählt auch eine sich verschärfende Rechtsprechung, die Gesetzescharakter hat und dazu dient, Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter immer weiter einzuschränken und die gesetzlich abgesicherte Möglichkeit der verschärften Ausbeutung immer mehr zu erweitern.

In der **polizeistaatlichen Praxis** ging die Faschisierung noch einen Schritt weiter.

Die relativ **offene Hinrichtung von Wolfgang Grams** (der als Mitglied der RAF galt) durch die Elitetruppe GSG 9 im Jahr 1993 **und des 16--jährigen Halim Dener** am 30. Juni 1994 beim Plakatieren für den Befreiungskampf der kurdischen Bevölkerung in der Türkei durch einen polizeilichen Rückenschuss mussten als mörderische Drohung an alle revolutionären und demokratischen Kämpferinnen und Kämpfer verstanden werden.

Polizei und Gefängniswärter gingen insbesondere auch gegen Menschen mit zunehmendem Terror vor, die die deutsche „Herrenmenschen“-Ideologie als „nicht weiß“ definiert, zum Beispiel bei der Ermordung von Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau. Oury Jalloh verbrannte dort am 7. Januar 2005 bei lebendigem Leib, an Händen und Füßen auf einer nicht brennbaren Sicherheitsmatratze gefesselt. Am 14. April 2006 wurde der Kongolese Dominique Kouamadio von einem Polizisten in Dortmund erschossen.

Der **Einsatz des bisher größten Polizeiaufgebots** (17.000 Polizisten und Spezialeinheiten in Rostock, landesweit 35.000) in der Geschichte der BRD mit Unterstützung der Bundeswehr (über 2.000 Soldaten, Tornados, Schnellboote, Panzerspähwagen usw.) am 2. Juli 2007 in Rostock-Heiligendamm anlässlich der Proteste gegen und zum Schutz des G-8-Gipfels, bei dem es zu über 1.000 Festnahmen kam, markierte eine weitere Etappe der Politik der Faschisierung. Das war eine polizeistaatliche Demonstration der herrschenden Klasse in Deutschland und sollte der ganzen Welt und der Protestbewegung in Deutschland zeigen: Der deutsche Staat hat alles im Griff.

Der Parlamentarismus dient also auch dazu, eine umfassende Faschisierung mit polizeistaatlichen Methoden zu betreiben, ein System von Bespitzelung, Inhaftierung, Folterung, Tötung und sogar offiziell gedeckten Hin-

richtungen zu festigen. Dies kommt in den Gefängnissen des deutschen Imperialismus als eine der wesentlichen Stützen des deutschen Imperialismus im Inneren sowie im staatlichen Abschiebeterror nach außen, der zugleich auch als Einschüchterungsmittel gegenüber allen „Nichtdeutschen" im Innern dient, ganz besonders drastisch zum Ausdruck.

Zehntausende Frauen und Männer sitzen in den **Gefängnissen des deutschen Imperialismus,** die meisten für Delikte, die aus sozialer Not und Verelendung (sogenannte „Eigentumsdelikte") begangen wurden, ein zunehmender, nicht unbeträchtlicher Teil aber auch aus direkt politischen Gründen: revolutionäre, antifaschistische und antiimperialistische Kämpferinnen und Kämpfer verschiedenster Nationalitäten, Flüchtlinge aus anderen Ländern.

Schikanen, Willkür, ständige physische und psychische Unterdrückung, eine Arbeit für einen Hungerlohn von einigen Euro pro Tag, ohne jegliche Rechte, stumpfsinnig, monoton und gefährlich, bestimmen den Alltag der Gefangenen in den deutschen Gefängnissen. Viele werden durch dieses elende Leben in den Tod getrieben: „Selbstmord" ist die häufigste Todesursache von Gefangenen und kommt fünfmal häufiger vor als außerhalb der Gefängnismauern. Bei Widerstand oder Protest werden verschiedene Unterdrückungsmethoden angewandt, um den Willen der Gefangenen zu brechen und sie niederzumachen: Psychopharmaka, um „ruhigzustellen", Hochsicherheitstrakte und Bunker (völlig kahle, von oben bis unten gekachelte, leere Dunkelzellen), Zwangsernährung als Foltermethode, um Hungerstreikende zum Aufgeben zu zwingen usw.

Die Gefangenen aus anderen Ländern müssen noch unter weit schlimmeren Bedingungen leben als deutsche Gefangene. Sie sind ständig den widerlichsten, auch körperlichen rassistischen Angriffen der Schließer, der Anstaltsärzte usw. ausgesetzt, genauso wie alle, die in den Augen eines deutschen Chauvinisten als „undeutsch" gelten. Es gibt eine Reihe völlig „rechtmäßiger" bürokratischer Schikanen gegen Gefangene aus anderen Ländern, wie zum Beispiel keine Möglichkeit zur Ausbildung und Umschulung, verschärfte Zensur der Post und häufige Besuchsverbote.

Die Gefangenen aus anderen Ländern, die in Abschiebehaft sitzen, sind unter besonders unerträglichen Haftbedingungen eingekerkert. Sie sitzen meist in strenger Isolationshaft und haben tagtäglich die Drohung vor Augen, jederzeit abgeschoben zu werden in zutiefst reaktionäre Staaten, was für sie Folter, ja den Tod bedeutet.

Das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Flüchtlinge

Zunächst wurde nach den Nazipogromen gegen Flüchtlinge Anfang der 90er Jahre das Asylrecht mit der sogenannten „Drittstaatenregelung“ in ein „Asylabwehrrecht“ verwandelt. Unter der Parole „Eindämmung der illegalen Migration“ wurden Flüchtlinge und „unerwünschte Arbeitssuchende“ aus anderen Ländern durch Visumszwang, polizeiliche Grenzaufrüstung zum „Schutz“ der Grenzen sowie diskriminierende Sondergesetze (Abschaffung des Grundrechts auf Asyl) davon abgehalten, überhaupt die deutschen Grenzen zu überschreiten. Die Zahl der Asylanträge ging dadurch seit 1993 bis 2011 auf ein Zehntel zurück.

Dieser mörderische Kampf findet zunehmend bereits an den Grenzen der „Festung Europa“ statt, wozu unter führender Beteiligung Deutschlands die sogenannte „Grenzschutzagentur Frontex“ 2005 aufgebaut wurde. Die Hauptaufgabe von „Frontex“ ist es, einen regelrechten Krieg gegen Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten zu planen, diesen zu koordinieren und mit dem Ziel zu führen, „illegale Einwanderung“ schon an den EU-Außengrenzen mit Militär, Polizei und Grenzschutz sowie modernstem Kriegsgerät zu Land, auf See und an den Flughäfen zu verhindern. Deutschland stellt personell und auch finanziell das größte „Frontex“-Kontingent. Zehntausende Flüchtlinge wurden und werden so auf ihrer Flucht in den Tod getrieben.

Im Bewusstsein, dass es kaum noch eine andere Möglichkeit insbesondere für afrikanische Flüchtlinge gibt, nach Europa zu kommen, sich dorthin zu retten oder auch Asyl zu beantragen, wird mit militärischen Operationen seit Jahren die Überquerung des Mittelmeers nach Europa so behindert, das bewusst und planmäßig regelmäßig Hunderte von Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Flüchtlingsinitiativen gehen davon aus, dass mindestens 30.000 Flüchtlinge allein durch Ertrinken im Mittelmeer seit dem Jahr 2000 bis Mitte 2015 brutal ermordet wurden. Dabei ist davon auszugehen, dass dies nur die Spitze des Eisbergs ist, dass in Wirklichkeit weitere Tausende, womöglich Zehntausende Flüchtlinge durch Ertrinken im Mittelmeer ermordet worden sind.

Flüchtlinge können nur noch dann in Deutschland Asyl beantragen, wenn sie nicht über ein „sicheres“ Drittland eingereist sind. Als „sichere Drittländer“ sind alle an Deutschland angrenzenden Staaten eingestuft.

Dieses für Deutschland sehr vorteilhafte „deutsche Modell“ wurde 2003 durch die EU-Verordnung „Dublin II“ (2014 gefolgt von „Dublin III“) den

anderen europäischen Ländern aufgedrückt und bildet eine zentrale Säule des europäischen Systems des Kampfs gegen die Flüchtlinge, der Abschottung und Abschiebung. Damit sind EU-Randstaaten wie Italien, Malta, Griechenland oder auch Polen und Ungarn für den Asylantrag zuständig, über die ein Asylsuchender in Europa eingereist ist. Dadurch kann ein großer Teil der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge, die es nicht per Flugzeug schaffen, direkt wieder abgeschoben werden.

Tausende Flüchtlinge, deren Asylanträge abgelehnt wurden, sowie andere „unerwünschte Ausländer" werden Jahr für Jahr wie Kriminelle verhaftet und in ihre Herkunftsländer abgeschoben, nicht selten an ihre Folterer und Henker. Aus Angst vor der drohenden oder unmittelbar bevorstehenden Abschiebung oder auch wegen der unmenschlichen Bedingungen wurden Hunderte Flüchtlinge seit 1993 in den Tod getrieben, von deutschen Polizisten durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen verletzt oder gar ermordet, wie etwa Kola Bankole am 30. August 1994 und Aamir Ageeb am 28. Mai 1999 während der Abschiebung. Insgesamt kamen in Deutschland von 1993 bis 2014 mindestens 450 Flüchtlinge durch die mörderische Flüchtlingspolitik des deutschen Imperialismus zu Tode.

Durch die Schaffung eines ungesicherten Aufenthaltsstatus sind in Deutschland Hunderttausende mit dem Damoklesschwert der Abschiebung bedroht. Durch diesen mörderischen Terror und eine unerträgliche Situation der „Ungewissheit" wird eine Atmosphäre der Einschüchterung und der Verbreitung von Angst nicht nur bei den Betroffenen, sondern bei allen „Nichtdeutschen" geschürt. Menschen mit deutschem Pass wird zugleich signalisiert, dass alle anderen „Menschen zweiter Klasse" seien, wodurch beim „Normalbürger" eine deutschnationalistische Überheblichkeit erzeugt wird.

Jene Flüchtlinge, die aus verschiedenen Gründen nicht oder nicht sofort abgeschoben werden können, werden unter unerträglichen Lebensbedingungen als nahezu völlig rechtlose „Menschen zweiter Klasse" tagtäglich gedemütigt, physisch und psychisch terrorisiert. Durch ständige polizeistaatliche und behördliche Schikanen bis hin zu einem täglichen „Melden" werden Flüchtlinge von Abschiebungsängsten geplagt. Für „nicht anerkannte" Flüchtlinge wird durch eine Reihe von Maßnahmen bewusst eine hoffnungslose und ausweglose Lage herbeigeführt: durch überfallsartige Kontrollen und Durchsuchungen, durch eine teilweise Ausgabe von Essenspaketen und Gutscheinen statt Bargeld, durch mangelnde Gesundheitsversorgung, durch ein Arbeitsverbot und die Behinderung des Zugangs zu

Ausbildung und Sprachkursen, durch Einschränkung der Bewegungsfreiheit („Residenzpflicht"), durch den Zwang, in Flüchtlingsbaracken oder Containerlagern von der Gesellschaft isoliert auf engstem Raum in Mehrbettzimmern dahinzuvegetieren – all dies dient dazu, Flüchtlingen eine Lebensperspektive in Deutschland zu nehmen.

Die Polizei, die Flüchtlinge immer wieder auch aus rassistischen Motiven kontrolliert, beschimpft, misshandelt und terrorisiert, scheut selbst vor Ermordungen – angeblich aus „Notwehr" – nicht zurück, denn sie kann zumeist mit Freispruch rechnen.

Diese unerträglichen Lebensbedingungen dienen auch als Drohung und Abschreckung gegenüber Flüchtlingen, die noch nicht in Deutschland Asyl beantragt haben.

Kämpfe gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Flüchtlinge

Seite den 90er Jahren gibt es gegen dieses mörderische Programm einen Kampf der Flüchtlinge mit Hungerstreiks und Widerstandsaktionen gegen ihre Abschiebungen, der von antirassistischen Gruppen und Initiativen unterstützt wird.

Hier Schlaglichter auf einige der wichtigsten Kämpfe, insbesondere jene, die von den Flüchtlingen selbst geführt wurden:

– Am 29. Juli 1994 begann im Abschiebegefängnis „Eiwe" in Kassel eine Revolte von etwa 40 Abschiebehäftlingen gegen ihre drohende Abschiebung, die von SEK und GSG 9 brutal niedergeschlagen wurde. Vor dem Gefängnis gab es Solidaritätsaktionen und Kundgebungen antirassistischer Gruppen. Diese Revolte war Teil des erstarkenden Kampfs der Flüchtlinge im Jahr 1994, in dem weitere Revolten stattfanden, unter anderem auch in den Abschiebgefängnissen Gütersloh und Moers. Kollektive Hungerstreiks gab es unter anderem auch in Coesfeld. Am 24. April und am 1. Mai 1994 revoltierten Gefangene im Abschiebegefängnis Büren. Am 30. April 1994 besetzten algerische Gefangene im Abschiebegefängnis Leverkusen das Dach. Gegen alle diese Kämpfe ging der deutsche Staat mit Polizei, SEK und zum Teil mit der GSG 9 vor und beendete diese Kämpfe mit brutalem Polizeiterror.

– Vom 27. Juli 2001 bis 4. August 2001 fand das 4. antirassistische Grenzcamp in Frankfurt am Main statt mit ca. 1.500 Gegnerinnen und Gegnern des mörderischen Abschiebeterrors des deutschen Staats, an dem sich auch Flüchtlinge beteiligten, um im Rahmen der Kampagne gegen das „Resi-

denzpflichtgesetz“ gegen den größten deutschen Abschiebeflughafen in Frankfurt zu protestieren.

– Anfang Oktober 2006 protestierten 200 Flüchtlinge mehrere Wochen lang im Flüchtlingslager Blankenburg gegen die schlechten Lebensbedingungen und für ein gesünderes Essen. Polizei und Lagerleitung versuchten durch Bestechung und verschärften Terror die Flüchtlinge zum Aufgeben zu bewegen. Menschen aus anderen Flüchtlingslagern besuchten die Kämpfenden und beteiligten sich an ihrem Kampf.

– Im Flüchtlingslager Katzhütte in Thüringen begann im März 2008 ein Protest der dort internierten Flüchtlinge gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen und die ständigen Schikanen seitens der Lagerleitung. Umgehend wurde der staatliche Terror verschärft, verbunden mit einer öffentlichen Hetze bürgerlicher Medien, was jedoch den Widerstand vorerst nicht brechen konnte.

– Anlässlich des 15. Jahrestags der weitgehenden Abschaffung des Asylrechts demonstrierten am 5. Juli 2008 3.000 Menschen in Berlin gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und gegen rassistische Sondergesetze. An der Demonstration beteiligten sich unter anderem Anti-Nazi-Organisationen, Flüchtlingsgruppen und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

– Nach einer Demonstration am 23. Februar 2009 von 1.200 Flüchtlingen sowie von Antirassistinnen und Antirassisten gegen ein deutsch-syrisches Abschiebabkommen, durch das 7.000 Flüchtlinge von Abschiebung nach Syrien bedroht waren, begannen am 24. Februar 2009 zehn kurdische Flüchtlinge einen Hungerstreik, um gegen das Abkommen zu protestieren. 600 Menschen unterstützten mit einer Protestdemonstration am 12. März die Hungerstreikenden.

Mit ähnlichen Aktionen wehrten sich auch Kurdinnen und Kurden aus der Türkei im Juni 2009 in Hannover gegen Abschiebungen in den Folterstaat Türkei.

– Herausragend war 2009 der Kampf im Abschiebegefängnis Ingelheim. Dort revoltierten im Juli 2009 die Inhaftierten, als ein 25-jähriger Flüchtling aus Marokko zur Abschiebung abgeholt werden sollte. Mit ihm solidarisierten sich 21 weitere Insassen und verbarrikadierten sich mehrere Stunden lang, bis es schließlich einem Sondereinsatzkommando mit Maschinenpistolen und einer Verhandlungsbereitschaft vortäuschenden Taktik gelang, den Trakt des Abschiebegefängnisses zu stürmen.

– 2010 gab es vor allem Kämpfe von Roma gegen die drohende Abschiebung von Tausenden von Roma nach Kosova, die von antirassistischen Kräften unterstützt wurden. Folgende Kämpfe waren dabei herausragend:

Am 8. Mai protestierten ca. 1.000 Menschen in Karlsruhe gegen die deutsche Abschiebepolitik, insbesondere gegen die Abschiebung von Roma nach Kosova.

In Göttingen gelang es am 22. Juni 2010 etwa 80 Aktivistinnen und Aktivisten, durch eine nächtliche Blockade eines Wohnhauses die für diesen Tag beschlossene Abschiebung von 22 Roma nach Kosova zu verhindern.

In Bremen protestierten um 21. August 2010 ebenfalls rund 120 Menschen, vor allem Roma, gegen drohende Abschiebungen.

Hetzkampagnen mithilfe der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie"

Der deutsche Imperialismus greift im Prozess der staatlichen Faschisierung ideologisch vor allem auf das altbewährte Mittel des deutschen Nationalismus und Rassismus zurück, das im Nazifaschismus seine größte Steigerung fand, um großangelegte politische und ideologische Hetzkampagnen zu initiieren und durchzuführen.

Auf der Basis der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie, der deutschnationalistischen und rassistischen Überheblichkeit, haben der deutsche Imperialismus und seine verschiedenen Abteilungen in den letzten Jahren ihre rassistische und nationalistische Hetze sowie ihre diskriminierende und repressive Politik massiv gesteigert, wobei sie sich zumindest auf die stillschweigende Duldung der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung sowie großer Teile der proletarischen Klasse in Deutschland stützen konnten und dies bis heute können.

Ziele dieser Hetzkampagnen sind Migrantinnen und Migranten und deren Kinder und Enkel, Flüchtlinge, Muslime, wegen ihrer Hautfarbe stigmatisierte Menschen, Jüdinnen und Juden, Sinti und Roma, Behinderte (die letzteren drei Gruppen waren vorrangige Ziele der systematischen Mordpraxis während des Nazi-Faschismus) oder auch die ebenfalls seit Jahrhunderten und in der Nazizeit verfolgten gleichgeschlechtlich orientierten Menschen. Oder auch die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, die in erster Linie alltäglicher Gewalt und ideologischer Diskriminierung ausgesetzt sind, sowie die sogenannten „Hartz-IV-Empfänger" oder insbesondere in den letzten Jahren auch die sorbische Bevölkerung.

Oder es gibt politische Kampagnen nach außen – mal gegen die USA, mal gegen Russland, mal gegen Griechenland, mal gegen die Türkei, auch als Teil der Kriegsvorbereitung, die sehr ernst genommen werden müssen.

Im Folgenden sollen die wichtigsten, auf der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie beruhenden politischen und ideologischen Hetzkampagnen seit 1989 bis heute kurz analysiert werden.

Die Liste der **judenfeindlichen Hetzkampagnen** seit Ende der 90er Jahre ist lang und reicht von Martin Walser, der mit der Phrase von der „Auschwitz-Keule" 1998 die sogenannten „anständigen Deutschen" gegen die angeblich jüdisch dominierte Erinnerungskultur mobilisierte, über Minister Möllemann, der 2002/2003 in hoher Auflage Israel zum Vorwand nehmend judenfeindliche Pamphlete verteilen ließ, bis hin zu Mordfantasien gegen prominente jüdische Intellektuelle.

Die Judenfeindschaft ging weiter in die Breite und auch der Ex-SS-Mann Günter Grass, immerhin Nobelpreisträger, hetzte in seinem Gedicht „Was gesagt werden muss" 2012 und benutzte judenfeindliche Klischees, Israel als Vorwand nehmend.

Einer der bisherigen Höhepunkte in der **Hetze gegen Sinti und Roma** im Nachkriegsdeutschland bildete das Pogrom in Rostock 1992, dem eine wochenlange Hetze gegen Roma voranging.

In einer Atmosphäre einer allgemeinen Hetzkampagne gegen Asylsuchende und Menschen aus anderen Ländern hatten sich Politiker und Medien auf rumänische Roma „eingeschossen". Nicht nur die offene Nazi-Hetze der „National-Zeitung" („Zigeunerinvasion – Deutschland in großer Gefahr") sondern auch „Spiegel", „Bild"-Zeitung, CDU/SPD-Politiker und das „Neue Deutschland" fielen ein. Eine Artikelserie über jeweils eine ganze Seite hatte die „Bild"-Zeitung anlässlich der Pogrome in Rostock verfasst unter solchen Überschriften wie „Die 7 Geheimnisse der Sinti & Roma", wodurch die alten Feindbilder genährt wurden.

In Rostock-Lichtenhagen waren Roma-Flüchtlinge von den Behörden gezwungen worden, vor einem überfüllten Wohnheim im Freien zu übernachten, woraufhin die „Ostseezeitung" Aufrufe sogenannter „Bürgerinitiativen" verbreitete, das „Asylproblem selbst in die Hand zu nehmen". Daraufhin griffen drei Tage lang bis zu 2.000 Nazis und nazistisch verhetzte Anwohner die Flüchtlinge im Wohnheim an. Feuerwehr und Polizei sahen zu, wie schließlich der gesamte Hochhauskomplex mit Brandsätzen angezündet wurde. Die letzten noch im Haus anwesenden Flüchtlinge konnten nur über das Dach flüchten.

Seitdem gibt es immer wieder lokal begrenzte Hetzkampagnen in Dörfern und Städten, die von bürgerlichen Medien vor Ort angeheizt werden.

Eine fürchterliche **Hetze gegen die islamische Kultur und die islamische Religion** vom christlich-abendländischen Standpunkt aus, oftmals verkleidet als Religionskritik, hat nicht nur zu Beschimpfungen und zur Diskriminierung, sondern auch zu Anschlägen auf Moscheen und zu antiislamischen Überfällen geführt.

Die christlich-nationalistische, gegen den Islam gerichtete Kampagne, die mehr oder weniger unterschwellig schon immer existierte, nahm Fahrt auf, als mit juristischen und staatlichen Mitteln ein Kopftuchverbot aus antimuslimischen Gründen vor allem im Staatsdienst verschiedener Institutionen durchgesetzt wurde. Bis heute hält diese Diskriminierung an und wird immer wieder auch kampagnenartig eingesetzt. Um die Spaltung zu vertiefen verkleiden sich die deutschen imperialistischen Ideologen als Verteidiger der Frauen, als Verteidiger der Homosexuellen oder als Verteidiger der Religionsfreiheit der Christen, indem sie einzelne reaktionäre Phänomene verallgemeinern und auf die muslimische Bevölkerung in ihrer Mehrheit übertragen.

Die Lage von Muslimen in Deutschland ist seit den Anschlägen auf das World Trade Center in den USA vom 11. September 2001, durch die immer wieder entfachte „Integrationsdebatte“ und besonders seit der sogenannten „Sarrazin-Debatte“ bedrohlicher und gefährlicher geworden.

Muslime werden zunehmend von Nazis terrorisiert. Sie werden schikaniert durch gesetzliche Verordnungen, durch die Stürmung von Gebetshäusern seitens der Polizei, durch „Einbürgerungstests“ wie etwa dem 2005 in Baden-Württemberg eingeführten sogenannten „Muslim-Test“, einem Fragenkatalog der Einbürgerungsbehörden für Gespräche mit „Anwärtern“ auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Es wächst der Bekenntnisdruck und der Vorwurf, sich nicht eindeutig abzugrenzen – mal vom „Terrorismus“, dann vom „Islamismus“, vom Kopftuch usw. Das ist so, als würde jedem christlich-deutschen Mann abverlangt, vor allem anderen ein Bekenntnis gegen Pädophilie abzulegen.

In den bürgerlichen Medien aller Couleur wird gegen Muslime und den Islam gehetzt, in Fernseh-Talkshows wird mit Themen wie „Mit Muslimen auf der Schulbank – Zumutung oder Chance?“ das Spektrum des „Diskutablen“ Schritt für Schritt erweitert. Ansonsten werden individuelle Muslime in den bürgerlichen Medien nur wahrgenommen, wenn sie entweder erfolgreiche Fußballspieler sind oder muslimische Comedians, die sich

über Muslime lustig machen dürfen, oder wenn es sich um muslimische Islamkritiker handelt, die als Kronzeugen vorgeführt werden, um den Islam zu diffamieren.

Als Individuen, als Menschen, die nicht ständig als Mitglied einer bestimmten Religion adressiert werden möchten, die selbst bestimmen möchten, in welchem Zusammenhang die eigene Religionszugehörigkeit von Bedeutung ist oder nicht, werden sie von den christlich-deutschen Herrenmenschen nicht wahrgenommen.

Auch die staatliche Muslimfeindschaft verschärfte sich weiter. Nachdem 2003 das Bundesverfassungsgericht feststellte, dass es keine gesetzliche Grundlage gibt, muslimischen Beamtinnen das Tragen eines Kopftuchs zu verbieten, erließen acht Bundesländer „Neutralitätsgesetze", die die Verwendung religiöser Symbole gesetzlich regelten. Vier dieser Bundesländer (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg) bevorzugten sogar rechtlich die Verwendung christlicher Symbole und benachteiligten oder verboten die Verwendung nichtchristlicher Symbole, worunter nun das Tragen eines Kopftuchs gehört.

Insbesondere seit 1990 gibt es immer wieder Phasen der massiven **Hetze gegen Flüchtlinge,** zum Beispiel immer dann, wenn das eh kaum noch vorhandene Asylrecht weiter verschärft wird, etwa zur Zeit der Pogrome in Rostock 1992. Dann gibt es in dieser oder jener Variante ein großes Geschrei unter der Parole „Das Boot ist voll" und es werden die „deutschen Werte" mobilisiert, die angeblich durch die vielen Flüchtlinge „bedroht" seien.

Massive Verstärkung der Nazibewegung, von Terror und Pogromen der Nazis mit mindestens 250 Morden

Auf dem Boden der nationalistischen Stimmung im Zuge der Einverleibung der DDR wurde eine noch nicht dagewesene Pogromstimmung in Teilen der Bevölkerung gegen Menschen aus anderen Ländern geschürt, um unterdrückerische Gesetze, Verbote und mörderische Praktiken in einem bisher nicht gekannten Ausmaß reibungsloser durchzusetzen. Im Zusammenhang damit entwickelte sich eine furchtbare Welle nazistischen Terrors in Deutschland.

Beim **Pogrom von Hoyerswerda im September 1991** richtete sich fast eine ganze Woche lang der Naziterror gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter und Flüchtlinge. Die Hauptaktivisten des Pogroms waren Gruppen von Nazis aus Westdeutschland und der Ex-

DDR, die aber von Anwohnern beklatscht und unterstützt wurden. Das Pogrom von Hoyerswerda wurde zum ersten Symbol des deutschen Nationalismus und Rassismus im „vereinigten Deutschland".

In **Mannheim-Schönau Ende Mai/Anfang** wurde im **Juni 1992** eine Flüchtlingsunterkunft von mehreren Hundert rassistisch verhetzten deutschen Anwohnern belagert und angegriffen. Mit Unterstützung von Nazi-Gruppen gingen die Angriffe hier direkt vom deutschen Spießer aus. Das **Pogrom** von Mannheim-Schönau belegte anschaulich die Lüge, dass Rassismus „nur" ein Problem der Ex-DDR sei, und zeigte zugleich, wie tief Rassismus und Naziideologie in breiten Teilen der „normalen" Bevölkerung sitzt, gerade auch unter Werktätigen.

Im **August 1992** fand in **Rostock** vor aller Augen, faktisch mit TV-Liveübertragung, ein drei Tage andauerndes und groß angelegtes **Pogrom** von Hunderten von Nazis mit Unterstützung von Tausenden von Anwohnern gegen Roma und vietnamesische Arbeiterinnen und Arbeiter statt. Ein wesentliches Merkmal war die massenhafte Mobilisierung des „Volkszorns" durch bürgerliche Medien und Politiker. Dieses Pogrom muss vor allem im Zusammenhang mit der 1992 gleichzeitig betriebenen weitgehenden Abschaffung des Asylrechts gesehen werden.

Ebenfalls **1992** wurden in **Mölln** am 23. November durch einen **Nazi-Brandanschlag** die 51-jährige Bahide Arslan, ihre 14-jährige Nichte Ayse Yilmaz und ihre 10-jährige Enkeltochter Yeliz Arslan ermordet. Weitere neun Menschen wurden verletzt. Die staatlichen Organe versuchten zu vertuschen, dass es sich um einen Nazi-Mordanschlag handelte, und bürgerliche Medien versuchten mit einer Schlammschlacht der Schmähungen gegen die Opfer von einem Nazi-Hintergrund abzulenken.

1993 wurden in der Nacht zum 29. Mai in **Solingen** fünf Menschen aus der Türkei bei einem weiteren **Nazi-Brandanschlag** ermordet: Gülsum Ince (27 Jahre), ihre beiden Kinder Hülya Genç (9 Jahre) und Saime Genç (4 Jahre), Hatice Genç (18 Jahre) und die erst kurz zuvor aus der Türkei zu Besuch weilende Gülistan Öztürk (12 Jahre). Lebensgefährlich verletzt wurden ein 15-jähriger Junge, ein 3-jähriges Mädchen sowie ein 6 Monate altes Baby. Die weitreichende Abschaffung des Asylrechts und die in diesem Kontext aufgehetzte Atmosphäre gab den Nazi-Mördern das Stichwort. Die Nazi-Morde von Solingen zeigten auf, wie eng der bürgerliche Staat, insbesondere der Verfassungsschutz, mit Nazi-Organisationen vernetzt ist.

Seit der Einverleibung der DDR 1990 verschärfte sich **der Naziterror gegen von den Nazis als „nicht weiß" definierte Menschen.**

Einer der ersten Nazimorde nach der sogenannten „Wiedervereinigung“ wurde am 24. November 1990 in Eberswalde verübt, als eine Gruppe von Menschen aus Angola und Mosambik von 50 Nazis angegriffen wurde. Die Nazis ermordeten den Angolaner Antonio Amadeu.

Beim ersten rassistisch-nationalistischen Pogrom in Deutschland nach 1945 in Hoyerswerda 1991 waren neben vietnamesischen vor allem auch Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter aus Mosambik und Flüchtlinge Zielscheibe des wochenlangen Terrors der Nazis.

In **Magdeburg** kam es am 12. Mai **1994**, am sogenannten „Vatertag“, mit Duldung und teilweiser Unterstützung der Polizei zu einer rassistischen **Hetzjagd** von rund 150 Nazis gegen afrikanische Flüchtlinge, die an den SA-Straßenterror der Weimarer Zeit erinnerte. Es geschah am hellen Tag vor den Augen der örtlichen Bevölkerung, die dies in ihrer Masse duldete, wenn nicht sogar zum Teil direkt billigte. Farid Boukhit aus Algerien wurde von den Nazis mit Baseballschlägern so schwer verletzt, dass er vier Monate später an den Folgen seiner Verletzungen verstarb.

Bei einem regelrechten **Nazi-Massaker** verbrannten am 18. Januar **1996** in **Lübeck** bei einem Brandanschlag auf ein Haus, in dem vor allem aus Afrika stammende Flüchtlinge lebten, zehn Menschen bei lebendigem Leib. Monique Bunga (27 Jahre) mit ihrer Tochter Suzanne (7 Jahre) aus Angola, Françoise Makudila (27 Jahre) mit ihren Kindern Christelle (6 Jahre), Daniel (1 Jahr), Legrand (4 Jahre), Mija (12 Jahre) und ihrer Stieftochter Christine (19 Jahre) aus Zaire sowie Rabia el Omari (17 Jahre) aus dem Libanon und Silvio Bruno C. Amousou (27 Jahre) aus Benin. 30 weitere Bewohnerinnen und Bewohner des Hauses wurden schwer und 20 leicht verletzt. Beispiellos in der Geschichte der BRD ist nicht nur das Ausmaß dieses Nazi-Verbrechens, sondern auch die sichtbar gewordene Kumpanei zwischen Nazis, bürgerlichen Medien und Staatsapparat. Safwan Eid, ein Bewohner, der selbst nur knapp mit dem Leben davongekommen war, wurde in einer großangelegten Kampagne von Staat und Medien zum angeblichen Brandstifter stilisiert, um von den Nazi-Mördern abzulenken.

Der **judenfeindliche, nazifaschistische Terror in den 90er Jahren** reicht von Brandanschlägen auf die Gedenkstätte der ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald 1992 über die Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge 1994 und 1995 bis hin zur brutalen Ermordung von Karl-Hans Röhn im November 1992, der von den Nazis für ein Mann jüdischer Herkunft gehalten worden ist.

Die Nazibewegung hatte es bis Ende der 90er Jahre geschafft, sich zu stabilisieren, sich zu verankern und sich massiv zu stärken.

Zunehmend schafften sich die Nazis sogenannte „national befreite Gebiete“, also Gebiete, in die sich Menschen aus anderen Herkunftsländern, Antifaschistinnen und Antifaschisten und alle anderen vom Nazi-Terror Bedrohten vor allem allein und nachts kaum noch ohne Gefahr für Leben und Gesundheit begeben können. Zunehmend gelang es den Nazis auch, nazistische Zentren zu schaffen, wo sie Schulungen durchführen und ihren Terror planen. Oftmals werden Gebäude mithilfe des deutschen Staates und seiner Politiker angemietet oder gekauft.

Kaum ein Wochenende vergeht, an dem nicht mindestens ein Aufmarsch mit mehreren Hundert Nazis stattfindet. Es gelingt dem Nazi-Pack immer häufiger – natürlich unter Polizeischutz –, Aufmärsche mit einer Beteiligung von einigen tausend Nazis zu organisieren. Fußball-Bundesliga-Spiele und Fußball-Großereignisse wie WM und EM sind ebenfalls Schauplätze und Tribünen für Nazihetze und Naziterror.

Verstärkt wurde auch die sogenannte „Anti-Antifa“, in der die Nazis Einzelheiten und persönliche Daten bis hin zur Adresse, Anschrift des Arbeitsplatzes oder Autokennzeichen von Einzelpersonen erfassen, die sich in irgendeiner Form als Nazigegner „geoutet“ haben. Damit sollen nicht nur die jeweils Betroffenen eingeschüchtert werden, sondern natürlich auch alle anderen antinazistischen Kräfte davon abgeschreckt werden, gegen die Nazis den Mund aufzumachen, gegen sie vorzugehen und die Selbsthilfe gegen die Nazis zu organisieren.

Die deutschen Nazis können auf ein internationales Netzwerk zurückgreifen, an dem unter anderen auch die kroatischen Ustascha-Faschisten beteiligt sind, auf deren Seite deutsche Nazis schon ab Anfang der 90er Jahre bewaffnet kämpften und so militärisch ausgebildet wurden. Es sind an diesem Netzwerk ebenso reaktionäre, sich nationalistisch und religiös bemäntelnde Organisationen beteiligt, die oft genug in engem Kontakt zu auch vom deutschen Imperialismus abhängigen reaktionären Regimes wie Iran, Syrien oder Jordanien stehen, wie zum Beispiel die Hisbollah oder die Hamas in den palästinensischen Gebieten sowie ukrainische nazistische Organisationen. In diesem Netzwerk sind die deutschen Nazis führend. Gerade auch aus diesen internationalen Kontakten schöpfen die deutschen Nazis einen erheblichen Teil ihrer Kraft.

Seit 1949 bis heute beteiligen sich Nazikader an parlamentarischen Projekten, insbesondere durch die 1964 gegründete NPD.

Neben den parlamentarischen Projekten werden Kameradschaften, die nach dem Vorbild und im Stil der SA aufgebaut werden, immer wichtiger für die Nazibewegung. Gerade von ihnen geht ein großer Teil des Naziterrors aus, ja führende Kader dieser Organisationen sind in den letzten Jahren in die Führungsriege vor allem der NPD aufgestiegen, so dass der Zusammenschluss von Naziparteien und Straßennazis immer enger wird.

Ein Machtzentrum bildet die NPD, die sich mit der DVU vereinigt hat, mit der „Deutschen Nationalzeitung“ (jetzt: „Nationalzeitung“), die beispielhaft für die zynische, mörderische und aufhetzende Nazipropaganda steht, ein wesentliches, Kontinuität garantierendes Rückgrat der Naziszene.

Hetzschriften der Nazis werden Jahr für Jahr millionenfach verbreitet. Im Internet wird Nazipropaganda über unzählige Homepages und Blogs am massivsten betrieben. Das wöchentlich erscheinend NPD-Hetzblatt „Nationalzeitung“ liegt mit Zehntausenden Exemplaren pro Monat an der Spitze der Publikationen der Nazis.

Auch im akademischen Bereich arbeiten die Nazis. 1986 wurde die Zeitschrift „Junge Freiheit“ (Auflage: mehrere Zehntausend pro Monat) gegründet, die nazistische Thesen akademisch formuliert und eine wichtige Funktion als Bindeglied zu den bürgerlichen Berliner Parteien einnimmt. Autoren der „Jungen Freiheit“ waren unter anderen Peter Gauweiler (CSU) oder auch der verstorbene ehemalige SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz.

Die Skinheadbewegung sowie verschiedene Musikrichtungen wurden und werden immer massiver zur nazistischen Beeinflussung einer größeren Zahl Jugendlicher verwendet. Systematisch wurden und werden Nazikader überall dorthin geschickt, wo es pronazistische Stimmungen unter Jugendlichen gab und gibt, um dort ihre Arbeit zur Organisierung von offenen Pogromen und Überfallserien zu machen. Es sind auch deshalb zunehmend nazistisch verhetzte Jugendliche, die Naziterror ausüben, ohne Mitglied einer Nazipartei oder einer Nazibande zu sein.

Es ist den Nazis gelungen, sich militärisch immer besser auszurüsten. Schon heute ist sichtbar, dass die Naziorganisationen in einem für viele unvorstellbaren Umfang Waffen und Munition aller Art gebunkert haben, Übungen durchführen, ihre Kader in Bundeswehr und Polizei sowie auch in anderen Ländern militärisch ausbilden lassen, wie zum Beispiel in den 90er Jahren in Kroatien. Bekannt sind Fälle, in denen Nazis direkt Bundeswehrbestände aufgekauft haben. Vereinzelt bekannt gewordene Funde von Waffenlagern der Nazis sind nur die Spitze des Eisbergs. Diese Funde sowie die

NSU-Mordserie zeigen, dass die Nazis mit der Vorbereitung auf die militärische Durchsetzung ihres Mordprogramms längst begonnen haben.

Dies war die Lage der Nazibewegung, vor dem Beginn der Mordserie des NSU.

Im September 2000 begannen die **NSU-Nazi-Mörder** eine Serie von Hinrichtungen von Migranten aus der Türkei und Griechenland. Sie ermordeten vom 9. September 2000 bis zum 6. April 2006 neun Migranten (Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşik und Halit Yozgat) und verübten mehrere Sprengstoffanschläge. Wie etwa den Nagelbomben-Sprengstoffanschlag in einer belebten Einkaufsstraße in Köln-Mülheim mit vor allem türkischen Geschäften am 9. Juni 2004, bei dem 22 Menschen verletzt wurden, einige von ihnen lebensgefährlich. Diese Mordserie der Nazis wurde erst im November 2011 bekannt. Sie stellt nicht nur eine bisher nicht dagewesene Qualität des Naziterrors dar, sondern auch einen Höhepunkt der Komplizenschaft und der Zusammenarbeit zwischen Nazis und Teilen des deutschen Staatsapparats.

Ein Teil des Staatsapparats, der Verfassungsschutz, war direkt in diese Mordtaten verwickelt und es wurden bewusst keine Verhaftungen vorgenommen. Es wurde klar, dass Dutzende Nazis als sogenannte „V-Leute“ im Dienst der deutschen Behörden am Aufbau und am Schutz des NSU führend beteiligt waren. Die Systematik der Organisierung der NSU-Morde in einer Kette von ein und demselben Täterkreis mit breitester logistischer Unterstützung durch die Nazibewegung über einen so langen Zeitraum signalisierte deutlich eine Verschärfung des Naziterrors insgesamt.

Dies alles wurde durch bürgerliche Medien systematisch vertuscht, begleitet durch eine rassistische Hetzkampagne gegen die Opfer der Nazis und ihre Angehörigen. Der deutsche Staat und seine Polizei verdächtigten die Angehörigen, sie wurden zum Teil jahrelang von der Polizei überwacht und verhört. Es wurde die Lüge lanciert, dass es sich um Taten im Milieu der „Türken-Mafia“ und im „Drogenmilieu“ handle. Bürgerliche Medien entfachten eine rassistische Hetzkampagne gegen die Opfer und ihre Angehörigen, die unter anderem als „Drogendealer“ verleumdet wurden. Die Nazimorde wurden nach rassistischer Logik als „Döner-Morde“ bezeichnet.

Auch der **Naziterror gegen die jüdische Bevölkerung** verschärfte sich.

Bei einem Sprengstoffanschlag in Düsseldorf am 27. Juli 2000 wurden mehrere jüdische Menschen zum Teil lebensgefährlich verletzt.

Mehrere Überfälle auf jüdische Rabbiner sowie Anschläge auf Synagogen verschärften die Gesamtatmosphäre erheblich. Verwüstungen und Zerstörungen von jüdischen Friedhöfen sind an der Tagesordnung.

Seit 2001 verstärkte sich die **Feindschaft gegen Muslime** immer mehr, was sich insbesondere auch an der zunehmenden Zahl von Anschlägen auf Moscheen ausdrückt. Bürgerliche Quellen müssen zugeben, dass es von 2001 bis 2011 bundesweit 219 „Straftaten" gegen Moscheen gab. Von 2001 bis 2011 gab es im Schnitt 22 Anschläge pro Jahr auf Moscheen.

Am 1. Juni 2009 ermordete ein Nazi inmitten eines deutschen Gerichtssaals die aus Ägypten stammende Marwa El Sherbini durch gezielte Messerstiche. Ihr Mann, der seine schwangere Frau schützen wollte, wurde von dem Nazi lebensgefährlich verletzt. Ein Polizist schoss sogar „aus Versehen" auf den Ehemann der Ermordeten und verletzte ihn erheblich. Dem Prozess vorausgegangen war eine Anzeige von Marwa El Sherbini gegen den Nazi, der sie wegen ihres Kopftuchs rassistisch beleidigt hatte. Der Nazi hatte unter anderem geäußert, dass „nichteuropäische Rassen" kein Recht hätten, in Deutschland zu leben.

Das Ausmaß des Naziterrors **gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen** in Deutschland und ihre politischen Einrichtungen ist vor allem aufgrund der besonders extremen Vertuschung durch Polizei und bürgerliche Medien kaum bekannt.

Es gab Anschläge auf das Denkmal für die in Nazideutschland verfolgten Homosexuellen in Berlin. Seit seiner Einweihung Ende Mai 2008 sind bereits drei Anschläge verübt worden. In der Nacht zum 16. Dezember 2008 und am 16. August 2008 war das Denkmal demoliert worden, ebenso in der Nacht auf den 5. April 2009.

Gezielte Angriffe von organisierten Nazis oder nazistisch orientierten Jugendlichen gegen gleichgeschlechtlich orientierte Menschen nehmen nach Angaben von Gruppen der Betroffenen weiter zu.

Allein in Berlin wurden 2004 über 200 reaktionär-nazistisch motivierte Angriffe auf gleichgeschlechtlich orientierte Menschen von den Opfern selbst gemeldet. Und dies ist sicherlich nur die Spitze des Eisbergs. Schätzungen gehen davon aus, dass die „Dunkelziffer" über 90 Prozent beträgt. 2003 wurden vier nazistisch motivierte Morde an gleichgeschlechtlich orientierten Männern in Berlin bekannt, die einen reaktionär-nazistischen Hintergrund hatten. 2004 wurden drei nazistisch motivierte Morde bekannt, ein Doppelmord in Buckow bei Berlin und ein Mord in Berlin-Köpenick.

***

1989 bis 2010 wurden von den Nazis insgesamt mindestens 250 Menschen in Deutschland ermordet und mehrere Tausend, zum Teil schwer verletzt. Zusätzlich werden noch ca. 750 weitere Morde von offizieller Seite hinsichtlich eines Nazi-Hintergrunds untersucht.

Kampf gegen den Naziterror und die Nazibewegung

Gegen den Naziterror in Deutschland gab es in unterschiedlichem Ausmaß und mit verschiedensten Kampfformen immer wieder Widerstand von antinazistischen Gruppen: Demonstrationen gegen Naziaufmärsche, Organisierung von Schutz von Flüchtlingsunterkünften, militante Kämpfe bis hin zu militanter Selbsthilfe gegen Nazis, bei dem der Nazikader Kaindl im Mai 1992 tot auf der Straße liegenblieb.

Es gab militante Kämpfe gegen Naziaufmärsche wie zum Beispiel am 1. Mai 1998 in Leipzig, wo 5.000 bis 6.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten durch ihren militanten Kampf verhinderten, dass Tausende Nazis ihren geplanten Marsch durch Leipzig durchführen konnten.

In Berlin gelang es am 1. Mai 2004 durch teilweise militante Proteste von etwa 4.500 Antifaschistinnen und Antifaschisten, einen Aufmarsch von 2.000 Nazis weitgehend zu verhindern.

Im Oktober 2005 verhinderten in Göttingen 5.000 Demonstrantinnen und Demonstranten einen Naziaufmarsch. Dabei kämpften etwa 1.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten militant gegen die Polizei, die die Nazis schützte.

Am 1. Mai 2006 verhinderten in Leipzig 5.000 Demonstrantinnen und Demonstranten einen Naziaufmarsch durch teilweise militante Kämpfe auch gegen die Polizei, die mit 2.000 Polizisten die Nazis schützte.

Am 4. November 2006 demonstrierten 10.000 Menschen in Bremen gegen einen Aufmarsch von 70 Nazis, den 2.500 Polizisten beschützten. Die militanten Kämpfe gegen die Polizei dauerten den ganzen Tag an.

Von insgesamt ca. 10.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern der gut organisierten Anti-Nazi-Demonstration in Hamburg am 1. Mai 2008 beteiligten sich etwa 3.000 entschlossene Antifaschistinnen und Antifaschisten an militanten Angriffen auf die Nazis und lieferten sich militante Kämpfe mit der Polizei, unter anderem mithilfe brennender Barrikaden. Die Nazis konnten so zunächst über mehrere Stunden am Losmarschieren gehindert werden. Massiv geschützt durch stark bewaffnete Polizeikräfte hatten sich dann aber doch die über 1.000 Nazis verspätet in Bewegung gesetzt.

Verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der proletarische Klasse und die Kämpfe dagegen

Die Spanne zwischen den ungeheuren Profiten, die die imperialistische Bourgeoisie einstreicht, und dem, was die Arbeiterinnen und Arbeiter als Lohn für ihre Arbeitskraft erhalten, klafft immer weiter auseinander. Darüber hinaus verschlechtert sich die Lebenslage eines großen Teils der proletarischen Klasse und es kommt zu einer absoluten Verelendung breiter Teile der Werktätigen.

Massenentlassungen und Betriebsstillegungen sind an der Tagesordnung. In den letzten Jahren gab es in Deutschland selbst nach offiziellen Zahlen fast 5 Millionen Erwerbslose. Auch wenn im Jahr 2015 „nur“ ca. 2,7 Millionen offiziell registriert waren, gab es tatsächlich unter Berücksichtigung der von den offiziellen Statistiken verschleierten Erwerbslosigkeit weit mehr Erwerbslose.

Niedrige Tarifabschlüsse, die zum Teil sogar unterschritten werden, führten – zusätzlich durch langfristige Laufzeiten der Tarifverträge – durch Inflation und Preissteigerung zu realem Lohnabbau. Dies wurde noch verschärft durch Arbeitszeitverkürzungen bei gleichzeitigen Lohnkürzungen, durch Beteiligung der Werktätigen an den angeblichen „Kosten der Wiedervereinigung“ („Solidaritätszuschlag“) und direkten Steuererhöhungen in fast allen Bereichen. Sogenannte „freiwillige“ Zahlungen wurden gekürzt oder gestrichen. Unter dem Vorwand der internationalen Konkurrenzfähigkeit wurde zunehmend auch die Arbeitszeit auf Samstage und Sonn- und Feiertage ausgedehnt.

Diese Verschlechterungen betrafen besonders die Lage der Arbeiterinnen und der anderen werktätigen Frauen, die zu den Unterdrücktesten der Unterdrückten gehören. Immer noch gibt es besondere materielle Benachteiligungen der Arbeiterinnen in den Betrieben.

Die Intensität der Ausbeutung nimmt durch Rationalisierung, Arbeitshetze usw. immer weiter zu. Die Leistungen der Sozialversicherung und des Gesundheitswesen werden immer mehr eingeschränkt. Ärztliche Leistungen, Krankenhausaufenthalte, Medikamente, Pflege (Pflegeversicherung) werden verstärkt den Werktätigen selbst aufgebürdet – wer ärmer wird, kann sich eine ausreichende medizinische Versorgung auch nicht mehr leisten.

In den letzten Jahren gibt es Hunderttausende von sogenannten prekär Beschäftigten gerade auch in der Industrie, die in unterschiedlichem Ausmaß zu extremen Billiglöhnen am unteren Ende der Lohnskala der Beschäftigten stehen und oft noch zusätzlich mit Zahlungen durch den Staat unterstützt werden, damit sie überhaupt das offizielle Existenzminimum erhalten. Diese Gruppe ist Teils identisch oder überschneidet sich mit der im letzten Jahrzehnt angewachsenen Zahl sogenannter Leiharbeiter oder auf der Basis von Werksverträgen Beschäftigten.

Gerade bei den aus dem Produktionsprozess hinausgeworfenen Teilen der Werktätigen und denjenigen, die in Deutschland ohne Papiere leben und arbeiten, zeigen sich die Merkmale von Verelendung besonders deutlich. Dabei geht es um Millionen von Menschen.

7,2 Millionen Menschen mit Papieren waren 2013 auf staatliche Gelder angewiesen, um wenigstens das offizielle Existenzminimum zu erreichen. 6 Millionen waren sogenannte Hartz-IV-Empfänger, etwas über eine Million waren Rentner und Kranke, die nicht mehr arbeiten können. Hinzu kamen beispielsweise im Jahr 2014 etwa eine Million Erwerbslose, die ALG I beziehen.

Im eigentlichsten Sinne die unterste Schicht der proletarischen Klasse in Deutschland ist ein sehr großer Teil derjenigen, die ohne Papiere hier leben und unter rechtlosen Bedingungen weit über 40 Stunden in der Woche zu extrem niedrigen Löhnen arbeiten, in verelendeten Wohnverhältnissen leben und aus dem Sozialsystem vollkommen ausgeschlossen sind. Nach Schätzungen von Gruppen, die sich für Menschen ohne Papiere einsetzen, leben und arbeiten bis zu 1,5 Millionen Menschen ohne Papiere in Deutschland.

Die Verschmutzung der Luft, vor allem in den Industriezentren, die Vergiftung des Bodens durch Giftmüll, die Vergiftung der Flüsse und Meere, des Trinkwassers, das Absterben großer Teile der Wälder, Probleme wie radioaktive Verseuchung, Klimaveränderungen durch Abholzung der Regenwälder, Ozonloch usw. – das alles sind weitere wirkliche, das Leben und die Gesundheit vor allem der Masse der Werktätigen bedrohende Realitäten der heutigen Welt.

Alle diese Erscheinungen zeigen die zunehmende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der proletarischen Klasse und der ausgebeuteten Werktätigen.

Hartz IV – die bisher mit Abstand größte staatliche Aggression auf sozialpolitischem Gebiet ab 2005

Im Februar 2002 wurde von der damaligen SPD-Grünen-Regierung die sogenannte Hartz-Kommission eingesetzt. In der 15-köpfigen Kommission unter dem Vorsitz von Namensgeber Peter Hartz von der Volkswagen AG (später wegen Veruntreuung verurteilt) saßen unter anderem Vertreter der Deutschen Bank, von BASF, Daimler-Chrysler oder auch Hanns-Eberhard Schleyer für den Zentralverband des Deutschen Handwerks sowie Peter Gasser als Vertreter der IG Metall und Isolde Kunkel-Weber für Verdi.

Diese Kommission tüftelte die sogenannten Hartz-Gesetze aus: Mit Hartz I und II wurde **die Leiharbeit fast unbeschränkt und ohne zeitliche Einschränkung möglich,** während Hartz III vor allem den Umbau des Arbeitsamts in eine Bundesagentur betraf. Mit Inkrafttreten von Hartz IV am 1. Januar 2005 wurde **das Prinzip der Arbeitslosenversicherung faktisch abgeschafft,** die Arbeitslosenhilfe (nun ALG II), die bis dahin auf Grundlage des letzten Lohnes berechnet worden war, wurde auf Sozialhilfeniveau gesenkt.

Die Einführung von Hartz IV bedeutete und bedeutet nicht nur eine massive Steigerung der staatlichen Faschisierung, sondern auch Sozialabbau im Massenumfang. Von einem Tag auf den anderen mussten Millionen „erwerbsfähige Hilfsbedürftige“ mit dem Sozialhilfesatz – 345 Euro für einen Alleinstehenden in Westdeutschland, 211 Euro für Kinder unter 14 Jahren – auskommen. Laut offizieller Quellen waren im Februar 2010 rund 6,8 Millionen Werktätige Hartz-IV-„Empfänger“. Davon gelten rund 5 Millionen als „erwerbsfähig“, rund 1,7 Millionen sind Kinder.

Darüber hinaus wurde mit Hartz IV der Arbeitszwang im Massenumfang vor allem über sogenannte 1-Euro-Jobs institutionalisiert. Beim „alten“ Sozialhilfegesetz – das hier natürlich nicht beschönigt werden soll, nur weil Hartz IV noch schlimmer ist – blieb der Arbeitszwang weitgehend davon abhängig, ob überhaupt entsprechende Jobs zur Verfügung standen. Diese Grenze wurde mit Hartz IV systematisch ausgehebelt. Anstelle eines Anspruchs auf staatliche finanzielle Unterstützung, der auch früher bereits „Mitwirkungspflichten“ voraussetzte, bedeutet Hartz IV Arbeitszwang und erst auf dieser Grundlage Anspruch auf staatliche finanzielle Unterstützung. Wer „auf Staatskosten“ lebe, soll sich nicht mehr „drücken“ können vor „zumutbarer“ Arbeit, heißt es. Und was „zumutbar“ ist – sei es untertarifliche Bezahlung, seien es lange Arbeitszeiten oder unzumutbar kilometerlange Anfahrten – bestimmt das Job-Center.

Besonders von Hartz IV betroffen sind Frauen. Sie gerieten mit der Einführung von Hartz IV in die vollständige finanzielle Abhängigkeit ihrer Ehepartner, weil sie durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe nun keine staatlichen Gelder mehr bekamen. Auch ist der Anteil der Frauen bei Mini-Jobs und Leiharbeit besonders hoch. Als Alleinerziehende trifft Hartz IV Frauen besonders hart. Rund 40 Prozent von ihnen, das entspricht 600.000 Frauen, sind 2010 mit ihren Kindern auf Hartz IV angewiesen.

Jugendliche bis 25 Jahren werden von den Behörden besonders unter Druck gesetzt und verfolgt. Um Druck, auch von den eigenen Angehörigen, aufzubauen, wird ihnen häufig bereits beim ersten „Verstoß“ gegen Hartz-Auflagen der komplette Regelsatz gestrichen.

Bewusst muss auch sein, dass Hartz IV für „Nichtdeutsche“, für Menschen ohne deutschen Pass, insbesondere wenn sie aus einem Nicht-EU-Land kommen, nicht nur ein Leben mit einem minimalen Minimum zum Überleben bedeutet, sondern auch die Drohung, jederzeit abgeschoben werden zu können. Und vollkommen ausgeschlossen aus der „Volksgemeinschaft“ sind Asylsuchende. Hartz IV gilt eben nicht einmal für alle „erwerbsfähigen Hilfsbedürftige“ in Deutschland. Für Asylsuchende und für zynischerweise als „Geduldete“ bezeichnete Migrantinnen und Migranten, die keinen sicheren Status in Deutschland haben, wurde ausdrücklich eine Sonderregelung geschaffen. Wer unter das „Asylbewerberleistungsgesetz“ fällt, einem seit 1993 bestehenden Sondergesetz, ist von ALG II grundsätzlich ausgeschlossen.

Hartz IV trat am 1. Januar 2005 „in Kraft“ und entwickelte sich bis heute zu einem gigantischen Ausbeutungs-, Bespitzelungs- und Überwachungsprogramm, dass ganz direkt gegen über 6 Millionen Menschen eingesetzt wird, die sogenannten Hartz-IV-Empfänger. Der Überwachungs- und Bespitzelungsapparat von Hartz IV kann auch gegen sich entwickelnde Kämpfe eingesetzt werden. Hartz IV wirkt als Drohung an alle, die noch Arbeit haben, um sie zu disziplinieren. Hartz IV dient der Spaltung der Masse der Bevölkerung und der Hetze gegen sogenannte „Arbeitsscheue“.

Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung

Gegen die verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung entwickelten sich Streikkämpfe in den Betrieben und bei der Deutschen Bahn, mit unterschiedlichsten Kampfformen – von Streiks mit Betriebsbesetzungen bis zu Demonstrationen und Straßenblockaden sowie dem Kampf ge-

gen Streikbrecher. Kämpfe ohne und gegen die Gewerkschaftsführung waren vor allem beim Streik bei Opel in Bochum 2004 zu verzeichnen.

Wichtige Kämpfe bis 2010 waren die Folgenden:

Ab April 1993 fand eine fast einjährige Besetzung der Kali-Mine „Thomas Münzer“ in Bischofferode auf dem Gebiet der ehemaligen DDR von etwa 700 Kali-Kumpeln ohne und gegen die Führungsclique der IG Bergbau statt. Die Streikenden führten teilweise einen Hungerstreik durch, um gegen die Stilllegungspläne im Zusammenhang mit der Übernahme des Werks durch das westdeutsche Monopolkapital zu protestieren.

Im März 1997 kämpften mehrere Tage lang Zehntausende Bergarbeiter mit vielfältigen Aktionen gegen drohende Betriebsstilllegungen und die angekündigte Beseitigung Zehntausender Arbeitsplätze im Steinkohlebergbau.

Im September 1999 besetzten die Arbeiterinnen und Arbeiter des Alcatel-Kabelwerks in Berlin-Neukölln fünf Wochen lang das Werk, um gegen dessen drohende Schließung zu protestieren.

Vom 17. Juni bis zum 26. Juni 2002 streikten zum ersten Mal seit 1945 insgesamt ca. 32.000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeiter in ganz Deutschland für bessere Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen.

Mit den größten Protestaktionen der letzten Jahre, kurzfristigen Streiks, Demonstrationen und Straßenblockaden kämpften im Juli 2004 Zehntausende Arbeiterinnen und Arbeiter sowie andere Werktätige verschiedener Werke von DaimlerChrysler gegen die angekündigte Verschärfung der Ausbeutung durch „Kosteneinsparungen“.

Vom 14. Oktober bis zum 20. Oktober 2004 streikten die Arbeiterinnen und Arbeiter der Opelwerke in Bochum gegen drohende Massenentlassungen. Dieser Streik wurde ohne und gegen die Gewerkschaftsführung begonnen und durchgeführt, jedoch gelang es der Gewerkschaftsführung in einer gemeinsamen Aktion mit den Kapitalisten, den Streik abzubrechen.

Am 24. Oktober 2005 begann ein Streik bei Infineon in München gegen die drohende Werksschließung, der eine Woche andauerte. Es beteiligten sich mehrere Hundert Kolleginnen und Kollegen an dem Streik – trotz massiver Abwiegelei der Gewerkschaftsführung und brutalem Polizeiterror gegen Streikende bis hin zur Drohung mit dem Einsatz von Schusswaffen. Hervorstechend war der konsequente Kampf gegen Streikbrecher, der zeitweise den Rahmen der Legalität durchbrochen hat.

Am 6. August 2007 beschlossen die Lokführerinnen und Lokführer, sowie auch Zug- und Servicebegleiter und -begleiterinnen bei der Deutschen

Bahn, die in der Gewerkschaft GDL organisiert sind, den unbefristeten Streik. Ihre Forderungen waren: ein eigener Tarifvertrag, Lohnerhöhung und Arbeitszeitverringerung. Anfang August begann der bisher längste Streik von Eisenbahnern in Deutschland, der wiederholt und mehrere Tage lang bis November 2007 den Personen- und Güterverkehr auf der Schiene großenteils lahmlegte und an dem sich mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen beteiligten – bis es der reaktionären GDL-Führung schließlich gelang, den Streik abzuwürgen.

Die extreme Hetze gegen diesen Streik von den Bahnkapitalisten über bürgerliche Politiker und Medien bis hin zu den DGB-Fürsten sowie juristische Verbote gegen einzelne Streiks im Güter- und Fernverkehr erklärt sich daraus, dass dieser Streik in einem höchst empfindlichen Bereich des Systems des deutschen Imperialismus stattfand. Das Transportsystem ist für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktion und die Realisierung der Profite der Kapitalisten zentral. Die Transportwege zu Lande sind Bestandteil des zum Teil staatlichen Transport- und Kommunikationssystems in Deutschland, das vor allem aus Eisenbahnen, Flugzeugen und Telekommunikationswegen und -zentren besteht. Dieses gesamte System ist für die Vorbereitung und Führung vor allem groß angelegter imperialistischer Kriege nach außen und für die Aufstandsbekämpfung im Innern enorm wichtig.

Dass es den vergleichsweise wenigen GDL-Streikenden gelungen ist, den riesigen Bahnkonzern wiederholt und über mehrere Tage hinweg weitgehend lahmzulegen, ist eine überaus wichtige konkrete Erfahrung, die weit über den Bahnbereich hinaus bedeutsam ist.

IV. Zur Lage in Deutschland und zur weiteren weltweiten Expansion des deutschen Imperialismus von 2010 bis 2015

Weitere militärische und politische Expansion des deutschen Imperialismus

Die deutschen Imperialisten mischten sich ganz massiv und relativ offen, insbesondere seit Ende 2013, in die inneren Angelegenheiten der **Ukraine** ein im Rahmen ihrer deutsch-imperialistischen „Osterweiterung". Dazu nutzten sie auch das EU-Mäntelchen. Im Machtkampf der verschiedenen – mit jeweils anderen imperialistischen Großmächten verbundenen – herrschenden Cliquen in der Ukraine setzen die deutschen Imperialisten im Moment auf das reaktionäre Bündnis der ukrainischen pronazistischen Swoboda-Faschisten und anderer pronazistischer Gruppen, der „Klitschko"-Partei und anderer pro-EU-Kräfte – und das mit Erfolg. Die Swoboda-Faschisten sowie andere prodeutsche Kräfte sitzen in der ukrainischen Regierung, nazistische bewaffnete Kräfte sind Teil der ukrainischen Armee geworden und kämpfen gegen die reaktionären Kräfte im Osten der Ukraine, die vom russischen Imperialismus unterstützt werden. Dieses Vorgehen des deutschen Imperialismus ist Teil der Forcierung des Projekts der „Einigung Europas", eines wesentlichen Hebels im weltweiten Konkurrenzkampf, vor allem gegen den USA-Imperialismus, aber auch gegen den japanischen und russischen Imperialismus. Die sogenannte Ukrainekrise nutzte der deutsche Imperialismus auch verstärkt für Militärübungen mit Kampfflugzeugen

Im **Irak** hat der deutsche Imperialismus weiter an Boden gewonnen, vor allem gegenüber dem US-Imperialismus. Der deutsche Imperialismus versucht dies durch die zeitweilige indirekte Unterstützung der faschistischen Söldnerarmee des sogenannten „Islamischen Staats" (IS) über auch vom deutschen Imperialismus in großem Umfang abhängige Länder wie die Türkei oder Katar. Der IS hatte zwischendurch große Gebiete des Irak (und auch Syriens) militärisch unter Kontrolle.

Ende 2013 wurden Bundeswehrsoldaten und Patriot-Raketen in der **Türkei** an der Grenze zum Irak stationiert und seit Mitte 2014 werden massiv reaktionäre kurdische Kräfte im Irak mit Geld und Waffen unterstützt, was sich insbesondere gegen revolutionäre kurdische Kräfte in dieser Region richtet.

Im Dezember 2015 wurde der Bundeswehreinsatz in **Syrien** mit sechs Tornados und Kriegsschiffen im Mittelmeer mit bis zu 1.200 Soldaten beschlossen.

Zunehmende Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfung der staatlichen Faschisierung in Deutschland

Der **Ausbau des Überwachungsstaats** wurde weiter vorangetrieben, durch das Programm einer großflächigen Vorratsdatenspeicherung, durch den Einsatz von sogenannten Trojanern und gezielte Lauschangriffe. Hinzu kam das im Januar 2010 begonnene sogenannte ELENA-Verfahren, der „elektronische Entgeltnachweis der Arbeitnehmer", mit dem Daten über Beschäftigte an einer zentralen Speicherstelle gesammelt und dann Behörden zur Verfügung gestellt werden. Rund 40 Millionen Menschen werden so bespitzelt und überwacht. Ab 2014 wird das Nachfolgesystem „Bescheinigungen von Arbeitgebern elektronisch annehmen" (BEA) und „Optimiertes Meldeverfahren in der sozialen Sicherung" (OMS) eingesetzt.

Auch der **Polizeiterror** wurde weiter verschärft. In Hamburg wurde 2013 mehrere Wochen lang aufgrund bestehender Gesetze ganze Stadtteile von der Polizei zum „Gefahrengebiet" erklärt. In solchen Gebieten darf die Polizei jeden Menschen „verdachtsunabhängig" kontrollieren, durchsuchen und auch festnehmen, das heißt, dass dort ein polizeistaatlicher Ausnahmezustand herrscht. Hier wurde vom deutschen Imperialismus vorexerziert und geübt, wie ganze Stadtteile, ja ganze Städte unter einen polizeistaatlichen Ausnahmezustand gestellt werden können, um erstarkende Kämpfe schon im Keim zu ersticken und ein „ruhiges Hinterland" zu garantieren.

Am 19. Mai 2011 wurde Christy Schwundeck, eine Frau mit „nichtweißer" Hautfarbe, im Jobcenter Gallus in Frankfurt am Main von der Polizei erschossen.

Das **mörderische Programm des deutschen Imperialismus gegen Flüchtlinge** wurde weiter verschärft.

In Deutschland waren zu dieser Zeit Hunderttausende mit dem Damoklesschwert der Abschiebung bedroht, weil sie einem ungesichertem Aufenthaltsstatus unterworfen sind. Das betrifft Asylsuchende, die oft jahrelang auf eine Entscheidung warten müssen, und vor allem die sogenannten „Geduldeten", deren Asylantrag abgelehnt wurde. Zusammen waren Ende 2014 davon 290.000 Flüchtlinge betroffen. Hinzu kommen die sogenannten „Illegalisierten", Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus, „ohne Papiere", deren Zahl nach vorsichtigen Schätzungen mindestens eine halbe Million

beträgt. Aber auch die Ende 2014 rund 147.000 „anerkannten Asylberechtigten“ sowie jene rund 183.000 mit „humanitärem Schutz“ oder „Bleiberecht“ (mit diskriminierenden Auflagen) können sich ihres Aufenthalts nicht sicher sein, denn durch staatliche Widerrufsverfahren wurde schon Zehntausenden in den Jahren zuvor der Schutzstatus wieder entzogen.

Die deutschen Behörden haben 2012/13 über 2.200 Abschiebungsaufträge für Flüchtlinge aus Kosova erteilt, rund 850 Roma wurden nach Kosova abgeschoben, die Übrigen leben irgendwo in der „Illegalität“. Insgesamt leben nach Angaben der Bundesregierung noch etwa 7.000 Roma aus Kosova in Deutschland gegenüber 10.000 im Jahre 2011. Allein im 2. Quartal 2014 wurden rund 5.000 Asylanträge von Flüchtlingen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Mazedonien und Serbien als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt und damit deren Abschiebung vorbereitet, lediglich 50 Betroffene erhielten einen vorläufigen Schutz. Mit der offiziellen Einstufung der Staaten Exjugoslawiens – Serbien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien – als sogenannte „sichere Herkunftsstaaten“ seit Oktober 2014 sowie Albanien, Kosova und Montenegro seit 2015 wurde die Massenabschiebung von Tausenden von Roma in Schnellverfahren ohne Prüfung der Asylgründe noch weiter forciert. Insgesamt wurden bis Ende 2014 ca. 22.000 Abschiebungen vorgenommen, einschließlich der unmittelbaren „Zurückweisungen an den Grenzen“.

Während die Möglichkeiten zur Abschiebung der Flüchtlinge optimiert wurden und mittels der Gesetzgebung ein noch rigideres Vorgehen gegen Flüchtlinge in Gang gesetzt wurde, hat die offizielle Politik des deutschen Imperialismus auch damit begonnen, das „Nützlichkeitskriterium“ zur Anwendung zu bringen, wonach geprüft werden kann, ob nicht dieser oder jene geflüchtete Arzt oder Computerspezialist für den deutschen Imperialismus brauchbar ist, also gegebenenfalls nicht abgeschoben, sondern mit einer Arbeitsstelle versorgt wird. Durch eine solche planmäßige Spaltung der Flüchtlingsbewegung wird die Arbeitsteilung sichtbar: Nazis und Staatsapparat gehen gegen die „unnützen“ Flüchtlinge vor, Einzelinstitutionen des Staates kümmern sich um die als „nützlich“ eingestuften. All das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vor allem und in erster Linie um eine nationalistische, rassistische Abschottungspolitik des deutschen Imperialismus geht. Das zeigte sich vor allem an den aktuell größten Verbrechen des deutschen Imperialismus, am Verhalten zu Menschen auf der Flucht. Was nicht allein, aber durchaus unter Federführung des deutschen Imperialismus in Europa geschieht, ist von einer extremen Brutalität gekennzeichnet. Im Bewusstsein, dass es kaum noch eine andere Möglichkeit

insbesondere für afrikanische Flüchtlinge gibt, nach Europa zu kommen, sich dorthin zu retten oder auch Asyl zu beantragen, wird mit militärischen Operationen die Überquerung des Mittelmeers nach Europa so behindert, dass bewusst und planmäßig regelmäßig Hunderte von Flüchtlinge im Mittelmeer ertrinken. Seit 2010 sind allein im Mittelmeer Tausende Flüchtlinge ermordet worden, 2014 und 2015 nach Schätzungen jeweils mindestens 4.000 Geflüchtete. Unter führender Beteiligung Deutschlands wurde dafür die „Grenzschutzagentur Frontex" aufgebaut. Zu den zynischen Manövern gehört es, dass ab und an ein Bundeswehrschiff einige Dutzend Flüchtlinge aus dem Wasser rettet, um im nächsten Moment selbst wieder an der mörderischen Abschottungspolitik des deutschen Imperialismus teilzunehmen.

Hetzkampagnen mithilfe der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie"

Im Zusammenhang mit dem Vorgehen des deutschen Imperialismus gegen Griechenland wurde die deutsche „Herrenmenschen"-Ideologie ab Anfang 2010 massiv in Form einer so noch nicht dagewesenen **Anti-Griechenland-Hetze** forciert.

Hetzorgien gegen die angeblich „faulen Griechen" wurden gestartet, um die Bevölkerung in Deutschland voll und ganz hinter sich zu bekommen für die brutalen Pläne der weiteren Ruinierung der griechischen Wirtschaft und der verschärften Ausbeutung der Masse der Werktätigen in Griechenland. Die Idee einer nationalen Souveränität wurde nicht nur faktisch in der Realität, sondern auch ganz offen und bewusst in der imperialistischen Propaganda mit Füßen getreten: Wer das Geld gibt, der soll auch die einzelnen Gesetze in einem andern Land bestimmen, so der einhellige Tenor der herrschenden Klasse in Deutschland.

Diese Anti-Griechenland-Hetze zeigte die Macht der Medien im Herrschaftsgefüge des deutschen Imperialismus, quasi auf Knopfdruck nahezu jede beliebige Gruppe oder sogar jedes beliebige Land für die Hetze freizugeben. Diese Hetze gegen Griechenland hatte für zukünftige Verhetzungskampagnen durchaus Vorbildcharakter.

Eine der größten Provokationen war die von bürgerlichen Medien 2012 angeführte **judenfeindliche Kampagne gegen das jüdische kulturelle und religiöse Ritual der Beschneidung.** In einer seit 1945 noch nie dagewesenen Medienkampagne gegen religiöse Minderheiten in Deutschland, gegen die jüdische und auch gegen die muslimische Bevölkerung, wurde die kulturell-religiöse traditionelle Beschneidung von Säuglingen und Kin-

dern zur Diskriminierung und Kriminalisierung genutzt. Die jüdische Bevölkerung in Deutschland und die jüdischen Gemeinden in Deutschland, die sich nach 1945 neu konstituiert hatten, waren in ganz besonderer Weise von dieser sogenannten Beschneidungsdebatte betroffen. Die Tatsache, dass gut 60 Jahre nach dem Holocaust in scheinbar unbefangener, in Wirklichkeit schamloser Weise das Selbstverständnis der jüdischen Religion in Frage gestellt, ja die jüdische Minderheit in Deutschland als eine Minderheit, die Kinder misshandelt, dargestellt wurde, war eine beispiellose Propagandaaktion der herrschenden Klasse und ihrer Medien. Zur Schau gestellt wurde eine angebliche Überlegenheit christlicher Religionen oder deutschnationaler Grundpositionen im atheistischen Gewand. Es ging in dieser Kampagne auch darum, dass religiöse Minderheiten in Deutschland weitgehend offenkundig der Diskriminierung, ja der Verachtung ausgesetzt wurden.

Erneut wurde Mitte 2014 die Verschärfung des Konflikts zwischen dem israelischen Staat und staatsähnlichen palästinensischen Organisationen im Gaza-Gebiet als Vorwand benutzt, um Judenfeindschaft massiv zu steigern. Ab Juli 2014 erreichte eine wochenlange judenfeindliche Hetze und judenfeindlicher Terror, der tagtäglich auf der Straße in aller Öffentlichkeit stattfand, einen neuen Höhepunkt. Hervorstechend war, dass bei judenfeindlichen Demonstrationen mit hunderten, ja tausenden Teilnehmern ganz offen unter den Augen der Polizei, teilweise mithilfe der Polizei, Judenfeindschaft, ja mörderische Judenfeindschaft in aller Öffentlichkeit propagiert werden konnte (zum Beispiel durch die Verbreitung von Parolen wie „Tod den Juden“). Diese öffentliche mörderische Propaganda wurde verbunden mit gewalttätigen Angriffen gegen jüdische Menschen und jüdische Einrichtungen durch Nazis und verhetzte Nazisympathisanten.

2013 wurde eine **bundesweite Medien- und Politikerhetze gegen** mehrere von **Roma aus Rumänien und Bulgarien** bewohnte Häuser in Duisburg gestartet, die dazu führte, dass eine Pogromstimmung gegen Roma in Duisburg entstand. Auf eines der Häuser wurde ein Brandanschlag verübt, die Bewohner wurden von Nazis bedroht und terrorisiert.

Eine besondere Variante der **Muslimfeindschaft** war die rassistisch-genetisch argumentierende, den Islam als Religion aber einbeziehende Hetzkampagne von Sarrazin und Co, die im August 2010 gestartet und durch eine gigantische Medienkampagne unterstützt wurde. Die Kernpunkte waren:

Sarrazin machte muslimische Migrantinnen und Migranten und ihre Religion verächtlich und beschimpfte beide aufs Übelste: Muslime wurden als besonders kriminell und ganz besonders üble „Sozialschmarotzer“ hingestellt, die Religion des Islam wurde gleichgesetzt oder in Verbindung gebracht mit „Terror“ und „Diktatur“.

Sarrazin beschwor das „westliche Abendland“, das durch muslimische Einwanderer unterzugehen drohe. Damit schürte er Ängste, damit „Deutschland erwache“. In der Pose des deutschen Herrenmenschen stellte Sarrazin als „Lösung“ ein Programm aus Arbeitszwang, Zwangseindeutschung und Zuwanderungsstopp für Muslime in Deutschland auf.

Im zunehmenden Konkurrenzkampf zwischen dem deutschen Imperialismus und dem US-Imperialismus wurde seit dem Sommer 2013 eine **deutsch-nationalistische Stimmung gegen die US-Geheimdienste** – allen voran die NSA – und ihre Überwachungsmethoden hochgepeitscht.

Durch diese Kampagne wurde abgelenkt von der zunehmenden Überwachung und Bespitzelung in Deutschland selbst. Bei dieser Explosion des deutschen Nationalismus ging es um die Beschwörung einer über den Klassen stehenden Solidarität mit der Politikerkaste und Frau Merkel, um die Beschwörung einer sogenannten „Volksgemeinschaft“ nach dem Motto „Wir Deutsche gegen Amerika“.

Des Weiteren diente sie dazu, den imperialistischen Konkurrenzkampf des deutschen Imperialismus gegen den US-Imperialismus als „gerechte Sache“ aufseiten Deutschlands darzustellen und so die große Masse der Bevölkerung dafür zu gewinnen, sie zu mobilisieren und eine nationalistische Massenstimmung gegen die USA zu schaffen.

Anders als noch vor 25 Jahren bemühten sich die Propagandisten des deutschen Imperialismus ab Anfang 2015 für eine mehr oder weniger kurze Zeitspanne, das Gesicht „des hässlichen Deutschen“ **gegenüber Flüchtlingen** mehr im Hintergrund zu halten. Die Rede war von einer neuen „Willkommenskultur“, für die eine riesige PR-Maschine zum Einsatz kam.

Parolen und Forderungen diverser Flüchtlingsorganisationen wurden übernommen und deren Initiativen wurden mit den staatlichen Maßnahmen koordiniert und weitgehend in sie eingebunden. Es wurde an die Bevölkerung appelliert, dass sie sich gemeinsam mit dem Staat bemühen solle, mit Spielsachen, Decken und Essen, am besten nach dem Vorbild von Frau Merkel mit dieser oder jener „Streicheleinheit“, die Flüchtlinge willkommen zu heißen.

Sicherlich war und ist es sehr zu begrüßen, dass Flüchtlinge aus anderen Ländern in Deutschland von bestimmten Teilen der Bevölkerung mit ehrlicher Anteilnahme tatkräftig unterstützt werden. Tatsache ist jedoch auch, dass es dem deutschen Imperialismus gelang, selbst diese, eigentlich gegen seine eigene Politik gerichtete Stimmung in Teilen der Bevölkerung wieder in eine Werbemaßnahme für das angeblich „humanistische Deutschland" zu verwandeln. Umso wichtiger war und ist es, über die Brutalität der Flüchtlingspolitik des deutschen Imperialismus aufzuklären und vor allem aktuell auf die massenhafte Ermordung der Flüchtlinge im Mittelmeer hinzuweisen.

Diese groß angelegte PR-Kampagne im Zusammenhang mit der sogenannten „Willkommenskultur" hatte bestimmte Gründe und Zielsetzungen.

Es ging dabei um Entpolitisierung. Das von den imperialistischen Mächten verursachte Elend auf der ganzen Welt (wofür die Geflüchteten nur ein Symptom sind) wurde systematisch ausgeblendet. Schuld an den Fluchtursachen sei nicht der Imperialismus, sondern verantwortlich für das Schicksal der Geflüchteten seien die sogenannten „Schlepper-Teufel".

Die Trennung der Flüchtlinge in „nützliche Arbeitskräfte" und „nicht nützliche Transferleistungsempfänger", die sofort wieder abgeschoben werden sollen, dieses „Teile und Herrsche" lief und läuft auf Hochtouren.

Gleichzeitig wurde und wird geplant, die Konstruktion von angeblich „sicheren Herkunftsländern" auszubauen, was gesetzlich verankert werden soll und wodurch das eh schon kaum mehr vorhandene Asylrecht weiter aushöhlt wird.

Diese PR-Kampagne lenkte ab von der Realität der von der sogenannten „Willkommenskultur" ausgenommenen Flüchtlinge in Deutschland, von der Zunahme brennender Flüchtlingsheime, von der zunehmenden Brutalität von Massenaufmärschen der Nazis, von Nazis in den Sicherheitsdiensten, die Flüchtlinge bewachen, und vor allem von der nach wie vor in Deutschland laufenden Inhaftierung und Abschiebung von Flüchtlingen.

Naziterror

Der Naziterror hat zu keiner Zeit aufgehört. Unzählig sind die Mordversuche, die Sprengstoff- und Brandanschläge, die Hetzjagden, die Überfälle, die tagtäglichen Angriffe und Bedrohungen durch die Nazibanden. 2014 gab es selbst laut staatlichen Quellen mehr als 10.500 sogenannte „rechtsextreme Straftaten", bei denen 431 Menschen verletzt wurden. Es ist klar, dass das nur die bei der Polizei gemeldeten, dort aufgenommenen und den

Nazis zugeordneten Taten sind, was längst nicht das gesamte Ausmaß des Naziterrors umfasst.

Seit 2014 verschärfen die Nazis ihren **Terror gegen Geflüchtete.** Das zeigt sich zum Beispiel bei von Nazis mit unterstützten „Bürgerversammlungen“ gegen neue Flüchtlingslager im Juli 2013 in Marzahn-Hellersdorf in Berlin mit 1.000 aufgehetzten Deutschen. 2014 wurden 250 gewalttätige rassistische Angriffe gegen Flüchtlingsheime verübt, darunter 36 Brandstiftungen und 80 gewalttätige Angriffe gegen einzelne Geflüchtete. 2015 haben sich die Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte auf ca. 130 verdreifacht, die gesamten rassistischen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte auf fast 1000 mehr als verfünfacht. Hinzu kommen 145 rassistische gewaltsame Angriffe auf einzelne Geflüchtete mit mindestens 257 Verletzten.

Seit November 2014 hat sich zudem eine Nazibewegung („Pegida“) entwickelt, die vor allem in Dresden nahezu wöchentlich zehntausende Anhänger auf der Straße zu Kundgebungen und Aufmärschen mobilisieren konnte. Ein Kernpunkt dieser Nazibewegung ist ihre extreme Muslim- und Islamfeindlichkeit sowie ihre Feindschaft gegenüber Flüchtlingen. Insbesondere TV-Medien haben in großem Umfang dazu beigetragen, dass diese Nazi-„Pegida“-Bewegung mit der AfD als parlamentarischen Arm überhaupt so stark und bundesweit bekannt wurde. „Pegida“ wurde salonfähig gemacht, indem sie lügnerisch und verharmlosend als angeblich „islamkritisch“ hingestellt wurde. Und diese Bewegung konnte und kann sich entfalten und wachsen unter dem Schutz des deutschen Staats und seiner Polizei, die bis jetzt alle „Pegida“-Demonstrationen absichert und dadurch überhaupt erst ermöglicht.

Die Nazis verschärften in den letzten Jahren auch ihre **Hetze und** ihren **Terror gegen muslimische Menschen,** nicht nur mithilfe der „Pegida“-Bewegung.

Die reaktionäre, teilweise hysterische antimuslimische Grundstimmung in Deutschland wird systematisch ergänzt auch durch antiislamische Propaganda der Nazis, durch organisierte Naziüberfälle auf islamische Einrichtungen, Anschläge auf Moscheen bis hin zu Nazimorden an Muslimen, die der deutsche Staat vertuscht durch die Weigerung, Angriffe mit muslimfeindlichem Hintergrund in seinen Statistiken gesondert aufzuführen.

Zwischen Januar 2012 und Frühjahr 2014 gab es laut einer staatlichen Veröffentlichung 78 Fälle von Schmierereien an Moscheen bis hin zu Brandanschlägen. 2013 gab es also durchschnittlich alle 10 Tage einen Anschlag gegen eine Moschee.

Von Mitte August bis Mitte September 2014 wurden mehrere Moscheen Opfer von Anschlägen, davon waren 4 Brandanschläge. Das war eine massive Verschärfung. Die nazistischen Täter gingen gezielt dazu über, immer öfter nicht nur Moscheen zu schänden, sondern sie in Brand zu setzen. Diese Brandanschläge müssen als Mordanschläge verstanden werden.

In Bielefeld brannten Mitte August 2014 zwei Moscheen. Muslimfeinde waren in die Süleymaniye-Moschee eingebrochen und hatten dort gezielt Ausgaben des Korans und andere religiöse Schriften verbrannt.

In Mölln war Mitte August 2014 die Fatih-Sultan-Moschee mit verdorbenem Fleisch und Fäkalien geschändet worden. Auf spontanen Solidaritätsdemonstrationen protestierten in Mölln Hunderte unter dem Motto: „Es ist auch unsere Moschee“. Ihnen waren die nazistischen Brandanschläge von 1992, bei denen drei Menschen ermordet wurden, noch in guter Erinnerung.

In Berlin wurde Ende August 2014 durch Brandstiftung ein großer Teile des fast fertig gestellten Neubaus der Kreuzberger Mevlana-Moschee zerstört.

Islamfeindliche Hetze ist für Muslime in Deutschland zum Alltag geworden. Hier nur ein kleiner Ausschnitt der letzten Jahre:

2012 wurde ein nazistisches Pamphlet an 60 Moscheen und Adressen von muslimischen Privatpersonen versandt, im dem unter anderem die Vertreibung aller Muslime aus Deutschland gefordert wurde.

Im Dezember 2012 wurden islamfeindliche Karikaturen an die Ayasofya-Moschee in Berlin verschickt.

Am Eingang der Moschee „Haus der Weißen“ in Berlin-Moabit wurden im Dezember 2012 zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen islamfeindliche Karikaturen angebracht.

Hass-E-Mails an Moscheen oder andere öffentliche islamische Einrichtungen sind an der Tagesordnung.

Allein in München hat die nazistische Partei „Die Freiheit“ in zwei Jahren gegen den Bau eines Islamzentrums Hunderte von Kundgebungen durchgeführt. Die Pro-NRW-Nazis haben allein beim Europawahlkampf Kundgebungen in 15 Städten durchgeführt, die Islamfeindlichkeit zum Thema hatten. Beim Landtagswahlkampf 2012 haben sie in 25 Städten islamfeindliche Kundgebungen vor Moscheen abgehalten.

Ab Juli 2014 erreichte eine wochenlange judenfeindliche Hetze und **judenfeindlicher Terror,** der tagtäglich auf der Straße in aller Öffentlichkeit

stattfand, einen neuen Höhepunkt. Hervorstechend war, dass bei judenfeindlichen Demonstrationen mit ihrer mörderischen Propaganda Nazis und Naziorganisationen führend beteiligt waren. Diese öffentliche mörderische Propaganda wurde verbunden mit gewalttätigen Angriffen gegen jüdische Menschen, der Schändung jüdischer Friedhöfe, Schändung von Synagogen sowie Brandanschläge gegen Synagogen wie in Gelsenkirchen und Detmold am 14. September 2014, gewalttätige Angriffe wie in Berlin am 24. Juli 2014 gegen einen Rabbi mit jüdischer Kopfbedeckung und Schändungen anderer jüdischer oder an den Genozid an den Jüdinnen und Juden erinnernde Einrichtungen wie in Berlin am 19. Januar 2014 und in Freiburg am 17. Februar 2014 sowie Morddrohungen gegen einzelne jüdische Menschen.

Auch der Naziterror **gegen Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden,** hat sich seit 2010 weiter verschärft. Welche Dimension dieser Naziterror inzwischen angenommen hat, sieht man daran, dass allein im Jahr 2015 in Berlin 225 Naziangriffe auf gleichgeschlechtlich orientierte Menschen und Menschen, die aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden, von Betroffenen selbst registriert wurden. Dabei wurden zwei Menschen ermordet und über 100 verletzt.

Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung

Seit einigen Jahren gibt es kaum noch größere, mehrere tausend Beteiligte umfassende Streiks in den Betrieben, die über längere Zeit durchgeführt werden, so dass wirklich Druck auf die Kapitalisten erzeugt werden konnte. Ab und an werden Warnstreiks durchgeführt, die der DGB-Führung aber vor allem dazu dienen, sich entwickelnde Kämpfe schon im Keim zu ersticken und abzuwürgen.

Jedoch gibt es immer wieder kämpferische und auch langandauernde Streiks in kleineren Betrieben, wie zum Beispiel bei Neupack.

2012/2013 kämpften 110 der 200 Kolleginnen und Kollegen vor allem aus Deutschland, der Türkei, Griechenland und Polen von Neupack in Hamburg und Rothenburg 9 Monate lang (November 2012 bis August 2013) unter anderem für höhere Löhne, einen Tarifvertrag sowie insgesamt für bessere Arbeitsbedingungen. Sie organisierten nicht nur den Kampf gegen Streikbrecher und gegen die Spaltungshetze der Kapitalisten, sondern mussten sich auch immer wieder gegen den Einsatz der Polizei zur Wehr setzen, die die Streikbrecher schützen und ins Werk bringen sollte und mit Festnahmen und Platzverweisen „arbeitete“. Der Gewerkschafts-

führung gelang es schließlich, den Streik abzuwürgen und zu beenden. Sie beteiligte sich auch an der Verfolgung von Streikenden. Hierdurch wurde dann auch das wahre Gesicht der Gewerkschaftsführung als Helfer der Kapitalisten überdeutlich.

Antimilitaristische Kämpfe

Antimilitaristische Proteste gegen die militärische Expansion des deutschen Imperialismus waren in diesem Zeitraum sehr schwach.

Sie richteten sich vor allem gegen öffentliche Gelöbnisse der Bundeswehr sowie Werbung der Bundeswehr vor allem an Schulen, Arbeitsämtern und Universitäten. Herausragendes Ereignis der letzten Jahre war der Kampf gegen die alljährliche Propagandashow der Bundeswehr in Hannover (das sogenannte „Sommerbiwak“).

Kampf gegen Naziterror und Nazibewegung

Auch nach 2010 gibt es immer wieder Demonstrationen und Blockaden gegen Naziaufmärsche. Besonders herausragend waren die militanten Kämpfe in Dresden 2011. Am 19. Februar 2011 wollten unter dem Schutz von über 6.000 Polizisten 2.000 bis 3.000 Nazis triumphierend durch Dresden ziehen. Durch den entschlossenen Protest und Widerstand von mehr als 20.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten konnte dies trotz der brutal gegen die Anti-Nazi-Kräfte agierenden Polizei verhindert werden. Der militante Kampf und die Entschlossenheit konsequenter Anti-Nazi-Kräfte waren entscheidend dafür, dass der Naziaufmarsch nicht stattfand.

Ab 2012 ist zu verzeichnen, dass größere militante Demonstrationen gegen Naziaufmärsche nicht mehr stattfanden und es seltener gelingt, Naziaufmärsche wirklich zu verhindern. So konnten zum Beispiel am 1. Mai 2014 alle Naziaufmärsche in verschiedenen Städten stattfinden.

Kämpfe gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Geflüchtete

Seit 2012 hat sich eine landesweite Bewegung von Geflüchteten entwickelt, die von antirassistischen Gruppen und Initiativen unterstützt wurde. Eine vergleichbare Protest- und Widerstandsbewegung von Geflüchteten in Deutschland hat es so vorher noch nicht gegeben. Durch Protestmärsche, Hunger- und Durststreiks sowie Platz- und Gebäudebesetzungen, wie in München am 30. Juni 2013, die Entschlossenheit im Kampf und den relativ hohen Mobilisierungsgrad gelang es, den deutschen Staat zeitweise unter

Druck zu setzen und zumindest zu Gesprächen zu zwingen. Trotz Strafandrohungen, rassistischer Angriffe, polizeilichem Terror, kurzzeitiger Festnahmen und Abschiebedrohungen haben die Geflüchteten nicht kapituliert. Sie haben durch ihr Beispiel andere Geflüchtete, die noch in Angst und Furcht in den Lagern leben, zum Widerstand ermutigt und aufgefordert, sich ihnen anzuschließen.

Herausragende Aktionen dieser Bewegung waren unter anderem:

Demonstration am 13. Oktober 2012 in Berlin mit über 6.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Solidarität mit dem Kampf der in einem Protestmarsch nach Berlin gezogenen Geflüchteten. Das war die bundesweit bisher größte, hauptsächlich von Geflüchteten organisierte und getragene Demonstration, unterstützt von einem breiten Bündnis aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen.

Demonstration am 23. März 2013 in Berlin mit 3.000 bis 4.000 Teilnehmerinnen unter dem Motto „Refugees' Revolution Demo" als Abschluss einer dreiwöchigen Bustour durch die Flüchtlingslager in Deutschland zum einjährigen Jubiläum des Widerstands der streikenden Geflüchteten gegen „Residenzpflicht", Flüchtlingslager und Abschiebungen.

Demonstration am 6. April 2013 in Hamburg mit über 3.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter dem Motto „Gegen Rassismus und Ausgrenzung", die von Geflüchteten aus dem Lager Horst bei Hamburg angeführt wurde und deren Forderungen unterstützte.

Demonstration am 25. Mai 2013 in Berlin mit über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gegen Rassismus und deutsche Asylpolitik zum 20. Jahrestag der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, unter Beteiligung von Geflüchteten, unter anderem auch Roma-Gruppen, von antirassistischen und antifaschistischen Initiativen.

Am 25. Oktober 2013 gab es in Hamburg eine Solidaritätsdemonstration, an der sich 10.000 Menschen beteiligten. An einer weiteren Großdemonstration am 2. November 2013 beteiligten sich mindestens 15.000 Menschen. An einem Schulstreik für Bleiberecht beteiligten sich am 12. November 2013 in Hamburg zirka 3.500 Schülerinnen und Schüler und am 13. Februar 2014 in Berlin annähernd 7.000 Schülerinnen und Schüler.

Auch 2014 und 2015 ging der Kampf weiter. Zum Beispiel schafften es über 2.500 antirassistische Demonstrantinnen und Demonstranten in Berlin-Hellersdorf am 22. November 2014, einen Naziaufmarsch vor der dortigen Flüchtlingsunterkunft zu verhindern. Am 28. Februar 2015 demonstrierten in Dresden 5.000 Menschen gegen Rassismus, gegen Pegida und

für die Solidarität mit Geflüchteten. Am 24. April 2015 begann in Berlin ein Streik von Schülerinnen und Schülern, unter anderem zum Gedenken an die Ermordung von 900 Geflüchteten am 19. April 2015 im Mittelmeer und gegen die mörderische Asylpolitik des deutschen Staats. Außerdem fand eine Demonstration mit 6.000 Schülerinnen und Schülern statt.

Am 20.6.2015 fand in Berlin eine Kundgebung und Demonstration mit ca. 5000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen statt. Ein Motto lautete „grenzenlos gegen das Massensterben im Mittelmeer." Am 18.10.2015 demonstrierten rund 1500 Menschen in Freiburg u.a. auch gegen Abschiebungen von Roma nach Südeuropa

***

Es ist in der Verantwortung aller demokratischen Kräfte, vor allem aller kommunistisch orientierter Kräfte, dass auf all diesen Gebieten Kämpfe vorbereitet, durchgeführt und ausgeweitet werden.

Fazit: Der deutsche Imperialismus, eine besonders aggressive imperialistische Großmacht

Sowohl die gesamte Geschichte des deutschen Imperialismus seit seiner Entstehung bis zur Einverleibung der DDR als auch die aktuelle Analyse der Entwicklung des deutschen Imperialismus von 1989 bis heute zeigen: Der deutsche Imperialismus heute ist kein neuer deutscher Imperialismus.

Auch der westdeutsche Imperialismus, der sich nach dem Zweiten Weltkrieg herausgebildet hat, war kein neu entstandener Imperialismus, sondern war im Kern derselbe deutsche Imperialismus, der den Ersten Weltkrieg ausgelöst hat, derselbe Imperialismus, der im Zweiten Weltkrieg die bisher größten Verbrechen der Weltgeschichte bis hin zum industriell organisierten Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden und den europäischen Sinti und Roma durchgeführt hat. Es ist eben im Kern derselbe Imperialismus, der schon zweimal bewiesen hat, dass er in der Lage ist, in relativ kurzer Zeit ökonomische, politische und militärische Niederlagen wieder wettzumachen. Es ist im Kern derselbe Imperialismus, der sich selbst bei den räuberischsten Aktionen auf breite Teile der Bevölkerung stützen konnte, unter anderem, weil von der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Massen noch nie ein radikaler Bruch mit der herrschenden Klasse in Deutschland durchgeführt wurde.

Dies hat seinen Militarismus und Revanchismus, den deutschen Militarismus und den deutschen Revanchismus besonders ausgeprägt. Der deutsche Imperialismus heute ist wieder zum Sprung bereit. Er ist nach wie vor eine besonders aggressive imperialistische Großmacht.

Der deutsche Imperialismus ist schon lange eine imperialistische Großmacht, die durch Kollaboration beziehungsweise Rivalität mit den anderen imperialistischen Großmächten, dem US-Imperialismus, dem russischen Imperialismus, dem englischen, japanischen und französischen Imperialismus, die Masse der Bevölkerung der Welt ausbeutet und unterdrückt, lokale Raubkriege und einen Weltkrieg vorbereitet.

Mit der Einverleibung der DDR und Westberlins, der revanchistischen sogenannten „Wiedervereinigung“, hat der deutsche Imperialismus einen großen Schritt getan, um die Ergebnisse seiner historischen Niederlage im Zweiten Weltkrieg rückgängig zu machen. Er hat weitere Schritte zur Realisierung seiner weitgehenden Revanchepläne vollzogen, seiner Pläne zur Wiedererlangung sogenannter „verlorener Gebiete“ und zur Eroberung neuer Gebiete im Kampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte um Weltherrschaft.

Unter Einsatz seiner hochtechnisierten Wirtschaftsmacht verstärkt der deutsche Imperialismus heute die Ausbeutung der Bevölkerung in anderen Ländern und der eigenen proletarische Klasse. Durch großangelegte Hochrüstung und besondere Elitetruppen, durch zunehmende weltweite Einsätze seiner Armee und den Aufbau eines weltweiten Systems von Militärstützpunkten für alle Fälle gerüstet, lauert der deutsche Imperialismus auf seine Chancen zur Realisierung seiner weitgehenden Revanchepläne.

Diese Dynamik des „emporkommenden" Imperialismus, der „auf dem Sprung" ist, birgt in sich besondere Gefahren, die vom deutschen Imperialismus im Kampf der Großmächte um Vergrößerung ihrer Einflusssphären und um die Weltherrschaft ausgehen.

Nach innen verschärft der deutsche Imperialismus die staatliche Faschisierung, die Nazibewegung erstarkt weiter. All das dient dazu, im eigenen „Hinterland" aktuell und vor allem für kommende größere Kriege die „Friedhofsruhe" zu garantieren.

Auf Grundlage seiner gewachsenen Kraft und weltpolitischen Rolle hat sich die vom deutschen Imperialismus ausgehende Kriegsgefahr heute noch mehr erhöht, hat ein neues Kapitel in der blutigen Geschichte des deutschen Imperialismus begonnen.

Der deutsche Imperialismus gehört zu den größten Industriemächten der Welt – nach den USA, neben Russland, England, Frankreich und Japan und inzwischen auch China. Diese ökonomische Stärke nutzt er, um weltweit die Masse der Bevölkerung auszubeuten und finanziell zu versklaven. Der deutsche Imperialismus ist ein internationaler Ausbeuter.

Der Kapitalexport (Aufbau von Fabriken, Bergwerken usw., Erwerb von Rohstoffausbeutungsrechten in anderen Ländern, Vergabe von Krediten und Anleihen) – als ein typisches Wesensmerkmal des Imperialismus – ist eines der wichtigsten Mittel des deutschen Imperialismus zur Erzielung von Maximalprofiten durch Ausplünderung der Masse der Bevölkerung der Welt, vor allem auch der vom Imperialismus abhängigen Länder. Beim Gesamtumfang der direkten Investitionen, das heißt dem Bau oder Kauf von Betrieben zur direkten kapitalistischen Ausbeutung der Werktätigen in anderen Ländern, liegt der deutsche Imperialismus mit an der Spitze der imperialistischen Großmächte.

Die Ausplünderung Osteuropas wurde nach dem Zerfall der revisionistischen Regime im Konkurrenzkampf vor allem gegen den US- Imperialismus massiv gesteigert.

Für den deutschen Imperialismus sind die Europäische Union (EU), die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts, die Schaffung des Euro als europäische Leitwährung wichtige Mittel, um seine imperialistische Expansionspolitik noch besser durchführen zu können. Je nach Interessenlage erfolgt dies sowohl in Zusammenarbeit als auch in Konkurrenz mit den anderen westeuropäischen imperialistischen Mächten.

Der deutsche Imperialismus hat sich die kleineren Länder der EU immer weiter unterworfen, um den „Euro-Raum" insgesamt zu stabilisieren und zu stärken für den Konkurrenzkampf vor allem gegen den US-Imperialismus, der nach wie vor die stärkste imperialistische Großmacht ist.

Der deutsche Imperialismus verstärkt seine Expansion immer massiver in den Nahen und Mittleren Osten, vor allem in der Türkei, im Iran und im Irak, und auch in Richtung Asien. Besondere Aufmerksamkeit widmet er dabei neben Indien und Indonesien dem „Milliardenmarkt" China. Gleichzeitig baut er seine Ausbeutungspositionen im nördlichen und südlichen Afrika sowie in den verschiedenen Ländern Mittel- und Südamerikas wie in Brasilien, Chile und Mexiko aus.

Der deutsche Imperialismus hat ein weltweites Netz finanzieller Abhängigkeiten gespannt. Er ist weltweit einer der größten Kreditgeber, der über seine Monopolbanken, aber auch mithilfe solcher imperialistischer Institutionen wie dem IWF oder der Weltbank Milliarden Zinsen aus der Masse der Bevölkerung der Welt herauspresst und zugleich unterdrückerische Ausbeutungsbedingungen diktiert.

Ein weiteres zentrales Mittel des deutschen Imperialismus für die Ausplünderung der ausgebeuteten Massen in den Ländern der Welt ist der Warenexport, der durch den weltweiten Kapitalexport zusätzlichen Auftrieb erhält. Der deutsche Imperialismus ist heute neben dem US-Imperialismus weltweit führende Exportmacht. Und gerade auch diese beherrschende Stellung auf dem Weltmarkt ermöglicht es dem deutschen Imperialismus, andere Länder in ökonomische Abhängigkeit zu bringen oder im Konkurrenzkampf gegen die anderen imperialistischen Großmächte diese Position auszubauen.

Mit seinen politischen und ökonomischen Machtmitteln erobert der deutsche Imperialismus neue Absatzmärkte, neue Rohstoffquellen sowie Kapitalanlagesphären und schafft sich damit zugleich ein riesiges Reservoir an billigsten Arbeitskräften, vor allem in den vom Imperialismus abhängigen Ländern. Er presst aus der Masse der Bevölkerung der Welt in immer gigantischerem Ausmaß Profite heraus.

Um diese imperialistischen Profite und Einflusssphären zu sichern und weiter zu steigern bzw. auszudehnen, gegen die zunehmenden Kämpfe der Masse der Bevölkerung in den vom Imperialismus abhängigen Ländern auf der einen Seite und gegen die imperialistischen Konkurrenten auf der anderen Seite, wendet der deutsche Imperialismus ein ganzes Arsenal von indirekter und direkter politischer und militärischer Unterdrückung an.

Von der Finanzierung von Kollaborateuren und Agenten in anderen Ländern oder faschistischen Regimes, von Waffenlieferungen wie zum Beispiel an die Türkei oder Indonesien, über die Ausbildung und Mithilfe beim Aufbau von Polizei- und Militärapparaten reaktionärer Länder in allen Erdteilen bis zum direkten Einsatz der Bundeswehr – der deutsche Imperialismus ist noch nie vor Krieg, Mord und Folter zurückgeschreckt, wenn es darum ging, seine Profite zu sichern.

Der deutsche Imperialismus arbeitet aktiv an der Vorbereitung nicht nur lokaler Kriege, die er heute schon führt, sondern auch an der Vorbereitung eines imperialistischen Weltkriegs.

***

Aus der Analyse der Geschichte des deutschen Imperialismus als Teil des Weltimperialismus und der sich daraus ergebenden Besonderheiten des deutschen Imperialismus sowie aus der Analyse der internationalen Lage sowie der aktuellen Lage ergeben sich folgende grundlegende demokratische Aufgaben:

– Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik des deutschen Imperialismus und seine weltweite Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik gegenüber anderen Ländern;

– Kampf gegen staatliche Faschisierung, gegen die Hetzkampagnen mithilfe der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie, gegen die Nazibewegung und den Naziterror;

– Kampf für demokratische Rechte, für die Rechte der Frauen, für die Rechte von diskriminierten und verfolgten Minderheiten;

– Kampf gegen verschärfte Ausbeutung, gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der proletarischen Klasse und der anderen Ausgebeuteten.

Problematik der Quellenlage und der benutzten Literatur

Einleitung

Der Charakter der von uns benutzten Literatur zu den einzelnen Zeitabschnitten ist höchst unterschiedlich.

Einmal gibt es Bücher, Artikel und Schriften kommunistischer Kräfte, die bis 1956 wichtige Quellen darstellen, vor allem auch für die Vorgeschichte und Entstehung des deutschen Imperialismus sowie der Analyse der Rolle des deutschen Imperialismus im Ersten und Zweiten Weltkrieg.

Dann gibt es bürgerliche Literatur, verfasst von zum großen Teil offen antikommunistischen bürgerlichen Historikern, die wir kritisch ausgewertet haben, um die dort vorhandenen relevanten Fakten herausziehen zu können.

Ab dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 gibt es zu vielen hier behandelten Themen revisionistische Arbeiten, verfasst von revisionistischen Historikern im Auftrag revisionistischer Staaten und Parteien. Auch diese revisionistischen Quellen enthalten zum Teil wertvolle Fakten – wie die Quellen anderer bürgerlicher Historiker –, die kritisch herausgearbeitet werden müssen.

Es gilt im Sinne Lenins, sehr bewusst den Stand der bürgerlichen Wissenschaft zu reflektieren und durchzuarbeiten – mit der klaren Aufgabe, eben nicht falsche Grundtendenzen und bürgerlich-reaktionäre Grundpositionen zu übernehmen, sondern diese zu verwerfen. Lenin schrieb:

> **„Keinem einzigen dieser Professoren, die auf Spezialgebieten der Chemie, der Geschichte, der Physik die wertvollsten Arbeiten liefern können, darf man auch nur ein einziges Wort glauben, sobald er auf Philosophie zu sprechen kommt. Warum? Aus dem nämlichen Grunde, aus welchem man keinem einzigen Professor der politischen Ökonomie, der imstande ist, auf dem Gebiet spezieller Tatsachenforschung die wertvollsten Arbeiten zu liefern, auch nur ein einziges Wort glauben darf, sobald er auf die allgemeine Theorie der politischen Ökonomie zu sprechen kommt. Denn diese letztere ist eine ebenso parteiliche Wissenschaft in der modernen Gesellschaft wie die Erkenntnistheorie. Im Großen und Ganzen sind die Professoren der politischen Ökonomie nichts anderes als die gelehrten Kommis der Kapitalistenklasse und die Philosophieprofessoren die gelehrten Kommis der Theologen.**
>
> **Die Aufgabe der Marxisten ist nun hier wie dort, zu verstehen, sich die von diesen ‚Kommis' gemachten Errungenschaften anzueignen und sie zu verarbeiten (man kann zum Beispiel, wenn man die neuen ökonomischen Erscheinungen studieren will, keinen Schritt tun, ohne sich der Werke dieser Kommis zu bedienen), und zu verstehen, die reaktionäre**

Tendenz derselben zu verwerfen, der eigenen Linie zu folgen und die ganze Linie der uns feindlichen Kräfte und Klassen zu bekämpfen.“[39]

Die Hauptaufgabe der hier vorliegenden Arbeit ist nicht die Kritik an den bürgerlichen Autoren, sondern es geht darum, die von diesen bürgerlichen Wissenschaftlern erarbeiteten Fakten zu nutzen. Dennoch werden wir im folgenden Literaturverzeichnis versuchen, einige wichtige bürgerliche Bücher wenigstens ganz knapp zu charakterisieren.

Die verwendete Literatur zu den verschiedenen Zeitspannen wird grob eingeteilt in kommunistische Literatur,[40] Literatur von offenen bürgerlichen Historikern sowie Literatur von revisionistischen Autoren.

[39] Lenin, W. I., Materialismus und Empiriokritizismus (1908), Lenin-Werke, Band 14, Berlin 1975, S. 347.

[40] Quellen, die in den Publikationen des Verlags Olga Benario und Herbert Baum benutzt wurden, sind hier nicht gesondert aufgeführt.

Kurze Inhaltsangaben zu allen Büchern vom Verlag Olga Benario und Herbert Baum sind auf der Homepage des Verlags sowie dem Verlagsprogramm, das auf der Homepage heruntergeladen werden kann, zu finden.

Literatur zum Teil „Vorgeschichte…„

Kommunistische Literatur

1. Marx, Karl/Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei (1848), Marx-Engels-Werke, Band 4, Berlin 1977, S. 459–493

2. Marx, Karl, Der Bürgerkrieg in Frankreich, Marx-Engels Werke, Band 17, S. 313-365

3. Engels, Friedrich: Der deutsche Bauernkrieg (1850), Marx-Engels-Werke, Band 7, Berlin 1960, S. 327–413

4. Karl Marx / Friedrich Engels: Werke, Band 1 bis 43, DVD Offenbach 2012

5. Autorenkollektiv: Marx und Engels über das Reaktionäre Preußentum (1943), in: Autorenkollektiv: Marx und Engels über das Reaktionäre Preußentum / Klahr, Alfred: Gegen den deutschen Chauvinismus, Offenbach 1997

6. Jefimow, A. W., Geschichte der Neuen Zeit 1640–1870, Berlin/Leipzig 1951

7. Smirin, M. M.: Die Volksreformation des Thomas Münzer und der große Bauernkrieg, russisch: Moskau 1947, deutsch: Berlin 1952

Literatur zu Teil I: 1900–September 1917

Kommunistische Literatur

1. Autorenkollektiv: Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg, Offenbach 2004, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

2. Autorenkollektiv: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918), Offenbach 2004, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

3. Der deutsche Imperialismus und die Niederschlagung des Boxeraufstands in China 1900 (chinesisch und deutsch), Rote Hefte Nr. 23, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

4. Der Genozid der deutschen Imperialisten an den Herero und Nama, Rote Hefte Nr. 39, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Revisionistische Literatur

5. Kriwogus, I. M., Stezkewitsch, Abriss der Geschichte der I. und II. Internationale, Berlin 1960

6. Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Kapitel IV und V, Berlin 1967

Literatur zu Teil II: Oktober 1917–1955

Kommunistische Literatur und Dokumente

1. Zur internationalen Lage 1919 –1952 – Dokumente der kommunistischen Weltbewegung: Lenin – Stalin – Komintern – Kominform – KPdSU(B), Offenbach 2003, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

2. Varga, E., Die große Krise, deutsch, Moskau – Leningrad 1934

In diesem Buch wird die weltweite Krise des Kapitalismus von 1929 sehr faktenreich aus kommunistischer Sicht analysiert vor allem auch die Lage in Deutschland.

3. Autorenkollektiv: Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918), Offenbach 2004, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

4. Die weltweiten Verbrechen der Konterrevolution 1918 bis 1935 – Bericht der Internationalen Roten Hilfe aus dem Jahr 1935, Nachdruck: Offenbach 2008, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

5. Zur Linie der KPD von 1929 bis 1933 (Rotes Heft, Nr. 18), Verlag Olga Benario und Herbert Baum

6. Autorenkollektiv: Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs

– Arbeitsergebnisse einer Konferenz über die Schrift „Geschichtsfälscher“ (Moskau 1948), Offenbach 2012, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Zum Abschnitt Nazi-Verbrechen

Kommunistische Literatur und Dokumente

1. Die weltweiten Verbrechen der Konterrevolution 1918 bis 1935 – Bericht der Internationalen Roten Hilfe aus dem Jahr 1935, Nachdruck: Offenbach 2008, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

2. Autorenkollektiv: Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs – Arbeitsergebnisse einer Konferenz über die Schrift „Geschichtsfälscher“ (Moskau 1948), Offenbach 2012, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

3. Autorenkollektiv: 1418 Tage – Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945), Offenbach 2005, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

4. Autorenkollektiv (Hrsg.), Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 1998

5. Merker, Paul, Das Dritte Reich und sein Ende, Mexiko 1945, Nachdruck: Frankfurt/Main 1972

6. Folgende Rote Hefte des Verlags Olga Benario und Herbert Baum wurden benutzt:
- Zur Linie der KPD von 1929 bis 1933 (Nr. 18), Offenbach 2007

– Die weltweiten Verbrechen der Konterrevolution 1918 bis 1935. Bericht der Internationalen Roten Hilfe aus dem Jahr 1935 (Nr. 27), Offenbach 2009

– 70 Jahre spanischer Bürgerkrieg. Die Bedeutung des bewaffneten Kampfes der Völker Spaniens gegen Faschismus und militärische Intervention (Nr. 14), Offenbach 2006

– Die Nazi-Ideologie vom „lebensunwerten Leben“ – Von der Diskriminierung bis zum Massenmord (Nr. 19), Offenbach 2007

– Kommunistische Positionen gegen die Diskriminierung und Verfolgung Homosexueller (Nr. 20), Offenbach 2007

– Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe in Deutschland (Nr. 28), Offenbach 2009

– Zum Kampf gegen den Antiziganismus: Der Nazi-Völkermord an den Sinti und Roma im besetzten Europa und der Antiziganismus in Deutschland heute (Nr. 21), Offenbach 2010

– Zum Kampf gegen den Antisemitismus (Teil I): Vor aller Augen: Das Novemberpogrom 1938 (hebräisch und deutsch) (Nr. 22), Offenbach 2008

– Zum Kampf gegen den Antisemitismus (Teil II): Der Nazi-Völkermord an der jüdischen Bevölkerung in Europa (Nr. 24), Offenbach 2008

– Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: Neapel, September 1943 (Nr. 3), Offenbach 2005

– Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: Paris, August 1944 (Nr. 5), Offenbach 2005

– Über den bewaffneten Aufstand gegen die nazi-faschistischen Besatzer: Prag, Mai 1945 (Nr. 4), Offenbach 2005

– Die Kämpfe in Griechenland 1941–1949. Die Kämpfe gegen die Nazi-Besatzer (1941–1944) und gegen die englisch-amerikanische Intervention (1944–1949) (Nr. 29), Offenbach 2009

– Die Verbrechen der Nazis und der Nürnberger Prozess (1946) (Nr. 17), Offenbach 2006

Dokumente

1. Internationale Hefte der Widerstandsbewegung – Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus, Band 1 und 2, Offenbach 2002, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Diese Bände enthalten die vollständige Sammlung der von der FIR (Féderation Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1–10, November 1959 bis März 1963) und sind eine wichtige Quelle für das Studium des antinazistischen Kampfs in Europa.

2. Die Verbrechen der Nazis und der Nürnberger Prozess 1946, Das Urteil von Nürnberg (1946), R. A. Rudenko: Die Gerechtigkeit nehme ihren Lauf (1946), Offenbach 2006, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

3. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg, 14. November 1945 bis 1. November 1946, Bd. 9, Nürnberg 1948

4. Das Urteil von Nürnberg, 1946, München 1979

Nichtkommunistische Literatur

Folgende Sammelbände bürgerlicher Historiker, die Naziverbrechen länderübergreifend analysieren, wurden benutzt:

1. Internationales Autorenkollektiv unter Vorsitz von Shilin, P. A., Shukow, E. M., Der zweite Weltkrieg 1939–1945. Kurze Geschichte, Berlin 1985

2. Redaktionskollektiv (Hrsg.), Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion, Band 1-6, Berlin 1962-1968

Das revisionistische Standardwerk zum Thema Zweiter Weltkrieg und dem Überfall der Nazis auf die UdSSR und die anderen europäischen Länder, auf das sich alle „Nachfolger“ immer wieder beziehen, ist die sechsbändige „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“ aus der revisionistischen Sowjetunion, die in den 60er Jahren erschienen ist. Es handelt es sich um das ausführlichste und in mancherlei Hinsicht für das Studium unverzichtbare Studienwerk eines umfangreichen Kollektivs, das schon lange vor dem revisionistischen XX. Parteitag der KPdSU 1956 mit der Verarbeitung aller vorhandenen Dokumente zum Zweiten Weltkrieg begonnen hatte. Dieses revisionistische Standardwerk propagiert Antikommunismus vor allem durch Fälschungen und Verleumdungen gegenüber Stalin (Zur Kritik an der „Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion“ siehe: 1418 Tage. Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die sozialistische Sowjetunion - 22. Juni 1941–8. Mai 1945, Offenbach 2008, S. 17 ff.)

3. Kühnrich, Heinz, Der Partisanenkrieg in Europa 1939-1945, Berlin 1965

Ein sehr faktenreiches Buch über den antinazistischen Partisanenkampf von 1939 bis 1945. Dass dieses Werk auf einer zutiefst revisionistischen Grundlage geschrieben ist, zeigt sich in der offenen Propaganda für einen angeblich möglichen „friedlichen Weg zum Sozialismus“. Es wird dafür direkt aus dem revisionistischen Programm der KPdSU von 1961 zitiert. (S. 54)

4. Abraham, Heinz, 1941-1945. Großer Vaterländischer Krieg der Sowjetunion, Berlin 1985

Mit diesem Buch hat es eine besondere Bewandtnis. H. Abraham, Offizier der Roten Armee, bemüht sich in diesem Buch der Sache nach sehr kenntnisreich Verleumdungen gegen die UdSSR und der Roten Armee entgegenzutreten. Das Problem ist, dass diese Parteinahme ihn nicht hindert solidarisch mit den revisionistischen Stalin-Verleumdern nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956, wie Erich

Honecker, aufzutreten (siehe S. 224). Diese Passagen wirken wie eklektisch nachträglich eingefügt, um die Druckerlaubnis zu bekommen. (Siehe genauer: 1418 Tage. Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die sozialistische Sowjetunion - 22. Juni 1941–8. Mai 1945, Offenbach 2008, S. 24)

5. Klee, Ernst, „Euthanasie“ im Dritten Reich, Frankfurt am Main 2014

6. Die „Euthanasie“-Opfer zwischen Stigmatisierung und Anerkennung, Hrsg.: Hohendorf, Gerrit u.a., München 2014

7. Rose, Romani, Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, Heidelberg 2000

8. Rose, Romani (Hrsg.), Den Rauch hatten wir täglich vor Augen. Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma, Heidelberg 1999

9. Rose, Romani, Bürgerrechte für Sinti und Roma- Das Buch zum Rassismus in Deutschland, Heidelberg 1987

10. Rose, Romani (Hrsg.), Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma. Katalog zur ständigen Ausstellung im Staatlichen Museum Auschwitz, Heidelberg 2003

11. Benz, Wolfgang, Dimension des Völkermords – Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, München 1991

12. Spoerer, Mark, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, Stuttgart/München 2001

13. Zwangsarbeit in Hitlers Europa, Hrsg.: Pohl, Dieter u.a., Berlin 2013

14. Weinmann, Martin (Hrsg.), Das nationalsozialistische Lagersystem, Frankfurt am Main 1990, 1. Auflage Arolsen 1949

15. Schwarz, Gudrun, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/New York 1990

16. Jellonnek, Burkhard, Lautmann, Rüdiger (Hrsg.), Nationalsozialistischer Terror gegen .Homosexuelle – verdrängt und ungesühnt, Paderborn 2002

17. Grau, Günther (Hrsg.), Homosexualität in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2003

18. „Enzyklopädie des Nationalsozialismus“, Benz, Graml, Weiß, München Oktober 1997

19. Röhr, Werner (Hrsg.), Europa unterm Hakenkreuz, Analysen, Quellen, Register, Heidelberg 1996

20. Goldhagen, Daniel Jonah, Hitlers willige Vollstrecker, Berlin 1996

21. Longerich, Peter, Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998

22. Gutman, Israel (Hrsg.), Enzyklopädie des Holocaust, Band III, München, Zürich 1998

23. König, Ulrich, Sinti und Roma unter dem Nationalsozialismus - Verfolgung und Widerstand, Bochum 1989

24. Stümke, Hans-Georg, Rosa Winkel, Rosa Listen, Hamburg 1981

25. Benzenhöfer, Udo, Der gute Tod? – Euthanasie und Sterbehilfe in Geschichte und Gegenwart, München 1999

26. Friedländer, H., Der Weg zum NS-Genozid - Von der Euthanasie zur Endlösung, Berlin 1997

Zusätzlich wurde noch folgende bürgerliche Literatur für die Analyse der Naziverbrechen in den einzelnen Ländern benutzt:

<u>Deutschland</u>

1. Bracher, Karl Dietrich., Sauer, Wolfgang, Schulz, Gerhard, Die nationalsozialistische Machtergreifung, Köln 1964

2. Longerich, Peter, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, Augsburg 1999

3. Peukert, Detlev, Der deutsche Arbeiterwiderstand 1933 bis 1945. In: Bundeszentrale für politische Bildung: Der Nationalsozialismus als didaktisches Problem, Bonn 1980

4. Thalmann, Rita, Feinermann, Emmanuel, Die Kristallnacht, Frankfurt, Main 1988

5. Pommerin, Reiner, Sterilisierung der Rheinlandbastarde - Das Schicksal der farbigen Minderheit 1918-1937, Düsseldorf 1979

6. Eisenburger, Gert, Schwarze im NS-Staat. Eine Ausstellung im Kölner NS-Dokumentationszentrum, Köln 2002

7. Kaienburg, Hermann, Vernichtung durch Arbeit-Der Fall Neuengamme, Bonn 1991

Österreich

8. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes: http://ausstellung.de.doew.at

9. Kaden, Helma (Hrsg.), Nacht über Europa – Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei 1938-1945, Köln 1988

Norwegen, Dänemark

10. Bundesarchiv (Hrsg.), Europa unterm Hakenkreuz – Dänemark Norwegen, Berlin/Heidelberg 1992

11. Fritz Petrick: Europa unterm Hakenkreuz. Achtbändige Dokumentenedition. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945), Berlin-Heidelberg 1992

12. Straede, Therkel, Die Menschenmauer. Dänemark im Oktober 1943: Die Rettung der Juden vor der Vernichtung, Kopenhagen 1997

13. Frandsen, S.B, Dänemark – der kleine Nachbar im Norden. Aspekte der deutsch-dänischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Darmstadt, 1994

14. Salewski, Michael, Elvert, Jürgen, Neutralität und totale Aggression, Nordeuropa und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1991

Niederlande

15. Anne Frank. Historisches Museum. Frankfurt 1990

16. Kwiet, K., „Reichskommisariat Niederlande“, Stuttgart 1968

Afrika

17. „Unsere Opfer zählen nicht“ – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Hrsg.: Recherche International e.V., Berlin/Hamburg 2005

Dieses Buch enthält wichtige Fakten vor allem zu Naziverbrechen in Afrika und gegen von den Nazis als „nicht-weiß“ eingestufte Soldaten, die in der französischen Armee kämpften. Antikommunistische Passagen sind kaum enthalten.

18. Mallmann, K.M., Cüppers, M., Halbmond und Hakenkreuz – Das Dritte Reich, die Araber und Palästina, Darmstadt 2011, S.199

In diesem Buch ist sehr detailliert nachgewiesen, wie die Nazis den Genozid an der jüdischen Bevölkerung in Afrika sowie in dem Gebiet Palästina bis in den Irak geplant hatten mit Hilfe, Kenntnis und Unterstützung der Naziarmee in Afrika unter Führung von Rommel.

Frankreich

19. „Europa unterm Hakenkreuz - Frankreich“, Wolfgang Schumann, Ludwig Nestler u.a. (Hrsg.), Berlin 1990

20. „Unsere Opfer zählen nicht“ – Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg, Hrsg.: Recherche International e.V., Berlin/Hamburg 2005, S. 96

Luxembourg

21. Bruno De Wever, Benelux - Staat: Integration und Opposition. Die militärische und politische Annexion, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Anpassung, Kollaboration, Widerstand: kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996, S.106

22. Hohengarten, Änder, Die nationalsozialistische Judenpolitik in Luxemburg, Luxemburg 2004

23. Fernand Salentiny, Der Widerstand in Luxemburg, in: Die Geschichte des europäischen Widerstand gegen Hitler. Der Krieg der Schatten, Puchheim 1985

24. Bruno De Wever, Benelux - Staat: Integration und Opposition. Die militärische und politische Annexion, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Anpassung, Kollaboration, Widerstand: kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996

Tschechoslowakei

25. Erich Später: Villa Waigner, Hanns Martin Schleyer und die deutsche Vernichtungselite in Prag 1939-45, Hamburg 2009

26. Kaden, Helma (Hrsg.), Nacht über Europa – Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei 1938-1945, Köln 1988

Griechenland

27. Kralova, K., Das Vermächtnis der Besatzung – Deutsch griechische Beziehungen seit 1940, Köln Weimar Wien 2016

In diesem Buch werden sehr faktenreich die Naziverbrechen in Griechenland analysiert, aber auch die Inschutznahme von Nazi-Verbrechern durch den westdeutschen Staat nach 1945 sowie die reaktionäre Politik des westdeutschen Staats zur weitgehenden Verweigerung von Reparationen für die Naziverbrechen im allgemeinen und im Besonderen in Griechenland.

28. „Europa unterm Hakenkreuz“, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), Berlin/Heidelberg 1992

Jugoslawien

29. „Europa unterm Hakenkreuz“, Die Okkupationspolitik des deustchen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), Berlin/Heidelberg 1992

30. Manoschek, Walter, Serbien ist judenfrei, München 1993

31. Calic, Marie-Janine, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, Quelle 65 und 66, 2. Auflage, München 2014

Albanien

32. Hermann Frank Meyer, Blutiges Edelweiß: Die 1. Gebirgs-Division im Zweiten Weltkrieg, Berlin, 2008

33. Matthias Künzel „Lebendige Vergangenheit. Zur Kontinuität der deutschen Großalbanien-Politik, 31.08.2001, Antifaschistisches Info Blatt 53

34. Walter Markov, Alfred Anderle, Ernst Werner, Kleine Enzyklopädie. Weltgeschichte, Leipzig 1965, Stichwort Albanien

35. „Europa unterm Hakenkreuz“, Die Okkupationspolitik des deustchen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), Berlin/Heidelberg 1992

36. Rolf-Dieter Müller (Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg Band 10: Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches 1945. Halbband 2: Die Folgen des Zweiten Weltkrieges, München 2008

37. Die Menschenverluste im Zweiten Weltkrieg (Karte mit Grafik/Tabelle), ohne Seitenangabe.

Bulgarien

38. Arakchiyska, Iva, Kann ein Mensch dabei untätig bleiben? Hilfe für verfolgte Juden in Bulgarien 1940-1944, Berlin 2016

Rumänien

39. Geissbühler, Simon, Blutiger Juli – Rumäniens Vernichtungskrieg und der vergessene Massenmord an den Juden 1941, Paderborn 2013

40. Ioanid, Radi, The Holocaust in Romania, Chicago 2000

41. Glass, Hildrun, Deutschland und die Verfolgung der Juden im rumänischen Machtbereich 1940-1944, Regensburg 2014

Ungarn

42. „Europa unterm Hakenkreuz“, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), Berlin/Heidelberg 1992

43. Gerlach, Christian, Aly, Götz, Das letzte Kapitel-Der Mord an den ungarischen Juden 1944-1945, Frankfurt am Main 2004

44. Braham, R.L., The Politics of Genocide – The Holocaust in Hungary, Detroit 2000

45. Ungarn und der Holocaust, Hrsg. Mihok, Brigitte, Berlin 2005

Italien

46. Schreiber, Gerhard, Deutsche Kriegsverbrechen in Italien, München 1996

47. Andrae, Friedrich, Auch gegen Frauen und Kinder, Der Krieg der deutschen Wehrmacht gegen die Zivilbevölkerung in Italien 1943-1945, München 1995

48. „Europa unterm Hakenkreuz“, Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941-1945), Berlin/Heidelberg 1992

Polen

49. Schwanke, Enno, Die Landesheil- und Pflegeanstalt Tiegenhof – Die nationalsozialistische Euthanasie in Polen während des Zweiten Weltkriegs, Frankfurt am Main 2015, S. 9, S. 127

50. „Europa unterm Hakenkreuz“, Die faschistische Okkupationspolitik in Polen, Köln 1989

51. Oder-Neiße – eine Dokumentation, Berlin 1956

52. Kuby, Erich, Als Polen deutsch war. 1939-1945, München 1986

53. Sehn, Jahn, KZ Auschwitz-Birkenau, Warschau 1957

UdSSR

54. Hartmann, Christian, Unternehmen Barbaraossa, München 2011

55. Sastawenko, G. F. u. a., Verbrecherische Ziele - Verbrecherische Mittel, Moskau 1963, S. 100. Meyer,

56. Klaus/ Wippermann, Wolfgang, Gegen das Vergessen. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion 1941-1945, Frankfurt 1991

57. Falin, Valentin., Zweite Front. Die Interessenkonflikte in der Anti-Hitler-Koalition, München 1995

Zum Teil Kollaboration

58. Benz, Wolfgang (Hrsg.), Anpassung, Kollaboration, Widerstand: kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996

59. Dieckmann, Christoph (Hrsg.) u.a., Kooperation und Verbrechen – Formen der Kollaboration in Südost- und Osteuropa, Göttingen 2003

60. Hirschfeld, Gerhard (Hrsg.), Marsh, Patrick (Hrsg.), Kollaboration in Frankreich. Politik, Wirtschaft und Kultur während der nationalsozialistischen Besatzung 1940-1944, Frankfurt am Main 1991

Zu der Zeitspanne nach 1945

1. Das Potsdamer Abkommen (1945), Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta, Nachdruck: Offenbach 2001, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

2. Autorenkollektiv: Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945–1946), Offenbach 2002, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

3. „Die SED und die Entnazifizierung: Verdienste – Fehler – Verrat“, in: Politische Stellungnahmen 1991–1992 von GDS, S. 54

Literatur zu Teil III: 1956–2010

Für diese Zeitspanne haben wir uns vor allem auf die Flugblätter von GDS gestützt. Seit 1989 sind diese in Sammelbänden mit dem Titel „Politische Stellungnahmen von GDS“ bis 2015 erschienen (zu finden unter http://gegendiestromung.info). In den jeweiligen Flugblättern sind dann die dafür benutzten Quellen aufgeführt.

Außerdem wurde benutzt:

1. Autorenkollektiv, 10 Jahre „Deutsche Einheit“: Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf Nazis, Staat und Medien — ein Braunbuch, Offenbach 2000, Verlag Olga Benario und Herbert Baum

2. Autorenkollektiv, Von Alcatel bis Opel Bochum: Wichtige Kämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter in Deutschland 1999 – 2013, Verlag Olga Benario und Herbert Baum, Offenbach 2016.

Literatur zum Teil: Nachbemerkung: Einige Aspekte zur Lage in den letzten 5 Jahren

Für diese Zeitspanne haben wir uns auf die Flugblätter von GDS von 2010 bis 2015 gestützt, wo dann auch im Detail die dort benutzten Quellen zu finden sind. Diese Flugblätter sind in den Sammelbänden mit dem Titel „Politische Stellungnahmen von GDS“ abgedruckt.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 5

Zur Vorgeschichte des deutschen Imperialismus 9

Die Niederlage der Bauernkriege 1525 und der sogenannte Dreißigjährige Krieg (1618–1648) 10

Die Auswirkungen der Französischen Revolution und die sogenannten „nationalen Befreiungskriege“ gegen das napoleonische Frankreich 11

Die verspätete Entwicklung des deutschen Bürgertums und die Niederlage der bürgerlich-demokratischen Revolution 1848 14

Das reaktionäre Preußentum und die Entwicklung des junkerlich-bourgeoisen deutschen Imperialismus – die Einheit Deutschlands „von oben“ durch das reaktionäre Preußentum 1871 16

I. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (1900 bis zur Oktoberrevolution 1917) 20

Die Herausbildung des deutschen Imperialismus und seine Kolonialverbrechen 20

Kolonialverbrechen in China ab 1900 20

Genozid an den Herero und Nama ab 1904 21

Massaker und Vernichtungsfeldzüge in den deutschen Kolonien „Togo“, „Kamerun“ und „Deutsch-Ostafrika“ 24

Klassenkämpfe in Deutschland bis 1913 26

Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg 27

Die Kämpfe in Deutschland gegen den imperialistischen Ersten Weltkrieg bis 1917 31

II. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus (Vom Sieg der Oktoberrevolution 1917 bis 1955) 34

A. Der deutsche Imperialismus und die Klassenkämpfe 1917-1923 34

Die Gründung der KPD / Die Novemberrevolution in Deutschland 1918 und das Ende des Ersten Weltkriegs 34

Die Niederlage des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg und der Abschluss des Versailler Vertrags 1919 35

Zu den Klassenkämpfen in Deutschland 1919 bis 1923 36

Die Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg 39

B. Der Aufstieg des Nazi-Faschismus in Deutschland 41
Der Aufstieg der Nazi-Bewegung und die Klassenkämpfe unter Führung der KPD bis 1933 41
Die Errichtung des Nazifaschismus 1933 und die Kriegsziele des deutschen Imperialismus 45
Einige Besonderheiten der Nazi-Ideologie 47
C. Die Verbrechen des deutschen Imperialismus (1933-1945) 49
Nazi-Verbrechen vor dem militärischen Überfall auf Polen 52
Naziverbrechen auf dem Gebiet von Nazideutschland 52
Naziverbrechen in Spanien 1936/37 zur Niederschlagung des antifaschistischen Kampfes der Bevölkerung in Spanien 58
Systematische Naziverbrechen nach dem militärischen Überfall auf Polen 59
Massenmord gegen die kommunistischen Kräfte bis zum Vernichtungskrieg gegen die sozialistische Sowjetunion 59
Die Errichtung eines KZ-Systems und eines Systems von Sklaven- und Zwangsarbeit in Europa 60
Mörderische Nazi-Luftbombardements gegen die Zivilbevölkerung überfallener Länder 61
Massenmord in Vernichtungszentren mit Giftgas an allen, die die Nazis als „lebensunwertes Leben“ einstuften 62
Genozid an den europäischen Sinti und Roma 63
Genozid an der jüdischen Bevölkerung Europas 64
Der bisher in der Geschichte einmalige staatlich geplante und industriell durchgeführte Genozid an der jüdischen Bevölkerung und den Sinti und Roma in den Nazi-Vernichtungslagern durch Giftgas 66
Zu den Naziverbrechen in den einzelnen besetzten und überfallenen Ländern 68
Zu den Naziverbrechen in Österreich 74
Zu den Verbrechen des Nazifaschismus in sechs westlichen bzw. nördlichen Ländern (Dänemark, Norwegen, Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich) 76
Zu den Naziverbrechen in der Tschechoslowakei, Griechenland, Jugoslawien und Albanien 89
Zu den Naziverbrechen in Nordafrika (Algerien, Libyen, Marokko, Tunesien) 98

Zu den Naziverbrechen in England und gegen englische und US-amerikanische Soldaten 101
Zu den Naziverbrechen in den verbündeten Ländern Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Italien 102
Zu den Naziverbrechen in Polen 110
Zu den Naziverbrechen in der Sowjetunion 113
„Auslandsdeutsche“ und andere Kollaborateure des Nazifaschismus 119
Die Massenbasis des Nazifaschismus 128
Die Bedeutung der Massenbasis 128
Die Mitschuld einer sehr großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen 129
Zur Berechtigung von Reparationsforderungen 131
D. Nach 1945 133
1945: Der deutsche Imperialismus war militärisch geschlagen, aber nicht zerschlagen 133
Der deutsche Revanchismus nach der Niederlage des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, das Potsdamer Abkommen, der Nürnberger Prozess 1945/46 und das Auseinanderbrechen der Anti-Hitler-Koalition 134
Zur Entwicklung auf dem Gebiet der SBZ bzw. der DDR 136
Besonderheiten des parlamentarischen Systems nach 1945 in Westdeutschland 139
Der Aufbau des westdeutschen Staatsapparats von oben bis unten, vor allem mithilfe von Nazis 139
Das besonders reaktionäre „Grundgesetz“ 140
Wichtige Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte und der Faschisierung in Westdeutschland und die Kämpfe dagegen 141
III. Grundzüge der Geschichte des deutschen Imperialismus – ab dem revisionistischen 20. Parteitag der KPdSU 1956 bis 2010 144
A. 144
Die revisionistische Versumpfung der SED in der DDR 144
Die revisionistische Versumpfung der KPD in Westdeutschland 144
Wichtige Einschnitte bei der Einschränkung demokratischer Rechte und der Faschisierung in Westdeutschland und der Kampf dagegen 145
Zum Kampf der Jugend- und Studierendenbewegung 1968 146

Staatliche Faschisierung ab den 70er Jahren 147
Das Erstarken der Nazibewegung und des Naziterrors bis hin zu Dutzenden von Nazimorden 149
Tageskämpfe der Arbeiterinnen und Arbeiter gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung 150
Wiederaufrichtung des westdeutschen Imperialismus zur imperialistischen Großmacht 151
B. 155
Einverleibung der DDR durch den westdeutschen Imperialismus ab 1989 155
Etappen der Einverleibung 155
Politische, ökonomische, militärische und ideologische Stärkung des deutschen Imperialismus 157
Der deutsche Imperialismus hat 1990 mit dem „Zwei-plus-vier-Vertrag“ den Abschluss eines auf dem Potsdamer Abkommen beruhenden Friedensvertrages umgangen 160
Das Kriegs- und Rüstungspotential des deutschen Imperialismus 161
Vom ersten direkten Kriegseinsatz der Bundeswehr nach 1945 im September 1995 zur Schaffung eines Systems von Militärstützpunkten und Militäreinsätzen in allen Erdteilen 163
Antimilitaristische Kämpfe 166
Werkzeuge des deutschen Imperialismus in anderen Ländern 167
Zunehmende Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfung der staatlichen Faschisierung in Deutschland 169
Das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Flüchtlinge 173
Kämpfe gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Flüchtlinge 175
Hetzkampagnen mithilfe der deutschen „Herrenmenschen“-Ideologie“ 177
Massive Verstärkung der Nazibewegung, von Terror und Pogromen der Nazis mit mindestens 250 Morden 180
Kampf gegen den Naziterror und die Nazibewegung 187
Verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der proletarische Klasse und die Kämpfe dagegen 188

Hartz IV – die bisher mit Abstand größte staatliche Aggression auf sozialpolitischem Gebiet ab 2005 190
Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung und zunehmende Verelendung 191
IV. Zur Lage in Deutschland und zur weiteren weltweiten Expansion des deutschen Imperialismus von 2010 bis 2015 194
Weitere militärische und politische Expansion des deutschen Imperialismus 194
Zunehmende Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfung der staatlichen Faschisierung in Deutschland 195
Hetzkampagnen mithilfe der deutschen „Herrenmenschen"-Ideologie" 197
Naziterror 200
Kämpfe gegen verschärfte Ausbeutung 203
Antimilitaristische Kämpfe 204
Kampf gegen Naziterror und Nazibewegung 204
Kämpfe gegen das mörderische Programm des deutschen Staats gegen Geflüchtete 204
Fazit: Der deutsche Imperialismus, eine besonders aggressive imperialistische Großmacht 207
Problematik der Quellenlage und der benutzten Literatur 211

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewusst **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewusst und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**

★★★

Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen musste. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie keinerlei Aussagen gemacht

– weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich war.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die antikommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

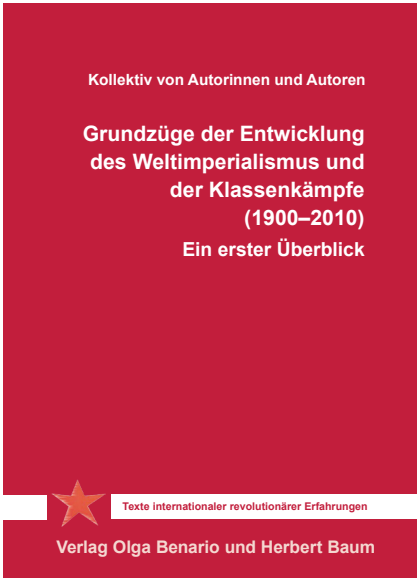
Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisierung einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Kollektiv von Autorinnen und Autoren

Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe (1900–2010)

Ein erster Überblick

Die nachfolgende komprimierte Darstellung der Grundzüge der Entwicklung des Weltimperialismus und der Klassenkämpfe von 1900 bis 2010 stellt vorrangig, wichtige Einschnitte der Verschärfung der drei wichtigsten Widersprüche des Imperialismus unter Einbeziehung der krisenhaften ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus dar.
Bevor die eigentliche Analyse der Klassenkämpfe im Weltimperialismus beginnt, wird zunächst die Entstehung des Kapitalismus bis zur Entstehung des Imperialismus, dem höchsten Stadium des Kapitalismus, in einer kurzen Skizze dargestellt. Dabei wird der Schwerpunkt auf die Analyse der Bedeutung des Kolonialsystems für die Entstehung des Kapitalismus gelegt.
Gerade die Geschichte des imperialistischen Weltsystems ermöglicht es erst, fundiert die Rolle des deutschen Imperialismus in diesem Weltsystem mit all seinen Merkmalen genauer zu charakterisieren. Die sich in Etappen verändernde internationale Lage ist die Voraussetzung, um die jeweiligen Aktionen des deutschen Imperialismus im Rahmen internationaler Klassenkämpfe einerseits, vor allem der sozialistischen Oktoberrevolution und der Revolution in China, und der weltweiten imperialistischen Rivalität andererseits einordnen zu können.

220 Seiten, Offenbach 2020, 10 €
ISBN 978-3-86589-125-9

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914—1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte — einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland — wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €
ISBN 978-3-932636-92-9

Kollektiv von Autorinnen und Autoren

Die Verbrechen des Nazifaschismus von 1933 bis 1945

In diesem Band werden in einem ersten Teil die Nazi-Verbrechen in Deutschland und die Systematik der Nazi-Verbrechen in anderen Ländern kompakt zusammengefasst. In einem zweiten Teil werden dann die Verbrechen der Nazi-Armee nach Ländern gegliedert aufgeführt und es wird auch der Widerstand gegen diese Nazi-Verbrechen behandelt. Zudem wird genauer die Rolle von „Auslandsdeutschen“ und anderen Kollaborateuren des Nazifaschismus analysiert, ohne von den Hauptverbrechern, den deutschen Imperialisten abzulenken. Abschließend wird die Bedeutung der Massenbasis des Nazifaschismus in der deutschen Bevölkerung, die Mitschuld einer sehr großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung an den Nazi-Verbrechen sowie die Berechtigung von Reparationsforderungen herausgearbeitet.

140 Seiten, Offenbach 2017, 8 €
ISBN 978-3-86589-116-7

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv
1418 Tage
Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 — 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

155 Seiten, Offenbach 2005, 12 €
ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv
Theoretische und politische Fragen des Zweiten Weltkriegs
Arbeitsergebnisse einer Konferenz über die Schrift „Geschichtsfälscher“ (Moskau 1948)

Dieses Buch behandelt folgende Fragen des Zweiten Weltkriegs: Das Dokument „Geschichtsfälscher“ (Moskau 1948) ist in diesem Buch vollständig enthalten. • Zur Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution, zu besonderen Aufgaben des Sozialismus in einem Land und zu komplizierten Fragen der Einschätzung des Charakters des Zweiten Weltkriegs. • Schwierigkeiten der sozialistischen Außenpolitik im Kampf für die Existenz der Diktatur des Proletariats (kurzer Überblick 1918—1952). • Die richtige taktische Linie der KPdSU(B) während der besonderen Zwischenetappe von August 1939 bis Juni 1941 gegen antikommunistische Verleumdungen verteidigen! • Vorteile und Hauptprobleme der Anti-Hitler-Koalition für die UdSSR und die kommunistische Weltbewegung.

248 Seiten, Offenbach 2012, 14 €
ISBN 978-3-86589-067-2

Zu bestellen bei:

Verlag Olga Benario und Herbert Baum Postfach 102051
63020 Offenbach **www.verlag-benario-baum.de**

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Startseite

Verlagsprogramm

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus

Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

Analyse des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen Judenfeindschaft

Zur Analyse des Kampfs gegen Judenfeindschaft

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Materialien zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Dokumente und Analysen

Materialien

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe

Rote Hefte

Rote Studienhefte

Texte in anderen Sprachen

CDs und DVDs

Suchen nach

Warenkorb

Ihr Warenkorb ist leer.

Kontakt

info@verlag-benario-baum.de

Wichtige Seiten

Homepage "Marx wirklich studieren!"

Verlagsprogramm als PDF (klein 3MB, A4 10MB)

Neuerscheinung

Kollektiv von Autorinnen und Autoren gegen
Judenfeindschaft und Antikommunismus

Der Kampf der entstehenden Sozialdemokratie gegen die Judenfeindschaft bis zur Bebel Rede 1893 (1848 bis 1893)

Diese Publikation ist der 2. Band einer umfangreichen Analyse der verschiedenen Etappen des Kampfs der kommunistischen Kräfte gegen die Judenfeindschaft. Seit 1848 erstarkte nicht nur die proletarische Bewegung, sondern es entstanden mit unterschiedlicher Stärke – auch gerade angesichts der sogenannten Sozialistengesetze von 1878 bis 1890 – nicht nur judenfeindliche Bewegungen, sondern auch judenfeindliche Parteien. Dagegen entwickelte sich ein theoretischer, politischer und praktischer Kampf sowohl seitens der jüdischen Gemeinde, als auch von der sich formierenden Sozialdemokratie in Deutschland. Nicht nur die Stärken, sondern auch gravierende Schwächen und Fehler, einschließlich einer genauen Analyse der wichtigen Rede Bebels gegen Judenfeindschaft von 1893, werden in diesem Band detailliert herausgearbeitet und bewertet. Auch Positionen und Bemerkungen von Marx und Engels in dieser Zeitspanne, werden in diese Studie kritisch einbezogen.

660 Seiten, Offenbach 2019, 25 €

Über den Verlag

Der Verlag Olga Benario und Herbert Baum wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich **bewusst auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm internationalistisch gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.**(Weiterlesen)**

Über Olga Benario und Herbert Baum

Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus.
Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist.
Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.